



universität
wien

Diplomarbeit

Magisterarbeit

„Krisenregion Darfur:

Kriterien des internationalen humanitären Eingreifens und Entwicklungsperspektiven im internationalen Vergleich: eine sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Analyse mit dem Aufzeigen afrikanischer Perspektiven.“

Verfasser:

Benedikt Gamillscheg

Angestrebter akademischer Grad:

Magister der Sozialwissenschaften (Mag.rer.soc.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: 057 – 390

Betreuer: a.o. Univ. Prof. Mag. Dr. Michael Zach

Ich widme diese Arbeit allen meinen Kontakten in
den verschiedensten Botschaften und Ministerien,
ohne deren Kooperation vieles nicht möglich
gewesen wäre.

Dedicated to all my contacts in many
different ministeries and embassies,
without their cooperation my results
wouldn't have been possible.

Ich habe diese Diplomarbeit eigenständig und ohne unerlaubte Hilfsmittel verfasst und die Richtlinien
des wissenschaftlichen Arbeitens eingehalten.

Wien, im Wintersemester 2009

Benedikt Gamillscheg

Vorwort

Das Thema der humanitären Interventionen ist ein 2009 sehr aktuelles. Im Zuge meines Studiums habe ich bereits im Ostjordan und in Nordindien (Kaschmirregion) gearbeitet und vor Ort die konkreten Auswirkungen von Sicherheits – und Entwicklungspolitik auf die Betroffenen erlebt. Daher kommt meine Motivation durch meine Forschung mit nachhaltigen, zukunftsweisenden Ansätzen im sicherheitspolitischen Bereich, die Situation der Betroffenen verbessern zu wollen. In dieser Diplomarbeit zeigt sich sehr gut, dass humanitäre Interventionen sehr gut als sicherheitspolitisches Instrument betrachtet werden können. Das ist einerseits gut, weil so aktuell verstärkt interveniert wird und andererseits zu hinterfragen, da eine Intervention, die nur vordergründig humanitär orientiert ist und hintergründig andere (sicherheits -) politische Motivationen hat, kaum langfristigen Erfolg haben kann.

In dieser Arbeit geht es darum, das Problemfeld der humanitären Intervention anhand von drei Forschungsfragen zu bearbeiten. Die erste Frage ist die nach den Kriterien für eine Intervention – wann und wie muss eingegriffen werden, um Erfolg zu haben und nicht mehr zu zerstören als ohne Intervention zerstört worden wäre. Motivationen für humanitäre Interventionen sind das Thema der zweiten Forschungsfrage - welche Interessen liegen hinter den vordergründig dominanten humanitären Kriterien ? Als letzte Forschungsfrage werden die Entwicklungsperspektiven im Zuge einer aktuellen Intervention und generell nach der Intervention behandelt. Hier zeigt sich sehr gut, dass das Interventionssystem mit den weiterführenden Entwicklungsperspektiven untrennbar zu betrachten ist und dass sich hier in jeder Richtung Wechselwirkungen zeigen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit sind die afrikanischen Perspektiven: hat Afrika reelle Chancen aktuell im Rahmen von humanitären Interventionen den eigenen Kontinent selbst zu gestalten ?

Neben den grundlegenden Aspekten der verschiedenen Inhalte dieser Arbeit sollen die drei Forschungsfragen und der Schwerpunkt der afrikanischen Perspektive anhand des aktuellen Beispiels der humanitären Interventionen in Darfur beispielhaft bearbeitet werden. Hier gehe ich von der Region Darfur aus, da die Situation im Tschad, im Sudan und in der weiteren Umgebung von Darfur auf vielen Ebenen zusammenhängt und damit nur im Schnittpunkt aller Ebenen – von einer lokalen, regionalen bis hin zur globalen Dimension reichend – ausreichend und tiefgehend bearbeitet werden kann.

Inhaltsverzeichnis

1. EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK UND IN DIE ZENTRALEN FORSCHUNGSFRAGEN.....	7
1.1: Begriffserklärung	8
1.1.1: Intervention	8
1.1.2: Humanitäre Intervention	9
1.2: Ambivalenz humanitärer Interventionen: „Do no harm“ und Interventionen als Instrument für die Interessen der mächtigen Staaten	11
1.2.1: Humanitäre Interventionen als moderne Kreuzzüge des Westens – ethische Überlegungen zum Menschenrechtsprotektionismus	17
1.3: Neue Richtlinien für humanitäre Interventionen ab 1995	21
1.4: Die Situation in Darfur.....	22

2. INTERVENTIONSKRITERIEN: EINE AKTEURSANALYSE..... 28

Welche Kriterien braucht man um international einzugreifen: wann und wie ist ein Eingreifen gerechtfertigt bzw. unbedingt erforderlich ?

2.1: die USA.....	44
2.1.1: Entwicklung der Hintergründe der Interventionspolitik und der Kriterien der USA	44
2.1.2: Somalia – Wendepunkt der US – Politik in humanitären Interventionen	48
2.2: die EU.	54
2.2.1: Die politischen Interessen der EU als Vorgabe für Interventionskriterien.....	54
2.2.2: Aktueller Stand der EU – Kriterien in offiziellen Dokumenten der EU.....	55
2.3: China	60
2.3.1: Die politischen Interessen Chinas als Vorgabe für Interventionskriterien	60
2.4: Österreich.....	62
2.5: Die Afrikanische Union	63
2.6: Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur ersten Forschungsfrage	64

3. INTERVENTIONSMOTIVATIONEN DER VERSCHIEDENEN AKTEURE 66

Warum ist man für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur; welche historischen Hintergründe spielen für die verschiedenen Motivationen eine Rolle ?

3.1: Die USA.....	69
3.1.1: die Motivation der USA im Umbruch: offizielle Dokumente seit Obama.....	73
3.1.2: die Motivationen der USA im Umbruch: Zeitschriftenartikel seit Obama.....	76
3.1.3: Zusammenfassend: die Motivation der USA in Interviews.....	83

3.2: Die EU	85
3.2.1: Die EU im Spannungsfeld der Motivationen ihrer Mitglieder	89
3.2.2: Aktueller Stand der EU – Motivationen in offiziellen Dokumenten der EU.....	92
3.2.3: Zusammenfassend: die Motivation der EU in Interviews	95
3.3: China	97
3.3.1: Zusammenfassend: die Motivation Chinas in Interviews.....	101
3.4: Österreich.....	103
3.4.1: Ein CNN – Effekt in Österreich ? – Medien und die österreichische Motivation	103
3.4.2: Die koloniale Frage – historische Hintergründe der österreichischen Motivation	106
3.4.3: Zusammenfassend: die Motivation Österreichs in Interviews	112
3.5: Die Afrikanische Union	116
3.6: Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur zweiten Forschungsfrage	116

4. AKTEURE IM SPANNUNGSFELD IHRER ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN 119

Welche Entwicklungsperspektive haben die verschiedenen Akteure für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

4.1: Die USA.....	124
4.2: Die EU	125
4.2.1: Aktueller Stand der EU – Entwicklungsperspektiven in offiziellen Dokumenten der EU.....	127
4.3: China	132
4.4: Österreich.....	134
4.5: Die Afrikanische Union	137
4.5.1: Entwicklungsperspektiven der Afrikanischen Union in offiziellen Dokumenten	138
4.6: Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur dritten Forschungsfrage	138

5. Vergleichende Einschätzungen und Resultate 141

5.1: zur 1. Forschungsfrage:.....	141
-----------------------------------	-----

Welche Kriterien braucht man um international einzugreifen: wann und wie ist ein Eingreifen gerechtfertigt bzw. unbedingt erforderlich ?

5.2: zur 2. Forschungsfrage:.....	145
-----------------------------------	-----

Warum ist man für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur; welche historischen Hintergründe spielen für die verschiedenen Motivationen eine Rolle ?

5.3: zur 3. Forschungsfrage:.....	146
-----------------------------------	-----

Welche Entwicklungsperspektive haben die verschiedenen Akteure für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

6. Exkurs : Analyse von NGOs in Darfur	148
7. Afrikanische Perspektiven: Einschätzung der Position der afrikanischen Union.....	153
7.1: Basis: die Intervention der afrikanischen Union in Darfur von 2004 - 2006	154
7.1.1: Die Analyse der Intervention der Afrikanischen Union 2004 – 2006 als Aspekt afrikanischer Perspektiven.....	157
7.2: Die aktuelle Situation der afrikanischen Perspektive	160
7.2.1: Die aktuelle Situation der afrikanischen Perspektive in offiziellen Dokumenten	163
7.2.2: Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur afrikanischen Perspektive	168
8. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	171
8.1: Die systemische Vernetzung der Konfliktebenen als Chance für neue Kriterien.....	174
8.2 : Von der Motivation hin zur Entwicklungsperspektive: eine neue Interventionssystematik: der Interventionsvulkan.....	177
9. Literaturverzeichnis.....	181
9.1: Monographien und Sammelbände.....	181
9.2: Internetquellen und offizielle Dokumente	186
9.3: Zeitungs- und Zeitschriftenartikel	190
9.4: Interviewpartner und Interviewpartnerin	191
Anhang 1 - Landkarte der Region Darfur.....	192

1 Einführung in die Thematik und in die zentralen Forschungsfragen

„I believe that the protection of human rights has now become one of the keystones in the arch of peace“ (UN – Generalsekretär Perez de Cuellar, 1991, zitiert aus: Endemann 1997: Vorwort) Ich möchte mit diesem Beginn der Einführung die zentrale Rolle des Schutzes der Menschenrechte hervorheben. Deren Rolle sehe ich in Bezug auf humanitäre Interventionen aber durchaus ambivalent: es wird immer eine offene Frage bleiben, ob diese Maßnahmen Mittel sind, westliche – bzw. eigene Interessen durchzusetzen oder ob ihre Anwendung für alle global eine Verbesserung erreichen kann. „What we call the international order is both the expression of the present – day balance of power and an idealization of a society in evolution.“ (Herrmann 1997: 315) Das zeigt die große Schwierigkeit, humanitäre Interventionen nach scheinbar objektiven Kriterien des UN – Sicherheitsrates zu bewerten, zu initiieren: Man müsste hier immer hinterfragen, ob diese momentane Sichtweise wirklich gut ist und ob sie nicht nur – wie im Zitat erwähnt – subjektive Strukturen widerspiegelt. Dazu muss klar sein, dass das Ziel der Intervention nicht ein Sieg über den betroffenen Staat sein darf, sondern dass das Schützen der Menschen zentral sein muss: Wer humanitär interveniert muss sich an das Völkerrecht halten und darf keine Gegner misshandeln, bzw. muss sich mit humanitären Organisationen koordinieren. (Vgl. Hilger 2004: 42) Damit ist klar, dass nicht von oben herab ein Sieg errungen wird, sondern der Schutz der Menschen – durch die Beachtung regionaler Aspekte der Betroffenen nachhaltig machbar – im Vordergrund steht.

Es soll ein Versuch dieser Arbeit sein, die regionalen Aspekte und Kriterien in der Interventionsentscheidung als wichtige Bestandteile zu analysieren. Sie sollen meiner Ansicht nach in den Kriterien für eine Intervention eine bestimmende Rolle spielen, nachdem nur regionale Sichtweisen auch zu nachhaltigem Erfolg und guter Verankerung der Mission im Zielgebiet führen. Generell müssen wir, um das zu analysierende komplexe Forschungsfeld begreifen zu können, in drei Dimensionen, die vernetzt sind und sich gegenseitig beeinflussen, arbeiten: in der lokalen, der regionalen – und der globalen Ebene. Deswegen gibt es auch viele globalpolitische Ansatzpunkte, die in sich nicht konkret Darfur betreffen: deren Basisüberlegungen aber Grundlage für die humanitäre Intervention in Darfur sind und die Interventionsentscheidung und Interventionskriterien im Hintergrund an sich bedingen.

Das Prinzip der Analyse im Wechselspiel der Ebenen soll am Ende der Arbeit im Sinne einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse noch einmal konkret angeführt werden: zu Beginn muss uns vorerst klar sein, dass nur eine multidimensionale Betrachtungsweise den konkreten Fall Darfur lokal bis global analytisch ausreichend erfassen kann und muss. Dieses Prinzip wird von Mamdani bestätigt, der die Situation in Darfur so beschreibt: „There is no doubt that several tensions underlie the spiraling conflict in Darfur. Together, they spread out like ripples: from the local to the national to the regional to the global. Local tensions arise from the colonial system and the nationalist failure to reform it; regional and global tensions arise from the Cold War and the War on Terror.” (Mamdani 2009: 9)

1.1 Begriffserklärung

1.1.1 Intervention

Bevor wir von humanitärer Intervention sprechen können, muss zuerst klar sein, was wir unter Intervention allgemein verstehen: Eine Intervention hat die Voraussetzung, dass die Zwangsausübung „gegen den Willen des betroffenen Staates ausgeübt wird“ (Endemann 1997: 4) Es handelt sich nicht nur um militärische Maßnahmen, sondern auch um andere Aspekte wie die Androhung von Gewalt oder wirtschaftliche Sanktionen. (Vgl. Endemann 1997: 4) Ich sehe hier im Fall der humanitären Interventionen einen ersten Einwand: Humanitäre Interventionen können sehr wohl auch im Einverständnis mit dem betroffenen Staat geschehen; sicherlich richtig ist aber, dass zumindest ein Teil des betroffenen Staates gegen die Maßnahmen sein muss; nämlich jener Teil des Staates, der von der vorherrschenden, schlechten Situation der Masse profitiert bzw. diese Situation bewusst hervorgerufen hat. Es gibt dazu jedoch auch andere Sichtweisen: so meint Hilger, das Danish Institute of International Affairs zitierend, dass eine Intervention „eine erzwungene, gewaltsame Einmischung in die internen Angelegenheiten eines Staates, in Folge dessen seiner Regierung die Kontrolle über den Staat entzogen wird“ (Hilger 2004: 34) sei. Damit wird die Ansicht zum Ausdruck gebracht, die besagt dass Interventionen generell gegen den betroffenen Staat gerichtet sind.

1.1.2 Humanitäre Intervention

Ihr Zweck muss in jedem Fall dem Schutz der Menschen dienen, sie kann daher „in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen angewandt werden.“ (Endemann 1997: 4 -5)

Definition der humanitären Intervention nach Endemann:

„Unter einer humanitären Intervention ist im folgenden die Anwendung nichtmilitärischer oder militärischer Zwangsmaßnahmen gegen oder in einem Staat ohne dessen Einverständnis durch mehrere andere Staaten oder internationale Organisationen, welche die Gesamtheit der Völkerrechtsgemeinschaft repräsentieren, auf der Grundlage eines kollektiven Beschlusses, durch die eine nicht unerhebliche Anzahl von Bewohnern des Zielstaates vor schweren Schäden an Leib oder Leben gerettet werden soll, zu verstehen“ (Endemann 1997: 7) Im klassischen Sinn meint man damit nur das Eingreifen mit militärischen Mitteln, wenn gegen Menschenrechtsverletzungen vorgegangen werden muss, ohne Zustimmung des Zielstaates. Neuerdings würden aber auch „rein humanitäre Hilfeleistungen ohne militärische Gewaltanwendung oder – drohung, die gegen den Willen der zuständigen Regierung erfolgen“ (Oeter 1998: 37), darunter verstanden. Endemanns Definition bezieht sowohl die klassische, als auch die moderne Sichtweise ein. „Nach John Janzekovic ist humanitäre Intervention ein edler Akt, der aufgrund der empfundenen Empathie mit den Leidenden als kurze militärische Aktion der externen Akteure gegen diejenigen, die Menschenrechte verletzen, durchgeführt wird, um diesen Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten.“ (Gebrewold 2009: 39) Das zeigt die militärische Definitionsweise: Angelpunkt ist hier das Menschenrechtsregime als Basis, das in dieser Arbeit noch eingehend diskutiert wird.

Definition einer humanitären Intervention nach Ebock (ursprünglich von Pauer):

„Eine humanitäre Intervention ist jede Anwendung militärischer und nichtmilitärischer Zwangsmaßnahmen durch einen oder mehrere Staaten sowie durch eine mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete internationale Organisation gegen einen Staat ohne oder gegen dessen Willen um diesen zur Beachtung grundlegender Menschenrechte gegenüber seinen eigenen Staatsangehörigen zu zwingen.“ (Ebock 2000: 63)

Nach dem Danish Institute of International Affairs ist eine humanitäre Intervention eine „coercive action by states involving the use of armed force in another state without the consent of its government, with or without authorisation from the United Nations Security Council, for the purpose of preventing or putting to a halt gross and massive violations of

human rights or international humanitarian law.“ (Hilger 2004: 34 – 35) Hier wiederholt sich einiges, neu ist der Aspekt einer möglichen Autorisierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen: während Knab eine Autorisierung durch den Sicherheitsrat als sehr wichtig und unbedingt vor dem Beginn der Mission für nötig sieht (Vgl. Knab 2006: 13), ist in der gerade diskutierten Definition eine Autorisation nicht unbedingt nötig. Beide Definitionen haben ihre Vorteile: wenn der Sicherheitsrat gut funktioniert und nicht primär die Sekundärinteressen der Vetomächte widerspiegelt, dann ist eine unbedingt nötige Autorisation sicher gut um im breiten Konsens vorzugehen. Sieht man den Sicherheitsrat jedoch als Werkzeug der mächtigen Mitglieder, die durch ihn ihre Interessen vertreten, dann kann bzw. muss eine Intervention ohne Autorisation nötig sein.

In einer Studie der International Commission on Intervention and State Security (ICISS – The responsibility to protect) werden weitere Grundlagen zur humanitären Intervention genannt. Humanitäre Interventionen dienen dem Schutz der Bevölkerung – hier muss aber klar sein, dass staatliche Souveränität Verantwortung mit sich bringt: „Die höchste Pflicht, nämlich der Schutz der Bevölkerung, liegt beim Staat selbst.“ (Knab 2006: 10) Erst „wo einer Bevölkerung große Gefahr als Resultat eines Bürgerkrieges oder Aufstandes, durch Unterdrückung oder Staatsversagen entsteht, und der nämliche Staat unwillig oder unfähig ist, Einhalt zu gewähren oder dieses Leid abzuwenden, verliert das Prinzip der Nichtintervention den Vorrang gegenüber der internationalen Verantwortung zu Schützen. (sic!)“ (Knab 2006: 10)

Daher muss uns als Basis klar sein, dass vorerst immer das Prinzip der Nichtintervention herrscht – und erst im Sonderfall (siehe oben) die Pflicht des Schützens ins Spiel kommt. Das ist vor allem in den Aspekten der USA bei humanitären Interventionen wichtig: in der Bush – Administration und unter der Doktrin des Krieges gegen den Terror handelte es sich meiner Ansicht nach sehr oft um ein präventives Intervenieren, das dieses Prinzip der Nichtintervention und der Achtung staatlicher Souveränität nicht inkludierte.

1.2 Ambivalenz humanitärer Interventionen: „Do no harm“ und Interventionen als Instrument für die Interessen der mächtigen Staaten

Wenn wir von humanitärer Intervention sprechen, dann müssen wir sehr wohl auch die Ambivalenz von dieser beachten. Oft wird die Frage gestellt, ob humanitäre Hilfe die Situation nicht verschlimmert. Hoppe zitiert hierzu Mary B. Anderson, die meint dass ein Erfolg bereits erzielt sei, wenn man das Prinzip des „Do no harm“ (Hoppe 2004: 97) erfüllt hätte. Er erwähnt folgende Aspekte humanitärer Intervention, die negativ einwirken: Ressourcen würden auch an Konfliktparteien gehen, Opfer und Täter wären schwer zu unterscheiden und Hilfe würde einseitig gewährt werden, was zu Neid und Misstrauen führen würde. Weiters würde die lokale Wirtschaft durch ein Eingreifen von außen gestört, durch hohe Gehälter der Einwirkenden, die lokale Arbeitgeber nicht zahlen können. (Vgl. Hoppe 2004: 97- 99) Eine weitere wichtige Frage ist die, was humanitäre Helfer tun sollen, „wenn ihnen die Akzeptanz vor Ort abgesprochen wird“. (Herrmann 1997: 297) Das passiert meiner Ansicht nach vor allem, wenn nicht rein humanitäre Motive im Hintergrund der Eingreifenden da sind, sondern andere – und wenn die Arbeit vor Ort wie weiter oben erläutert, in die falsche Richtung geht.

Rufin spricht von einer Paradoxon – Triade, in der er meint dass man sich zum Feind aller Kriegsparteien macht, wenn man sich zum eigenen Schutz in das Umfeld einer bestimmten Partei begibt, dass der Schutzgedanken Einsätze rechtfertigt, „deren eigentliche Wurzeln und politische Ziele verborgen bleiben“ (Herrmann 1997: 299) und dass der „Schutz humanitärer Hilfe eine bewaffnete Intervention ohne präzises politisches Programm“ ermöglicht. (Herrmann 1997: 299)

Ein Aspekt ist auch das Maß der Gewaltanwendung: generell sollte eine humanitäre Intervention die Gewaltanwendung auf das nötigste einschränken. (Vgl. Hilger 2004: 147) Meistens ist die Situation der Betroffenen schon so schlecht, dass man durch übertrieben gewaltsames Eingreifen nur noch mehr schaden würde. Um nicht zu schaden, muss man die Opferzahl der zivilen Bevölkerung minimal halten und die Konsequenzen für das politische System des Zielstaates limitieren: das Ziel soll eine minimale militärische Intervention sein, die aber das Ziel der Intervention durchsetzen soll. (Vgl. Hilger 2004: 39) Mit diesen Grundsätzen kann eingegriffen werden, ohne die Situation zu verschlechtern: allerdings nur, wenn sie auch eingehalten werden und wenn man den richtigen Mittelweg zwischen einem

Verschlechtern der Lage durch zu gewaltsames Eingreifen und einem zu schwachen Eingreifen findet, das daher keine Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung bewirkt und auch negativ ist. Das richtige Maß ist hier gefragt, um kraftvoll einzugreifen, ein Ziel durchzusetzen, die Situation positiv zu verändern und trotzdem nur minimale Gewalt anzuwenden.

Wenn wir von der Ambivalenz humanitärer Interventionen sprechen, dann ist die Sichtweise dieser von beiden Seiten wichtig: von den (westlichen) Befürwortern und den betroffenen Gegnern. Durch die Interventionspolitik von den USA und GB (die diese Staaten zur kleinen Minderheit global gesehen gemacht hätte, vgl. Chomsky 2001: 202) würde in der Dritten Welt Hass und Angst herrschen und man würde sich fragen wann – und unter welchem Vorwand man überfallen würde. (Vgl. Chomsky 2001: 203) Das neue strategische Konzept der NATO, betrachtet als „Lizenz zum weltweiten Intervenismus“ (Chomsky 2001: 203), würde von den peripheren Staaten wie ein Drehbuch für einen Albtraum gesehen werden. (Vgl. Chomsky 2001: 203) Die reichen und mächtigen Staaten würden handeln wie sie wollen, sie würden die Entscheidungen des Weltgerichtshofes zurückweisen, gegen Resolutionen des Sicherheitsrates ihr Veto einlegen, immer wenn es für sie nötig sei. (Vgl. Chomsky 2001: 261) Resümee daraus wäre, dass es sowieso immer die Interessen der wichtigen Staaten sind, die ein Intervenieren bedingen und die damit das wirklich humanitäre Anliegen nur als Vorwand benutzen um vordergründig eine bessere Akzeptanz ihrer Intervention zu erreichen.

Es liegt also auf der Hand, dass ein solches Intervenieren – im humanitären Deckmantel – nie nachhaltig und in der Zielgesellschaft verankert sein wird. Auf Unrecht wäre immer gleichermaßen und gleichartig zu antworten. (Vgl. Höffe 2003: 21) Das geschieht aber aufgrund der hier angeführten Machtverhältnisse nicht: „Dass der Sicherheitsrat nur dort zum handlungsmächtigen Konsens findet, wo die strategischen Interessen der Hegemonialmächte zufällig miteinander übereinstimmen, widerspricht eklatant der Grundidee von Recht und Gerechtigkeit, der Unparteilichkeit.“ (Höffe 2003: 21) Höffe spricht bei den fünf Vetostaaten des Sicherheitsrates von positiver und negativer Hegemonie: sie setzen etwas positiv durch, können aber jeder ihre Interessen durch ein Veto ausdrücken und wichtige Beschlüsse aushebeln. (Vgl. Höffe 2003: 21) So wären „Particular states or groups of states that set themselves up as the authoritative judges of the world common good, in disregard of the views of others, are in fact a menace to international order, and thus to effective action in that field.“ (Hehir 2008: 116)

Diese negative Hegemonie führt also bei Nichtbeachtung der Sichtweise anderer Staaten selbst zu einer Bedrohung der internationalen Ordnung und bedroht auch effektives Eingreifen an sich – beides Aspekte, die diese mächtigen Staaten ursprünglich verhindern wollen: Sie führen also in dieser Sichtweise selbst herbei, was sie eigentlich nicht zulassen wollten.

Beim Versagen eines kollektiven Sicherheitssystems könne auch eine Staatengruppe oder ein Staat das Menschheitsrecht repräsentieren (Anmerkung: im Sinne der Menschenrechte, die derzeit vordergründig ausschlaggebend für eine positive Interventionsentscheidung sind). (Vgl. Köhler 2003: 100) In Bezug auf das aktuelle globale Sicherheitssystem, den UN – Sicherheitsrat, bedeutet das, dass es im Fall eines Vetos eines Mitgliedes trotzdem eine Intervention geben kann, wenn diese von den anderen Staaten als wichtig empfunden wird. Damit verliert das aktuelle System aber an Glaubwürdigkeit – in der Tat ist das seit dem einseitigen Eingreifen der USA bzw. der NATO im Namen der USA der Fall.

Die Problematik und Ambivalenz der Eigeninteressen bei humanitären Interventionen gibt es von Anfang an: „Noch während des kalten Krieges waren die humanitären Interventionen im Namen „der freien Welt“ bzw. der kommunistischen „Bruderschaft der Völker“ immer auch Anlass zur Erweiterung der Einflusszone des jeweiligen Blocks bzw. der jeweiligen Supermacht.“ (Merle 2003: 53) Dabei müsse man an Afghanistan, Nordvietnam und Angola denken: alle diese Interventionen wären am Beginn aus humanitären Gründen geführt worden und dienten dann überwiegend anderen Interessen. (Vgl. Merle 2003: 53) Hilfe, Schutz der Menschenrechte, Friedenssicherung, Eindämmung von Konflikten, Verhinderung von staatlicher Gewalt gegen Minderheiten und von Genoziden: das alles eröffnet „die Möglichkeit, unter dem Deckmantel einer (...) Mission eigene nationale oder hegemoniale Ziele effektiv und legitim zu verfolgen. Dazu kommt, dass die von solchen Interventionen betroffenen Länder politisch entmündigt werden.“ (Beck 2004: 217) Weitergehend ist auch die Rolle des Sicherheitsrates zu hinterfragen: seit einer Auslagerung der Menschenrechtsfragen aus der Vollversammlung in den Sicherheitsrat hätte dieser noch mehr Macht: „Der mit Blankovollmacht und Interpretationshoheit ausgestattete, öffentlich unkontrollierte, von der Vollversammlung abgetrennte, aus allen Schranken der Gewaltenteilung entlassene Sicherheitsrat betreibt einen willkürlichen Menschenrechtsintervenismus (oder – je nach Gusto und Interesse – auch Nonintervenismus),

der allenfalls durch moralische oder vorgeschobene moralische Zwecke legitimiert ist.“
(Brunkhorst 1998: 10 – 11)

Selbst der Sicherheitsrat, der noch am ehesten wirklich humanitäre Aspekte einbringen sollte, ist also verstärkt Werkzeug für eigene Interessen geworden, die – wie im Zitat beschrieben – nicht ausreichend kontrolliert werden können. Dazu meint Oeter: „Alle militärischen Zwangsmaßnahmen im Rahmen der kollektiven Sicherheit müssen sich bisher der Militärapparate der Mitgliedsstaaten bedienen, und das heißt konkret meist: der Großmächte.“ (Oeter 1998: 41) Und diese setzen – sei es im Rahmen des Sicherheitsrates oder nicht – ihre vitalen Interessen meistens grundlegend durch.

Es habe „in der Geschichte wohl keinen einzigen Fall einer „echten“ humanitären Intervention im Sinne der Ausschließlichkeit des humanitären Motivs gegeben“ (Oeter 1998: 55) Zudem hätten bei der Entscheidung zur Intervention immer auch andere Erwägungen eine entscheidende Rolle gespielt. (Vgl. Oeter 1998: 55) Das zeigt sich auch in der Diskrepanz zwischen begonnenen Operationen der UNO und deren letztendliche, nachhaltige Durchsetzung: so hätte es zwar Kriegsverbrechertribunale im Rahmen der jüngeren Interventionen gegeben, für die aber keine guten Arbeitsbedingungen geschaffen worden wären bzw. die nur sehr ungenügend ausgestattet wurden. (Vgl. Koskeniemi 1998: 83) Hier sieht man, dass das Bekenntnis der UNO ohne den Willen der durchführenden Großmächte (und gleichzeitig ohne deren vitale Interessen) dahinter bis jetzt nicht ausreicht und die ideelle Idee der Interventionen der UNO ohne wirkliche Legitimierung ihrer Gewalt auskommen muss.

Ein behauptetes Recht auf Intervention könne man nur als eine „Manifestation einer Politik der Gewalt betrachten, die in der Vergangenheit äußerst ernsthafte Missbräuche ermöglicht hat und ungeachtet aller Mängel der internationalen Organisation keinen Platz im internationalen Recht finden darf (...); der Natur der Sache nach wäre (das Recht auf Intervention) den mächtigsten Staaten vorbehalten und könnte leicht zu einer generellen Perversion der Handhabung des Rechts führen.“ (Chomsky 2001: 223) Diese Ansicht, in den 1950ern vom Weltgerichtshof kommend, zeigt uns das Problem der immer noch aktuellen Diskussion um ein Interventionsrecht: „As the Bush administration made patently clear at the time of the invasion of Iraq, humanitarian intervention does not need to abide by the law.“

Indeed, its defining characteristic is that it is beyond the law. It is this feature that makes humanitarian intervention the twin of the War on Terror.” (Mamdani 2009: 274) Der ursprünglich sehr positive Effekt der humanitären Intervention geht mit ihrer Adaption in diesem Sinne verloren: sie wird zum rein sicherheitspolitischen Instrument. Das bringt Mamdani auf den Punkt: „It (Anm.: der Diskurs über die universellen Rechte) justifies interventions by big powers as an antidote to malpractices by newly independent small powers.“ (Mamdani 2009: 282)

Um einen Missbrauch des Intervenierens, der oft mehr Schaden als Gewinn bringt (siehe Kapitel 2.1.2 – die US – Intervention in Somalia als Wendepunkt der US – Interventionspolitik), zu verringern, muss klar abgewogen werden, wer eingreift, mit welchen Interessen und ob ein Eingreifen wirklich positiv einwirken kann.

Noch problematischer wird der Aspekt der Interventionspflicht: Diese wird lange diskutiert, wird aber weder vom Völkerrecht noch durch andere Verträge vorgesehen. Die Möglichkeit, die Entscheidung auf Gegenseitigkeit basieren zu lassen, gibt es kaum: „Es lässt sich kaum ein Fall finden, in dem zwei Völker zeitversoben mit einer militärischen humanitären Intervention einander geholfen haben.“ (Merle 2003: 59) Das daraus mögliche Prinzip des Machtausgleichs durch Gegenseitigkeit hat zumindest bis jetzt nicht funktioniert, wäre aber ein utopischer Ansatz, um die Interessen der mächtigen Staaten etwas auszugleichen. „Nicholas Onuf (...) setzt eine humanitäre Intervention mit einem Hilfseinsatz nach einer Naturkatastrophe gleich, die ebenfalls eine schnelle Reaktion erfordert.

Humanitäre Intervention sei die Pflicht der „zivilisierten Welt“, die die Werte und die Kultur eines universalen Republikanismus besitzt. Dieser universale Republikanismus legitimiert humanitäre Interventionen auch weit weg von zuhause. So ein Notfall privilegiert die Ethik gegenüber den Souveränitätsrechten eines Staates, weil der agierende Staat oder die agierende Institution keine anderen Interessen hat als die humanitäre Intervention.“ (Gebrewold 2009: 39) Das ist eine ernsthafte Problematik, denn den Idealfall ohne Eigeninteressen gibt es nicht – besonders in der Bearbeitung der Interventionsmotivation von EU und USA werden wir sehen, dass diese Ansicht zur zivilisierenden Pflicht zur Intervention nicht unproblematisch ist.

Die Rechtfertigungsformel „humanitäre Intervention“ kann sehr leicht als Vorwand für eine Aggression benutzt werden: „Menschenrechtsverletzungen sind in der Tat nur allzu verbreitet, und wenn erlaubt würde, sie durch Anwendung äusserer Gewalt zu beenden, wäre kein Gesetz mehr übrig, das die Gewaltanwendung durch fast jeden Staat gegen fast jeden anderen verbietet“ (Chomsky 2001: 226) Es ist in dieser ambivalenten Sichtweise also besser nicht gewaltsam einzugreifen, sondern andere Wege zu suchen. Dabei ergibt sich für mich das Risiko, dass durch ein Nichteingreifen oft doch mehr Schaden angerichtet werden kann, als wenn man entschlossen, koordiniert und durchdacht vorsichtig eingreift: hier erweist sich wieder einmal das dringend nötige Abwägen der Vor – und Nachteile als nötig – unter der Prämisse des „Do – no – harm“.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Menschenrechtsregime, das zweischneidig wirkt: „Es erlaubt nicht nur Konfliktregulierungen über Grenzen hinweg. Es eröffnet auch „humanitären Interventionen“ in andere Länder Tor und Tür. Seine Wirkung kann mit einem speienden Vulkan verglichen werden, der die Welt mit einer feuerroten Lavamasse kriegerischer Konflikte überzieht. Gerade weil die Durchsetzung der Menschenrechte nationale Widerstände überwindet und überwinden muss, schlägt das Versprechen auf Befriedung und Stabilität durch Menschenrechte – der „Ewige Frieden“ (...) – so leicht in Entfriedung und Destabilisierung durch Ewige Kriege um.“ (Beck 2004: 75) Zusätzlich dazu wäre „die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (...) weit entfernt vom Idealbild des auf Menschenrechten gegründeten demokratischen Verfassungsstaates, das Kant seiner Vision vom „ewigen Frieden“ zugrunde legte.

Herrschaft beruht in dieser Welt zuallererst immer noch auf Gewalt, wird durch Gewalt gewonnen und durch Gewalt gegen die Bürger gesichert. Menschenrechte gelten in der Praxis vieler dieser auf Gewalt basierenden Ordnungen kaum etwas.“ (Oeter 1998: 38) Menschenrechte scheinen demnach eher eine rhetorische Angelegenheit als realpolitische Basis für die Intervention zu sein. Grober ausgedrückt ist das übergeordnete Problemfeld der humanitäre Diskurs, der in seiner jeweiligen Anpassung durch den Westen zum rhetorischen Mittel der Rechtfertigung von Interventionen wird : „The adoption of the humanitarian discourse by Western states, so evident during Operation Allied Force, has not manifest as the proactive propagation of benevolent Western humanitarianism, but rather as a rhetorical rationale for invading Iraq and ignoring Darfur, clearly not what the normative thesis anticipated.“ (Hehir 2008: 75)

Wir sehen also: die Ambivalenz humanitärer Interventionen ist durchgehend zu bemerken, besonders auch im Bereich der Menschenrechte, deren Wirkung und deren Folgen in ihrer Durchsetzung auch negativ sein können. Sie sind nicht nur in ihrer Anwendung als Deckmantel für andere, nationale Interessen der Eingreifenden ambivalent, sondern in ihrer Anwendung an sich. Diese Anwendung basiert immer – siehe Kapitel 2 – auf bestimmten Kriterien. Mamdani zeigt auf, dass selbst scheinbar eindeutige Kriterien ambivalent sind: in Bezug auf Darfur: „What is new about Darfur, human rights interventionsists will tell you, is the realization that sometimes we must respond ethically and not wait. That time is when genocide is occurring. But how do we know it is genocide? Because we are told it is.“ (Mamdani 2009: 3) Damit bringt Mamdani diese Ambivalenz auch in der Kriterienfrage beispielhaft auf den Punkt.

1.2.1 Humanitäre Interventionen als moderne Kreuzzüge des Westens – ethische Überlegungen zum Menschenrechtsprotektionismus

In einem historischen Vergleich mit der Lehre von Thomas von Aquin soll hier diskutiert werden inwieweit eine frühere Kreuzzugsdoktrin für die heutige Interventionsethik bedeutend ist. (Vgl. Beestermöller 2003: 141) Ich denke, dass dieser kurze Einstieg wichtig für die erste Forschungsfrage dieser Arbeit ist: indem sich diese Frage mit den Kriterien, wann und wie man eingreifen muss und soll (bzw. im Umkehrschluss) wann man nicht eingreifen soll beschäftigt, macht sie eine Betrachtung der dahinter liegenden Ethik unumgänglich. Nur wenn diese Ethik, die im historischen Vergleich sehr gut Schwächen und Stärken zeigt, beachtet wird, ist es verständlich, warum und wieso es zu bestimmten Kriterien als Interventionsentscheidung und worauf sich Kriterien für die Durchführung von humanitären Interventionen berufen.

Generell ist die humanitäre Intervention die Spitze der Bemühungen, Macht unter die Herrschaft des Rechts zu stellen; kollektive Sicherheit soll die absolute Souveränität der Staaten brechen – das Motiv steht dahinter. (Vgl. Beestermöller 2003: 143) In der Entwicklung einer Ethik humanitärer Interventionen meinen Merle und Pinzani „Wir sehen keinen prinzipiellen Grund dafür, dass nur Staaten, nicht etwa Organisationen wie Amnesty International oder Ärzte ohne Grenzen zur Intervention bzw. zur Teilnahme an einer Intervention befugt sein sollen.“ (Beestermöller 2003: 144)

Das zeigt uns eine Parallele zu Thomas: bei ihm sind es die Ritterorden, die selbstlos aus der Krankenpflege kommend, für die Opfer von Unrecht eintreten sollen. (Vgl. Beestermöller 2003: 144) Grundlegend zeigt sich, dass sowohl die Kreuzzugsdoktrin als auch die Lehre vom gerechten Krieg (im Hintergrund in der Ethik der humanitären Intervention stehend) Interventionsethik sind: Thomas meint, dass beides den Zweck hat „Angriffe auf die Christenheit abzuwehren, sei es auf den christlichen Herrschaftsbereich, sei es um Christen, die unter heidnischer Herrschaft schweres Unrecht erleiden, Recht widerfahren zu lassen.“ (Beestermöller 2003: 145) Ersetzen wir jetzt den Faktor des Christentums mit dem Faktor einer zivilisierten Welt, dann gibt Thomas besonders im Schutz der im Unrecht stehenden Christen ein Prinzip der heutigen Interventionsethik mit dem Ziel der Verteidigung der Menschenrechte wieder.

„Es muss ein gerechter Grund vorliegen, damit die Soldaten, die man bekämpft, diese Bekämpfung einer Schuld wegen verdienen.“ (Beestermöller 2003: 153) Dieser gerechte Grund, im konkreten bedeutet er heute eine zu bekämpfende Verletzung der Menschenrechte, ist aktuell immer noch das Grundprinzip in der Durchführung humanitärer Interventionen. Thomas zitiert dann Augustinus: „Unter gerechten Kriegen versteht man solche, durch welche Unrecht geahndet wird; so wenn ein Volk oder eine Stadt zu strafen ist, weil sie entweder versäumt haben, das zu ahnden, was von ihren Bürgern empörenderweise verübt wurde, oder versäumt haben, das zurückzugeben, was ungerechterweise geraubt wurde.“ (Beestermöller 2003: 154) Genau so wird heute argumentiert: man muss eingreifen, wenn in einem „failed state“ eine sichere Situation aller Bürger, durch Vergehen eines Teils der Bevölkerung, nicht gewährleistet werden kann. Es ist dann Ziel der Intervention die Bevölkerung zu schützen, die Ordnung wiederherzustellen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen: Das heißt, das zurückzugeben, was geraubt wurde und zu ahnden, was davor geschehen ist.

Es geht mit der rechten Intention weiter: nach Augustinus soll das Gute vermehrt werden und das Böse gemieden werden, man müsse Kriege im Eifer um den Frieden führen, das Böse einschränken und das Gute unterstützen. Weiters könne es vorkommen, dass eine gute Absicht negativ wird – wenn der Rachedurst überwiegt und die Gier nach Macht der Antrieb ist bzw. wenn die Wildheit des Gegenschlages unangebracht ist. (Vgl. Beestermöller 2003: 155) Genau dieses Denken spiegeln die Richtlinien für humanitäre Interventionen wieder: hier soll angemessen vorgegangen werden, das positive Wirken muss gegenüber negativen Aspekten, die nötig sind um Positives zu erreichen überwiegen.

Und Machtansprüche, wie der Anspruch der USA, in Somalia sich durch ein Interventieren eine Einflussphäre in der Nähe des Nahen Ostens zu sichern, wirken oft negativ auf die Intervention und drängen das humanitäre Wirken in den Hintergrund, sind also negativ. Die Ethik der Intervention von Thomas ist im Interesse der Christen, die unter der Herrschaft der Heiden keine Rechte haben würden (Vgl. Beestermöller 2003: 157) – darin sieht man die damalige Debatte parallel zur heutigen Diskussion: der Westen vertritt die Menschenrechte und greift für die ein, die unter anderer Herrschaft diese Rechte nach Meinung des Westens nicht ausüben dürfen. Nach aktueller Ansicht richtet sich eine humanitäre Intervention gegen etwas Böses (das bekämpft werden muss, um die Lage der Bevölkerung zu verbessern) – dieser Kampf gegen das Böse ist bereits in der Bibel da und spielt historisch eine große Rolle. (Vgl. Beestermöller 2003: 158) Thomas meint, dass die schuldigen Täter zur Rechenschaft zu ziehen sind; wie schon einmal erwähnt, ist dieser Aspekt als Ziel humanitärer Interventionen immer noch zentral. (Vgl. Beestermöller 2003: 157)

In Bezug auf den NATO – Einsatz im Kosovo meinte man, dass es sich dabei um „ein Bündnis von Staaten“ handle, „die uneigennützig dem Schutz der Menschenrechte dienen wollen“ (Beestermöller 2003: 160) In anderen Worten ausgedrückt sehen wir hier das Prinzip der gerechten Intention - das durch die NATO – Staaten ausgeführt wurde – ausgedrückt. Es ist immer ein Problem, Menschenrechte erzwingen zu wollen: es spricht gegen die Menschenrechte an sich, wenn man sie jemandem aufzwingen will, der sich ihrem Regime nicht schon davor unterworfen hat. Real scheint es aber so zu sein, dass die Menschenrechte der einen Seite nur durch eine Verletzung der Menschenrechte der Anderen zu schützen sind.

Das spiegelt jetzt das alte Prinzip der Guten gegen die Bösen wieder: damals standen Helfer von leidenden Christen Unrecht verursachenden Heiden gegenüber, heute sind es Verteidiger von Menschenrechten, die Menschenrechtsbrecher zwingen, ihr Verhalten zu ändern. (Vgl. Beestermöller 2003: 161) Wie vertritt man nun sein Interventieren gegenüber der gegnerischen Seite? - Bei Nothilfe auf internationaler Ebene (Anm.: gegen Verursacher dieses Zustandes gerichtet) träte folgende Regelung in Kraft: „Im Sinne humanitärer Intervention darf man nur dort eingreifen, wo klarerweise gegen eine Regel verstoßen wird, die ein klares Recht beinhaltet, dessen Verletzung klarerweise ein massives Unrecht darstellt.“ (Beestermöller 2003: 162) Das Problem, und das zieht sich durch diese gesamte Arbeit, bleibt die klare Regel – wer bestimmt diese Regeln, sind sie universell human oder Abbild der politischen Machtstruktur; bzw. wessen Interessen stehen hinter ihnen ?

Die Diskussion ob – und welche – universellen Werte es gibt, kann hier nicht behandelt werden, soll uns aber als reflektierender Gedankengang im Zuge dieser Arbeit im Hintergrund begleiten und das Menschenrechtsparadigma generell hinterfragen.

Nächster Aspekt ist die Legitimität von humanitären Interventionen: ist es gerechtfertigt, einer Gruppe zu helfen, die selbst gewaltsam tätig war, dabei verlor und so erst in die Opferrolle versetzt wurde ? Bei Thomas haben Nichtchristen keinen Anspruch auf Schutz durch die Christenheit, da sie sich selbst entschieden haben, nicht zu diesen dazuzugehören. (Vgl. Beestermöller 2003: 167) Sind heute damit Gruppen, die sich wie obig erwähnt, de facto selbst ausschließen, nicht berechtigt durch eine humanitäre Intervention verteidigt zu werden ? Die Frage der Legitimität bleibt heute noch wichtiger als gedacht: Besonders die USA haben in ihrer Interventionspolitik oft zuerst diejenigen unterstützt, die dann Konflikte auslösten, und wo man danach für die andere Seite eintreten musste.

Beck bringt dazu einen weiteren Aspekt: „die vorbehaltlose Anerkennung und Verwirklichung (der Menschenrechte) legitimiert Staaten, in andere Staaten zu intervenieren. Diese neue Asymmetrie erlaubt, je nach Lage, „Menschenrechtskreuzzüge“: das „Jüngste Gericht“ wird menschenrechtlich säkularisiert, und zwar in der Form allgegenwärtiger, möglicher „humanitärer Interventionen.““ (Beck 2004: 215) Die Menschenrechte genügen laut Beck also, um humanitär einzugreifen, im Verständnis von Thomas sind sie der Faktor, der als gerechter Grund ausreicht um einzugreifen – je nach Interpretation egal wann und wo.

Die damalige Diskussion um eine gerechte Intervention wurde nach Thomas von Francisco de Vitoria weiterentwickelt: er wollte dessen Grundsätze auf die neue Situation der Welt, bedingt durch das gerade entdeckte Amerika, anwenden. Er gab dann allerdings auf: eine Befugnis für die Machthaber, Unrecht auf der ganzen Erde zu bekämpfen, sei falsch und würde die Ordnung durcheinanderbringen, dieses Denken sei nicht von der Vernunft aus herzuleiten und auch nicht von Gott gegeben worden. (Vgl. Beestermöller 2003: 169) Wenn wir an humanitäre Interventionen denken, die selbst viel Schaden angerichtet haben, dann kommen wir zu demselben Schluss. Es ist also keine Sichtweise ausschließlich zu befürworten: ein richtiger Mittelweg, ein Abwägen der einzelnen Faktoren und regionalen Aspekte, unabhängig vom Menschenrechtsparadigma an sich, kann aber sehr wohl zu einer nachhaltig positiven Interventionsentscheidung führen.

1.3 Neue Richtlinien für humanitäre Interventionen ab 1995

Das soll nur ein kurzer Einstieg in die Entwicklung neuer Richtlinien und Kriterien sein, der als Input zu sehen ist, als Einführung in das Themenfeld der Interventionskriterien. In der ersten Forschungsfrage (Kapitel 2) der Kriterien für die Intervention wird die bisherige Entwicklung von Richtlinien bis hin zur Zukunftsperspektive (dazu siehe auch Kapitel 8.1 in der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse) in diesem Bereich diskutiert werden.

1995 wurden die UN – spezifischen Interventionsdefizite untersucht: daraus entstanden 15 Richtlinien bzw. Forderungen für zukünftige, komplexe Friedensmissionen:

- Ein eindeutiges und durchführbares Mandat ist unbedingt nötig.
- Streitkräfte von Friedenstruppen sollten kein Konfliktgebiet betreten, wenn es keinen politischen Willen der beteiligten Parteien zur Aussöhnung gäbe.
- Integrierte Planung ist essentiell, um multidimensionale Probleme zu lösen.
- Kommunikation vor Ort muss funktionieren (bezogen auf das Sekretariat)
- Personal muss rechtzeitig eingesetzt werden und gut trainiert sein.
- Eine klare Kommandostruktur ist nötig.
- Logistische Probleme behindern eine Mission.
- Eine öffentliche Informations – Strategie ist nötig.
- Klare Richtlinien für Entwaffnung und Demobilisierung sind nötig und müssen mit Zustimmung aller Parteien durchgeführt werden.
- Die diplomatische Gemeinschaft im Gebiet der Mission ist wesentlicher Teil der Mission.
- Die humanitäre Komponente ist essentiell, um Erfolge von Friedensmissionen zu ermöglichen. (Vgl. Herrmann 1997: 317)

Diese neuen Richtlinien wurden vom Versagen in Somalia initiiert, worüber in Kapitel 2.1 mehr zu lesen ist. „Somalia might in fact exemplify what we should expect in the near future.“ (Herrmann 1997: 355): Somalia wird als Wendepunkt gesehen, als Modell, das die Schwierigkeiten zukünftiger UN – Missionen aufzeigt. In der aktuellen Bearbeitung der Situation in Darfur soll versucht werden aufzuzeigen, wie aktuelle Probleme hier gelöst werden.

Wenn wir weitergehen, dann muss auch der Brahimi – Bericht erwähnt werden: im Jahr 2000 wurde durch eine UN – Kommission das bisherige Intervenieren analysiert, dieser Bericht „legte eine Reihe von Schwachstellen innerhalb des Systems offen und machte konkrete Reformvorschläge (...).“ (Berg 2009: 115) So gibt es vier wichtige Faktoren: eine UN –

Friedensmission darf nur erfolgen, wenn als Basis eine politische Lösung vorgesehen wird: das ist ein Richtungswechsel, der das Erzwingen von Frieden ablehnt. Eine Analyse der Situation muss über die nationalen Grenzen hinausgehen und externe Akteure beinhalten. Man muss beim Abschluss von Friedensverhandlungen immer bedenken, dass es Betroffene gibt, die nicht mit den Ergebnissen zufrieden sind – und diese beachten. Weiters fehlt es am Ende eines Konflikts an Vertrauen, es braucht externe Garantien, um Friedensverträge einzuhalten. Das kann eine UNO – Mission aufgrund ihrer kurzen Dauer nicht übernehmen – deswegen ist es „unerlässlich, einflussreiche und durchsetzungsfähige regionale oder internationale Akteure in den Friedensprozess und seine nachhaltige Umsetzung aktiv einzubeziehen“ (Berg 2009: 116; vgl. Berg 2009: 115 – 116) Bereits dieser kurze thematische Einstieg zeigt die Komplexität des Bereichs: im Spannungsfeld zwischen Objektivität und Eigeninteressen der erwähnten durchsetzungsfähigen Akteure. Dieses Spannungsfeld wird auch Kapitel 2, die Forschungsfrage über Interventionskriterien allgemein, aufweisen.

1.4 Die Situation in Darfur

Darfur ist der Schauplatz dieser Arbeit; er spielt sowohl im Vordergrund als auch im Hintergrund – besonders bei den historischen Motiven der eingreifenden Akteure – eine wichtige Rolle. Deswegen soll hier ein kurzer historischer Abriss einen guten Überblick ermöglichen. Darfur ist eine Provinz im Westen des Sudan, war als afrikanisches Sultanat lange unabhängig und wurde erst 1874 in den Sudan integriert. (Vgl. Knab 2006: 58) Der eigentliche Konfliktgrund war der Streit zwischen afrikanischen Ackerbauern und arabisierten, nomadisierten Viehzüchtern. Weiteren Druck auf die Situation übte die sich ausbreitende Sahara aus, die die Ressourcenknappheit für alle erhöhte. (Vgl. Knab 2006: 58) Alle Konfliktparteien sind islamisch, so kann nicht von religiösen Hintergründen gesprochen werden.

Durch das Übergreifen des Bürgerkrieges im Tschad, dem Nachbarstaat, wurden die alten Konfliktparteien mit Waffen versorgt – die Situation wurde brutaler. (Vgl. Knab 2006: 58) In den 1990er Jahren lieferte die Zentralregierung die Waffen für die arabischen Milizen, die afrikanischen Gruppen dagegen bewaffneten sich im Tschad und in Libyen. Lokale Versuche den Konflikt zu lösen misslangen, zudem führten schlechtes Wetter, hohes Bevölkerungswachstum und eine Apathie der Zentralregierung zu einer weiteren

Verschärfung der Situation. (Vgl. Knab 2006: 58) Auslöser für den heutigen Konflikt war dann 2003 der Angriff der Sudan Liberation Movement / Army (SLM/A) auf die Stadt Gulu, die Rebellen erzielten danach noch weitere Erfolge gegen die Regierung. (Vgl. Knab 2006: 59) Die Zentralregierung bemerkte, dass die Lage nicht zu lösen war „und instrumentalisierte arabische Milizen, besser bekannt unter dem Synonym Janjaweed, zum Kampf gegen die afrikanischen Rebellen.“ (Knab 2006: 60)

Die Janjaweed gingen so rücksichtslos vor, dass die Weltöffentlichkeit auf die Situation aufmerksam wurde; Knab spricht von mindestens 200 000 Toten und mehr als 2 Millionen intern Vertriebenen durch den komplizierten Konflikt, in dem die sudanesisische Regierung, die Rebellengruppen SLM/A und JEM (Justice and Equality Movement), die arabischen Janjaweed und tschadische Rebellen beteiligt sind. (Vgl. Knab 2006: 60) Da die Regierung selbst involviert ist, ist die Situation von ihrer Seite aus nicht mehr als objektiv zu betrachten. Daraufhin reagierte der Westen und versuchte den Konflikt auf Basis der responsibility to protect, der Verantwortung zu schützen, von außen zu lösen. (Vgl. Knab 2006: 61) Bereits 2003 gab es erste Waffenstillstandabkommen, die auch ein „Protocol on the Establishment of Humanitarian Assistance in Darfur“ beinhalteten (Knab 2006: 62).

Darin wurden die Transparenz der Maßnahmen, unrestrictiver Zugang zum Konfliktgebiet und der Schutz der Bevölkerung vereinbart. Überwacht werden sollte der Waffenstillstand durch eine Kommission, die als Vorsitzenden einen Vertreter eines Staates der afrikanischen Union haben sollte und als weitere Mitglieder einen stellvertretenden Vorsitzenden aus der EU und Vertreter der Mediatoren im Tschad, der Regierung des Sudan und von JEM und SLM/A beinhalten sollte. (Vgl. Knab 2006: 63) 2004 wurde die Situation in Darfur vom Westen als „the most serious humanitarian emergency in the world today.“ (Hehir 2008: 66) beschrieben.

Diese damalige Vereinbarung ist auch noch bis 2006 die Grundlage aktueller Verhandlungen; in der Nichteinhaltung der in ihr festgeschriebenen Punkte (Stopp des Rekrutierens, Stopp von Sabotage, keine Landminen mehr, keine feindliche Propaganda und kein feindliches Verhalten mehr; die Regierung wollte alle bewaffneten Milizen neutralisieren) zeigt sich die Machtlosigkeit der Situation bis 2006. (Vgl. Knab 2006: 62) Die weitere Entwicklung bis 2009 wird im Laufe der Arbeit in verschiedensten Aspekten in den Forschungsfragen selbst bearbeitet.

Zum Abschluss sei nur noch eine kurze Übersicht über die beiden Interventionsmissionen in der Region gegeben. Im Tschad findet die EU – Militärmission statt, EUFOR TSCHAD/ZAR, die seit Jänner 2008 läuft und die Stabilisierung der Sicherheitslage, den Schutz von Zivilisten und Flüchtlingen und die Sicherung der humanitären Versorgung als Ziele verfolgt. Dabei sind ca. 3000 Soldaten beteiligt. (Vgl. Rummel 2009: 60) Bereits abgeschlossen ist die EU – Unterstützungsmission in Darfur für die Afrikanische Union (AMIS II). Diese Zivil – und Militärmission lief von Juli 2005 bis Dezember 2007. Ziele waren die Unterstützung der AMIS – Mission der Afrikanischen Union in Darfur, die Bereitstellung von Ausrüstung und Transportkapazitäten und die Ausbildung von Soldaten und Polizei. Beteiligt waren 31 Polizeibeamte und 18 Militärexperten. (Vgl. Rummel 2009: 61)

Zur aktuellen Bewertung der Missionen: „Leider werden die Fehler der Vergangenheit wiederholt. Miteinander vernetzte Konflikte – Südsudan, Ostsudan, Darfur und Tschad – werden getrennt behandelt (...). Die (...) drei Friedensmissionen wurden mit humanitärer Zielsetzung entsandt und können sich nicht auf tragfähige Friedensabkommen stützen. MINURCAT und EUFOR Tchad/RCA haben noch schlechtere Erfolgsaussichten als UNAMID (...). Zudem wird die Legitimität von EUFOR Tchad/RCA durch die französischen Sonderinteressen in Frage gestellt.“ (Pabst 2009: 109) Besonders der Aspekt der französischen Interessen wird in Kapitel 3.2.1 in Bezug auf die EU und ihre heterogenen Motive zu intervenieren länger diskutiert.

Ganz aktuell (2009) meint das Security Council der Afrikanischen Union (im COMMUNIQUE OF THE 198TH MEETING OF THE PEACE AND SECURITY COUNCIL), dass die aktuelle Intervention fortgesetzt werden müsse. Fortschritte sind also durchaus zu verzeichnen, aber noch nicht weit genug gediehen. Das Council “**Stresses** the importance of continued and improved delivery of humanitarian assistance in Darfur and **expresses its satisfaction** with the establishment of a Joint High Level Committee on Humanitarian Affairs comprising the Government of the Sudan and some major UN humanitarian agencies, which has the mandate of tackling the humanitarian situation.” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Weitergehend: das Council “**Decides** to extend , for a further period of 12 months, the mandate of UNAMID as defined by UN Security Council resolution 1769 (2007) of 31 July 2007, and **requests** the Security Council (Anm.: den UN – Sicherheitsrat) to do the same.” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Die Afrikanische Union ist also bereit hier weiterhin zu helfen und verlangt dies auch von der UNO.

Ein Meilenstein in der weiteren Entwicklung werden die Wahlen sein, die bald abgehalten werden sollen: “Highlighting the difficulties in organizing the elections, Mr. Kennedy said that the “size and physical landscape of the country, together with weak infrastructure in large parts of the county, would present a challenge for any election management body.” He added that polling for six offices at the same time – President of the Republic, President of the Government of Southern Sudan, state governors, the National Assembly, the Southern Sudan Legislative Assembly, and State Assemblies – along with different elections taking place in different parts of the country is a complex task.” (Siehe: News+Highlights+06-08-2009) Ob die Wahlen eine Verbesserung bringen oder durch die Abspaltungstendenz im Süden des Sudans und die Autonomiebestrebungen von Darfur neue Probleme aufwerfen, wird sich zeigen: es wird sicher nicht leicht: “A senior politician in South Sudan says the south will declare unilateral independence if it does not get a fair referendum on the issue.” (Siehe: News+Highlights+12-08-2009)

Zudem wird der Weg zu den Wahlen an sich auch noch zu bewältigen sein: “KHARTOUM, Aug 15 (Reuters) - Sudan's main opposition parties have demanded changes to laws they say will prevent them campaigning freely in next year's elections and will boycott the vote if no action is taken, politicians said on Saturday.” (Siehe News+Highlights+16-08-2009) Weitergehend: “July 24, 2009 (UNITED NATIONS) – The UN peacekeeping chief told the Security Council that Darfur Internally Displaced Persons would be deprived of taking part in the 2010 general elections, and this would affect the power sharing in the country.” (Siehe: News+Highlights+25-07-2009) Das Problem ist also nicht nur im Sudan zu suchen, sondern muss aufgrund der oben erwähnten Flüchtlingsproblematik regional behandelt werden.

Im Sudan tritt das generell wie folgt beschriebene Problem auf: “Sudan's security law has been criticised by human rights groups for restricting freedom of expression.” (Siehe News+Highlights+16-08-2009) Die Meinungsfreiheit ist also in Gefahr – durch ein neues Sicherheitsgesetz. Das zeigt hier, dass Sicherheit nicht nur positiver Effekt ist, der durch Entwicklung erreicht werden soll, sondern auch negativ wirkt und neue Probleme hervorruft. Überspitzt ausgedrückt könnte man meinen, der Druck des Westens in den Sicherheitsfragen beschert somit neue Probleme und behindert die nachhaltige Sicherheit vor Ort, die der Westen eigentlich als Ergebnis seiner Entwicklungsbemühungen erreichen wollte. Damit ist die Zukunft also offen und wird nicht einfach werden. Es wird sogar von einer nötigen Verschiebung des Wahltermines gesprochen: “In April 2010 Sudan is expected to hold the first fair and free elections after two decades of totalitarian regime in accordance with the

Comprehensive Peace Agreement (CPA). However, Darfur rebels and former rebels rejected census results and asked to delay the electoral process to after a lasting peace agreement in western Sudan.” (Siehe: News+Highlights+25-07-2009)

Ganz aktuell sehen wir zumindest für das nächste Jahr 2010 positive Signale: “ADDIS ABABA, July 21, 2009 (AFP) - The African Union's peace and security council on Tuesday extended the mandate of its hybrid peacekeeping force in Darfur with the United Nations by one year, a spokesman said. The council "has renewed, without change, the UNAMID (UN-African Union Mission in Darfur) mandate for 12 months, beginning July 31, and asked that the UN do the same," said AU spokesman El Ghassim Wane. (...) It has around 17,000 soldiers and police, instead of the 26,000 it would like.” (Siehe: News+Highlights+22-07-2009) Es wird also eine Verlängerung der prinzipiell erfolgreichen Mission geben; deren Erfolge auch davon abhängen werden, ob sie mit genügend Mitteln und Personal ausgestattet werden wird.

Der Empfehlung der AU, an die UNO gerichtet, auch ihren Anteil an der gemeinsamen Mission weiterzuführen, wurde stattgegeben: “30 July 2009: The Security Council agreed today to extend the work of the joint African Union-United Nations peacekeeping operation in Sudan's Darfur region by another year and called for the UN to set out a plan so it can measure whether the mission is making progress towards achieving its mandate. Council members voted unanimously to keep the mission, known as UNAMID, in place through the end of July 2010 and stressed the importance of protecting Darfur's civilian population and ensuring humanitarian workers have unhindered access to those in need.” (Siehe: News+Highlights+31-07-2009) Die Voraussetzungen für ein weiteres, möglichst erfolgreiches Intervenieren durch UNAMID als Hybridmission von UN und AU sind also bis 2010 gegeben.

„UGS Alain Le Roy berichtete dem VN-GS über die Fortschritte beim Deployment von UNAMID. Nachdem der Fokus der Arbeit bis dato auf Deployment gelegen sei, könne sich UNAMID nun auf Erfüllung des Mandats, Schutz der Zivilisten und humanitäre Hilfe konzentrieren. Konflikte in Darfur seien nun zwar örtlich begrenzt und nicht mehr flächendeckend, große Teile der Bevölkerung aber dennoch von humanitärer Hilfe abhängig.“ (Siehe: Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009) Die Fortschritte verlangen also auch noch zukünftige Maßnahmen.

„Generelles Einverständnis bestand darüber, dass der politische Prozess die absolute Priorität darstellt.“ (Siehe: Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009) und: „Alle Delegationen traten für eine Verlängerung von UNAMID um ein Jahr ein.“ (Siehe: Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009) Es wird also auch in Zukunft viel zu tun sein, und dem wird in dieser Entscheidung des Sicherheitsrates Rechnung getragen.

2 Interventionskriterien: eine Akteursanalyse

Welche Kriterien braucht man um international einzugreifen: wann und wie ist ein Eingreifen gerechtfertigt bzw. unbedingt erforderlich ?

Die allgemeinen Kriterien für ein Eingreifen sind vor allem durch humanitäre – und menschenrechtliche Erwägungen begründet. (Vgl. Hoppe 2004: 70) Hier wird leider oft mit verschiedenen Maßen gemessen, so dass man hinter den Kriterien die Interessen der eingreifenden Mächte herausfiltern muss, um die Situation zu verstehen. Bevor wir zu den bisherigen Kriterien kommen, muss noch folgender Aspekt der Kriterienkataloge angeführt werden: „It is interesting to note that these catalogues, which, as noted, only slightly differ in their content, applied to the situation in Kosovo, brought completely different results depending on the personal view taken by the various authors...we can conclude that the drafting of these catalogues does not really contribute to give an answer to the question why and when humanitarian intervention should be permissible.“ (Hehir 2008: 85)

Die generell ähnlichen Kriterienkataloge bringen also wenn sie in Bezug auf eine reale Situation angewandt werden, verschiedene Ergebnisse – abhängig vom jeweiligen Autor bzw. Anwender. Uns muss also klar sein, dass auch die besten Kriterienkataloge in ihrer Anwendung und Interpretation viel Spielraum für subjektive Interessen bieten, die durch diese Kataloge dann de facto als objektive Interventionen verkauft werden können. Die Frage der Objektivität muss also nicht nur in der Erstellung der Kriterien, sondern in jedem einzelnen Anwendungsfall von diesen, zentral beachtet werden. Konkret ausgedrückt: „militärische und nichtmilitärische Interventionen durch regionale und/oder globale Akteure werden aus zwei Gründen durchgeführt: aus Eigeninteresse oder aus humanitären Gründen.“ (Gebrewold 2009: 37)

Zum Ausgleich der Eigeninteressen in der Interventionsentscheidung gibt es einen konstruktiven Aspekt in der Studie der International Commission on Intervention and State Security (ICISS) : diese meint, dass sich die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates verpflichten sollten, auf ihr Vetorecht zu verzichten, wenn es nicht um ihre eigenen vitalen staatlichen Interessen gehen würde (Vgl. Knab 2006: 13), „um die Verabschiedung von Resolutionen für militärische Interventionen zu Menschenschutzgründen nicht zu behindern, für die sich sonst eine Mehrheit der VN – Mitglieder einsetzt“ (Knab 2006: 13 – 14).

Das Vetorecht bei solchen Entscheidungen sehe ich als elementares Mittel um die eigenen, subjektiven Aspekte zum Ausdruck zu bringen: der Versuch der ICISS ist sicher gut, um hier mehr Objektivität zu erreichen. Allerdings geht auch die ICISS bereits einen Kompromiss ein: indem sie davon spricht, dass der Verzicht nur stattfinden soll, wenn es sich nicht um eigene vitale Interessen dreht. Was jetzt in konkreten Fällen ein vitales Interesse ist, darüber lässt sich streiten – vor allem seit in der Doktrin des Krieges gegen den Terror die innere Sicherheit der USA nur gewährleistet werden kann, indem man auf der ganzen Welt vorbeugend eingreift und so zukünftige Bedrohungen von vornherein vernichtet. Das ist natürlich eine sehr umstrittene Sichtweise, die in der Analyse der USA in Bezug auf unsere erste Forschungsfrage noch genauer angeführt wird. In Bezug auf unsere Grundfrage in diesem Absatz meint Hilger, dass es „der (meist utopische) Idealfall wäre“ (Hilger 2004: 38), wenn das Selbstinteresse fehlen würde. (Vgl. Hilger 2004: 38) Noch einmal betonend: im Zuge der ICISS wurde auch versucht zu erreichen, dass die Vetostaaten im Sicherheitsrat ihr Veto in humanitären Notfällen nicht einsetzen würden, wenn sie keine eigenen vitalen Interessen hätten (Vgl. Hehir 2008: 72 – 73) – ein Versuch also, den humanitären Aspekt in den Vordergrund zu stellen, der aber immer noch von den vitalen Interessen der Großmächte abhängig ist.

Basis für jedes Kriterium ist die jeweilige Position zur Interventionsentscheidung. Einerseits gibt es die normative Position, die besagt, dass Menschenrechte universell sind und dass die Souveränität des Staates ihnen untergeordnet sein müsste: die eigene Souveränität dürfe einen Staat nicht vor Intervention von außen schützen, wenn dieser Staat seine Bewohner verletzen würde. (Vgl. Hehir 2008: 6) Die andere Position ist die des Realisten: dieser meint, dass es das Wesen der Rolle von Moral in internationalen Beziehungen sei, wenn die Natur des Menschen, die Machtverhältnisse, nationale Interessen und Moral an sich, bestimmend seien. (Vgl. Hehir 2008: 7)

Hier ist in der Sichtweise jedoch noch eine gewisse Ambivalenz zu sehen: Wirklich humanitäre Interventionen würden nicht gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit des Zielstaates gerichtet sein, und im Rahmen der UNO hätten deren Staaten die Verantwortung, internationalen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten – wenn der Sicherheitsrat dazu nicht fähig wäre, dann würde diese Aufgabe auf die Mitgliedsstaaten direkt fallen. (Vgl. Hehir 2008: 22)

Das zeigt uns, dass das Wesen der humanitären Intervention an sich ambivalent ist, und die Sichtweisen auch im konkreten (wird dabei die staatliche Integrität verletzt oder nicht; wer hat welche Verantwortung zu tragen) bestimmend sind, welche Kriterien zur Anwendung kommen.

Diese grundlegenden Unterschiede in den Ansichten sind ausschlaggebend, ob man sich an Kriterien hält, die eine Intervention erleichtern oder erschweren. Kriterien drücken diese Ansichten aus – dadurch fällt ihnen eine bestimmende Rolle zu: die Definition von Kriterien würde an sich schon die Interventionsfrage regieren. (Vgl. Hehir 2008: 45) Im Zuge von immer neuen Kriterien spiegeln sich in diesen die aktuelle Diskussion über die dahinter stehenden auslösenden Werte für eine Intervention und die aktuellen eigenen Interessen dabei wieder. „Internationales Krisenmanagement und Interventionen (...) stoßen immer wieder an die Grenzen ihrer Umsetzbarkeit. Möglicherweise liegt es daran, dass versucht wird, Modelle einer sozialen Organisationsform zu exportieren, die in einer gegebenen historischen Situation in Europa gut funktioniert haben, aber nicht notwendigerweise auf andere Regionen übertragen werden können.“ (Hainzl 2009: 179) Der Aspekt des Eurozentrismus, der sich somit auch in den Kriterien zeigt, muss beachtet werden.

Auch die Menschenrechte selbst als Kriterium sind an sich schon problematisch. Sie werden „in mehr als einhundert Staaten deutlich verletzt. Man kann sich leicht vorstellen, wie unrealistisch eine jedesmalige entsprechende Intervention – meistens gegen den Widerstand der lokalen Regierungen – wäre.“ (Merle 2003: 67) Das Interventionsrecht in dieser weiten Version würde zwei Gefahren aufweisen – erstens würde man willkürlich auswählen, wo man intervenieren will und andere Kriterien dazuinterpretieren, weil die Basis, die Frage der Menschenrechte, zu ungenau ist. Zweitens würde alles dagegen sprechen zu intervenieren, wenn die Erfolgsaussicht gering ist bzw. wenn man mehr Übel verüben müsste es um bestehende Übel zu beseitigen – und die Erfolgsaussicht bei so vielen Interventionen wäre sehr gering bzw. wäre der jeweilige Aufwand viel zu groß. (Vgl. Merle 2003: 67)

Um den Bereich der Menschenrechte einzugrenzen und klarer zu sehen, gibt es die Möglichkeit zu definieren, welche Menschenrechtsverletzungen tatsächlich Interventionen bedingen sollten: der International Criminal Court (ICC) beschreibt im Statut von Rom vier Auslöser. Das wären Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und aggressive Verbrechen gegen die Bevölkerung. (Vgl. Hehir 2008: 133)

Wie wir hier noch näher analysieren werden, ist das Problem die Interpretation: Kernfrage ist es, ob es sich jetzt z.B. um einen Genozid – oder nicht handelt; und wer diese Feststellung trifft. So gibt es immer noch Uneinigkeit ob man in Darfur von Genozid oder doch nicht davon sprechen kann. Wer Interessen hat und gerne schnell interveniert, wird wohl rasch feststellen, dass diese Kriterien erreicht sind – wer zögert, wird das Geschehene anders interpretieren um noch nicht eingreifen zu müssen.

So kann laut Mamdani behauptet werden, dass im Irak schlechtere Bedingungen als in Darfur herrschen: „So why do we call the killing in Darfur genocide but not that in Iraq?“ (Mamdani 2009: 6) Das Bezeichnen einer Situation als Genozid ist zudem wichtig für das folgende Handeln. So: „Finally, the description of the violence as genocide – racial killing – has served to further racialize the conflict and give legitimacy to those who seek to punish rather than to reconcile.“ (Mamdani 2009: 7) Das Faktum eines Genozids rechtfertigt also laut Mamdani ein strafendes (negatives) Intervenieren aufgrund der Schwere des Vergehens. Die Definition einer Situation als Genozid (und damit als auslösendes Interventionskriterium) muss demnach als eigenes, ideologisches politisches Instrument betrachtet werden: „There is an important difference between Rwanda and Darfur. Rwanda was the site of genocide. Darfur is not. It is, rather, the site where the language of genocide has been turned into an instrument. It is where genocide has become ideological.“ (Mamdani 2009: 8)

Ein anderes, abzuleitendes, Kriterium, sehe ich in der jeweiligen politischen Situation vor Ort. Dazu Greenwood: „Es sollte natürlich festgehalten werden, dass in Liberia wie auch Somalia die Regierung in praktischer Hinsicht nicht mehr existierte. Eine Intervention kann in einem solchen Fall immer leichter akzeptiert werden als etwa in einer Situation wie in Irak, wo die Bedrohung von einem Regime ausgeht, das nur zu wirkungsvoll ist, und der Zweck der Intervention darin bestünde, die Bevölkerung vor der Regierung dieses Staates zu schützen.“ (Greenwood 1998: 34 – 35) Eine Interventionsentscheidung ist demnach umso eher positiv, desto schwächer der Staat bzw. generell der zu erwartende Widerstand im Zielgebiet ist. Das wäre der Weg des geringsten Widerstandes mit dem minimalen Risiko. Als Kriterium ausformuliert könnte man meinen, dass eine Intervention am besten dort stattfinden sollte, wo der Widerstand vor Ort am geringsten und die Erfolgsaussichten am größten sind. Das kann oft – muss aber nicht immer (siehe Somalia) dort sein, wo das vorhandene politische System nur schwach ausgeprägt ist.

Weiters ist folgendes Kriterium aus der Literatur herauszuarbeiten: „Militärische Intervention nun steht ihrerseits wieder unter dem Druck des Zeitfaktors. Jeder militärische Planer weiß, dass eine solche Intervention desto schwieriger und aufwendiger wird, je später sie erfolgt. Entweder die Außenwelt handelt unverzüglich, oder sie nimmt immense Kosten auf sich – materiell wie menschlich.“ (Oeter 1998: 45) Als Basiskriterium ausformuliert könnte man sagen, dass eine Intervention schnell und unverzüglich nach Auftreten eines auslösenden Faktors (im speziellen einer massiven Menschenrechtsverletzung) beginnend ablaufen muss, weil jede Verzögerung ihren Aufwand und ihre Kosten in die Höhe treibt und ihre Erfolgsaussichten mindert. Ein anderer Aspekt ist die Art der Intervention an sich. Es habe sich gezeigt, dass „Friedensmissionen der UN „dort erfolgreich waren, wo sie sich an die Peacekeeping – Prinzipien gehalten haben“ und dort „am wenigsten Erfolg haben, wo eines oder mehrere dieser Prinzipien missachtet wurde.“ Die Prinzipien sind: „Konsens der Parteien, Unparteilichkeit, Nichtanwendung von Gewalt außer im Fall der Selbstverteidigung.““ (Biermann 1998: 159) Daraus könnten wir den Schluss ziehen, dass dies auch bei humanitären Interventionen so ist, vor allem weil es gewisse Ähnlichkeiten zwischen Friedensmissionen und humanitären Interventionen gibt, ist ja das Erreichen von Frieden Basis für ein sicheres humanitäres Helfen.

Als Kriterium formuliert würde das so lauten: Humanitäre Interventionen müssen, um Erfolg zu haben, den Prinzipien des Konsens der Parteien, der Nichtanwendung von Gewalt außer für Selbstverteidigung und Unparteilichkeit, folgen. Mit der Nichtbeachtung dieser Prinzipien wächst das Risiko des Misserfolgs und die Gefahr dass der erforderliche Aufwand um das Ziel der Mission zu erreichen höher wird. Weitergehend haben Adekeye Adebajo und Chris Landsberg Faktoren ausgearbeitet, „die für einen erfolgreichen UN – Einsatz oder für andere Interventionen notwendig sind.“ (Gebrewold 2009: 41) Diese wären eine politische Einigung der Parteien vor Ort, ein Wille dieser, sich zu entwaffnen und Wahlergebnisse anzuerkennen; die Abwesenheit von Konflikt fördernden ökonomischen Ressourcen im Kriegsgebiet; die Kooperation der regionalen Akteure im Friedensprozess und die Führung der Mission durch kompetente Gesandte. (Vgl. Gebrewold 2009: 41 - 42) Diese Faktoren sollen das obig ausgearbeitete Kriterium weiterhin unterstreichen und präzisieren.

Die Definition von Kriterien wird außerdem durch die Eigenheiten des postnationalen Krieges erschwert. In Krisensituationen, in denen ein Eingreifen nötig wird, gibt es kein entweder – oder, sondern immer mehr nur ein sowohl – als auch.

Konkret gibt es Aspekte von Krieg und auch von Frieden, Polizei und auch Militär, Krieg und auch Verbrechen, Soldaten und auch Zivilisten. (Vgl. Beck 2004: 206) Besonders die Verteidigung von Menschenrechten in anderen Ländern als auch das Minimieren der Terrorgefahr des eigenen Landes durch globale Bekämpfung von Terrorismus sind Beispiele, wo diese neuen Charakteristika ins Gewicht fallen. (Vgl. Beck 2004: 206) Humanitäre Interventionen sind in beiden Beispielen beteiligt: einerseits direkt in der Verteidigung der Menschenrechte – das ist ja eines ihrer primären Ziele, andererseits wird oft eine Intervention dann durchgeführt, wenn hinter dem humanitären Aspekt auch ein sicherheitspolitischer Aspekt zu finden ist.

Humanitäre Interventionen sind so oft Mittel zum Zweck der eigenen Sicherheitspolitik. In den Kriterien der Durchführung einer Intervention zeigt sich besonders das Problem der gleichzeitigen Vermischung von Polizei – und Militäraufgaben, die typisch für neue Krisensituationen im Sinne des postnationalen Krieges sind.

Hoppe beschreibt ein Szenario, das in etwa dem entspricht, das dann eine Intervention auslöst: Er meint, dass sich die Situation der Bevölkerung parallel zum Ausmaß der Instabilität kommunaler Strukturen und der Anzahl militanter Akteure verschlechtert. Gewalt würde vor allem angewandt, um die eigene Partei zu versorgen. Plünderung, Vergewaltigung, Verschleppung und Mord zwingen die ländliche Bevölkerung in die Städte, wo es zu Problemen der Versorgung der Menschen kommt. Während so das Elend der Masse steigt, bereichert sich eine kleine Elite, die schon früher Einfluss ausgeübt hat. Greenwood meint dass der Begriff der humanitären Intervention auf Fälle beschränkt werden sollte, „in denen ein wesentlicher Teil der Bevölkerung eines Staates von Tod oder Leid in hohem Maße bedroht ist; sei es wegen der Handlungen der Regierung dieses Staates oder sei es, weil der Staat in die Anarchie abgleitet. Die Lage der kurdischen und schiitischen Gebiete in Irak nach dem Golfkrieg fällt in die erste Kategorie, Liberia und Somalia sind Beispiele für die zweite.“ (Greenwood 1998: 15) Daraus ableitend können wir allgemeine Kriterien feststellen: dass interveniert werden muss, wenn ein Großteil der Bevölkerung eines Gebietes von Tod und Leid bedroht ist, was durch das Verhalten des eigenen Staates ausgelöst wurde oder durch die Tatsache, dass der Staat in die Anarchie abgleitet und den Schutz seiner Bewohner nicht gewährleisten kann.

Obwohl wir hier nicht explizit eine Erwähnung der Menschenrechte haben, so kann der Konsens dieser Kriterien doch unter einer extreme Vereinfachung der Menschenrechte gesehen werden: unter dem Menschenrecht, nicht von Tod und Leid bedroht sein zu dürfen.

Hoppe zeigt die verschiedenen Interessen im Verhalten beim Eingreifen auf, indem er meint, dass im Kosovo – Konflikt zwar sehr wohl das Wohl der albanischen Bevölkerung gesichert werden musste, dass dies aber andererseits aus dem europäischen Interesse heraus kam, das größere Flüchtlingsströme nach Westeuropa verhindern wollte. (Vgl. Hoppe 2004: 71 – 72) Er sieht für eine moralische Gesamtbeurteilung von Interventionsentscheidungen eine Notwendigkeit Haupt – und Nebenmotive zu prüfen. (Vgl. Hoppe 2004: 72) Das soll auch in dieser Arbeit geschehen: die zweite Forschungsfrage behandelt diesen wichtigen Aspekt.

Die bisherige, traditionelle Bewertung (in Bezug auf die Legalität) von humanitären Interventionen muss in Frage gestellt werden. So sind „wir Zeugen einer wahrscheinlich irreversiblen Verlagerung in der Haltung der Öffentlichkeit (...) was den Glauben angeht, dass die Verteidigung der Unterdrückten im Namen der Moral über Grenzen und rechtlichen Dokumenten stehen sollte.“ (Greenwood 1998: 19) Und dieses Faktum, sichtbar vor allem im Irak, macht das Arbeitsfeld der Kriterien für Interventionen schwerer: es ermöglicht zwar ein schnelleres, dafür aber oft nur wenig hinterfragtes Eingreifen. Das öffnet uns dann Tür und Tor um hinter dem Deckmantel humanitärer Kriterien, durch deren Interpretation, eigene Interessen durchzusetzen.

Endemann zitiert Stowell, dieser sieht folgende Anlässe für eine humanitäre Intervention: „Persecution, oppression, methodes barbares de guerre, droits de l’individu“ (Endemann 1997: 5). Falk sieht humanitäre Interventionen als nötig an, wenn „Genozid, Rassismus, Staatsterrorismus in großem Stil, ein totalitäres Regime, die Verweigerung menschlicher Grundbedürfnisse, „Ökozid“ und Kriegsverbrechen“ im Zielgebiet auftreten (Endemann 1997: 6). Laut Artikel 3 der Genfer Konventionen muss eine Humanitäre Intervention erfolgen, wenn „Mindestgrundsätze der Menschlichkeit“ verletzt würden. (Endemann 1997:6) Ebock wird konkreter: im gemeinsamen Artikel 3 der vier Genfer Protokolle „ sind:

- Angriffe auf das Leben und die Person, namentlich Tötung jeder Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung
- Das Festnehmen von Geiseln
- Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung

- Verurteilung und Hinrichtung ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichts, das die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet,

von Personen, die nicht an den Kampfhandlungen teilnehmen, verboten. Artikel 3 verbietet zudem eine Ungleichbehandlung der Zivilpersonen aufgrund ihrer Rasse, Farbe, Religion, ihres Glaubens, Geburt oder Vermögens oder aufgrund sonstiger Unterscheidungsmerkmale.“ (Ebock 2000: 61).

Weiterer Teil der humanitären Mindeststandards ist die Völkermord – Konvention, die von der „Tötung von Mitgliedern der Gruppe“ bis hin zur gewaltsamen „Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe“ reicht. (Vgl. Ebock 2000: 62)

Im direkten Schluss könnte man so argumentieren, dass eine humanitäre Intervention berechtigt und nötig sei, sobald obig genannte Aspekte auftreten und zur Bedrohung werden. Ebock bearbeitet weiter oben vor allem die institutionelle Sicht der UNO, der Genfer Protokolle. Dazu wird aber folgendes gegen die Entwicklung von verbindlichen Kriterien vorgebracht: Es soll in der Praxis möglich sein, jeden Fall einzeln zu entscheiden. Zudem würden nicht alle Staaten einem Kriterienkatalog zustimmen, da besonders die Entwicklungsländer „großen Wert auf die Einhaltung der staatlichen Souveränität“ legen würden. (Ebock 2000: 351). Weiters würden Regierungen wollen, dass ihre speziellen politischen und wirtschaftlichen Interessen bei der Entscheidung berücksichtigt würden. Ein nächstes Problem sei, dass Staaten ein eigennütziges Handeln durch ein Interpretieren eines scheinbar objektiven Kriterienkataloges rechtfertigen könnten. (Vgl. Ebock 2000: 351 – 352) Wir sehen also, dass die Frage der Kriterienkataloge nicht so bald gelöst werden kann.

Ein Ansatz dazu kommt von Lillich: er entwickelte für humanitäre Interventionen der Vereinten Nationen folgende Kriterien, von der Basis für ein Intervenieren hin zu Richtlinien für eine erfolgreiche Mission:

- Humanitäre Interventionen der UNO müssen auf aktuellen, andauernden Menschenrechtsverletzungen basieren, die das Gewissen der Welt schockieren; darunter fallen systematische Angriffe auf Zivilisten durch eine Zentralregierung, der Zusammenbruch von Recht und Ordnung, der die Bevölkerung durcheinander bringt und zum Hungern der Bevölkerung führt.
- Die Intervention muss autorisiert sein, außer alle Versuche dazu schlagen fehl.

- Die Intervention muss streng limitiert sein, in Reichweite und im Verhältnis, dass die Menschenrechtsverletzungen eingestellt werden.
- Die Mission muss sobald wie möglich beginnen, wenn eine längere Anwesenheit nötig ist, dann sollten die Truppen unter direktem UNO – Kommando stehen.
- Die Intervention muss die territoriale Integrität des Zielgebietes, genauer definiert, die Staatsgrenzen, erhalten; Grenzen dürfen nur in Ausnahmefällen geändert werden.
- Die Intervention darf nicht die Struktur des Zielstaates beeinflussen, außer wenn die Menschenrechtsverletzung nur durch eine Absetzung einer zentralen Regierung beendet werden kann. Im Fall der „failed states“ müssen die intervenierenden Autoritäten unter UN – Aufsicht eine nationale Versöhnung im Sinne des gesamten Volkes suchen. (Vgl. Ebock 2000: 358)

Ein weiterer Versuch, Kriterien festzulegen ist der Kriterien – Katalog für die Pflicht zur humanitären Intervention nach Ebock:

- Bei groben Verstößen gegen die Menschenrechte gibt es eine Pflicht zur humanitären Intervention: Menschenrechtsverletzungen können, müssen aber nicht mit bewaffneten Konflikten zusammenhängen.
- Es gibt erst eine Pflicht zur humanitären Intervention, wenn es keinen Erfolg auf diplomatischem Weg gibt. Die humanitäre Intervention ist der letzte Ausweg.
- Ziel muss es alleinig sein, die Menschenrechtsverletzung zu unterbinden, militärische Maßnahmen „dürfen zu diesem Zweck nicht außer Verhältnis stehen“.
- Wenn sich die Lage im Zielgebiet stabilisiert hat, müssen die eingreifenden Kampftruppen das Land verlassen. Um die Menschenrechte weiter zu gewährleisten, können Kampftruppen durch Blauhelme oder „Menschenrechtsbeobachter“ ersetzt werden.
- Es muss bereits vor der Entsendung der Kampftruppen „ein Konzept zur Festigung der Situation nach Abzug der Interventionstruppen“ vom Sicherheitsrat erarbeitet werden. „Es muss sichergestellt sein, dass die Aktion die Situation im Land positiv verändert.“ (Vgl. Ebock 2000: 359).

Wir haben bis jetzt einerseits die Kritik an verbindlichen Kriterienkatalogen bearbeitet und auch die andere Sichtweise gesehen. Eine Möglichkeit, verbindliche Kriterien einzusetzen, wäre meiner Ansicht nach eine Anwendung von klaren und deutlichen Richtlinien – wie sie Ebock formuliert – mit dem Zusatz, dass regionale Eigenheiten berücksichtigt werden und die

Richtlinien insofern an den Einzelfall angepasst werden, dass einerseits die Bevölkerung dahinter steht und sich damit identifizieren kann und andererseits die Grundprinzipien der Menschenrechte in einer weiter gefassten Definition nicht verletzt werden. Das war – und ist ein schmaler Grat zwischen objektiven Kriterien und subjektiven Einzelfällen, der, wenn er richtig begangen wird, vieles positiv verändern kann.

Eine andere rechtsethische Grundlage ist die These, dass „der Anlass humanitärer Intervention nur in massivem Unrecht, namentlich in schwersten Menschenrechtsverletzungen wie dem massenhaften, geplanten Mord“ (Höffe 2003: 14) bestehen kann. Darauf muss reagiert werden, allerdings sind dabei fünf weitere Kriterien zu beachten: Anlass und Zweck muss rechtens sein, ebenso die Reaktion auf das Unrecht, der Träger der Intervention muss rechtens sein, ebenso die Art und Weise und eine zu erwartende Erfolgsbilanz muss angemessen sein. (Vgl. Höffe 2003: 14) Höffe bringt sehr genau auf den Punkt, was hier unter dem richtigen Maß an Intervention zu verstehen ist: Um rechtens zu sein kann „kein humanitärer Zweck (...) massiv inhumane Mittel heiligen.“ (Höffe 2003: 24) Eine Antwort auf das verursachte Unrecht, das als Kriterium für ein Intervenieren zu betrachten ist, muss einerseits ein wieder in ihr Recht setzen der Opfer sein und andererseits ein in Rechenschaft ziehen der Täter vor einem internationalen, unabhängigen Gericht. (Vgl. Höffe 2003: 17) Wenn nun der Urheber der Notlage nur durch massive Gewaltanwendung an unschuldige Dritte mittelbar bezwungen werden kann, so ist dieser Fall nicht als moralische Tat zu bezeichnen. (Vgl. Merkel 2003: 51)

Wichtiger Aspekt sind auch die Kosten einer Intervention, die ein Kriterium für eine Entscheidung sein können: finanzielle Kosten, Todesopfer, Verletzte, diplomatischer Aufwand die – rechtlich nie legitimierte – Intervention zu rechtfertigen und die oft negativen Folgen in der eigenen Innenpolitik. (Vgl. Merle 2003: 57) Man muss sich also entscheiden: Man erfüllt die Erwartung an die Selbstverpflichtung gegenüber den Menschenrechten nicht oder trägt die Kosten der Intervention, die kaum Gewinne für eigene Selbstinteressen abwerfen wird. (Vgl. Merle 2003: 57)

Weitere Prinzipien für humanitäre Interventionen kommen von der International Commission on Intervention and State Security (ICISS). Erster Aspekt ist hier der gerechte Grund. Demnach ist eine „militärische Intervention zum menschlichen Schutz“ eine außerordentliche Maßnahme. (Knab 2006: 12)

Diese Maßnahme ist nur durch die Tatsache zu autorisieren, dass Menschen „ernsthafter und irreparabler Schaden zugefügt“ würde oder dass solche Bedrohungen bevorstehen würden. (Knab 2006: 12) Konkret werden „aktuelle oder befürchtete hohe Verluste an menschlichem Leben, auch mit genozidem Hintergrund, der entweder im bewussten staatlichen Handeln, in Missachtung oder Unfähigkeit zur staatlichen Reaktion oder Staatsversagen zu suchen ist“ (Knab 2006: 12) erwähnt. Zweites Kriterium sind „aktuelle oder befürchtete ethnische Säuberungen im großen Stil, die sich als Mord, gewaltsame Vertreibung, Terrorisierung oder Vergewaltigung manifestiert (Sic)“. (Knab 2006: 12) Neben dem gerechten Grund gibt es noch vorbeugende Prinzipien wie die Rechte Absicht, die besagt, dass der primäre Grund für eine Intervention „die Beendigung oder Verhütung menschlichen Leidens sein“ muss (Knab 2006: 12). Weiters würde die rechte Absicht „durch multinationale Operationen, gewünscht von den Opfern und mit regionaler Befürwortung, sichergestellt“ (Knab 2006: 12)

Hier zeigt sich für uns wieder der regionale Aspekt, der schon öfters in dieser Arbeit als Kriterium für nachhaltige Interventionen aufgezeigt wurde. In einer Definition eines gerechten Grundes für ein Intervenieren geht es nicht um eine quantitative Messung der Opferzahlen: stattdessen verwendet man den Begriff der „large scale“ (Hilger 2004: 37). Es geht um das Erkennen einer Verschärfung der Lage, die bis zum Genozid reicht: Man muss aber nicht auf diesen warten um einzugreifen, sondern darf präventiv Intervenieren, um die Menschenrechtslage zu verbessern und im Extremfall einem Genozid zuvorzukommen. (Vgl. Hilger 2004: 37) Generell geht es um Ereignisse, die die Stabilität einer Region gefährden und damit ein Grund sind um zu intervenieren.

Ein weiteres Prinzip ist das der letzten Möglichkeit: eine militärische Intervention sei „nur dann gerechtfertigt, wenn alle nicht – militärischen Mittel zur Konfliktbeilegung oder Verhütung ausgeschöpft wurden und gegebener Verdacht vorliegt, dass geringere Mittel nicht ausreichen würden.“ (Knab 2006: 12) In den bisher erwähnten Prinzipien und Kriterien sehen wir einiges, das sehr oft erwähnt wird, und das daher als (eingeschränkt) universelle Sichtweise gelten kann: dazu zählt dann auch das Prinzip der letzten Möglichkeit. Weiters erwähnt werden das Faktum, dass „Größe, Dauer und Intensität einer militärischen Intervention“ (Knab 2006: 13) genau so hoch angesetzt werden sollen, dass sie das Ziel des Schutzes der betroffenen Menschen erreichen und dass es eine erreichbare Option auf Erfolg der Intervention geben muss bzw. dass die Folgen der Intervention nicht schlimmer sein dürfen als die Folgen eines Nicht – Eingreifens. (Vgl. Knab 2006: 13)

Das ist also nur anders formuliert das Prinzip des „Do no harm“, das bereits erwähnt wurde. Dazu sollen die erwähnten vorbeugenden Prinzipien (bereits hier angeführt) die „Limitierung der Gewaltanwendung nur auf die dringlichsten Fälle des Schutzes der Menschenleben reduzieren und sichern.“ (Hilger 2004: 38)

Kriterien bzw. Faktoren, die Interventionen auslösen und Thesen dazu werden auch bei Beck beschrieben. Er spricht von einer **Asymmetrie der Macht**, die besagt, dass ein Angriff umso wahrscheinlicher wird, desto schwächer der Gegner ist. (Vgl. Beck 2004: 220) Das entspricht auch der Grundlage, dass eine Intervention möglichst gute Erfolgschancen haben sollte. Weiters sei eine ideale Intervention, nur auf moralischen Gründen basierend, unwahrscheinlich. „**Dort wo sich der Idealismus der Menschenrechte mit dem Realismus der Erweiterung staatlicher Handlungsräume verbindet, wächst die Interventionswahrscheinlichkeit.**“ (Beck 2004: 220)

Öl und geostrategische Vorteile in der Terrorbekämpfung wären hier wichtig. (Vgl. Beck 2004: 220) Wenn das Risiko in der Nachbarschaft steigt, Staaten zerfallen, kommen diese Folgewirkungen auch in die **Nachbarländer: dort steigt aus Angst davor die Interventionsbereitschaft an.** (Vgl. Beck 2004: 220) **Schwache Staaten werden von der Globalisierung geschwächt**, Zerfall, Gewaltprivatisierung und Bürgerkrieg bzw. Kriminalität werden so gefördert. Die Bereitschaft einzugreifen sinkt aber: Die Ordnungslosigkeit wächst und die Möglichkeiten für globale Ordnungspolitik sinken, es steigen Anlässe und Kosten der nötigen Interventionen. Das führt dann zu einer stagnierenden Entwicklung der Interventionen, es gibt viele Anlässe, aufgrund der Kosten aber wenige Interventionen – und damit auch kaum Chancen, eine friedliche Weltordnung weiterzuverbreiten. (Vgl. Beck 2004: 221)

Die Intervention an sich müsse dann von „zwei Prinzipien geleitet werden: Neutralität und Proportionalität – eine Verhältnismäßigkeit der Reaktion muss gewährleistet sein.“ (Gebrewold 2009: 39) Im konkreten Fall von Darfur und dem Tschad kann von failed states gesprochen werden „deren regierende Eliten sich schamlos bereichern, kaum Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen und keine Legitimität genießen. (...) Politische Instabilität und staatliche Schwäche gehen einher mit zunehmender Kriminalität.“ (Pabst 2009: 87) Diese Situation entspricht also dem klassischen Konsens der Interventionskriterien, die hier diskutiert wurden – dass dennoch erst relativ spät interveniert wurde zeigt uns den hier

ebenfalls bereits angesprochenen Verzögerungsfaktor der Eigeninteressen. Weiters ist es unbedingt erforderlich, dass man umfassend und auf allen Ebenen arbeitet: “Another element to the perceived weakness of (...) peace talks was the exclusion of smaller fractions and civil society groups from the process. This undermined local institutional capacity to bring and maintain peace.” (Madut Jok, Jok 2008: 251)

Nur wenn auch lokale Institutionen eingebunden werden – sei es wie hier in Friedensgesprächen im Sudan als auch in der konkreten Intervention – ist also das vorhandene Potential zur Schaffung und Bewahrung von Frieden auszuschöpfen. Zudem ist generell ein – siehe oben oft durch Eigeninteressen verzögertes und abgeschwächtes, verstärktes und eindeutiges Eingreifen erforderlich. Am Beispiel des Sudan zeigt sich dies: “(...)the regime needed to be confronted with the clear prospect of concerted international action, both in enforcing the terms of the southern agreement and in securing fully adequate humanitarian relief in Darfur as well as verifiable commitments to a negotiated settlement in Darfur. Falling short of this was a signal to the regime to go on behaving the same way as it had done for years.” (Madut Jok, Jok 2008: 296) Das Regime änderte also sein Verhalten nicht – weil sich die intervenierenden Mächte nicht durchsetzten und nicht konsequent genug vorgehen. Das erfordert aber gute Vorarbeit: ein unüberlegtes, striktes Intervenieren verursacht noch mehr Unheil als ein überlegtes, nicht konsequentes Eingreifen. Es muss also das Ziel sein, mit guter Vorarbeit - und lokaler Beteiligung dabei – überlegt und konsequent einzugreifen: und im Notfall auch durchzugreifen.

Empfehlungen für die zukünftige Intervention in Darfur und daraus abgeleitete Kriterien für humanitäre Interventionen:

„Ein Mandat unter Kapitel VII der VN – Charta und der politische Wille dieses auch mit Waffengewalt gegen alle Konfliktparteien durchzusetzen“ (Knab 2006: 74) ist nötig, um Erfolg zu haben. Das zeigt sich vor allem in Darfur, wo man aufgrund eines unzureichenden Mandates und unzureichender Mittel die Ziele der Mission nicht durchsetzen konnte. Weitere Aspekte sind die Umwandlung der Beobachtertruppe in eine Friedenstruppe inklusive einem Erzwingen des Friedens, wenn der abgeschlossene Friedensvertrag nicht umgesetzt und der Einsatz abgebrochen wird, notwendige Ausrüstung und das Vermitteln eines glaubwürdigen Auftretens der Friedenstruppe, das Sichern der Flüchtlingslager, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen und das Einsetzen verstärkter Polizeikräfte, da diese besser Strafverfolgungen durchführen könnten und den militärischen Teil der Mission freispielen

würden, der sich dann seiner Grundaufgabe – der Erhaltung der Waffenruhe – widmen könnte. (Vgl. Knab 2006: 75) Kriterien, die man daraus ableiten könnte, sind die richtige und entschlossene Wahl der Art der Mission: Wenn die Lage bereits eskaliert, muss eine Friedenstruppe kommen und keine Beobachtertruppe. Diese kann im Notfall auch einen Frieden erzwingen, was für eine Beobachtermission nicht möglich ist. Die nötige und der Situation angepasste Ausrüstung ist auch wichtig, um glaubwürdig auftreten zu können und Kernaufgaben – im Fall von Darfur das Sichern der Flüchtlingslager – erfüllen zu können. Wichtig ist es dann auch das Vertrauen der Bevölkerung zu erreichen, um nicht als Feindbild von außen gesehen zu werden. Genauso wichtig wie die Wahl der Art der Mission ist auch die Wahl der eingreifenden Kräfte und die Verteilung der Aufgaben an diese: Polizeiaufgaben müssen von Polizeikräften durchgeführt werden, während militärische Kräfte besser für den äußeren Rahmen da sind, in Darfur für die Erhaltung des Friedens.

Wenn man dann im Land ist, müssen die Aufklärung und die Auswertung der Daten verbessert werden, um besser reagieren zu können. Dafür sei auch eine Erhöhung der Luftmobilität nötig; eine erste Nebenaufgabe des Militärs sei dann die Sicherung der humanitären Hilfe. (Vgl. Knab 2006: 75) Hier sehe ich vor allem eine Wiederholung der vorher genannten Aspekte: sowohl Luftmobilität als auch verbesserte Aufklärung fallen in den Bereich der angemessenen Ausrüstung der Truppen. Wichtig ist hier nur ein Kriterium: das Militär sichert die Situation im Land und bereits die erste Nebenaufgabe ist das Sichern der humanitären Hilfe. Der humanitäre Aspekt muss also von Anfang an zentral berücksichtigt werden – meiner Ansicht nach erfordert dies ein besonders entschlossenes Auftreten um schnelle Erfolge für die Bevölkerung erzielen zu können.

In der Endphase der militärischen Operation muss dann eine Trennung der Konflikteilnehmer erfolgen, gegen externe Parteien muss mit Härte vorgegangen werden. Im Sudan bedeutet das, dass alle nichtsudanesischen Gruppen entwaffnet werden müssen und in ihre Heimat zurückkehren sollten. In den Friedensprozess müssen alle eingebunden werden und ab dann muss der politische Teil der Mission den weiteren Verlauf in die Hand nehmen, da das Militär, nachdem es die Konfliktparteien getrennt hat „keine weitere nachhaltige Verbesserung des Friedensprozesses bringen“ kann. (Knab 2006: 76 bzw. Vgl. Knab 2006: 76) Es geht also um das Vorgehen vor Ort: Konfliktparteien müssen getrennt werden, fremde Konfliktparteien müssen entwaffnet und außer Landes gebracht werden.

Dass im Friedensprozess alle beteiligt sein müssen, ist klar, das ist aber in Darfur schwer, da es sich oft um Splittergruppen handelt, die sich als eigenständig betrachten. Am wichtigsten ist der letzte Punkt: wenn das Militär seine Aufgabe vollendet hat, dann muss eine politische Steuerung ansetzen, um die Mission abschließen zu können. Dazu gibt es in dieser Arbeit die Forschungsfrage zu Entwicklungsperspektiven für Darfur, die ich als notwendige Fortsetzung der schnellen Intervention um schlimmeres zu verhindern betrachte.

Kriterien, abgeleitet nach Knab, vom Eingreifen in Darfur ausgehend, für ein humanitäres Intervenieren:

Zu Beginn der Mission:

- Es muss ein Mandat der UNO geben, das mit Waffengewalt gegen alle Parteien durchgesetzt wird und hinter dem der politische Wille steht, das auch zu tun.
- Es muss von Anfang an entschlossen zur Auswahl der Art der Mission (Beobachter – oder Friedensmission) und zur Wahl der Einsatzkräfte (Polizei – und/ oder militärische Kräfte) kommen. Polizeiaufgaben sind nicht von militärischen Kräften durchzuführen, militärische Belange nicht von Polizeikräften.
- Eine gute Ausrüstung der eingreifenden Kräfte muss garantiert werden, um so auftreten zu können, dass das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden kann, was eine in der Gesellschaft verankerte, nachhaltige Mission ermöglicht.

Während der Mission:

- Das Militär muss als erste Aufgabe die Sicherung der humanitären Hilfe gewährleisten und hier versuchen, möglichst schnell Erfolge zu erzielen. Dazu gehört auch ein generelles Stabilisieren des Landes, das als Rahmenbedingung erst sichere humanitäre Aktivitäten ermöglicht.

In der Spätphase der Mission:

- Das Militär muss die Konfliktparteien trennen, um die Basis für einen Frieden zu schaffen.
- Externe Konfliktparteien müssen entwaffnet und außer Landes gebracht werden, um die Situation lokal lösen zu können.
- Alle Parteien müssen einen Status erhalten und in den Friedensprozess eingebunden werden, der das Ziel einer humanitären Intervention im Konfliktfall sein muss.

- Sobald das Militär die Konfliktparteien getrennt hat, kann nur eine politische Fortsetzung nachhaltigen Erfolg erzielen, da das Militär dann bereits seine Aufgabe erfüllt hat. Eine humanitäre Intervention geht also vom schnellen militärischen Eingreifen zu Beginn über das Sichern des Landes hin zum Gewinnen des Vertrauens der Bevölkerung, dann zur Trennung der Konfliktparteien. Ab dann erfolgt ein politischer Prozess, der Entwicklungsperspektiven für die Zukunft aufweisen muss.

2.1 Die USA

Das grundlegende Kriterium der USA um aktuell zu intervenieren ist das Auftreten eines Genozids. Ob im konkreten Fall dann tatsächlich ein Genozid vorliegt, wird auch – besonders im Fall von Darfur – in den USA diskutiert. Nach langer Diskussion meinte Powell: „...genocide has been committed in Darfur and that the Government of Sudan and the Jingawit (...) bear responsibility- and...genocide may still be occurring.“ (Mamdani 2009: 25) Weiters: “It was (...) the first time one government had accused another of genocide.“ (Mamdani 2009: 25) Die USA verwenden das konkret umstrittene Kriterium des Genozids also als politisches Instrument – damit erklären sie indirekt den schuldigen Staat zum Schurkenstaat und machen eine strafende Intervention, ein sanktionierendes Einwirken, ohne viele Erklärungen möglich (Siehe dazu auch Kapitel 1.2, die Ambivalenz humanitärer Interventionen). Mamdani bringt dieses Dilemma, welche Situation jetzt zum Genozid erklärt wird, auf den Punkt: „From this point of view, there is little to distinguish between mass violence unleashed against civilians in Congo, northern Uganda, Mozambique, Angola, Darfur (...) and so on. Which one is named „genocide“ and which ones not? Most important, who decides?“ (Mamdani 2009: 281) Diese Problematik lässt sich sehr gut anhand der USA in Darfur beleuchten.

2.1.1 Entwicklung der Hintergründe der Interventionspolitik und der Kriterien der USA

Die Rechtfertigung durch humanitäre Gründe könnte „ein annähernd universales Merkmal von Aggression und Gewalt“ sein (Chomsky 2001: 113). So hätte Theodore Roosevelt zur Eroberung des Westens, wobei die einheimische Bevölkerung ausgerottet wurde, gemeint, dass der Krieg mit den Wilden der gerechteste Krieg sei, weil er eine Herrschaft der bestimmenden Rassen der Welt etablieren würde. (Vgl. Chomsky 2001: 113)

Hier kommen wir generell zum Problem der White Mens Burden, zum Verständnis der Weißen / des Westens, die „Anderen“ zivilisieren zu müssen. Diesen Zivilisationsauftrag können wir in unserer Sichtweise der Menschenrechte als aktueller Basis von Interventionen immer wieder durchschimmern sehen: der Westen ist der Hüter der Menschenrechte und der Demokratie, der diese Werte zum Wohlergehen aller anderen überall durchsetzen muss; Zivilisation wird anders benannt und durch Menschenrechte und Demokratie neu verkauft. „Im Interesse von Zivilisation, Menschlichkeit und Freiheit“ (Chomsky 2001: 114) sei dann auch die erste US – Intervention 1898 in Kuba verlaufen: Mit viel Eigenlob wäre Kuba damit

zur Kolonie der USA geworden. (Vgl. Chomsky 2001: 113) Etwas später folgte die Eroberung der Philippinen: diese sei eine große Tat für die Menschheit gewesen, hätte hunderttausende Tote verursacht und wäre ohne Zustimmung der Betroffenen abgelaufen. (Vgl. Chomsky 2001: 114) Die Zustimmung sei nicht nötig gewesen, da die USA einer höheren moralischen Verpflichtung, die ihrem Urteil entspräche sei, gefolgt wären. Die USA hätte ihre Pflicht, die sie durch die Einsicht Gottes erkannt hätte mit Zustimmung der Zivilisation erfüllt (Vgl. Chomsky 2001: 114). Es sei „für den Befreier nicht die richtige Zeit, den Befreiten wichtige Fragen zu Freiheit und Regierung vorzulegen“ (Chomsky 2001: 114), wenn die Befreiten damit beschäftigt wären, auf ihre Retter zu schießen. (Vgl. Chomsky 2001: 114) In der Argumentation der Kriterien der USA für deren Intervention auf Kuba werden (siehe oben) Werte angeführt, die heute immer noch ganz oben auf den Kriterienkatalogen stehen: Zivilisation, Menschlichkeit und Freiheit. Aktuell meinte dazu Blair, bezogen auf die von den USA angeführte Intervention im Irak : „I can apologise for the information that turned out to be wrong, but I can't, sincerely at least, apologise for removing Saddam. The world is a better place with Saddam in prison not in power...success for us in Iraq is not success for America or Britain or even Iraq itself but for the values and way of life that democracy represents.“ (Hehir 2008: 62)

Die britische Rechtfertigung bezieht sich demnach genauso wie die Kriterien der USA vordergründig auf die Werte der Demokratie, die verteidigt werden müssten; und die – wie hier gezeigt wurde – immer schon beschworen wurden. Eine andere Sache ist es dann, wenn Saddam Hussein öffentlich aufgehängt wird und damit „bestraft“ wird – in einer europäischen Sichtweise der Menschenrechte und Grundwerte wäre eine öffentliche Hinrichtung inakzeptabel; die USA machen eine Ausnahme, wenn sie diese brauchen.

Menschenrechte gelten also dann als Kriterium, wenn die USA selbst dieser Meinung sind – und damit beweist sich die These, dass damit Menschenrechte oft nur Fassade für andere, realpolitischen Kriterien – im Irak das Öl – sind. Das spiegelt sich auch im Verhalten der NATO wieder, die eine sehr ähnliche Politik wie die der USA vertritt und oft Werkzeug für die Interessen der USA ist: 1999 artikulierten die Mitglieder der Nato, dass gerechter Krieg mit gerechtem Grund geschehen müsse – „for the values of civilisation.“. (Hehir 2008: 77). Das ist dann eine sehr normative Sichtweise, die im Gegensatz zur Realpolitik dahinter steht.

Ich sehe weiters aktuelle Parallelen in der Sichtweise zum Eingreifen auf den Philippinen mit der Situation in Somalia: auch hier wurde eingegriffen, obwohl die Mission vor Ort nicht verankert war, die Bevölkerung nicht hinter ihr stand und so auch kein Erfolg erzielt werden konnte. Im Sinne der Intervention auf den Philippinen könnte man hier argumentieren – und das ist sicher nicht nur hypothetisch – dass die Somalis erst zivilisiert werden müssten, um dann den Segen der USA erkennen zu können, die ihnen Frieden, Freiheit und Menschlichkeit bringen würden. Alles negative Umstände, die erst (zumindest teilweise) durch das Verhalten der USA davor eingetreten sind.

Das Eingreifen der USA und ihre Kriterien dazu sollen nicht nur negativ als Ausdruck eigener Interessen bzw. des Versuches, sich in der Welt zu profilieren gesehen werden. Sicherlich hat die USA – vor allem durch ihre große militärische Kraft – viel bewirken können und viel Gutes erreicht. Es muss aber unsere Aufgabe sein, hinter diese Fassade zu schauen, um dort tiefer gehende Analysen die Hintergründe betreffend – die sich in den Kriterien für eine Intervention niederschlagen, - machen zu können.

Generell zeigt sich in dieser kurzen historischen Perspektive, dass bei den Kriterien der USA für Interventionen immer schon die als zivilisatorisch gesehenen Werte von Freiheit, Menschlichkeit und Frieden (heute: Menschenrechte und Demokratie) die Basis sind, deren Verbreitung eine Pflicht der USA sei. Dass dahinter noch oft andere, realpolitische Interessen stehen, ist ein anderer Aspekt. Die Menschenrechte und der Zivilisationsgedanken sind generell nicht neu: „The era of international humanitarian order is not entirely new. It draws on the history of modern Western colonialism. At the outset of colonial expansion in the eighteenth and nineteenth centuries, leading Western powers- Britain, France, Russia- claimed to protect „vulnerable“ groups. (...) Western powers claimed to protect populations they considered “vulnerable” (...)“

When it came to lands not yet colonized (...) they highlighted local atrocities and pledged to protect victims against rulers. (...) Western colonialism contraposed the promise of civilization against the reality of barbaric practices. (...) in Africa, it was on slavery in the nineteenth century, female genital mutilation (FGM) in the late twentieth century, and now genocide.” (Mamdani 2009: 276) Diese Argumentation führt uns über den Zivilisationsaspekt zurück zum heutigen Charakteristikum der US – Interventionen: zum Genozid.

Gehen wir weiter: In Kapitel 2.1.2 wird näher auf Somalia eingegangen, auf die eigentliche Öffnung der Interventionskriterien der USA hin zu humanitären Aspekten, außerdem wieder auf den Rückzug zu eigenen vitalen Interessen bis hin zu Obamas möglichem Richtungswechsel heute. Als kurzen Sprung in die Gegenwart muss noch die Entwicklung des Intervenierens in Zuge des Einflusses der Kriege gegen den Terror angeschnitten werden. Durch die Mentalität seit 9/11 geschah folgendes: „Es beginnt sogar eine neue Tauschlogik zu gelten: Augen zu angesichts von Menschenrechtsverletzungen. Die Terrorgefahr verdrängt die Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen der politischen Verbündeten. Im Banne der Terrorgefahr hat sich ein rechtsfreier Raum gebildet, der erlaubt, was noch vor kurzem ausgeschlossen schien, dass nämlich ein doppelter Freibrief im Wechselverhältnis der Staaten ausgestellt wird: Jeder kann seine heimischen Feinde als „Terroristen“ mit dem Segen der Staatengemeinschaft bekämpfen, und die Menschenrechtsverletzungen von Verbündeten werden mit Diskretion übergangen und dadurch ermöglicht.“ (Beck 2004: 213)

Das zeigt uns Chancen und Risiken auf, die von dieser Politik der USA ausgehen: einerseits wird dort, wo man eigene Sicherheitsinteressen hat, stärker interveniert, schneller und entschlossener. Auf der anderen Seite ist eine humanitäre Intervention ohne eigene Interessen weniger wichtig – erst wenn die Lage so schlecht wird, dass dadurch die eigene Sicherheit gefährdet werden würde, steigt das Interesse, dort einzugreifen; und natürlich verschlechtert sich die Situation der Menschenrechte im Land selbst – die USA kann seit 9/11 als Überwachungsstaat gesehen werden, der die früher belegte Verteidigung der Menschenrechte im eigenen Land dem Faktor Sicherheit geopfert hat. Konkret ausgedrückt bedeutet das für die USA, dass man nach dem Kriterium der eigenen Sicherheit in Afghanistan und im Irak massiv eingreift und parallel dazu in der Behandlung von Terrorverdächtigen im eigenen Land so vorgeht, dass man früher wahrscheinlich bei einer solchen Situation in anderen Staaten, selbst dagegen eingegriffen hätte.

Wichtig ist in der Analyse der Hintergründe der Kriterien der US – Interventionen auch, dass bereits vor 9/11 Menschenrechte nicht nur als Menschenrechte bedeutend waren. Albright meint dazu 1998: „Die Unterstützung von Menschenrechten ist nicht nur eine Art von internationaler Sozialarbeit. Sie ist unerlässlich für unsere Sicherheit und für unser Wohlergehen, denn Regierungen, die die Rechte ihrer eigenen Bürger missachten, werden wahrscheinlich nicht die Rechte eines anderen respektieren. In diesem Jahrhundert wurde praktisch jeder größere Akt internationaler Aggression von einem Regime ausgeführt, das

politische Rechte unterdrückte. Solche Regime lösen wahrscheinlich auch eher Unruhe aus, indem sie Minderheiten verfolgen, Terroristen Unterschlupf gewähren, Drogen schmuggeln oder im Geheimen Massenvernichtungswaffen bauen.“ (Beck 2004: 219) Seit 9/11 könnte man – dieses Zitat betreffend - ironisch meinen, dass die USA selbst eine solche, Unruhe stiftende Regierung wären, die ihre Bürger überwacht und im Ausland präventive Kriege führt. Wir müssen also als zweiten, verschärfenden Meilenstein in der Entwicklung der US – Politik nach Somalia (dazu: siehe Kapitel 2.1.2) auch 9/11 sehen: seit damals gerät der Aspekt der reinen Menschenrechte, der humanitären Aspekte, noch mehr in den Hintergrund und das isolierte Sicherheitsdenken nimmt einen noch wichtigeren Stellenwert in den nationalen Kriterien für ein Intervenieren ein.

2.1.2 Somalia – Wendepunkt der US – Politik in humanitären Interventionen

Wenn wir von den Kriterien der USA ausgehen, wann man eingreifen muss, so müssen wir davor den Einfluss der Intervention in Somalia näher beleuchten: die Situation dort ist richtungsweisend für heutige Verhaltensweisen. Ich möchte zu Beginn zeigen, wie – auch schon in Somalia – verschiedenste Interessen der USA in der Interventionsentscheidung zusammenspielten. Hoppe spricht von geopolitischen Interessen wie der Wahrung einer Einfluss – Sphäre in Nordostafrika als Gegenpol zur arabischen Halbinsel und von einer Eindämmung islamistischer Kräfte in der Region. Erste UNO – Bemühungen waren fehlgeschlagen, der Sicherheitsrat sollte „eine EntschlieÙung gemäß Artikel 39 der Charta“ fassen, „nach der eine Bedrohung des Friedens infolge der Auswirkungen des somalischen Konflikts auf die gesamte Region bestehe“ und er sollte entscheiden „welche Maßnahmen ergriffen werden sollten um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu erhalten.

Der Rat müsse auch feststellen, dass nichtmilitärische Maßnahmen (...) nicht ausreichen, um die Entscheidungen des Rates umzusetzen“ (Greenwood 1998: 27)

Wichtig ist hier der Faktor der internationalen Sicherheit: Dieser war sicher zentral für die USA, der UNO entgegenzukommen: die USA bot an, „die Führung bei der Bereitstellung von Truppen für eine beträchtliche militärische Operation in Somalia zu übernehmen, um die Sicherheit der Hilfsaktion zu gewährleisten; jedoch sollten operative Führung und Befehlsgewalt in der Hand der Vereinigten Staaten bleiben.“ (Greenwood 1998: 27)

Nach Greenwood wäre es einigen beteiligten Staaten lieber gewesen, wenn die Mission direkt von der UNO befehligt worden wäre; man nahm das Angebot aber an und autorisierte die beteiligten Staaten, „alle notwendigen Mittel einzusetzen, um so rasch wie möglich ein sicheres Umfeld für die humanitären Hilfsleistungen in Somalia zu schaffen.“ (Greenwood 1998: 27) Damals erkennt man ein Entgegenkommen der USA, die aber die Kontrolle behalten wollen; man kann sagen, dass die UNO die USA als Werkzeug einsetzen wollte, um das Umfeld ihrer humanitären Operation zu sichern. Der Preis dafür war der, dass die Kontrolle der militärischen Mission bei den USA lag: Man könnte also von einem gewissen politischen Geben und Nehmen, bei dem jeder einen Vorteil hat, sprechen.

Hoppe meint weiters, dass es auch „weiche“ Faktoren gegeben hätte: Den Druck der Öffentlichkeit durch die Berichte der Medien und der Wunsch, sich als Führungsmacht zu profilieren, die aus reinen humanitären Gründen tätig werden würde. (Vgl. Hoppe 2004: 238) Hoppe sieht hier die „Selektivität eines humanitären Interventionismus“ gegeben: im Sudan wäre die Lage schlimmer als in Somalia gewesen, es wäre aber nur in Somalia militärisch eingegriffen worden. (Vgl. Hoppe 2004: 239) Während im Sudan eine funktionierende Regierung da gewesen sei, die Medien wenig berichtet hätten (kein CNN – Effekt), wäre in Somalia alles zerfallen und in die Hände bewaffneter Banden gefallen, die Medien hätten viel berichtet: „Eine humanitäre Intervention in Somalia erschien daher politisch opportuner, militärisch risikoloser und öffentlichkeitswirksamer als eine Intervention im Sudan.“ (Hoppe 2004: 240)

Dass sich die USA in den militärischen Risiken doch geirrt hatten, wird hier später aufgezeigt. Die USA wollten ursprünglich nur dann Gewalt einsetzen, wann und wenn dies nötig sei um ihr Ziel zu erreichen, die Mission sei aber „im wesentlichen eine friedliche“. (Greenwood 1998: 28)

Dass die Lage vor Ort später eskalierte und massive Gewalt nötig war, um nur die eigenen Soldaten zu schützen (vom Erreichen eines Zieles war hier vorerst wenig zu erkennen), ist etwas Anderes – und zeigt den großen Unterschied zwischen dem erhofften Vorgehen und der Realität. Es sei erwähnt, „dass Washington viel zur Entstehung der Tragödie in Somalia zu Beginn der neunziger Jahre beitrug und dann untätig zusah, bis die Kämpfe nachgelassen hatten und Hilfe allmählich wieder ungehindert ins Land kommen konnte“. (Chomsky 2001: 102)

Weiters wäre die Invasion der USA eine PR – Show gewesen, als Zugpferd für das Militärbudget und politische Werbung für eine Interventionstruppe gedacht. (Vgl. Chomsky 2001: 103) Generell hätte die Intervention in Somalia 7000 – 10 000 Somalis (und 34 Soldaten der USA) getötet, mit dem Erfolg dass 10 000 – 25 000 Menschen gerettet wurden. (Nach CIA – Quellen aus: Chomsky 2001: 103 – 104) Allein dieses Verhältnis von Getöteten und Geretteten widerspricht den Grundsätzen, in dieser Arbeit bereits aufgezeigt, dass eine Intervention angemessen, erfolgversprechend und auf keinen Fall mehr Schaden als die Nichtintervention verursachen sollte. Aus der anfangs gedachten positiven Profilierung der USA in diesem Fall wurde also ein Desaster, das die US – Interventionspolitik nachhaltig geprägt hat. Weitere Details dazu im nächsten Absatz.

Im September 1993 wurde ein US – Helikopter abgeschossen und weitere US – Soldaten starben – daraufhin wuchs der Druck durch den Kongress; Bill Clinton kündigte eine Revision der Mission in Somalia an. Insgesamt starben zwischen Juli und Oktober 21 Interventionssoldaten und ca. 1000 Somalis. Als Reaktion darauf – besonders weil tote US – Soldaten durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurden – rüstete Clinton die Soldaten weiter auf. (Vgl. Herrmann 1997: 135) In Somalia zeigte sich somit für die USA der CNN – Effekt: im Zuge der sozialen Revolution hin zur Informationsgesellschaft „werden Entwicklungen im fernen Ausland öffentliche Wahrnehmung, darauf reagierende politische Entscheidungen (...) von Auslandsberichterstattung bzw. Krisen – Kriegs – und Katastrophenjournalismus (...) initiiert bzw. gefördert, aber wiederum auch durch Darstellung von Konkurrenzereignissen wieder abgeschwächt“ (Herrmann 1997: 253)

Die Medien spielten also in Somalia für die neuen Entwicklungen der US – Politik in humanitären Interventionen eine wichtige Rolle. Harris definiert den CNN – Faktor als „selectivity in humanitarian intervention, which heightened by the dependence of the international response to emergencies upon the media“ (Herrmann 1997: 255). Näher auf Somalia eingehend meint Herrmann „The role of the media in stimulating international involvement in Somalia and, at a later stage, in spurring withdrawal, was enormous.“ (Herrmann 1997: 255) Er sieht also eine dominante Wirkung der Medien sowohl im Eingreifen als auch im späteren Rückzug. Auch in Bezug auf Darfur spielten die Medien eine wichtige Rolle: „The history of the conflict in Darfur since 2003 thus evidences a striking contrast between massive international publicity of the „genocide“ and the hesitant, timid and equivocal action on the part of the UN Security Council and Western states.“ (Hehir 2008: 68)

Hier sehen wir bereits eine Folge der Ereignisse in Somalia: Obwohl die Medien viel berichten, kommt es nicht – wie damals in Somalia – zu einem massiven Eingriff. „The scale of the tragedy in Darfur was, as others have suggested, of sufficient magnitude to legitimately warrant external intervention. As is clear, the response of the international community, including the west, has been condemnatory but ultimately muted and weak.” (Hehir 2008: 79)

Man fürchtete demnach ein weiteres Desaster, war sich unsicher und zögerte: was auch darauf hindeutet, dass in Darfur keine vitalen Interessen der möglichen Intervenierenden zu finden wären und der humanitäre Aspekt nach Somalia alleine nicht für entschlossenes Intervenieren ausreichte. Der negative CNN – Effekt spielte dann auch in Darfur eine Rolle: so spricht Mamdani davon, dass die oberflächliche Berichterstattung über die Situation in Darfur die wirklichen Zustände und Hintergründe aus jedem Zusammenhang herausgerissen hätte. (Vgl. Mamdani 2009: 7) Generalisierend kritisiert Mamdani den CNN – Effekt: „When it comes to mainstream media, there are no Africa specialists. (...) The same media that downplays the specificity of each African war is often interested in covering only war, thereby continually misrepresenting the African continent.” (Mamdani 2009: 19) Dieser Aspekt trifft sicher in großem Maße auf die US – Medien zu, die seit Somalia als sehr wichtig erachtet werden, aber wie hier aufgezeigt eine sehr negative Rolle haben.

Kritiker der Intervention in Somalia sehen schon im Begriff der humanitären Intervention einen Widerspruch und würden die jüngste Dominanz der USA in multinationalen Interventionen als „eine Weiterführung vergangener Hegemoniebestrebungen“ sehen. (Herrmann 1997: 298). Damit werden hinter der Verkleidung der humanitären Gründe politische Motive sichtbar, die bedeutender als das eigentliche Prinzip der humanitären Intervention in der Interventionsentscheidung sind.

Die Mission in Somalia hat die akute Hungersnot beseitigt, sonst aber nur wenig Erfolg gehabt: Die Wiedererrichtung des Staates in Somalia als auch eine Aussöhnung der Konfliktparteien erzielte kaum Fortschritte. (Vgl. Endemann 1997: 287) „Das Konzept der Vereinten Nationen, durch den Einsatz massiver militärischer Gewalt zu einem Erfolg zu gelangen, war gescheitert.“ (Endemann 1997:287) Das Scheitern des Versuches mit militärischer Gewalt eine Lösung zu erzwingen zeigt sich für mich besonders in der Traumatisierung der USA im CNN – Effekt, der der amerikanischen Öffentlichkeit die Bilder der toten Soldaten direkt nachhause lieferte.

Meine These dazu ist, dass die USA seit damals nur dort intervenieren, wo sie fundamentale Interessen haben und dass die humanitäre Komponente in der Interventionsentscheidung zwar oberflächlich vorhanden ist, aber noch weniger als bisher ein Grund ist, das Leben der eigenen Soldaten für Andere zu riskieren. „Although the early stages of the Darfur situation received more news coverage than the Rwanda genocide did, at some level the Western governments are still approaching it with the same lack of priority. In the end, it receives the same intuitive reaction: “What’s in it for us? Is it in our “national” interest? (Hehir 2008: 69) Diese Analyse sehe ich vor allem für die USA zutreffend: Sie halten sich in Darfur weiterhin sehr zurück, obwohl die Situation vor Ort nicht besser wird.

Diesen Wechsel in der US – Politik nach Somalia sehe ich durch Herrmann auf den Punkt gebracht: „Die Regierung Clinton setzte anfänglich große Hoffnung in der Wiederbelebung der UN. Sogar GI’s einer neuen, stehenden UN – Truppe zu unterstellen, galt als denkbar. Bis Somalia. Ob zu recht oder zu unrecht, die Demütigung der UN Friedenstruppen in Somalia gilt in der US Öffentlichkeit als ultimative Entlarvung weltbehördlicher Inkompetenz. Die Clinton – Administration legte einen Rückwärtsgang ein, schloß die Unterstellung von US – Truppen unter UN – Kommando für die Zukunft aus.“ (Herrmann 1997: 305) Es geht also weg von einer Öffnung und einer Betonung der globalen humanitären Komponente, und zu einem Rückzug auf die eigenen Interessen. Hehir stellt jedoch fest, dass dieses neue, hierarchische System der Intervention (das unter Bush eingeführt wurde und es im Sinne der westlichen Sicherheit und der westlichen Sichtweise erlaubt überall dort einzugreifen, wo ein Staat als „failed state“ deklariert wird) ganz im Sinne der früher durchgeführten zivilisatorischen Missionen in Afrika im 18. und 19. Jahrhundert zu sehen ist.

In einer ähnlichen Art wie damals würde eine westliche Überlegenheit über andere Kulturen zelebriert, die damals bereits tragische Konsequenzen hatte. (Vgl. Hehir 2008: 107) So führte Bush den zivilisatorischen Auftrag der USA aus der Vergangenheit wieder in neue Höhen und schließt damit den Kreis, der in diesem Kapitel zivilisatorisch begann, in Somalia einen neuen Höhepunkt hatte und seit damals in Frage gestellt wird. Es zeigen sich andere Interessen auch vordergründig, und nicht wie früher im Hintergrund. Neue Möglichkeiten, Ratlosigkeit, Chancen und Risiken unter Obama werden später noch in diesem Kapitel bearbeitet. Weiters zu beachten ist die Rolle der UNO in Bezug auf die USA: Diese ist nicht sehr wichtig für die USA, die es sich bis jetzt leisten können, nach ihren Kriterien alleine vorzugehen.

„Weil Amerika den Weltgeist repräsentiert und mit militärischen Mitteln verfehlt, also eine „einzigartige“ Weltmacht ist, die die Freiheit aller wirksam zu schützen vermag, muss seine Rolle als neuer Hegemon allseits akzeptiert werden. Die USA sind die wirksamen UN – und brauchen diese daher nicht.“ (Beck 2004: 237) Das muss aber – vor allem in zukünftigen Interventionsentscheidungen – hinterfragt werden: zur Freiheit gehört die Freiheit, seine Optionen selbst wählen zu können. Da muss dann auch akzeptiert werden, wenn jemand nicht nach den amerikanischen Kriterien vorgeht. Das sollte – insofern sich das Vorgehen im Rahmen der allgemeinen Menschenrechte befindet – ohne Nachteile möglich sein. Die Rolle der UNO für die USA ist durchaus selbstverschuldet: „In many key respects the UN is dependent on the will of those states controlling the Security Council and therefore „UN inertia“ actually derives from the policies of states, not the UN itself.“ (Hehir 2008: 102) Die Trägheit der UNO liegt also in ihrer Struktur, die keine unabhängige Handlungsweise zulässt; dass dann die mächtigen Staaten, und hier vor allem die USA, die Chance im System nutzen und selbst agieren, unter dem Deckmantel der UNO oder ganz alleine, ist davon die logische Konsequenz.

Die aktuelle Stellung der USA ist klar definiert – und das gibt anderen Akteuren die Möglichkeit, sich (anders) zu profilieren: Inwieweit sich die EU oder China durch eigene Kriterien und Absichten zur Intervention als Weltmächte etablieren können, wird in den entsprechenden Kapiteln näher beleuchtet. Ob die betroffenen Länder auch durch andere Perspektiven als die der USA neue Möglichkeiten zur Wahl erhalten, inwiefern eine Intervention in ihrem Bereich anders ablaufen könnte, soll später in den speziellen Kapiteln bearbeitet werden.

Inwieweit Somalia die USA nachhaltig verändert hat, wird sich vor allem zeigen, wenn „die UN momentan (Anm.: 2009) eine Großmission mit bis zu 27 000 Soldaten und 1500 Polizisten nebst einer großen Anzahl ziviler Mitarbeiter“ in Somalia plant. (Pabst 2009: 96) Hier wird es bedeutend sein, inwiefern sich die USA beteiligen – ob Obama einen Richtungswechsel nach Bush (auch innenpolitisch) erzielen kann und ob man aus den Fehlern von früher gelernt hat. Warum – oder warum nicht - kehren die USA in Somalia als neue, humanitär motivierte Weltmacht zurück oder nicht; im Rahmen der UNO oder im Alleingang ? Das wäre, in die Zukunft schauend, eine spannende Aufgabe kommender Analysen. Im Rahmen einer weitergehenden Betrachtung zukünftiger, konkreter Interventionskriterien der USA.

2.2 Die EU

2.2.1 Die politischen Interessen der EU als Vorgabe für Interventionskriterien

Auch die EU betrachtet die sicherheitspolitischen Kriterien als sehr wichtig. Die von den USA seit 9/11 vertretene Doktrin, dass innere Sicherheit durch globales, äußeres Eingreifen erreicht wird, wurde auch vom deutschen Verteidigungsminister Peter Struck vertreten, der damit den Afghanistaneinsatz Deutschlands rechtfertigte: er meinte „Deutschlands Verteidigung beginnt am Hindukusch.“ (Feichtinger 2009: 10) Damit dient ein Interventionskriterium primär der eigenen Sicherheit, und auch bei humanitären Interventionen wird zuerst überlegt, inwiefern ein Eingreifen diesen Aspekt beinhaltet – rein humanitäre Gründe treten in den Hintergrund: Eine Tendenz, die wir parallel zur EU schon davor bei den USA feststellen können. Kriterien zum Interventionskriterium sind ein Spiegel der dahinter liegenden eigenen Interessen: so würden hier aktuelle sicherheits – wirtschafts – und energiepolitische Überlegungen und auch Rohstoffvorkommen und (im Falle der EU besonders wichtig) Absatzmärkte zu berücksichtigen sein. (Vgl. Feichtinger 2009: 10)

Wir müssen die EU hier als in Entwicklung befindliche, neue Großmacht betrachten: Die neuen Pole einer multipolaren Welt wären die USA, China, Indien, Brasilien, Südafrika, Russland und (eventuell) die EU. In diesem neuen Wettstreit kommt es darauf an, ob man Verantwortung im Bereich der Sicherheit, Entwicklung, Umwelt und Menschenrechte übernehmen würde – oder ob man nur für seine nationalen Interessen neue Verbündete sucht. (Vgl. Feichtinger 2009: 13)

Bis jetzt ist diese globale Verantwortung, deren Spitze eine humanitäre Intervention sein kann, für das Vorgehen der EU elementar wichtig: Kaum ein Akteur sieht humanitäre und moralische Kriterien als so wichtig an wie die EU im Vergleich zu China oder Indien. Dennoch dürfen wir im Rahmen der EU nicht den realpolitischen Rahmen vergessen. „Neben den USA und China sind auch Russland, Indien und die EU bestrebt, ihren Einflussbereich sukzessive auszubauen und an Stärke zu gewinnen. Das Ringen um Randgebiete wird daher zwangsläufig zunehmen, um die Chancen auf Einflussgewinn zu wahren oder zu verbessern.“ (Feichtinger 2009: 14) Afrika ist also ein neues Aufmarschgebiet bestimmender Mächte, ein Werkzeug, um den eigenen Einfluss zu erhöhen – bei allen humanitären Aspekten müssen wir dieses Faktum im Hintergrund beachten.

2.2.2 Aktueller Stand der EU – Kriterien in offiziellen Dokumenten der EU

„Es muss jedoch sichergestellt werden, dass jede humanitäre Operation, die sich militärischer Mittel bedient, ihren zivilen und unparteilichen Charakter wahrt. Die Kommission hält es für notwendig, die Neutralität des „humanitären Raums“ zu wahren, und misst daher der Einhaltung der UN-Leitlinien für den Einsatz von Militär- und Zivilschutzmitteln bei humanitären Maßnahmen in Konflikt- und sonstigen Situationen (...) große Bedeutung bei.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/133233_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Die EU sieht also die Richtlinien der UNO als Basis an sich an. Andererseits ist sie der Ansicht, dass militärische Unterstützung den Erfolg erhöht: damit zeigt sich für uns das Spannungsfeld der EU – Richtlinien für die humanitäre Intervention. Generell verspricht eine solche Sichtweise, wenn sie kontrolliert und beobachtet wird, sicherlich Erfolg. Die Problematik ist viel mehr, ob das europäische Militär als Werkzeug für humanitäres Eingreifen im objektiven Sinn auch aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit in Afrika überhaupt geeignet ist. Ein ernst gemeinter Versuch in dieser Hinsicht, der sich in der Betonung des Militärs in den Dokumenten zu den EU – Kriterien wiederfindet, ist aber zu begrüßen.

„Humanitäre Hilfe ist grundsätzlich immer zu leisten, wenn eine Notsituation herrscht und wenn die erforderliche Sicherheit gewährleistet ist. Politische Erwägungen sollten hier keine Rolle spielen.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12104_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Dieser Aspekt der EU – Kriterien zeigt auf, wie die EU auf ihre eigene Sicherheit bedacht ist.

Es zeigt sich damit eine Zweiteilung der Intervention durch die EU: zuerst stellt das Militär (natürlich mit den politischen Zielen der Union im Hintergrund) die Stabilität vor Ort her, danach – wenn die Lage wieder sicher ist – folgt humanitäre Hilfe, die dann ohne politische Erwägungen erfolgen sollte. Das ist ein gut formuliertes Kriterium, da so die humanitäre Hilfe an sich durchaus sehr objektiv gesehen werden kann, und sich in den Medien auch besser verkaufen kann.

„Die Strategie sollte flexibel und auf die jeweilige Situation in den einzelnen Krisengebieten zugeschnitten sein. Sie sollte auch die historischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krisenursachen ebenso im Auge behalten wie die Beweggründe aller Beteiligten.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12104_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009)

Dieses Kriterium der Strategie einer Intervention zielt auf die Nachhaltigkeit der Ergebnisse ab. Es ist zu begrüßen, dass die EU hier alle relevanten Bereiche bereits in der direkten Intervention beachtet – das ermöglicht eine spätere Entwicklungsperspektive in allen Dimensionen. Der historische Aspekt ist auch wichtig: Die EU muss, wie kein anderer Akteur, aufgrund ihrer Vergangenheit historische Hintergründe erkennen und berücksichtigen. In der aktuellen Situation, auf den Tschad bezogen, sehe ich dieses Erkennen als durchaus gegeben an, das Berücksichtigen in der Intervention selbst scheint aufgrund regionaler europäischer Sonderinteressen noch nicht ausreichend zu erfolgen.

Beim „Zusammenbruch der Autorität des Staates (...)“ sollte die EU „humanitäre Hilfe leisten. (...) Politische Reaktionen auf bewaffnete Konflikte müssen als Notlösung im Rahmen von Situationen angesehen werden, in denen die Konfliktverhütung gescheitert ist. Die Europäische Union muss zum Krisenmanagement und zur Krisenbewältigung bei diesen gewaltsamen Auseinandersetzungen bereit sein. In erster Linie muss sich die Union indessen auf die Krisenprävention konzentrieren.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12104_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Hier sehen wir das Argument der eigenen Sicherheit: Ein zusammenbrechender Staat in Afrika kann durchaus Folgen für Europa haben, deswegen versucht man, diese Situation durch Prävention zu vermeiden. Die offizielle politische Reaktion sei nur die Notlösung, wenn sonst nichts geholfen hätte – damit sehen wir in den Kriterien der Union erneut den Versuch, politische Motivationen nicht offensichtlich zu zeigen.

Damit schließt sich ein Kreis, den wir in diesem Kapitel zu Beginn begonnen haben, dessen idealistischer Konsens eine möglichst große Objektivität humanitärer Hilfe (durch humanitäre Intervention betrieben) ist. In der Forschungsfrage der Motivationen für eine Intervention zeigt sich aber später, dass das nur ein Aspekt der EU, neben verschiedenen anderen Hintergründen, ist. Die Kriterien für humanitäre Interventionen setzen aber, differenziert betrachtet, bereits früher an, als die eigentliche Intervention „(...) Damit aus instabilen Situationen nicht noch eine Krise mit humanitären Auswirkungen entsteht, wird humanitäre Hilfe geleistet.

In einer instabilen Lage ist eine für jeden Einzelfall differenzierte Vorgehensweise, abgestimmt auf das jeweilige Land erforderlich, wobei die strategische Reaktion vorausschauend erfolgen und erste Sofortmaßnahmen die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der gefährdetsten Bevölkerungsgruppen, lindern sollten.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r130_19_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Bei den Kriterien der EU dazu gibt es also einerseits das strategische Ziel der Verbesserung der Situation der Betroffenen, andererseits wird die regionale Komponente in der benötigten individuellen Art und Weise vor Ort besonders betont. Was nicht vergessen werden darf, ist der Umstand dass strategische Ziele meistens auch politische Hintergründe haben. Es ist also lobenswert, wenn die Union meint, eine Strategie zu verfolgen, die primär die Situation vor Ort verbessert – real wird die Strategie aber immer von den globalen Interessen – und im Fall der EU von den Interessen der einzelnen Mitglieder – beeinflusst werden. Dadurch ist dieses objektive Kriterium erneut in Frage gestellt.

Konkret drückt sich diese Kombination der vordergründigen Betonung der humanitären Kriterien so aus: „Herrschen demokratische Defizite, steigt das potenzielle Konfliktrisiko. In Risikoländern ist deshalb der demokratische Prozess oft kaum fortgeschritten oder die Umsetzung einer Hilfe von Außen gestaltet sich schwierig. Um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft zu unterstützen, führt die Union Maßnahmen in den Bereichen Übergang zur Demokratie, demokratische Wahlen, bürgerliche und politische Rechte, Meinungsfreiheit und Medien, verantwortungsvolles Regieren, Ausbau der Zivilgesellschaft und Gleichheit von Mann und Frau durch.

Besondere Bedeutung wird der Unterstützung von Wahlprozessen, der parlamentarischen Arbeit und der Justizverwaltung beigemessen.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r127_00_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Natürlich verbessert sich die Situation vor Ort, wenn diese oben aufgezählten humanitären Aspekte in der Strategie beachtet werden. In der Einleitung des Zitates, wo vom potentiellen Konfliktrisiko die Rede ist, kann jetzt aber wieder das Interesse der eigenen Sicherheit im Hintergrund angeführt werden – die dadurch gefestigt wird, dass es zu keinen Konflikten kommt, die Europa dann potentiell gefährden könnten.

Kommen wir noch zu einigen besonderen, konkreten Kriterien der EU: „Die Mitgliedstaaten müssen sich vor allem auf die Fähigkeit konzentrieren, die zivilen Krisenbewältigungsmissionen über einen längeren Zeitraum und unter Einsatz von hochqualifiziertem Personal durchzuführen. Für die Wirksamkeit der Intervention ist ein schnelles Handeln unverzichtbar: Die EU hat sich das Ziel gesetzt, binnen fünf Tagen nach Billigung des Krisenmanagementkonzepts durch den Rat den Beschluss über die Einleitung einer Mission zu fassen. Was die Entsendung von Einsatzkräften betrifft, so sollen innerhalb von 30 Tagen nach dem Beschluss über die Einleitung einer Mission spezielle zivile ESVP-Fähigkeiten einsatzbereit sein.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/133239_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Wir sehen hier also, dass sich die EU nicht nur im großen, globalen Rahmen, hohe Ziele gesteckt hat: Auch bei den konkreten Kriterien, hier beispielhaft angeführt der Faktor der Schnelligkeit, der zum Erfolg führen soll, hat man sich keine leichten Vorgaben gemacht. Kriterien der EU können so in jeder Ebene als Indikator für den innenpolitischen Zustand der EU betrachtet werden: Sie zeigen die Einigkeit und den fortlaufenden Integrationsprozess in der Union an und können in Wechselwirkung stehend betrachtet werden. Einerseits dokumentieren sie den Zustand der Fähigkeiten der Union, andererseits sind es gerade die Kriterien für humanitäre Interventionen, die das außenpolitische Profil der Union zwangsläufig schärfen und damit auch in der EU selbst Entwicklungsarbeit leisten.

Aus diesem Grund ist die EU in dieser Hinsicht ein besonders interessanter Akteur, mit hohem Risiko und großen Chancen, ihre Ziele und eine Verbesserung der Lage der Betroffenen durch ausgewogene Kriterien erreichen zu können. “There can be no sustainable peace without justice. The European Union’s position on the International Criminal Court (ICC) in this regard is well known. The Court and its key role in the promotion of international justice has our full support. The European Union urges the government of Sudan and all other parties to the conflict to cooperate fully with the Court in accordance with UN Security Council Resolution 1593.” (Siehe: Originaltext des Beitrages der EU für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24.Juli 2009) Das zeigt uns, dass die EU auch in Bereichen der Menschenrechte, die für andere Akteure eher nebensächlich sind, strengere Kriterien aufweist: Das ist in der oftmaligen Betonung der EU in der Frage der Verurteilung von Kriegsverbrechern im Rahmen einer fairen Justiz zu bemerken. Damit sind diese Kriterien der EU zwar kurzfristig verzögernd zu sehen, langfristig aber als Möglichkeit nachhaltigere Ergebnisse zu erzielen.

Die EU bezieht sich, wie schon angeführt, sehr konkret auf die Menschenrechte als Interventionskriterien, stellt aber den Aspekt der Sicherheit dazu als bestimmend dar. Das drückt sie so aus: „Wir müssen die Menschenrechtsfragen weiter durchgängig (...) berücksichtigen, indem wir einen Ansatz verfolgen, der auf die Menschen ausgerichtet ist und im Einklang mit dem Konzept der menschlichen Sicherheit steht.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009) Überspitzt können die Kriterien der EU damit als der Ausdruck eines hervorgehobenen Menschenrechts, dem Recht auf Sicherheit, gesehen werden.

2.3 China

2.4 Die politischen Interessen Chinas als Vorgabe für Interventionskriterien

„So versucht China schon seit Jahren, sein außenpolitisches Gewicht v.a. in der UNO durch intensiviertere Beziehungen mit Afrika zu heben und zu stärken. Auf seiner globalen Agenda stehen der Zugang zu Rohstoffen und zum Weltmarkt sowie eine stärkere Rolle in der internationalen Politik ganz oben. (...) Besonders wichtig ist dabei aus chinesischer Sicht die Stärkung der Süd – Süd – Achse, die den Schlüssel für ein neues politisches und ökonomisches internationales System bedeuten kann.“ (Feichtinger 2009: 14) Wenn wir China so betrachten, dann liegt der Fokus der chinesischen Interessen, die sich in den Interventionskriterien widerspiegeln, in realpolitischem Machtdenken: Mehr noch als bei anderen Mächten spielt die globale Ebene eine dominante Rolle, was Afrika und Darfur an sich in den Hintergrund rückt.

Der zweite Hauptaspekt neben den globalen Zielen Chinas ist das Versorgen der eigenen Wirtschaft mit Rohstoffen. „So will China (...) in Zukunft 25 % seines Erdölbedarfs in Afrika decken – Mitte 2008 waren es allerdings bereits mehr als 30 %.“ (Feichtinger 2009: 15) „Auf und unter afrikanischem Boden liegen etwa 50 % des weltweiten Goldvorkommens, 50 % des Kobalts, 60 % der Diamanten, 40 % der Phosphate, 90 % des Platins sowie 80 % der geschätzten Coltanvorkommen.“ (Feichtinger 2009: 21) Es lohnt sich also, besonders für China, das einen sehr großen Binnenmarkt abdecken muss, hier in die Zukunft schauend zu intervenieren. China erkaufte sich die Rohstoffe durch ein Versprechen den afrikanischen Staaten gegenüber, die sie „vor der Kritik anderer Mächte und vor externer Einmischung (...) schützen“. (Feichtinger 2009: 15)

„So können sich manche afrikanische Staats – und Regierungschefs, denen oftmals massive Menschenrechtsverletzungen oder autoritäres bis diktatorisches Regieren vorgeworfen wird, Sanktionen auf UN – Ebene entziehen (...). Aktuell erfreuen sich insbesondere der Sudan und Zimbabwe dieses politischen Schutzmachtverhältnisses.“ (Feichtinger 2009: 15) „Gerade der Sudan ist äußerst erpicht darauf, primär afrikanische sowie chinesische und möglichst keine europäischen Truppen im Rahmen der UN – Mission im eigenen Land zu haben.“ (Feichtinger 2009: 15)

Mit diesem Verhalten kann von einem de facto Boykott Chinas in Bezug auf nachhaltige humanitäre Interventionen gesprochen werden: treten hier ja nur mehr Eigeninteressen auf, ohne jeden humanitären Aspekt. Hier noch von möglichen Kriterien für eine humanitäre Intervention außerhalb der wirtschaftlichen und politischen Eigeninteressen zu sprechen fällt schwer.

Von offizieller Seite her orientiert sich China an der UNO: „Um zu gewährleisten, daß die friedenserhaltenden Aktionen der UNO Erfolge erzielen und sie sich gesund entwickeln, sollten bei diesen Aktionen die Ziele und Prinzipien der UN-Charta, insbesondere die Prinzipien des Respekts vor der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, befolgt werden; eine Billigung der betroffenen Länder sollte voraussetzungen erfüllt werden, die Neutralität ist streng zu wahren, Waffengewalt außer zur Selbstverteidigung darf nicht angewandt werden; man sollte daran festhalten, Streitigkeiten auf friedliche Weise wie durch Vermittlung, Schlichtung und Verhandlung beizulegen; zu vermeiden sind Zwangsaktionen, die Praktizierung des Doppelstandards und militärische Einmischungen unter dem Deckmantel der UNO; man sollte sich an die Prinzipien halten, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen und seinen Fähigkeiten entsprechend vorzugehen, sind die Bedingungen dafür noch nicht reif, sollte man keine Aktion zur Friedenserhaltung durchführen, noch weniger dürfen entsprechende Aktionen eine Seite zu einem Konfliktpartner machen und der grundlegenden Richtung von Aktionen zur Friedenserhaltung zuwiderlaufen. In diesem Sinne wirkt China bei UNO-Aktionen zur Erhaltung des Friedens aktiv mit.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009)

China beruft sich also stark auf die grundlegenden Prinzipien der UNO, ist aber in Bezug auf schnelle Interventionen defensiv eingestellt: Das oberste Prinzip ist das der Souveränität der Staaten und in unklaren Fällen sollte man lieber nicht eingreifen.

Das ermöglicht China, unter der Hand wirtschaftlichen Einfluss auszuüben und andere Mächte, die diesen Einfluss stören könnten, in ihrer Interventionsentscheidung mit dem Argument, dass eine Intervention ohne Billigung der Betroffenen nicht rechens sei, zu behindern. So meint China: „Manche Großmächte betreiben einen „Neointerventionismus“, eine neue „Kanonenbootpolitik“ und einen neuen Wirtschaftskolonialismus, was der Souveränität und Unabhängigkeit sowie den Entwicklungsinteressen vieler Länder schadet und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht.“

Bei der Behandlung internationaler und regionaler Sicherheitsangelegenheiten wurden die Stellung und die Funktionen der UNO sehr herausgefordert. Manche Länder haben unter dem Vorwand von „Humanität“ und „Menschenrechten“ die Charta der Vereinten Nationen und die allgemein anerkannten Grundsätze zur Regelung der internationalen Beziehungen unverfroren mit Füßen getreten. Bei allem und jedem wandten sie Gewalt an oder drohten mit Gewalt.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009) Humanitäre Kriterien nach konkreten westlichen Standards werden also als neuer Kolonialismus betrachtet, während eigene humanitäre Ideale – China, der freiwillige Freund und Helfer aller Völker- dem Erhalt des Weltfriedens und der globalen Sicherheit dienen und daher positiv gesehen werden.

2.5 Österreich

Im Fall von Österreich müssen wir in Bezug auf moralische Aspekte in der Interventionsentscheidung einen Unterschied zu früheren Kolonialmächten machen. Wenn nun humanitäre Missstände in weit entfernten Ländern auftreten, dann würde folgendes geschehen: „Europäische Staaten mit kolonialer Vergangenheit tendieren (...) schnell dazu, solche Probleme zu thematisieren und moralisch zu argumentieren, während Staaten ohne oder mit nur geringer kolonialer Vergangenheit dies nicht tun. Zeigen sich letztere dennoch interventionsbereit, verfolgen sie entweder bestimmte Eigeninteressen, oder die Selbsteinschätzung ihrer Rolle in der internationalen Politik hat sich geändert. Während z.B. Interventionen von Großbritannien oder Frankreich in Afrika nicht überraschen, ist ein solches Eingreifen von Staaten wie etwa Deutschland oder Österreich in den eigenen Gesellschaften nicht unumstritten. Die Regierungen dieser Staaten argumentieren jedoch, dass eine Intervention aus humanitären Gründen notwendig sei.“ (Gebrewold 2009: 38)

Demnach müssten die österreichischen Kriterien sehr humanitär orientiert sein, konkrete Eigeninteressen Österreichs in Afrika sehe ich keine. Was wahrscheinlich eine große Rolle in den österreichischen Kriterien spielen wird, wird die Motivation sein, sich in der EU zu etablieren. Die Intervention an sich ist also nur mehr Mittel zum Zweck hinter humanitärer Maske. Damit sind die sehr humanitär dominierten Kriterien also auch zu hinterfragen. Der österreichische Schwerpunkt der humanitären Kriterien ist aber dennoch herauszustreichen.

2.6 Die Afrikanische Union

Die afrikanische Union hat drei besondere Prinzipien, die das Eingreifen rechtfertigen. Erstens gibt es das Recht der Union in einem Mitgliedsstaat einzugreifen, nach einer Entscheidung in der Versammlung und bei schweren Umständen, die konkret Krieg, Verbrechen, Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wären. Zweitens gibt es in der Union das Recht der Mitgliedsstaaten, eine Intervention zu erbitten, mit dem Zweck der Erhaltung von Frieden und Sicherheit. Zudem gäbe es die Möglichkeit, durch die Union gegen die Verfassung gerichtete Änderungen von Regierungen zu verurteilen und diese zurückzuweisen. (Vgl. Knab 2006: 49) Diese drei Bestimmungen sollen durch das PSC, das Peace and Security Council, überwacht werden: dieses Organ ist so gestaltet, dass jede Region Einfluss nehmen kann. Das Ziel sei eine Entscheidung im Konsens, wenn diese nicht erreicht werden kann, dann genügt eine einfache Mehrheit. (Vgl. Knab 2006: 49) Durchführend sollen die African Standby Force (ASF) sein, mit fünf Brigaden, eine für jede Region.

Im Endausbau soll die ASF Vorlaufzeiten von nur 30 Tagen bis zum Beginn des Einsatzes haben, was sehr schnelles Reagieren ermöglichen würde. (Vgl. Knab 2006: 49) Das entspricht dem generellen Kriterium, dass Interventionen schnell passieren müssen um weiteres Unheil zu verhindern. Beispielhaft „war der Zweck der ASF „never to allow another genocide like Rwanda““ (Cilliers 2009: 136) Das bestimmende Kriterium, abgeleitet von Cilliers, ist demnach schnell vor Ort zu sein, um einen zukünftigen Genozid zu verhindern. Die AU hat aber weiters in ihren Kriterien die Vielfalt der Kriterien bereits berücksichtigt. Sie will integrierte Operationen durchführen, deren Charakter so gesehen werden kann: „Vielmehr ist eine integrierte Mission durch unterschiedliche politische, humanitäre, Entwicklungs- und Sicherheitskomponenten gekennzeichnet, die ein gemeinsames strategisches Ziel haben.

Dieser Ansatz impliziert ein gemeinsames Verständnis der Prioritäten und Arten von Interventionen, die auf jeder Stufe des Friedensprozesses von mehreren Akteuren durchgeführt werden, von denen einige möglicherweise nicht Teil des direkten Planungsprozesses der AU sind.“ (Cilliers 2009: 139) Die einzelnen Kriterien sind also oft heterogen, müssen aber ein gemeinsames Ziel ermöglichen. Man könnte meinen, dass dies dann der kleinste gemeinsame Nenner der verschiedenen Kriterien ist – einerseits ist das positiv zu sehen, da dann gemeinsam vorgegangen werden kann, andererseits können so anspruchsvolle Kriterien – vor allem im Bereich der Menschenrechte – wie sie die EU aufweist – nicht in ihrem vollen Umfang berücksichtigt werden.

Die Kriterien der AU sind im Fall von Afrika besonders wichtig, da sie direkt vor Ort auch die Entscheidungen anderer Akteure beeinflussen und auf regionaler Ebene bestimmender wirken als die Kriterien anderer, nicht lokaler Akteure.

2.7 Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur ersten Forschungsfrage

In den verschiedenen Statements sollen die verschiedenen Sichtweisen zur Forschungsfrage zum Ausdruck gebracht werden:

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungakademie Wien)

- Welche Kriterien braucht man, um international einzugreifen: Wann ist ein Eingreifen Ihrer Meinung nach gerechtfertigt bzw. unbedingt erforderlich?

Es gibt internationale Regeln, die UN – Charta. Im Sudan gelten auch die Regeln der AU. Das muss reichen; man kann daraus auch ein Interventionsrecht ableiten. Ein Problem sind die Kriterien der internationalen Gemeinschaft. Diese ist anerkannt und hat ihre eigenen Werte, existiert aber nicht völkerrechtlich. Wenn nun bei einem Genozid die UN – Charta angewandt werden soll, dann stellt sich die Frage, wer hier feststellt, dass es sich um einen Genozid handelt. In Darfur ist die Diskussion darüber geteilt. Noch ein Problemfeld ist die Hollywoodisierung: wenn Hollywoodstars vor Ort auftauchen, steigt der Druck der Medien. Auch die Bewertung der Daten aus der humanitären Industrie muss kritisch hinterfragt werden.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Welche Kriterien braucht man, um international einzugreifen: Wann ist ein Eingreifen Ihrer Meinung nach gerechtfertigt bzw. unbedingt erforderlich?

Es gibt keine fixen Kriterien, da muss man die Völkerrechtler fragen. Allerdings ist „Protection of the Civilians“ das Kernthema Österreichs im November 2009 im Sicherheitsrat, (Anm.: wenn Österreich den Vorsitz des Sicherheitsrates hat).

Ich sehe eine Diskussion seit Ruanda, ungefähr seit 1994: seit damals und heute geht es um Aspekte der Bedrohung der Zivilbevölkerung, (Anm.: die ein Intervenieren bedingen): Völkermord ist einer davon. Ich sehe so Ruanda als Wendepunkt für das humanitäre Interventionsrecht.

3 Interventionsmotivationen der verschiedenen Akteure

Warum ist man für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur; welche historischen Hintergründe spielen für die verschiedenen Motivationen eine Rolle ?

Es gibt derzeit folgendes Phänomen, das die aktuelle Motivation für ein Eingreifen erklärt: Die „afrikanische Gemengelage aus Faktoren des Aufschwungs und Elementen der Destabilisierung entfaltet ihre Wirkung auch außerhalb des Kontinents. Nüchtern betrachtet, steigt die Attraktivität Afrikas in positiver wie negativer Hinsicht. Nach Afrika kommen jene, die trotz oder wegen der afrikanischen Zustände Geschäfte machen wollen (...). Und es kommen die Europäer, die wegen historisch – kolonialer Traditionen und wegen der jüngsten „Entdeckung“ Afrikas als bedeutendem Nachbarkontinent an der neuen Dynamik teilhaben wollen.“ (Rummel 2009: 54)

Wir sehen in diesem, die Thematik einleitenden, Zitat, dass es vor allem um die Motivation des eigenen Gewinns durch Geschäfte in Afrika geht. Dabei, das zeigt sich bei den Motivationen Chinas besonders, werden oft wirtschaftliche Interessen verfolgt, um politische Ziele zu erreichen: Die bestimmende Motivation ist also oft vordergründig wirtschaftlicher und grundlegend politischer Natur. So steigen die wirtschaftlichen Motivationen zur Intervention an: es gäbe ein „in extremer Weise gestiegenes internationales Interesse an natürlichen Ressourcen sowohl im Tschad als auch im Sudan.“ (Behrends 2009: 173)

Europa ist von allen Konflikten in Afrika besonders betroffen, da es ja – siehe oben – Nachbarkontinent ist. Dass es bei der Motivation Europas nicht primär um rein humanitäre Aspekte für Afrika geht, sondern dass dahinter globalpolitische Motivationen im Zuge einer Entwicklung einer kommenden multipolaren Weltordnung stehen, wird in der Bearbeitung der europäischen Motivation deutlich. Konkret auf den Tschad und den Sudan bezogen, können wir einen gewissen Kreislauf erkennen. „Auslöser und verschärfende Faktoren (...) sind aber vielmehr die Konsequenzen aus den (...) historischen „Brüchen“ wie Kolonialisierung (...), Stellvertreterkriege in den 1980er Jahren sowie wirtschaftliche Interessen an Öl. Hier wurden Waffen in großer Anzahl eingeführt, Bevölkerungsgruppen erstmals von der Regierung aufeinander gehetzt und mit Machtansprüchen gekoppelte Ideologien angepriesen.“ (Behrends 2009: 176)

Es gibt also zu Beginn unseres Kreislaufs verschiedene historische Interessen, die eine Intervention (Stellvertreterkriege etc.) damals rechtfertigten. „Erst diese Vermischung zwischen unterschiedlichsten Interessenlagen und die damit einhergehende Erweiterung der Allianzmöglichkeiten haben auf der lokalen Ebene zur heutigen Brutalität, Komplexität und Langwierigkeit der Konflikte geführt.“ (Behrends 2009: 176 – 177) Durch die damalige Intervention wurde demnach die Situation so verschärft, dass man heute meint, aus – vordergründig - humanitärer Motivation erneut intervenieren zu müssen. Historische Ereignisse haben also die Bedingungen zumindest teilweise geschaffen, die heute als Motivation für humanitäre Aspekte angeführt werden. Historisch sind auch die Beziehungen der Waffenlieferanten zu betrachten: so kommt Libyen als Waffenlieferant nicht einfach so nach Darfur: „Relations between Darfur and Libya has been forged through lively trade relations over centuries.“ (Mamdani 2009: 212)

Wenn wir diese Überlegung weiter verfolgen, kommen wir zu folgendem Schluss: „In Hinblick auf die gesteigerte internationale Präsenz wäre es daher interessant zu debattieren, wie die große Zahl der (potentiellen) Allianzpartner und Kriegsakteure – von lokalen und nationalen Staatsstrukturen und regionalen Kriegsherren über staatlich anerkannte militärische Partner und humanitäre Organisationen bis hin zu illegitimen Waffenlieferanten und anderen Profiteuren des Krieges – wieder reduziert und wie dadurch eine Fokussierung auf Stabilisierung erreicht werden kann.“ (Behrends 2009: 177) Diese Diskussion wird aber nie reale Bedeutung bekommen, da – und das soll in der Bearbeitung der Forschungsfrage der einzelnen Motivationen gezeigt werden – die eigenen Motivationen und Interessen immer noch und heute vielleicht im Vordergrund stehen. Damit wird sich kein Akteur freiwillig zurückziehen, der noch mehr eigene Ziele vor diesem Hintergrund zu erreichen versucht.

Das bringt auch Behrends zum Ausdruck: „Die gegenwärtige Entwicklung scheint einer solchen Fokussierung und Stabilisierung noch gegenläufig zu sein.“ (Behrends 2009: 177) Der theoretische Ansatz ist sicherlich gut, aktuell wird es realpolitisch mehr bringen, die Motivationen und Interessen aufzuzeigen, zu hinterfragen und Kompromisse anzustreben. In der folgenden Bearbeitung der Motivationen der einzelnen Akteure zeigt sich ganz klar, dass ein Verzicht auf Eigeninteressen aus der Motivation heraus, die Lage vor Ort zu stabilisieren, in der heutigen Realität nicht zu erwarten ist – dazu sind die Wünsche eigene strategische Ziele durch die Intervention zu erreichen einfach zu wichtig.

Im Sudan – ganz konkret – zieht sich eine Motivation durch viele Aspekte: Es gibt Öl, und der Zugang zu diesem ist wichtig und wird auf verschiedenen Wegen erreicht. Das Öl ist hier Motivation und Problemfeld an sich: “KHARTOUM, July 27 (Reuters) - North and south Sudanese leaders have traded accusations over the roll-out of an international ruling on the disputed Abyei oil region, raising fears of a fresh dispute between the former civil war foes. (...)Both sides, which have clashed over Abyei since 2005, agreed last year to refer the matter to the Hague for a final ruling.” (Siehe: News+Highlights+28-07-2009) Es wird also auch im Land selbst gestritten: “The SPLM head of Abyei's administration Arop Mayok told Reuters the speech amounted to an invitation for nomads to register as settled Abyei residents to influence the vote. "I hope that there will be a change of heart from those who are releasing such a statement. It doesn't help in the peace process," he told Reuters on Sunday.” (Siehe: News+Highlights+28-07-2009).

Generell: “Sudan nomads say protest against oil ruling (...)Any sign of growing Misseriya opposition will be seen as a disturbing development for Sudan's northern Khartoum elite which has long relied on parts of the tribe for support in country's volatile, oil-producing heartlands. (...)Sudan's Muslim north and its mostly Christian south have argued and fought for decades over Abyei.” (Siehe: News+Highlights+29-07-2009) Die Bruchlinien in den einzelnen Motivationen zur Intervention, um Zugang zu Öl zu erhalten, gehen also durchaus von internationalen Akteuren aus, müssen aber auch im Land selbst gesehen werden - bis hin zur Motivation der lokalen Nomaden, die Interessen haben kein Öl zu fördern. Der Norden dagegen mit seiner Elite betrachtet den Widerstand als Hindernis für eine weitere Entwicklung. Seine Motivation in diesem lokalen Bereich ist umgekehrt: es ist die Förderung weiterer Entwicklung und des eigenen Wohlstandes.

Motivationen für Interventionen werden in dieser Forschungsfrage eher in Bezug auf die großen Akteure untersucht – uns muss aber klar sein, dass diese Motivationen auf einer anderen, lokalen Ebene, durchaus vieles beeinflussen.

3.1 Die USA

„Die USA als stärkster globaler Akteur verfolgen in Afrika drei strategische Ziele. So ist Washington erstens bestrebt, durch mehr afrikanisches Öl die energiepolitische Abhängigkeit vom Nahen Osten zu reduzieren. (...) Zweitens wird in Afrika eine Hauptfront im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus gesehen und drittens möchte Washington dem geopolitischen Hauptkonkurrenten China das afrikanische Feld nicht so ohne weiteres überlassen.“ (Feichtinger 2009: 16) So „so wurde bereits 2007 vom Pentagon ein eigenes Afrikakommando geschaffen (...).

Die Einrichtung dieses Kommandos, das alle militärischen Aktivitäten in Afrika steuern und koordinieren soll, ist zweifellos Ausdruck eines gesteigerten amerikanischen Interesses an der Region.“ (Feichtinger 2009: 16) Dieses hier angeführte neu aufkommende Interesse der USA um die obig erwähnten Ziele zu verfolgen muss als generelle Motivation für Interventionen in Afrika zu sehen sein. Konkret auf den Krieg gegen den Terror bezogen meint Mamdani: „One needs to bear in mind that the movement to save Darfur – like the War on Terror – is not a peace movement: it calls for a military intervention rather than political reconciliation, punishment rather than peace.“ (Mamdani 2009: 16) Man muss hier also die humanitäre Bewegung als eher strafende Lobby im Rahmen des Krieges gegen den Terror betrachten, deren Interesse nicht rein die Verbesserung der Situation für die Betroffenen ist. Grundlegender Bestandteil des aktuellen Diskurses ist so auch die Bestrafung der „Täter“: „The Save Darfur Coalition (SDC) is determined that there is only one way to save Darfur- that is, to occupy it through a military intervention. Its raison d’être is to be sought in the War on Terror.“ (Mamdani 2009: 47) Mamdani sieht also die Darfur – Lobby praktisch Hand in Hand mit dem Krieg gegen den Terror und spricht ihr damit eine genuine humanitäre Motivation ab.

Im Fall von Darfur muss davon ausgegangen werden, dass dieses generelle Interesse an Afrika nur dort gilt, wo es für das Erreichen der eigenen Ziele elementar ist. Und das trifft z.B. für Somalia (sicherheitspolitisch gesehen) zu, aber nicht für Darfur – wo die USA nicht interveniert haben. Somalia dagegen ist Brennpunkt der US – Politik, weil man befürchten würde dass es „nach Afghanistan zur zweiten Heimat des Terrornetzwerks al Qaida werden könnte.“ (Feichtinger 2009: 19) Das berührt damit dann wieder das zweite Ziel der USA, den Kampf gegen den Terror in Afrika. Wir müssen in jedem Fall einer humanitären Motivation (in Bezug auf die USA und den zivilisatorischen Aspekt, der hinter humanitären Absichten steckt siehe Kapitel 2.1) auch eine mögliche Vernetzung mit anderen Aspekten beachten.

„Ein zunehmend dominierendes Argument in der Interventionsdebatte ist, dass die Nationalinteressen und die humanitäre Intervention als Krisenmanagement strukturell miteinander vernetzt seien. Operation Enduring Freedom ist demnach sowohl humanitäre Intervention als auch Selbstverteidigung.“ (Gebrewold 2009: 41) Hier zeigt sich als zweite Motivation der sicherheitspolitische Aspekt, der bei den USA besonders wichtig ist.

Nun war die Motivation der USA, in Darfur einzugreifen nicht groß genug, um tatsächlich zu intervenieren, im Hintergrund jedoch hat die USA im Sinne des CNN – Effekts die Situation durch Hilfskampagnen der USA „hollywoodisiert“. Man verbreitete die irreführende Ansicht, dass in Darfur Araber gegen Afrikaner und Moslems gegen Christen kämpfen würden und dass Darfur die Region instabil machen würde – diese einseitige Sicht der Medien wird in der Literatur die „Darfurisierung des Tschad“ (Handy 2009: 80) bzw. die „Darfur – Linse“ (Handy 2009: 81) genannt.

Die humanitäre Motivation der USA in Bezug auf ihre Hilfskampagnen ist in diesem Sinne als Versuch zu sehen, sich möglichst einfach und gut über die Medien zu verkaufen; und dass seit 9/11 das Feindbild der Muslime in den USA gut ankommt, war zumindest bis Obama Tatsache. So beschränken die USA die internationale Sicht auf Darfur alleine, was zur Lösung des regionalen Konfliktsystems wenig beitragen wird. Zumindest kann man behaupten, dass es die USA seit Somalia geschafft haben, sich gut über die Medien zu verkaufen – überspitzt ausgedrückt wird der CNN – Effekt, der sich in Somalia gegen die USA gewandt hat, jetzt für die USA verwendet. Konkret spricht Mamdani in diesem Zusammenhang die Save – Darfur – Bewegung an, die mit Hilfe der Medien und ihrer Lobbyarbeit die Politik in den USA in Bezug auf Darfur ändern wollte - wobei aber „...no meaningful part of its annual budget goes to help the needy in Darfur.“ (Mamdani 2009: 23)

Die Lobby arbeitet also in den USA, mit oberflächlichen Berichten aus Darfur – und hilft weiters nicht wesentlich vor Ort. Damit sind die Medien und die Lobbyarbeit hier unbedingt zu hinterfragen. Konkret zeigt Mamdani auf, dass der hier aktuelle Diskurs sehr problematisch ist: In Bezug auf die Lobbys in den USA: „For them, the people of Darfur are not citizens in a sovereign political process as much as wards in an open-ended international rescue operation.“ (Mamdani 2009: 297) Die Betroffenen als Subjekte zu betrachten kann nicht zu einer nachhaltigen Verankerung der Maßnahmen vor Ort führen.

Diese Überlegungen müssen wir bei der konkreten Bearbeitung der US – Motivation in Darfur beachten: Ich denke, dass die USA seit Somalia sicher nicht mehr leichtgläubig aus humanitärer Motivation offiziell intervenieren werden, ohne sich selbst abgesichert zu haben. Das führt zu weiterführender Kritik an diesen aktuellen Maßnahmen in Darfur: „Americans give deadlines all the time. The threat of sanctions is also not enough. (...) Outsiders can never solve the problem for us.” (Mamdani 2009: 299) Das abgesicherte, nicht langfristige Intervenieren der USA, ohne tiefere Einbindung der Betroffenen, verhindert also nicht nur einen direkten Erfolg, sondern schädigt auch die Akzeptanz der USA als Problemlöser vor Ort – die so nicht mehr als konstruktiver Akteur wahrgenommen werden.

Und das ist im Fall von Darfur, wo es nur mediengerechte Hilfskampagnen ohne Risiko gab, eingetreten. Eine weitere, grundlegende Motivation der USA ist im historischen Einfluss zu sehen. So sei „bis heute ein britischer Einfluss in Khartoum (Anm.: Sudan) manifest, der zum Teil von US – amerikanischem Einfluss ergänzt bzw. abgelöst wurde.“ (Pabst 2009: 87) Um diesen Einfluss vor allem wirtschaftlich zu sichern, agiert also auch die USA vor Ort – nur nicht in offizieller Weise, wie dies die EU tut. Generell würde aber die USA in der Region ihren Einfluss geltend machen: „Die in den USA ansässigen multinationalen Konzerne ExxonMobile und Chevron/Texaco fördern seit 2003 Erdöl im Tschad. US – Firmen bauten mit Unterstützung der Weltbank eine Pipeline vom Tschad nach Kamerun. (...) Mit dem Sudan unterhält Washington ungeachtet sonstiger Differenzen eine enge geheimdienstliche Kooperation.“ (Pabst 2009: 88) Auch wenn es also nicht offiziell ist: Der Einfluss der USA in der Region und damit deren wirtschaftliche und sicherheitspolitische Motivation einzugreifen ist vorhanden. Mamdani zeigt konkrete Aspekte dieser wirtschaftlichen Motivation auf: „Interest in oil is also an important dimension of U.S. involvement in the Darfur – Chad region and U.S. – China contention in Sudan. U.S. oil exploitation in the southern Doba region of Chad had begun in June 2000 when Exxon Mobil Corporation led a consortium in \$3,7-billion project that began exporting oil in October 2003...” (Mamdani 2009: 21)

Zusätzlich zur wirtschaftlichen Motivation muss noch gesagt werden, dass das US – Interesse nur eines von vielen ist, hier scheint sich kein Akteur besonders von den anderen zu unterscheiden: „Tschadische Aufständische werden durch die Regierung in Khartoum unterstützt, Rebellengruppen auf beiden Seiten durch Libyen, die Waffen werden aus Eritrea, China und Russland geliefert – und Frankreich und die USA bilden Soldaten aus und bieten dem tschadischen Staatschef logistische und militärische Unterstützung, während der Sudan

chinesische und russische Militärhilfe bekommt.“ (Behrends 2009: 172) Alle diese Akteure profitieren von ihrem Engagement – im Fall der USA muss aber erwähnt werden, dass diese realpolitischen Aspekte eher im Hintergrund stehen und im Vordergrund das Intervenieren durch einen Zivilisationsauftrag mit humanitärer Motivation gerechtfertigt wird. So vertrat der US – Kongress in der Frage der Ölförderung und der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen im Sudan eine durchaus humanitäre Sichtweise: “Congress also vowed to pressure the mother countries of the oil companies to rein in these organizations so that they would cease abetting human rights violations enacted by the government of Sudan in the name of securing the safety of oil workers and their property.” (Madut Jok, Jok 2008: 187)

Hinter dieser gut gemeinten Motivation, hier Verbesserungen für die Menschen zu erzielen, sehe ich aber auch den Versuch, andere Konkurrenten um die Ölvorräte einzuschränken um dann – spatter – mehr Einfluss in den Ölregionen ausüben zu können. “Washington maintains its neutrality in the Sudanese conflict. Given the huge humanitarian assistance that the US was offering to organizations in the south Sudan, despite Washington’s claim of neutrality, the north saw the US as an improper mediator in the conflict. (...) In the same vein, when oil began to flow to the north from southern oilfields, the proceeds of which the government has used to boost its military position, US capital markets were under pressure to de – list foreign oil firms operating in Sudan as punishment for their complicity in human rights abuses.” (Madut Jok, Jok 2008: 254)

Washington gab also vor neutral (und damit humanitär orientierter Mediator) zu sein, in dem Schwerpunkt der Hilfeleistung vor allem für den Süden – wo das Öl gefördert wird – wird das aber de facto widerlegt. Interessant ist hier auch die Sichtweise der USA, die auch eine – durch Wahlen gerechtfertigte – Abspaltung des Südens des Sudans akzeptieren würden (siehe Kapitel 3.1.1): meine These dazu ist, dass hier – begonnen durch oben erwähnte humanitäre Hilfe – vertiefender Einfluss auf die Ölgebiete genommen werden soll: sollte sich der Süden tatsächlich abspalten, so würden dann die USA dies als Unterstützer einer demokratischen Entscheidung sicherlich legitimieren, hier als Protektor fungieren und nebenbei die dominante Macht in wichtigen Ölgebieten werden. Somit zeigt sich für uns diese klare wirtschaftliche Motivation, die sich sehr gut neben den vordergründigen humanitären – und demokratiepolitischen Gründen übersehen lässt.

3.1.1 Die Motivation der USA im Umbruch: offizielle Dokumente seit Obama

Weiters ist die Motivation vom Sicherheitsdenken der Bush – Ära geprägt, als der Sudan auf die Liste der Terroristen fördernden Länder gesetzt wurde. Jetzt geht es aktuell um eine neue Linie: “Clinton says no decision to ease Sudan sanctions - Gration, in his testimony to lawmakers, said U.S. sanctions against Sudan were counterproductive to efforts to bring peace to the country, recommending that Washington eventually "unwind" some sanctions against Khartoum. Asked about Gration's comments, State Department spokesman P.J. Crowley said Sudan -- placed on the terrorism list in 1993 -- had in recent years improved its counter-terrorism cooperation with the United States.” (Siehe: News+Highlights+02-08-2009)

So kommen bereits erste Stimmen, die meinen, der Sudan würde mit den USA zusammenarbeiten, und wenn die USA die Sanktionen aufheben würden, dann wäre das für eine weitere positive Entwicklung des Landes positiv. Hier ist also die Motivation da, positiv einzuwirken, im Gegenzug zu sicherheitspolitischer Zusammenarbeit. Das ist aber noch nicht die offizielle Linie. So meint auch Hillary Clinton als Außenministerin, es gäbe hier noch keine Entscheidung.

“Pressed on the Obama administration's views, Crowley avoided labeling what was happening in Darfur now as genocide and said the focus was "not on definitions." "You know, the president (Obama) has said that what occurred in Darfur, what has taken place in Darfur, has been genocide, and we remain deeply concerned about that," he added.” (Siehe: News+Highlights+02-08-2009) Hier zeigt sich ganz konkret dieser Widerspruch: Während Obama die Situation als Genozid erfasst und meint, dass die USA hier tief betroffen wären (und damit die Chancen einer humanitären Motivation hebt) , ist das offiziell noch nicht ganz fixiert: So meinen andere Vertreter Obamas, dass es kein Genozid gewesen sei, sondern etwas Eigenes.

Damit muss man sich nicht festlegen und weckt keine Hoffnungen, die man generell politisch weder erfüllen kann noch will. So tritt im jetzigen Stadium der humanitäre Aspekt wieder in den Hintergrund; im Zuge eines Umbruchs der US – Politik kann er aber durchaus wieder bestimmende Motivation werden: wenn Obama die entsprechenden Chancen nutzt. Das wird durch die schlechte Sicherheitslage in der Region von Darfur – siehe den Einfluss der Medien in den USA – nicht unbedingt erleichtert: “ Four killers of US official could escape death-lawyer (...) The four were condemned to hang for killing John Granville, 33, who worked for

the U.S. Agency for International Development, and his driver, Abdelrahman Abbas Rahama, 39.” (Siehe: News+Highlights+11-08-2009) Hier starb also ein Amerikaner; und wenn Amerikaner sterben, dann hat dies seit Somalia auf die US – Medien eine gewisse Wirkung, die die Motivation der US – Politik dort einzugreifen, wo wirklich Gefahr droht, abschwächt. “Lawyers said the four men, all in their 20s and 30s, shouted Islamic slogans after the killing. (REUTERS)” (Siehe: News+Highlights+11-08-2009) Dadurch, dass im Sudan, in Darfur, öfters auch islamistische Strömungen für Zwischenfälle verantwortlich sind, könnte die politische Motivation der USA einzuwirken wieder steigern: es handelt sich dann wieder um das alte Feindbild des Islamismus, der die westliche USA bedroht. Und dann ist Darfur auf einmal wieder indirekt wichtig, um die innere Sicherheit der USA zu verstärken. Obama hat es nicht einfach: Er will dieses alte Denken verändern, muss aber damit arbeiten, um tatsächlich etwas zu erreichen. Denn rein humanitäre Motivationen reichen in den USA nicht für eine Intervention. Es könnte aber zu einer baldigen erneuten Trendwende kommen: ““I think we are getting close to the point where we will announce the new policy approach on Sudan. I would expect that in the next couple of weeks,” Crowley (Anm: Crowley ist Assistant US Secretary of State) said.” (Siehe: News+Highlights+18-08-2009)

Diese Richtungsänderung ist bereits seit längerem zu erahnen: “Sudan must do more to allow humanitarian workers into Darfur and step up cooperation with the joint UN-African Union Mission in Darfur, the US ambassador to the United Nations said Wednesday. “We continue to urge Khartoum to fill the gaps in critical humanitarian aid and to improve its cooperation with UNAMID,” Susan Rice told the House Foreign Affairs Committee.” (Siehe: News+Highlights+30-07-2009) Die USA setzt sich also verstärkt für die humanitäre Hilfe im Sudan ein.

Weiters könnte von einem generellen Tauwetter in der Beziehung zum Sudan gesprochen werden, das natürlich vieles beeinflusst: “WASHINGTON, 30 July 2009: There is no evidence to justify Sudan's presence on a U.S. terrorism blacklist, a senior American official said on Thursday, recommending that Washington eventually "unwind" some sanctions against Khartoum. Sudan, along with Cuba, Iran and Syria, is designated as a "state sponsor of terrorism" by the U.S. State Department and is subject to sanctions, including restrictions on aid. General Scott Gration, the U.S. special envoy for Sudan, told lawmakers he did not know of any intelligence to justify Sudan's terror listing and suggested the sanctions were counterproductive to efforts to bring peace to Sudan.

"There is no evidence in our intelligence community that supports (Sudan) being on the state sponsors of terrorism list," Gration said. "It's a political decision." (Siehe: News+Highlights+31-07-2009) Diese politische Entscheidung in Hinsicht auf die Terrorfrage hat sich also geändert. Man scheint zu erkennen, dass eine offenere Politik in Sicherheitsfragen bessere Folgen haben könnte: "'We are actually hurting the very development things we need to do help the south become ... if they chose to secede, a viable economic state," Gration said, noting that Washington could not bring in heavy equipment to build roads and railways." (Siehe: News+Highlights+31-07-2009) und: "Gration, a military man and longstanding political ally of President Barack Obama, said the sanctions were actually impeding peacekeeping work in Sudan." (Siehe: News+Highlights+18-08-2009) Einerseits beklagt man die bisherigen Einschränkungen vor allem in der Frage der Unterstützung der Entwicklung des Südens und dieser Region und erwähnt sogar offen die Möglichkeit der Abtrennung des Südens vom Sudan. Man ist also relativ tiefgehend an der Region interessiert, rudert dann aber aus Vorsicht wieder zurück, wenn konkrete Handlungen erforderlich sind.

Dennoch wird diese leichte Öffnung der US – Politik als sehr positiv betrachtet: "'Sudan has appreciated the positive signals," Sudan's ambassador to the UN Abdul-Mahmoud Abdul-Halim was quoted as saying by the state SUNA news agency. He condemned the "unjustifiable American sanctions", but called for a new relationship between Khartoum and Washington "based on respect of Sudan's choices" and in "the interest of the two nations".'" (Siehe: News+Highlights+31-07-2009) Der Sudan ist also zu einer neuen Politik bereit; inwieweit die USA das auch sind, wird sich bald zeigen.

Meiner Einschätzung nach wird Obama hier vieles anders als bisher machen, aber aus Vorsicht zumindest in näherer Zukunft noch zurückhaltender sein; er wird wahrscheinlich auch eine Öffnung gegenüber der UNO vertreten und auch hier dennoch zurückhaltend agieren.

3.1.2 Die Motivationen der USA im Umbruch: Zeitschriftenartikel seit Obama

“It is a very balanced, pragmatic understanding that America’s interests and her ideals don’t always coincide...” (Lubold 2009: 1) Das zeigt die heutige pragmatische Sichtweise Obamas. Er scheint das amerikanische Eingreifen begrenzen zu wollen: “...there are signs that his use of military force overseas will be tempered by his views on the limits of American power.” (Lubold 2009: 1) Andererseits bedeutet dies nicht, dass humanitäres Eingreifen ganz wegfallen würde: “Mr. Obama is leaning toward a pragmatic approach that limits military deployment of the kind used by former President Bush in the “war on terror”, while remaining open to humanitarian aid and security training, especially in places such as Darfur. This approach departs from Mr. Bush but also synthesizes policy elements from Bush’s later years.” (Lubold 2009: 1) Obama ist also anders, aber nicht komplett revolutionär.

Kritiker meinen bereits, dass diese Einstellung des limitierten Eingreifens negative Folgen hätte: “In July of 2007, Obama said that he would order U.S. forces out of Iraq as quickly as possible, even if he knew it would lead to an Iraqi genocide. This makes Obama the first president in modern memory to have suggested that causing a genocide would be in America’s national interest.” (Goldberg 2009) Amerika sei also durch sein Verhalten durchaus negativ zu betrachten: “It sure seems like Obama has an ideological problem with democracy.” (Goldberg 2009) Kritiker meinen damit bereits dass Obama damit das amerikanische Ideal der Demokratie nicht mehr vertreten würde. Hier muss man aber das Erbe berücksichtigen, das Bush hinterlassen hat: “The emphasis on “soft power” articulated often by Obama is seen as a salve to heal the militarism, unilateralism, and bellicosity of the Bush years.” (Lusane 2008: 34) und: “...the pariah position of the U.S. will substantially challenge the next president who will be forced to spend a considerable amount of energy in repairing the reputation and damage...” (Lusane 2008: 34) In dieser Argumentation muss also Obama vorsichtig vorgehen, um die Folgen der Bush – Ära zu reparieren.

Trotz dieser generellen Vorsicht einer kommenden Obama – Doktrin, ist die humanitäre Motivation der USA auch bei Obama stark: “Of all the issues President – elect Barack Obama faces before he takes office, none is of greater moral urgency than changing the tenor of the US response to what he has repeatedly described as “genocide in Darfur”.” (Reeves 2008: 9) Darfur ist also eine Schlüsselregion für die USA. Das Problem wird hier in Sudans Präsident Bashir gesehen, der für sein Verhalten in Darfur verurteilt werden soll. Hier wird die Situation im Sudan so beschrieben: “Seek to arrest our president and we’ll unleash further hell on the

aid personnel who protect Darfur's vulnerable civilian populations.” (Reeves 2008: 9) Die Situation ist also nicht einfach und so muss gehandelt werden: “Sudan's unambiguous threat – which also poses grave regional dangers – means the international community has no excuse not to act forcefully now.” (Reeves 2008: 9)

Ein gemeinsames Vorgehen hier sei nötig, um Druck auf den Sudan auszuüben – denn (bezogen auf den Prozess gegen Bashir) “...no such process exists or lies in prospect, primarily because no adequate pressure exists on Khartoum to engage meaningfully.” (Reeves 2008: 9) Dieser Druck muss also ausgeübt werden. Hier soll die USA laut einigen Quellen die bestimmende Macht sein: “The Obama administration can take a key leadership role right now, beginning with unambiguous support for the international legitimacy of the ICC.” (Reeves 2008: 9) Weiters meint man, dass die USA in dieser Frage auch anderswo eingreifen müssten: “The European Union must be pressed vigorously to impose monetary sanctions. Heavy diplomatic pressure must be exerted on China, Sudan's most powerful ally, to condemn all threats against the UN.” (Reeves 2008: 9) Der Einfluss, den die USA ausüben möchte, ist also trotz aller Zurückhaltung doch noch groß. Das beruht durchaus auf gegenseitigen Erwartungen: “Much of the world is waiting for the U.S. to play a leading role in relieving global poverty and distress.” (Lusane 2008: 39). Weiter: “Furthermore, many in the South have expressed a preference for a new direction and change in U.S. policies.” (Lusane 2008: 40 - 41)

Die Erwartung der Welt, speziell des Südens, ist also vorhanden. Auf den Punkt gebracht: “He (Anm.: Obama) is the embodiment of change in a time when both domestic and global citizens crave a transformation of the politics of the usual.” (Lusane 2008: 42) Die oben angeführte Argumentation zeigt eine neue Ausrichtung der USA unter Obama auf. Auf der anderen Seite jedoch findet man viele Aspekte, die Obama sehr ähnlich wie Bush vor ihm betrachtet: “There is every confidence that Obama will make an effort to reverse the outrageous civil liberties violations of the Bush administration.” (Lusane 2008: 38) In Realität geschah dann folgendes: “He voted for an extension of the Patriot Act.” (Lusane 2008: 38) Und vertrat damit das Gegenteil der ersten Ankündigung. Ein weiteres Beispiel: “Like Hillary Clinton, he voted for the odious border fence that is being constructed between the U.S. and Mexico.” (Lusane 2008: 39) – andererseits vertrat er folgendes: He “...sounded a clear welcoming tone to immigrants...” (Lusane 2008: 39) Unter Bush bestand die Doktrin der präventiven Kriege: “...the Bush doctrine was pre – emption (or more accurately,

preventive war)...” (Walsh 2008: 14) Das hat sich unter Obama sicher verändert, dennoch spielt die Sicherheitsfrage in der Motivation Obamas weiterhin die bestimmende Rolle. “Obama warned that if he had actionable intelligence of bin Laden whereabouts as president he would go into Pakistan – and presumably other sovereign nations – to seek him and other terrorists with or without those nations’ permission. This declaration undermines the humanitarian dimension of his proposed call for increasing the U.S. military by 92,000 troops.” (Lusane 2008: 39) Obama hält sich also in bestimmten Fällen eine Tür offen, um wie Bush zuschlagen zu können.

Betrachten wir jetzt die Politik gegenüber Afrika: “In terms of aid, specifically he has called for a doubling of U.S. foreign aid, echoing the call by Europeans for the West to raise its funding for development in the global South.” (Lusane 2008: 39) In der Frage der Entwicklungshilfe ist Obama also dem Drängen Europas nachgekommen. Warum ? - “”The security of the American people is inextricably linked to the security of all people” – Barack Obama – Obama has pledged to substantially increase U.S. aid to the developing world.” (Lusane 2008: 39)

Die Antwort lässt sich herauslesen: Um nachhaltige Sicherheit Amerikas zu gewährleisten engagiert sich Obama präventiv in der Entwicklungszusammenarbeit. In einer anderen Ebene ist das Interesse Obamas, die Motivation in Bezug auf Afrika zu handeln, sehr militärisch geprägt – und dem von Bush nicht unähnlich: “As for Obama’s position on military policy in Africa, he supports the Bush – created military initiative known as the African Command Center (AFRICOM)...” (Lusane 2008: 40). Hierzu meinte Obama: “There will be situations that require the United States to work with its partners in Africa to fight terrorism with lethal force. Having a unified command operating in Africa will facilitate this action.” (Lusane 2008: 40)

Während Obama also diese Facette des militärischen Eingriffs als gut und notwendig betrachtet, sehen das Kritiker nicht so: “In truth Africom is a dangerous continuation of U.S. military expansion around the globe. Such foreign – policy priorities, as well as the use of weapons of war to combat terrorist threats on the African continent, will not achieve national security. Africom will (...) make Africa even more dependent on external powers and delay responsible African solutions to continental security issues.” (Lusane 2008: 40) Die Kritik kann fast mit der Bush gegenüber verglichen werden.

Wir müssen aber immer noch das Erbe von Bush im Hinterkopf behalten, das die Situation Obamas zu einem Dilemma macht. Einerseits muss er in den USA selbst genug Zustimmung erreichen und kann nicht alles neu aufziehen, andererseits gibt es durch Bush verursachte Baustellen – vor allem im Ausland – die eine Änderung in weitgehender Art und Weise verlangen würden: “Ultimately, a successful presidency depends on a political coherency that is clear defined, provides real leadership, and can mobilize a broad public.” (Lusane 2008: 36 - 37) Alle diese Wünsche zu erfüllen ist sehr schwer. Ein Beispiel für die großen Herausforderungen: “One critical area of politics that the next U.S. president must urgently address is the nature and current status of U.S. foreign policy, and the image and legitimacy of the U.S. around the world.” (Lusane 2008: 34) – weil: “Anti – Americanism has grown exponentially during the Bush years.” (Lusane 2008: 34)

Auf der Grundlage der großen Herausforderungen erkennen wir bei Obama einen nicht unklugen Mittelweg: stark und bestimmt, aber – anders als Bush – in breiter Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft; was Obama bis jetzt relativ gut geschafft hat. Obama: “The US must not rely on the military alone to achieve its foreign policy ends (...) if the US does need to take military action, it must do so only after seeking bipartisan support and after working closely with “friends and allies” (...) “We have learned that America must go to war with clearly defined goals” (...)” (Lubold 2009: 1) Hier zeigt sich bereits die Vorsicht des Präsidenten: Man tritt zwar stark auf, braucht aber klare Ziele: “We have learned that we must always weigh the costs of action, and communicate those costs candidly to the American people.” (Lubold 2009: 1) Eine Lehre, die man seit Somalia also sehr tief verankert hat: Hinter der Motivation einzugreifen steht die Kosten – Nutzen - Rechnung für die USA selbst und der Faktor der eigenen Bevölkerung.

Oben angeführte Vorsicht zeigt sich bereits konkret “...in Afghanistan (...) the US will scale back on their goals (...) from achieving a full – fledged stable democracy to achieving a semblance of security.” (Lubold 2009: 2) Man definiert seine Ziele so dass sie dann auch erreicht werden können. Darfür könnte hier ein Meilenstein der zukünftigen Interventionen der USA sein: “The first big test of Obama’s views on the benefits of international consultation and the limits of US military power may come when he confronts a decision on Darfur...” (Lubold 2009: 2) Mit der Entscheidung ist es noch nicht getan, und auf diese Entscheidung wartet man im Herbst 2009 immer noch:

Die Motivation einzugreifen ist vorhanden, wird aber im Sinne der Kosten – Nutzen – Rechnung relativiert: “While President Clinton’s failed to intervene in Rwanda in the 1990s, O’Hanlon says Obama might want to do something in Darfur. But O’Hanlon, a former peace corps volunteer in Congo, says that probably won’t happen until after he gets a handle on the domestic crisis and the wars in Iraq and Afghanistan. “My guess is that Sudan and Congo are just going to have to wait,” O’Hanlon says.” (Lubold 2009: 2) Man setzt sich zuerst für primäre Interessen ein (Sicherheit für - und Probleme in den USA selbst), bevor man an anderen Orten aktiv werden möchte.

Das führt uns zur neuen Bedeutung humanitärer Aspekte, nicht realpolitischer Facetten, die in der US – Motivation (relativiert durch die allgemeine Vorsicht, siehe oben) mehr Bedeutung gewinnen: “...the attention given to perceived secondary but important “second – order effect” issues such as human rights, Third World development, global poverty, climate change, and multi – lateral cooperation on issues such as nuclear proliferation and democratization – concerns that have been nearly completely ignored or given token attention by the George W. Bush administration. The latter elements would constitute a re – branding of U.S. hegemony and make it more marketable to an increasingly wary world” (Lusane 2008: 35- 36) Obama kann durchaus unterstellt werden, mit diesem neuen Weg alte Ziele – die US – Hegemonie – erreichen zu wollen oder zu festigen. Ist damit der Weg Obamas vordergründig besser und dem Weg von Bush in dessen Intention sehr ähnlich ? Tatsächlich meint man öfters, dass vieles Bush (und davor Clinton) ähnlich sei: “...in a number of key areas, an Obama administration would echo the policies of both George H.W. Bush and Bill Clinton.” (Lusane 2008: 35) Können wir also Obama überhaupt noch als Erneuerer bezeichnen ? Nein - “Yet it is equally clear that Obama is not and makes no pretense to be a revolutionary or radical progressive.” (Lusane 2008: 42) Es stelle sich vielmehr die Frage, inwieweit Obama Realist sei: “...what type of realist would he be: a hard – line unilateralist – or would he exhibit (...) “consensual leadership” (...) through what realist prism would Obama promote the national interest ?” (Lusane 2008: 35)

Dieser festzustellende Realismus des Präsidenten zeigt sich auch bei humanitären Werten: “...in reaching out to Iran and Syria (...) Obama is not necessarily looking to impose American ideals of democracy and freedom. ”There is business we have to do with those states to keep America safe and so to a certain extent, we hold our nose, we try to nudge them forward on issues of human rights and democracy promotion, but we understand we’re not

always going to win that fight...” (Lubold 2009: 1) Man rudert also zurück und gibt zu, dass die amerikanischen Ideale nicht überall verbreitet werden können. Hiermit relativiert sich die humanitäre Motivation noch einmal: “Secretary of State Rice (...): To be sure, there is nothing wrong with doing something that benefits all humanity, but that is, in a sense, a second – order effect.” (Lusane 2008: 35) Globale Humanität ist also schön, aber nicht bestimmend – zur Zeit von Bush - man spricht bei Obama aber dennoch von “...investing in our common humanity.” (Lusane 2008: 36) Ein Hin – und Her also, neue Elemente der Motivation mischen sich mit Grundsätzen der Bush – Ära.

Eines ist aber klar zu erkennen: ““...it appears (...) that this administration has a very coherent view of the world...and a degree of temperance and realism in the application of power.”” (Lubold 2009: 2) Das Weltbild Obamas ist also vielseitiger, die Anwendung der eigenen Macht vorsichtiger und überlegter. Und der Wille zur internationalen Kooperation ist um einiges größer. Das wird Obama aber im Inland vorgeworfen: “Obama supporter and Washington Post columnist E.J. Dionne writes that the Obama Doctrine involves restoring America’s alliances and working with the international community so we can all do great things together. That’s why Obama and Hillary Clinton have been so eager to apologize for America around the globe. One problem with such an approach is that it – so far at least – buys us nothing save the appearance of weakness.” (Goldberg 2009)

Kooperation wird von der Bevölkerung im Sinne der Bush – Politik also als Schwäche gesehen. Damit hat es Obama schwerer, hier viel zu verändern. Amerika muss also auch von den USA selbst im Sinne Obamas nicht mehr als einziger, alleiniger globaler Faktor des Guten gesehen werden, sondern als ein Staat unter vielen: “American exceptionalism is ideological, while seeing America as just another nation is realistic.” (Goldberg 2009) und “...a recognition that the world we live in is more complex; it’s increasingly defined by transnational security challenges of the sort that require cooperative solutions.” (Walsh 2008: 14) weiters: “That pragmatism begins with the recognition that to confront 21st – century security challenges, we need effective partners and allies.” (Walsh 2008: 14) Die USA sieht also ein, dass sie – auch in ihren Interventionen – Partner braucht. Dennoch zählen in der Motivation immer noch harte Fakten: “The promotion of U.S. hegemony, expansion of markets for U.S. corporations, security – based multi – lateral relations, protectionist trade policies, and a focus on terrorism...” (Lusane 2008: 35) – auch unter Obama.

In der Rhetorik ist er seinem Vorgänger nicht unähnlich: ““I still believe that America is the last, best hope of Earth.” For many, he is seen as the last, best hope for America. Can he not only re – brand American hegemony, but redirect its objectives, discourses, and practices ? Certainly he cannot do it alone.” (Lusane 2008: 42) Die USA als einzige Hoffnung der Welt – nicht ohne Partner.

Ich sehe Obama als guten Strategen: Im Inland, vor allem im Wahlkampf klingt er anders, aber genauso US – bezogen wie Bush, mit der Aussage, dass die USA die Hoffnung aller wären. Konkret relativiert er sich aber selbst: ““Renewing American Leadership”, he asserts what he believes is the need for the primacy of American leadership in global affairs (...) “America cannot meet the threats of this century alone, and the world cannot meet them without America.”” (Lusane 2008: 36) Er betrachtet also eine Erneuerung als unbedingt nötig und gibt in diesem Zuge zu, dass es die USA ohne fremde Hilfe alleine nicht schafft. Er verweist auf eine sich gegenseitig bedingende Kooperation mit anderen Staaten, indem er meint dass es die Welt auch nicht ohne die USA schaffen würde.

Diese Aussage zeigt uns sehr gut, wie Obama beide Aspekte – altes (und neues) Streben nach Hegemonie und neue Zusammenarbeit unter einen Hut bringen will. Eines kann ihm aber dabei noch schaden: “Politics, domestic and foreign, are shaped more than ever by “events (...)”. It is simply impossible to foresee the nature of domestic or global events that could dramatically transform a presidency and a nation. Events on the scale of Pearl Harbor, the Cuban missile crisis or September 11th could qualitatively change the policies of an administration virtually overnight.” (Lusane 2008: 42) Der Sudan (und Darfur) könnte als „Event“ gesehen werden, das hier beeinflussender Faktor werden könnte. In diesem Kapitel ist sehr gut zu sehen, dass Obama zwar vordergründig neues schafft, hintergründig aber sehr realistisch bleibt. Die Vorsicht und das Berechnen von Risiken, Vor – und Nachteilen einer Intervention, das es seit Somalia bereits gibt, besteht weiterhin. Grundlegende Motivationen wie die Sicherheit der USA gelten weiterhin. Im konkreten Fall im Sudan und in Darfur wird sich zeigen, – ich nehme an noch 2010 – ob Obama seine bereits bestehende Öffnung hin zur internationalen Kooperation vertiefen kann und damit der humanitäre, globale und nicht rein US – bezogene Aspekt der US – Interventionsmotivation wieder (wie vor Somalia) mehr Bedeutung erhält. Eine solche Entwicklung würde ich als ersten Versuch sehen, das Trauma von Somalia (und von Ruanda, wo nicht eingegriffen wurde und es zum Völkermord kam) wirklich zu überwinden.

Ich denke, dass Obama das schaffen könnte – wenn ihn nicht die eigene Innenpolitik, ein neues Aufkommen von Terror (das der Politik im Sinne von Bush neuen Auftrieb – und den Republikanern mehr Zustimmung bringen würde) und das Erbe von Bush dabei einschränken.

3.1.3 Zusammenfassend: die Motivation der USA in Interviews

In den verschiedenen Statements sollen die Motivationen der USA von kompetenter Seite aus beleuchtet werden.

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungakademie Wien)

- Gibt es eine, und wenn ja welche konkrete Neuausrichtung seit Obama ?

Bis jetzt nicht, es wird sie aber bald geben. Es wird bald mehr geben als die Empfehlung Carsons (Anm.: Assistant Secretary for African Affairs) das CPA (Anm.: Comprehensive Peace Agreement) zu implementieren. Bis jetzt zeigt sich aber in der Reaktion im Sudan, in der Rhetorik vor Ort, eine Veränderung: es gibt viel weniger Widerstand gegen Obama als früher gegen Bush.

- Wie hat sich der CNN – Effekt seit dem Eingreifen in Somalia auf die Einstellung der USA in Bezug auf ein Eingreifen in Afrika ausgewirkt ?

Die USA intervenieren seit damals nicht mehr militärisch. In Bezug auf das Hungerproblem in Afrika sind in den USA 1 Million Menschen von der humanitären Industrie abhängig, hier ist ein Eigeninteresse da.

Generell meint aber Afrika in wirtschaftlicher Hinsicht, dass es alleine mehr Chancen hat. Obama wird westliche Demokratie in Afrika belohnen und die Anderen bestrafen. Er wird sich auf Botswana und Ghana konzentrieren und z.B. Kenia auslassen, da er hier Gefahr läuft mit den für ihn falschen Partnern zu kooperieren.

- Welchen Einfluss haben historische Ereignisse auf die Reaktion der USA in der Region Darfur ?

Somalia war ein Trauma für die USA. Deswegen wurde im Genozid von Darfur dann nicht interveniert und man war militärisch zurückhaltend.

Es gibt zwar militärische Unterstützung und Ausbildung vonseiten der USA, aber keine klassischen Interventionen mehr. Das wirkte sich auf Darfur aus. Es gibt derzeit nur den Kampf gegen den Terror im Sahel, den Kampf gegen die Piraten vor Somalia. Bodengestützte Operationen gibt es keine: Somalia war ein Versuch, dessen Versagen durch eine Vermischung von UN – und US – Interessen erklärt werden kann. Aus dem Versagen heraus entwickelte sich dann das Trauma. Obama könnte aber wieder für die UNO sein, ihre Bedeutung für die USA erhöhen. Im Zuge dieser neuen, möglichen, Ausrichtung, könnten auch neue militärische Interventionen der USA möglich werden.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Gibt es eine, und wenn ja welche konkrete Neuausrichtung seit Obama ?

In der Politik gegenüber dem Sudan gibt es zwei verschiedene Stränge: einer ist der von Rice und noch von Präsident Clinton getragene, der andere ist der vom neuen Beauftragten Scott Gration. Clinton und Rice waren von der humanitären Katastrophe sehr betroffen, und Darfur wurde hollywoodisiert (Angelina Jolie war vor Ort, die Medien waren sehr wichtig). Gration dagegen geht einen anderen Weg: er spricht mit Bashir im Sudan und berücksichtigt die regionalen Aspekte im Tschad. Welchen Weg man einschlägt, ist noch nicht entschieden und wird vom Verhalten des Sudans abhängen. Wenn Gration Erfolg hat, dann wird sein Weg fortgesetzt. Konkret ist diese offene Frage bei den derzeitigen Verhandlungen der Rebellen mit der Regierung in Doha durch Gration wichtig. Bis jetzt gibt es also keine klare Linie der USA gegenüber dem Sudan. Das liegt auch daran, dass der Sudan sehr sensibel und komplex ist und es da viele Interessen, auch von Äthiopien und Ägypten, gibt. Eine Entscheidung ist also schwerwiegend und wirkt auf die gesamte Region ein.

Dass immer noch auf zwei Schienen gefahren wird, ist gut. Man lässt sich genug Zeit, um eine gute Neuausrichtung zu finden, obwohl die sudanesische Lobby und generell die starke Lobby in den USA Druck ausüben.

3.2 Die EU

Es ist nicht leicht, diese zweite Forschungsfrage nur in Bezug auf Darfur zu beantworten. Viel mehr ist es für ein besseres Verständnis notwendig, regional zu denken. Damit erweitert sich für uns die Fragestellung. Aus der Problemstellung warum man in der Region eingreifen will, lässt sich so – weitergedacht – auch die globale Dimension nicht vermeiden. Damit steht ein Eingreifen in Afrika, in unserem Fall in der Region Darfur, unter einer äußeren Sphäre geopolitischer Interessen. Dazu meint Feichtinger in Bezug auf die EU, dass bei weiterem unentschlossenen und wenig handlungsfähigem Vorgehen der EU in Afrika „beim Ringen um (mehr) Einfluss in Afrika ein veritabler Nachteil gegenüber globalen Konkurrenten wie China oder den USA entstehen“ (Feichtinger 2009: 9) würde. Diese Sichtweise zeigt uns, dass das Eingreifen der EU in Darfur weitergehende Hintergründe haben muss. Es geht um globalen Einfluss und globale Macht, zwei treibende Faktoren für Interventionen in Afrika.

„Ressourcenreichtum, Selbstbewusstsein und Krisenpotential Afrikas haben das sicherheitspolitische Interesse der EU – Mitgliedsstaaten geweckt und ihren Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent zu einem Prestigeengagement gemacht. Die ursprüngliche, primär entwicklungspolitische Ausrichtung der EU hat sich gewandelt. Afrika ist dabei, zu einer sicherheitspolitischen und strategischen Schlüsselregion für die Europäer zu werden.“ (Rummel 2009: 52) Konkret meinen Feichtinger und Hainzl: „In diesem Sinne sollte die EU, die in den letzten Jahren zweifelsohne zu einem maßgeblichen Sicherheitsakteur aufgestiegen ist, bereit sein, im Falle einer Intervention und fehlendem oder abnehmendem Engagement anderer internationaler Akteure auch für einen längeren Zeitraum Verantwortung zu übernehmen. Es gibt durchaus Beispiele, dass Erfolge zu erzielen sind – Nord und Südsudan.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 199 – 200) Unter Erfolg wird hier primär ein nachhaltiger Erfolg im Sinne einer Verbesserung der Situation in Afrika verstanden, der langfristige Entwicklungsperspektiven ermöglicht. Unausgesprochen bleibt aber der zweite zu erzielende Erfolg: Indem sich die EU global langfristig in Afrika als Führungsmacht etabliert, möchte sie erfolgreich auch zur sicherheitspolitischen Weltmacht aufsteigen. Afrika ist also für die EU in besonderer Hinsicht strategisch wichtig.

Dennoch seien die strategischen Interessen der EU in Afrika nicht besonders ausgeprägt, die praktische Ausgestaltung bleibt zurück. „Die EU ist zwar noch immer der größte Handelspartner Afrikas, sie unterstützt finanziell den Aufbau afrikanischer Kapazitäten für Friedenseinsätze und führt zusätzlich eigene Missionen in Afrika durch.

Allerdings werden die Beziehungen immer wieder durch unterschiedliche politische Vorstellungen und europäische Forderungen nach mehr Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte getrübt.“ (Feichtinger 2009: 18) „Vor allem bestimmt die Angst vor einer „afrikanischen Invasion“ als Folge von Armut und Bürgerkriegen das Denken und Handeln in vielen Bereichen. So meint man, dass die erste Verteidigungslinie Europas außerhalb von Europa liegt. Das „hat in Hinblick auf Afrika und dortige Stabilisierungsaufgaben einen konkreten, zusätzlichen Bezug.“ (Rummel 2009: 55) Hier können wir eine gewisse Ähnlichkeit zur amerikanischen Motivation erkennen, die sicherheitspolitisch seit 9/11 innere Sicherheit durch globales Intervenieren erreichen will.

Das zeigt sich weiters in folgender Aussage: „Das strategische Interesse der EU beruht daher vorrangig auf sicherheitspolitischen Überlegungen, um sich gegen afrikanische Probleme abzuschotten.“ (Feichtinger 2009: 18) Das ist jedoch ein defensiver Zugang, der nicht nur von Afrika kritisiert wird, sondern die Chancen der EU, gestalterisch zu wirken, mindert. (Vgl. Feichtinger 2009: 18) Ich sehe diese Aspekte als elementare Motivationen der EU in Afrika einzugreifen, und vor allem auch, um konkret im Tschad zu intervenieren. Konkret „verweisen Beobachter besonders auf das gefährliche Potential Somalias und des Sudans. (...) Die EU hat in diesen Fällen fragiler Staaten ein Interesse, Stabilität und verantwortungsvolles Regieren zu stärken, sowie antiterroristische Kooperation mit geeigneten Ländern Afrikas und ihren Regionalorganisationen zu intensivieren.“ (Rummel 2009: 56) Es liegt also auf der Hand, dass die EU vor allem wegen eigener sicherheitspolitischer Motivationen im Sudan in eingreifen will – und da dies im Sudan selbst schwer ist, greift man eben in der Region, im Tschad, ein.

Ein in der Zukunft stärkeres Engagement der EU in Afrika wäre zu begrüßen, weil ein Ansteigen der Flüchtlinge und generell der afrikanischen Bevölkerung in Zukunft aufgrund der geografischen Nähe zuerst Europa betreffen wird. (Vgl. Feichtinger 2009: 20) Um dieser Bedrohung begegnen zu können, muss man aber nicht nur wie bisher abwehrend reagieren, sondern intensiver und partnerschaftlicher: um nachhaltige Sicherheit zu gewährleisten zu können, was eigentlich auch eine Motivation der EU sein sollte, wenn wir die Art und Weise der Interventionen betrachten. Das erwähnte stärkere Engagement ist auch in Bezug auf europäische Eigeninteressen nötig – denn: „Es wäre aus europäischer Perspektive ein mehrfacher Fehler, Afrika in seiner Gesamtbedeutung zu unterschätzen.

So würde die EU auf der geopolitischen Bühne massiv an Bedeutung verlieren, wenn sie der erwartbaren (Sic!) Akteursrolle in Afrika nicht gerecht wird und sich im globalen Wettbewerb nicht positioniert.“ (Feichtinger 2009: 27) Durch einen Verzicht auf Mitgestaltung Afrikas würde Europa auch den Zugang zu den afrikanischen Rohstoffen verlieren und im Energiebereich weiterhin massiv von anderen Mächten abhängig bleiben. (Vgl. Feichtinger 2009: 27) Dieser Aspekt ist als weitere Motivation der EU zu sehen, belegt durch Aussagen offizieller Dokumente: „Konkurrenz um Naturressourcen ist ebenfalls ein Problemfaktor. Die Abhängigkeit Europas von Energieeinfuhren gibt in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm, letzter Zugriff am 16.9.2009)

Weiterführend: „Eine stärkere Diversifizierung der Brennstoffe, Versorgungsquellen und Transitrouten ist ebenso unerlässlich wie eine gute Verwaltungspraxis, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Investitionen in Länder mit Energiequellen. Durch ihr Engagement in Zentralasien, im Kaukasus und in Afrika (!) sowie im Wege der Östlichen Partnerschaft und der Union für den Mittelmeerraum arbeitet die EU auf diese Ziele hin.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Datadocs_pressdataDEReports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009) Das Engagement in Afrika ist also Ausdruck des globalen Interesses der Rohstoffsicherung – die damit zu einer bestimmenden Interventionsmotivation wird.

Dazu konkret: „Insgesamt liegt zwar das EU – Handelsvolumen mit Afrika bei nur wenigen Prozentpunkten ihres Welthandels, einzelne Staaten in Europa sind aber durchaus von scharfer Konkurrenz und krisenhaften Zuständen auf dem Kontinent betroffen, etwa Belgien in der Rohstoffversorgung (...) oder Frankreich und Großbritannien bei Energieimporten.“ (Rummel 2009: 57) Ein weiterer Brennpunkt um die Motivationen der einzelnen Staaten der EU zu verstehen ist der Waffenhandel: so spielt in Frankreichs Motivation neben seiner kolonialen Altlast sicher auch der wirtschaftliche Aspekt eine Rolle – Frankreich ist in dieser Region einer der Hauptwaffenlieferanten und muss daher dort seine Interessen festigen. (Vgl. Handy 2009: 78)

Wie noch in Kapitel 3.2.1 folgt, ist die Motivation bisher immer ein Spiegel der nationalen Interessen ihrer Mitglieder – und diese sind, wie hier gezeigt, auch elementar wirtschaftlicher Natur.

„Nach Ernst – Otto Czempel hat Europa die Aufgabe, schwache Staaten wieder aufzubauen, um Terrorismus und Staatszerfall innerhalb Europas zu verhindern. In diesem Zusammenhang könnte Europa nach Jürgen Habermas eine zivilisierende Gestaltungsmacht sein.“ (Gebrewold 2009: 38) Europa hat also eine moralische Motivation, einzugreifen und zu zivilisieren, das sei nötig denn „Francis Fukuyama zu Folge bekommen solche schwachen Staaten von den westlichen Mächten und Akteuren eine Organisationsstruktur.“ (Gebrewold 2009: 38) Im Fall von Darfur würde dies zutreffen: Europa als zivilisierende Macht ermöglicht vor Ort den Aufbau einer Organisationsstruktur. Hier zeigt sich uns das Spannungsfeld zwischen dieser und der konträren Ansicht, die eine afrikanische Perspektive fordert. In einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit müssen diese beiden Motivationen aber nicht einander widersprechen, sie könnten sich auch gegenseitig ergänzen.

Generell ist es aber zu begrüßen, dass die EU damit auch humanitäre Motivationen intensiver als andere Akteure aufweist: „Die EU legt sehr großen Wert auf den Schutz und die Ausweitung der Menschenrechte und des Rechtsstaates, auf die Förderung von politischer Partizipation und verantwortungsvollem Regieren.“ (Rummel 2009: 57) So sind „verantwortungsvolles Regieren, Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Grundprinzipien“ (Rummel 2009: 62) wichtig: „Um dies zu erreichen, sollen die afrikanischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung systematisch verstärkt werden. Die EU soll für die AU und die subregionalen Organisationen zu einem effektiven Partner ausgebaut werden, und zwar durch die Kombination der Instrumente der Europäischen Kommission mit denen der ESVP (Anm.: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik)“ (Rummel 2009: 62) Das zeigt uns gut, wie hinter der humanitären Motivation der Sicherheitsgedanke steht. So will man humanitäre Ziele durch Krisenbewältigung erreichen, mit sicherheitspolitischen Instrumenten. Der Ansatz der afrikanischen Perspektive ist hier auch Mittel zum Zweck, um diese zu erreichen – also als Mittel um Eigeninteressen durchzusetzen – zu sehen.

Dass dieser Ansatz aus sicherheitspolitischer Motivation, wirtschaftlichem Interesse und der allgemeinen Basis der humanitären Aspekte eine gut durchdachte Kombination von Gründen für eine Motivation darstellt, wird später in der Frage der Entwicklungsperspektive Europas für Darfur aufgezeigt. Dort wird sich herausstellen, dass Europa damit, wenn es so intensiver in Afrika Stellung bezieht, im Vergleich zu den anderen Mächten das langfristig beste Angebot für Afrika bieten kann – wobei natürlich dahinter stehende Eigeninteressen immer berücksichtigt werden müssen.

3.2.1 Die EU im Spannungsfeld der Motivationen ihrer Mitglieder

„EU – Handeln in Afrika bringt außerdem die Chance mit sich, historische Belastungen aus der Kolonialzeit zu überwinden (...). So kann die EU als Akteur im Gegensatz zu einigen ihrer Mitglieder unbelastet auftreten und bei afrikanischen Partnern an Format und Ansehen gewinnen, wenn sie glaubhaft machen kann, dass sie in der Lage ist, die Sonderinteressen ehemaliger Kolonialmächte „zu bändigen“. Darin verbirgt sich auch das Potential zur Weiterentwicklung der EU, indem Staaten wie Frankreich oder Großbritannien erkennen, dass die Entwicklung übergeordneter europäischer Interessen auf Dauer von größerem Nutzen für alle Beteiligten ist als nationaler Egoismus.“ (Feichtinger 2009: 28) Ob das in der Praxis so funktioniert, oder ob die vermeintlichen Interessen der EU nur die Interessen der alten Kolonialmächte in neuem Gewand sind, wird sich zeigen.

So wurde die EU zur Weiterentwicklung ihrer Sicherheitspolitik (Battlegroups und militärische und zivile Planziele) „vor allem von den französischen und britischen Analysen und Interessen“ (Rummel 2009: 58) angetrieben. Deren „Ziel war nicht zuletzt, das ihnen schwerer werdende politische und sicherheitspolitische Erbe auf mehrere Schultern zu verteilen und dabei möglichst viel von ihrem bilateralen Einfluss zu retten.“ (Rummel 2009: 58) Weitergehend: „Bei den ehemaligen Kolonialstaaten herrscht in den meisten Fällen eine Tradition sicherheitspolitischer Beziehungen bis hin zu Militärpräsenz vor Ort und zu Garantieleistungen für einige der afrikanischen Staaten (wenn nicht sogar bestimmter Regime und Machthaber). Deshalb hat der Umdenk – und Umsteuerungsprozess von ursprünglich auf Entwicklungsfragen fokussierter Politik hin zu sicherheitspolitischen und strategischen Aufgaben hier wesentlich früher eingesetzt als bei den anderen Mitgliedsstaaten der Union.“ (Rummel 2009: 59)

Damit könnten wir die These aufstellen, dass die EU im Tschad interveniert, weil Frankreich das dortige Regime als ehemalige Kolonialmacht stützen will – und dass damit die allgemeine, vielschichtige Motivation der EU nur das Interesse Frankreichs widerspiegelt. Weitergehend: „Ungleich stärker ist das französische Gewicht im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik. Paris hat mit diesen Staaten Militärabkommen geschlossen, französische Truppen sind dort dauerhaft stationiert. Zugunsten wirtschaftlicher und strategischer Interessen stützt Frankreich in beiden Staaten kleptokratische Eliten gegen ihre innerstaatlichen Widersacher.“ (Pabst 2009: 87)

Frankreich vertritt also innerhalb bzw. durch die EU gezielt seine eigenen Interessen – was die allgemeine, zum Teil humanitäre Motivation der EU wieder in Frage stellt. Zur Bedrohung der Mission durch diese Eigeninteressen: „Problematisch ist das starke Gewicht Frankreichs. Die frühere Kolonialmacht ist in diesem Konflikt ebenfalls eine Partei. Sarkozy machte angesichts des Rebellenangriffs auf N'Djamena im Februar 2008 deutlich, dass Frankreich im Falle weiterer Angriffe direkt in die Kämpfe eingreifen könnte. Daraufhin erklärte eine tschadische Rebellengruppe Frankreich den Krieg. (...) Der Truppenkommandeur vor Ort ist ein französischer General, die Hälfte der Soldaten kommt aus Frankreich (...). Sowohl vor Ort wie auch im Ausland wird Frankreich als treibende Kraft der Mission gesehen, die nicht nur humanitäre Aufgaben absichern, sondern auch das frankophile Regime Deby stützen soll. Für Paris ist N'Djamena ein unverzichtbares strategisches Bindeglied zwischen ihren Militärstützpunkten Senegal, Gabun (...) und zukünftig Abu Dhabi.“ (Pabst 2009: 106 – 107)

Einerseits ist es sicherlich positiv, dass durch diese hier aufgezeigten nationalen Motivationen Frankreichs die Mission schneller und intensiver stattfindet, als wenn nur humanitäre Motivationen der UNO dahinter gewesen wären. Andererseits verfälscht dies aber die eigentliche humanitäre Motivation, birgt ein Risiko in der Legitimität der Mission und in der Nachhaltigkeit der Ergebnisse, die dann die strategischen Ziele Frankreichs abdecken. So hat Frankreich die Bedürfnisse des Tschad in der Art und Weise der Intervention im Tschad im UN – Sicherheitsrat durchgesetzt: Die Mission hatte ein reduziertes Mandat „und schließlich wurde die militärische Komponente der Mission an die europäische EUFOR ausgelagert, auf deren Aktivitäten sich Deby (Anm.: von Frankreich unterstützter Präsident des Tschad) wegen des starken französischen Truppenanteils mehr Einfluss als auf jene einer UN – Mission verspricht.“ (Berg 2009: 122)

Es ist also nicht nur Frankreich, das die EU durch seine Motivation für eigene Ziele manipuliert, sondern auch der Tschad, der seine Interessen über Frankreich durchsetzt – was die Objektivität der Mission in Bezug auf die anderen Akteure zunichte macht. Der Einfluss von Frankreich in der Region geht aber auch auf höherer Ebene weiter: „Allgemein lässt sich sagen, dass Frankreich eine wichtige Rolle beim Aufbau militärischer Kapazitäten in den zentralafrikanischen Staaten spielt, speziell hinsichtlich Logistik, Finanzierung und Ausbildung.“ (Cilliers 2009: 151)

Damit muss die spezielle französische Motivation in den einzelnen Staaten wie dem Tschad und auch in der gesamten Region berücksichtigt werden. Das wird aktuell besonders wichtig sein: so kommt eine entscheidende Rolle auf die französische „EU – Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 zu, die die Weichen für die weiteren Entwicklungen stellen wird müssen. Im Interesse einer wirkungsvollen europäischen Außen – und Sicherheitspolitik sollte Frankreich allerdings sein sicherheitspolitisches Engagement klar europäischen Interessen unterordnen, um den Eindruck einer „Instrumentalisierung“ der EU für französische Interessen erst gar nicht aufkommen zu lassen.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 195) Das ist aber nicht leicht: so sieht Mamdani die Interessen Frankreichs als bestimmend und meint: „The French masked this intervention as an action intended for the protection of human rights.“ (Mamdani 2009: 226)

Wichtig ist der Hinweis dass die Motivationen der EU immer aus den verschiedenen Blickwinkeln der Nationalstaaten betrachtet werden müssen, die sich – wenn überhaupt – erst in der Zukunft den Idealen der dann vielleicht global homogen auftretenden EU beugen werden. Das wäre generell positiv – denn: „Nicht nur der Friedenswille der Konfliktparteien ist also entscheidend für erfolgreiches Krisenmanagement, sondern auch die ernsthafte Bereitschaft der Akteure der internationalen Gemeinschaft, Eigeninteressen zugunsten einer Lösung des Konflikts vorübergehend zurückzustellen.“ (Berg 2009: 125) Das gilt in besonderem Ausmaß für die EU, die einheitlichere, objektivere Interessen und Motivationen vertretend, vieles nachhaltiger erzielen könnte; das wäre vor allem ein Vorteil für die Situation vor Ort und eine Verbesserung der eigenen globalen Chancen Europas - als so mögliche, zukünftige neue Weltmacht.

Im konkreten Fall von Darfur zeigt sich diese Problematik beispielhaft erneut besonders am Beispiel von Frankreich: „Die Tatsache, dass Frankreich mehr als 2000 der insgesamt 3700 EUFOR – Soldaten zur Verfügung stellt, sorgt für allgemeine Skepsis. Es wird vermutet, dass hier noch andere Interessen und Motivationen im Spiel sind als das bloße Bestreben, der humanitären Katastrophe in der Region beizukommen. Bekanntlich unterstützt Frankreich das Regime des tschadischen Präsidenten Idriss Deby. Diese Unterstützung kann nicht nur dazu führen, dass die Glaubwürdigkeit der französischen und europäischen Truppen in der Region in Frage gestellt wird, vielmehr kann der gesamte Konflikt weiter verschlimmert werden, da die Unparteilichkeit der Mission in Zweifel gerät.“ (Gebrewold 2009: 37)

Damit gefährdet dieses Problem den gesamten Erfolg der Mission (vgl. obig erwähnten Aspekt des Zurückstellens der Eigeninteressen) – und muss daher von Anfang an berücksichtigt werden, um doch sichtbaren Erfolg erreichen zu können. Das Problem der inhomogenen Interessen und Motivationen der EU ist also demnach im Wettbewerb mit anderen Akteuren ihr größter Nachteil.

3.2.2 Aktueller Stand der EU – Motivationen in offiziellen Dokumenten der EU

„Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, noch vor dem Ausbruch einer Krise zu handeln“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm, letzter Zugriff am 16.9.2009) Dieses offizielle Statement belegt den wichtiger werdenden Sicherheitsaspekt der Union: so muss man schon vor dem Ausbruch der Krise handeln, um eine Gefahr für sich selbst durch eine eventuell entstehende Krise prinzipiell abzuwenden. Diese Motivation ähnelt in ihrer Art der Bush – Doktrin des präventiven Eingreifens und muss ebenso kritisch hinterfragt werden, da sie eine Motivation aus reinem Eigeninteresse ist und nicht nur das eine Ziel aufweist, die Situation vor Ort zu verbessern. „Die Union strebt an, eine stärkere Weltgemeinschaft, gut funktionierende internationale Institutionen - insbesondere die Vereinten Nationen, deren Charta den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen bildet - und eine geregelte Weltordnung zu schaffen.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm, letzter Zugriff am 16.9.2009)

Auch in dieser Motivation muss das Interesse der EU, ihren globalen Einfluss zu steigern, herausgefiltert werden. Man will eine stärkere Weltgemeinschaft mit Europa als Führungsmacht etablieren, und interveniert deswegen dort, wo man am meisten bewirken kann und am meisten Einfluss ausüben kann – in Afrika, konkret in Darfur. Hier geht es um noch mehr: Die EU will sich als humanitäre Alternative zu den USA entwickeln, und so ihre globale Macht ausdehnen. Das funktioniert sehr gut, da die USA seit 9/11 in Interventionsregionen eher als Feindbilder und nicht als Helfer betrachtet werden: Hier zeigt sich die Folge der US – Politik seit Somalia und besonders seit 9/11, einer Politik des Zurückziehens und der Betonung der eigenen Sicherheit auf Kosten aller Anderen und vor allem auf Kosten der Menschenrechte, als deren Verteidiger sie früher galten.

Damit fördert die USA indirekt die genannte globalpolitische Motivation Europas. Nicht zuletzt geht es um die Selbstwahrnehmung der EU, die sich durch ein gemeinsames Auftreten in der Welt ein stärkeres Zusammenrücken ihrer Mitgliedsstaaten wünscht. „Als Zusammenschluss von 25 Mitgliedstaaten mit über 450 Millionen Einwohnern ist die Europäische Union zwangsläufig ein globaler Akteur. Europa muss daher bereit sein, die Verantwortung für die globale Sicherheit und den Aufbau einer besseren Welt mit zu tragen.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm, letzter Zugriff am 16.9.2009) Die Motivation in Afrika und im speziellen Fall in Darfur zu intervenieren muss also, wie hier beispielhaft angeführt, als Teilbereich der europäischen Motivation in einer multipolaren Welt als Führungsmacht zu gelten betrachtet werden - „Die EU ist fest entschlossen, ihren Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu übernehmen. Wie in der Europäischen Sicherheitsstrategie betont wird, ist die zivile Krisenbewältigung hierbei ein unverzichtbarer Bestandteil der Außenpolitik der Europäischen Union.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/1332_39_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009)

Realpolitisch drückt sich diese globale Motivation so aus: „Auf globaler Ebene muss Europa eine führende Rolle bei einer Erneuerung der multilateralen Ordnung spielen.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Datadocs_pressdataDEReports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009). Wie weiter oben angeführt, ist der Weg zu diesem Ziel die Außenpolitik der Union, in der generell der Bereich humanitärer und sonstiger Interventionen global eine bestimmende Rolle spielt. Dabei hat man bis jetzt durchaus Erfolg: „Wir werden als ein Akteur anerkannt, der einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Welt leistet. Dennoch ist die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie trotz allem bisher Erreichten noch nicht abgeschlossen.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Datadocs_pressdataDEReports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009) Da so die Ziele bisher noch nicht komplett erreicht wurden, verlangt die EU hier ein noch stärkeres Vorgehen: „Um ein sicheres Europa in einer besseren Welt aufzubauen, müssen wir mehr Einfluss auf das Geschehen nehmen. Und zwar jetzt gleich.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Datadocs_pressdataDEReports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009)

Dieses Dokument zeigt sehr gut, dass zumindest gleichwertig wie die Motivation der Verbesserung der Welt (im humanitären Sinn), auch der Aspekt des sicheren Europa vorhanden ist. Die Konsequenz dieses Dokuments wäre damit, dass es unbedingt nötig ist, verstärkt globalen Einfluss auszuüben, um mit einer Verbesserung der Welt – konkret ist das die humanitäre Motivation an sich - auch ein sicheres Europa zu garantieren. Europa sieht sich also als Großmacht, deren Intervention eine bessere Welt ermöglicht.

Diese Motivation ist sicherlich zu hinterfragen, ist aber prinzipiell als positiv wirksam zu sehen – da humanitäre Motivationen doch im Vordergrund stehen und die Situation der Betroffenen so verbessert werden kann. Umgekehrt kann aber auch behauptet werden, dass Europa erst durch seine globale Intervention eine neue Rolle als Großmacht ausüben kann; dadurch ist der Eingriff dann Werkzeug für andere Ziele, für die Motivation, globale Macht auszubauen: Die Auswirkung auf die Betroffenen muss aber dennoch als prinzipiell positiv betrachtet werden – siehe oben – da humanitäre Aspekte hier in jedem Fall wichtig sind.

“Bringing peace to Darfur is long overdue. In order to promote progress, all relevant actors within the international community need to pull in the same direction.” (Siehe: Originaltext des Beitrages der EU für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24.Juli 2009) Die EU versucht sich also auch als neue Führungsmacht in Afrika: Hier meint sie mit dem verlangten Streben aller Akteure in eine, gemeinsame Richtung, dass objektive Kriterien der Maßstab für alle sein sollten. Tatsache ist es aber, dass diese relativ objektiven Kriterien oft als Kriterien der EU bewertet werden – und dass damit eine Motivation im globalpolitischen Bereich erkannt werden könnte, wo die EU durch ein Durchsetzen ihrer Grundsätze ihre Macht ausbaut.

3.2.3 Zusammenfassend: die Motivation der EU in Interviews

In den verschiedenen Statements sollen die Motivationen der EU von kompetenter Seite beleuchtet werden.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Will sich die EU durch ein weitergehendes Eingreifen in Afrika als Gegengewicht zur USA etablieren ?

Die EU ist sicher durch den politischen Einfluss Chinas nervöser als in Bezug auf die USA. Die EU und die USA haben einen gemeinsamen Spirit und stimmen sich gegenseitig ab. Diskussionen im Sicherheitsrat gibt es am öftesten zwischen China und Libyen und dem Westen. Wirtschaftlich stehen sich in Afrika mehr die EU und China – und nicht die USA – gegenüber: im Wettlauf um die Rohstoffe.

Univ. - Prof. Dr. Walter Sauer:

(Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik in der SPÖ, Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB und Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC) in Wien.)

- Will sich die EU durch ein weitergehendes Eingreifen in Afrika als Gegengewicht zur USA etablieren ?

Ja. Die EU ist ein Block und muss sich gegen Andere behaupten. Die USA ist der zweite Block, der dritte Block ist dann China oder Japan. Die EU hat allerdings Afrika ökonomisch schwer enttäuscht – im Gegensatz zu Beschränkungen von der EU handelt die USA zollfrei mit Afrika. Auch aufgrund der kolonialen Vergangenheit ist die EU in Afrika nicht populär: Negative Vergangenheit und wirtschaftlicher Geiz kommen zusammen.

- Wird die EU von Frankreich benutzt, um neokoloniale Interessen zu vertreten ? und : Ist die EU neue globale Macht oder nur Verkleidung alter Mächte, die durch sie ihren Einfluss weiter ausüben ?

Ja, Frankreich benutzt die EU für seine Interessen. Es setzt sich aber nicht immer durch. Die EU wird generell von den großen Mächten bestimmt, will aber eigentlich supranational sein.

Kleine Staaten sind so oft für Brüssel, um sich vor den großen Staaten zu schützen. Deswegen ist die positive Einstellung zur EU bei den staatlichen Eliten der kleinen Staaten so groß. Der Grabenkampf besteht zwischen Brüssel und den Großmächten. Die Tendenz, sich als Kleinstaat stärker einzubringen, um mehr Mitsprache zu bekommen ist zu hinterfragen: Wer bei Rowdies mitmacht, um bei diesen mehr Einfluss zu bekommen ist nicht unbedingt positiv zu sehen, ich sehe es als prinzipiell falsch an. Think Tanks als Werkzeug für mehr Einfluss in Afrikafragen gab es früher in Österreich nicht, heute existieren sie schon. Allerdings in der Landesverteidigungsakademie, im Verteidigungsministerium. Aber NICHT auf den Universitäten.

Die Probleme Afrikas sind nicht militärisch, sondern sozial zu betrachten, demnach ist das eine Fehlentwicklung. In der EZA steigt die Kompetenz des Bundesheers, es ist grundlegend dabei. Früher gab es einen EZA – Beirat mit 50 Personen, auch Wissenschaftlern. Die Wissenschaft war hier oft frech – alle wurden hinausgeschmissen und heute gibt es im Beirat nur mehr 7 ausgesuchte Mitglieder. Die Tendenz, jetzt neue Think Tanks aufbauen zu wollen ist damit paradox. (Anm.: diese Aussage von Dr. Sauer wirft ein anderes Licht auf die Aussage von Legationsrätin Danler, die vom Fehlen eines Think Tanks generell und von der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit den Unis in Bezug auf Afrikafragen spricht.)

3.3 China

Bei der Motivation Chinas zählt vor allem das wirtschaftliche Interesse. Es gibt durch die Weltbank verursachte finanzielle Lücken im Tschad: China ist jetzt bereit, hier einzuspringen und gewährt neue Kredite – im Gegenzug dazu verlangt es vom Tschad, dass dieser seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbricht. (Vgl. Gebrewold 2009: 48) „China geht es also nicht nur darum, seine ökonomische Präsenz in Afrika zu festigen. Vielmehr versucht es, so viele Staaten wie möglich auf seine Seite zu ziehen, um seine Stellung im globalen System weiter ausbauen zu können. (...) Heute kontrolliert China 40 % des sudanesischen Erdölkonsortiums. Rund 25 % des Erdöls, das China aus Afrika bezieht, stammt aus dem Sudan. Seit dem Ausbruch des Darfurkonflikts 2003 hat es verschiedene Resolutionsentwürfe des UN – Sicherheitsrates gegeben. China war in diesem Prozess jener Staat, der die meisten Vetos eingelegt bzw. sich seiner Stimme enthalten hat.“ (Gebrewold 2009: 48)

China nutzt also seine wirtschaftliche Macht, um seine geopolitischen Ziele zu verfolgen: Das Interventionsmotiv Chinas ist also globaler Machthunger und wird durch wirtschaftliche Intervention erreicht. Die weitergehende Argumentation von China (und Russland (Waffenlieferant des Sudan)) in Bezug auf Darfur meint dann, „dass es dem Westen gar nicht um den Schutz der Menschenrechte in dieser afrikanischen Konfliktregion gehe, sondern dass er vielmehr daran interessiert sei, ein ökonomisches und geopolitisches Florieren dieser beiden Staaten zu verhindern. Die Folge davon ist, dass ausgerechnet die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates systemisch dazu beitragen, dass die humanitäre Katastrophe in Darfur seit 2003 ungehindert fortschreiten kann.“ (Gebrewold 2009: 48) China vertritt also selbst wirtschaftliche Interessen und wirft dem Westen vor, hinter dem Deckmantel humanitärer Motivation das gleiche entgegen die chinesischen Interessen gerichtet zu betreiben. Damit macht China den Westen für die Situation in Darfur verantwortlich, die der Westen eigentlich durch seine Intervention verbessern will.

Das zeigt uns exemplarisch, dass Chinas Motivation neben der wirtschaftlichen Seite vor allem geopolitisch ist: Man spielt in Afrika, das für China nicht selbstbestimmender Akteur sondern reines Objekt ist, gegen die EU und die USA. Afrika an sich, vor allem im Blickwinkel des humanitären Aspekts, liegt nicht im Interesse Chinas – und damit spielt die humanitäre Motivation an sich keine Rolle. Konkret ist die wirtschaftliche Motivation Chinas wichtig: „China ist wirtschaftlich stark im Sudan engagiert. Im Jahr 2005 nahm Peking zwischen 50 und 60 % der sudanesischen Ölexporte ab, die rund 7 % des eigenen Bedarfs

deckten. China baute eine 1600 km lange Ölpipeline vom Südsudan zum Hafen Port Sudan und investierte dort bis 2005 mehr als 8 Mrd. US – Dollar in die Ölexploration. 10 000 Chinesen arbeiteten in diesem Jahr im Sudan. Auch im Tschad ist China zunehmend präsent: Chinesische Firmen errichten dort eine Ölraffinerie, eine Zementfabrik, Straßen, Bewässerungsanlagen und ein Mobilfunknetz.“ (Pabst 2009: 88) Generell: „Auch internationale wirtschaftliche Interessen, wie die überwiegend chinesische Ölförderung im Sudan und die amerikanisch/malaysische Ölförderung im Tschad wirken sich auf nationale und lokale Konfliktstrukturen aus, z.B. durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Verteilung der Öleinnahmen oder durch massive Waffenkäufe mit ebendiesen Mitteln.“ (Behrends 2009: 159)

Die wirtschaftlichen Aspekte, die bei China besonders wichtig sind, haben also durchaus negative Auswirkungen auf die Situation vor Ort: So „hängen die Konflikte (Anm.: im Tschad und im Sudan) auf beiden Seiten der Grenze eng mit den enormen Einnahmen aus der Ölförderung zusammen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – und führten zu einer weiteren Verschärfung der Konflikte.“ (Behrends 2009: 173) Diese wirtschaftlichen Fakten erklären die chinesische Motivation insbesondere – beispielhaft - in der Unterstützung des Sudan gegen die westlichen Interventionen. Im Fall von Darfur zeigte sich das, indem China im Sinne Khartoums wesentliche Kompromisse im Mandat von UNAMID erzielte: So sei (obwohl ursprünglich vorgesehen) „keine Beschlagnahme von Waffen und keine Entwaffnung von Waffenträgern durch UNAMID vorgesehen, obwohl die SR – Res 1556 vom 30. Juli 2004 ein Waffenembargo gegen alle nichtstaatlichen Konfliktakteure in Darfur beschlossen hatte.“ (Pabst 2009: 94)

Die globalen Motivationen Chinas werden von offizieller Seite aus hinter einem Deckmantel der Hilfe für Andere verborgen: „Nach dem Motto „Die militärische Diplomatie dient der allgemeinen Diplomatie des Staates, dem Modernisierungsaufbau der Landesverteidigung und der Armee“ praktiziert die chinesische Armee einen flexiblen und pragmatischen Verkehr mit der Außenwelt und strengt sich unermüdlich an, gegenseitiges Vertrauen, Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Armeen anderer Länder sowie den Frieden, die Stabilität und die Entwicklung in den verschiedenen Regionen sowie in der ganzen Welt zu verstärken und vertiefen.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009) Wie bereits in Kapitel 2.3 über die Kriterien Chinas zu lesen war, vertritt China das Prinzip der Souveränität der Staaten und der Nichteinmischung: Intervention nur mit

Billigung der Betroffenen. Nun wird das Annehmen chinesischer Hilfe, die gerne (siehe oben) angeboten wird, von chinesischer Seite her nicht als Verletzung der Souveränität gesehen. Uns muss aber klar sein, dass es sich dabei vor allem beim massiven wirtschaftlichen Eingriff Chinas in Afrika sehr wohl um ein Intervenieren im Sinne einer Verletzung der staatlichen Souveränität handeln müsste. China jedoch betont hier nur den Aspekt der friedlichen Hilfe, den es Anderen zukommen lässt. Weitergehend interpretiert können wir also von einer humanitären Motivation sprechen, die hintergründige globale Interessen zumindest teilweise verdeckt und rechtfertigen will.

Diese humanitären Aspekte werden von China sogar als ein Ziel seiner Verteidigungspolitik gesehen: Dieses Ziel wäre „Den Weltfrieden zu wahren und gegen Aggression und Expansion zu kämpfen. China tritt entschieden gegen Hegemonismus, Machtpolitik, Kriegspolitik, Aggressions- und Expansionspolitik auf. China ist auch dagegen, daß irgendein Land anderen Ländern sein eigenes politisches System und seine eigene Ideologie in jedweder Form aufzwingen will. China betreibt keine militärische Expansion, stationiert weder Truppen im Ausland noch errichtet es militärische Stützpunkte im Ausland. China tritt gegen das Wettrüsten auf und unterstützt die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, den Frieden sowie die Sicherheit und Stabilität in den einzelnen Regionen und in der ganzen Welt zu wahren.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009)

Vordergründig wird also von offiziellen chinesischen Quellen vermittelt, dass China eigentlich die bessere, unabhängige humanitäre Alternative ist und der Westen negative und aggressive Politik betreiben würde. Natürlich kann in einer kritischen Sicht die Motivation des Westens zur Intervention vor allem durch eigene machtpolitische Interessen erklärt werden. Dasselbe trifft aber auch auf China zu, dessen Rohstoffhunger der wachsenden Wirtschaft durch einen chinesischen Einfluss in Afrika gestillt werden kann.

Überspitzt ausgedrückt kann damit festgestellt werden, dass die chinesische Motivation vor allem wirtschaftspolitischer Natur ist, während der Westen vor allem sicherheits – und machtpolitische Aspekte betont. Der humanitäre Faktor Chinas als Freund aller Länder ist also gut beschrieben, muss aber hinterfragt werden. China geht noch weiter und meint folgendes: „Die Entwicklung und Stärkung Chinas bilden auf keinen Fall eine Bedrohung gegenüber irgendeinem Land, ganz im Gegenteil, sie können nur den Frieden, die Stabilität und die Entwicklung der Welt fördern. Nie nach Hegemonismus zu streben, dies ist ein

ernstes Versprechen des chinesischen Volkes gegenüber der Welt.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009) Damit zeigt sich die Motivation Chinas, sich als Gegengewicht zum Westen zu positionieren: auf den Punkt gebracht ist demnach eine Stärkung Chinas gut für eine Förderung der Stabilität und Entwicklung der Welt.

Ob das Einwirken Chinas durch wirtschaftliches Intervenieren in Afrika nicht doch hegemonialen Charakter hat und dass die obig erläuterte Einstellung eigentlich einem Streben nach Hegemonie nahe kommt – dies kann nicht ausgeschlossen werden. Generell geht die sicherheitspolitische Motivation Chinas hin zu einem neuen globalen System: „Nur wenn eine neue Sicherheitsvorstellung entwickelt und eine gerechte und vernünftige Weltordnung durchgesetzt wird, lassen sich der Weltfrieden und die internationale Sicherheit von Grund auf garantieren.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009) Das impliziert, dass das bisherige System von China aus als ungerecht betrachtet wird – bzw. das China aus eigener Sicht im System noch zuwenig Macht hat und deswegen diese Einschätzung vertritt. Dieses neue System baut auf die heutigen Entwicklungsländer: „Die Entwicklungsländer verfügen über riesige Entwicklungspotentiale und sind daher eine wichtige Kraft in der internationalen Arena, um die Bildung einer neuen, gerechten und vernünftigen internationalen Ordnung zu fördern und den Frieden und die Entwicklung der Welt voranzutreiben.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009) Eine bisher falsche, aktuell auch durch westliche Interventionen geprägte, Entwicklung soll also durch eine Süd – Süd – Kooperation mit China als bestimmender Macht, gegen den Norden gerichtet, ersetzt werden. Dieses Ziel sehe ich als eine der Hauptmotivationen Chinas für ein Intervenieren an, besonders in Afrika, wo man aktuell noch am meisten Einfluss ausüben kann.

In offiziellen Dokumenten klingt alles viel friedlicher: „Das chinesische Volk ist bereit, gemeinsam mit den friedliebenden Völkern der Welt zum Frieden und zur Entwicklung der Welt und zu einer noch glänzenderen Zukunft der Menschheit seine Intelligenz und Kraft beizutragen.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009) Hier kommen Ähnlichkeiten mit der Situation während des kalten Krieges hervor: Auch dort war man Freund aller friedliebender Völker und unterstützte diese, solange diese Völker nicht kommunistisch – bzw. kapitalistisch waren.

Mit der Einteilung der Völker in friedliebende Völker und Andere, werden die Anderen automatisch als negative Akteure bewertet und die eigene Position wird als (einzige) positive Entwicklungsmöglichkeit betrachtet.

3.3.1 Zusammenfassend: die Motivation Chinas in Interviews

In den verschiedenen Statements sollen die Motivationen Chinas von kompetenter Seite aus beleuchtet werden.

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungakademie Wien)

- Sichert sich China durch den vor allem wirtschaftlichen Einfluss in Afrika einen erweiterten globalen Einfluss ?

China betreibt eine Außenpolitik der Harmonie, die ökonomischen Interessen werden zunehmend politischer. So gibt es aktuell einen eigenen Beauftragten für den Sudan. Man kann sagen, dass die ökonomischen Interessen sichtbar sind. Afrika kann endlich generell selbst wählen: die Süd – Süd – Kooperation (Anm.: in diesem Sinne auch die Hilfe Chinas) wird zunehmen und wird schneller als die Möglichkeiten der EU sein.

- China als globale Werkbank braucht Rohstoffe: Ist das Eingreifen in Afrika als Sicherung von Rohstoffen für die Zukunft zu sehen ?

Nicht nur als Sicherung von Rohstoffen. China braucht Absatzmärkte. So gab es Freihandelsvereinbarungen von Südafrika mit China, wodurch 60 000 Arbeiter in Südafrika abgebaut wurden da Textilien jetzt eher in China produziert wurden. Das ruft Widerstand gegen China hervor etwa in Sambia, Äthiopien. Nicht alle sind froh, es gibt Widerstand. Im African Growth and Opportunity Act (AGOA) von China zeigt sich dieses Interesse an den Märkten gut: die USA erlaubten China keinen Export in ihr Land, China baute daher in Afrika Fabriken und exportierte von dort aus in die USA. Afrika ist damit Werkzeug der chinesischen Wirtschaftspolitik geworden.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Sichert sich China durch den vor allem wirtschaftlichen Einfluss in Afrika einen erweiterten globalen Einfluss ?

China wird im Sicherheitsrat selbstbewusster werden, es hat sein Potential noch nicht ausgeschöpft. Der politische Aspekt wird wichtiger werden, weil man viel wirtschaftlich investiert hat und das nicht mehr verlieren will. China ist so eine neue Option für afrikanische Staaten, es könnte eine Balance, ein Gegengewicht zu den alten Kolonialmächten sein. Das könnte sich im Sudan zeigen.

Univ. - Prof. Dr. Walter Sauer:

(Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik in der SPÖ, Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB und Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC) in Wien.)

- Ist das Wirken in Darfur in einer Tradition mit der Hilfe Chinas für Nyerere in Tansania früher zu sehen oder nicht ?

Das ist schwer zu sagen. Damals gab es rhetorisch eine anti – imperialistische Sichtweise, die damals gebaute Bahn war aber doch kommerziell. Konstanten sind schon da, nur heute gibt es keine Rhetorik mehr. Die Tradition Chinas in Afrika war früher da, dann wieder weg, man setzte zum Teil auf falsche Pferde. Heute entwickelt sich die Tradition wieder neu. Die Isolation von Bashir (Anm.: Präsident des Sudan) ist falsch, die Chinesen hofieren ihn ja – nur die EU mit ihren Moralisten zementiert sich ein. Das ist sinnlos und hier hätte die österreichische Politik neue Chancen: Ein neuer Dialog mit dem offiziellen Sudan mit besseren Kontakten wäre gut. (Anm.: Das tut China bereits – und hat damit in der Region großen wirtschaftlichen Erfolg.)

3.4 Österreich

„MEX, Costa Rica und Ö verwiesen zusätzlich auf die Wichtigkeit einer sicheren und nachhaltigen Rückkehr von IDPs. Die Rekrutierung von Kindersoldaten in Camps müsse verhindert und Banditentum und sexuelle Gewalt gegen Frauen bekämpft werden.“ (Siehe: Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009) und „Ö sprach sich für eine Überwachung der Grenze zwischen Sudan und Tschad aus und erkundigte sich nach einer möglichen Unterstützung durch UNAMID und MINURCAT bei der Überwachung. UGS Le Roy erklärte, dass eine Überwachung der Grenze im Mandat von UNAMID oder MINURCAT nicht vorgesehen sei und er keine Rolle für UNAMID oder MINURCAT dabei sähe. UNAMID werde jedoch in Zukunft vermehrte Grenzpatrouillen durchführen können.“ (Siehe: Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009) Österreich benützt hier also viele Aspekte einer sehr humanitären Sichtweise, damit kann es sich im Rahmen der EU als objektiver Partner etablieren – als kleiner, aber potenter Spezialist vor Ort, der seine Schwerpunkte in großen Gremien einbringt (siehe oben: im Sicherheitsrat). Damit sehen wir neben einer humanitären Motivation vor allem die Motivation, sich im Rahmen größerer Organisationen (EU und UN) als kleiner, aber entscheidender Akteur zu etablieren.

3.4.1 Ein CNN – Effekt in Österreich ? – Medien und die österreichische Motivation

Während die offizielle Motivation, wie oben schon bearbeitet, durchaus objektiv und positiv gesehen werden kann, so müssen wir die Position der offiziellen Seite Österreichs und einer relativ kleinen Elite im Land, die globalpolitische Interessen Österreichs erkennt und befürwortet, die für die EU und für ein starkes Europa mit Hilfe Österreichs in der Welt eintritt, als nur eine Meinung von vielen betrachten. In den Boulevardzeitungen bezieht man sich auf das eigene Land, auf eine abgeschlossene Sicht, die nicht über die Staatsgrenzen hinausgeht und damit sowohl in Bezug auf die Chancen Österreichs in der Welt unklug und als intellektuell problematisch zu sehen ist. Diesen Bezug auf die lokale Region ohne Berücksichtigung des globalen Faktors, der heute immer berücksichtigt werden muss, sieht man sehr gut in der öffentlichen Diskussion um den Einsatz Österreichs im Tschad.

Das Boulevardblatt „Heute“ soll hier aufzeigen, wie eine primitive und populistische Sichtweise im Sinne eines leichten CNN – Effektes die Motivation offizieller Seite im Tschad zu intervenieren, beeinflusst.

So schreibt „Heute“ am 10.9.2009: „In Österreich brauchen die Sicherheitskräfte dringend mehr Personal im Kampf gegen die Kriminalität. Gleichzeitig sitzen in der afrikanischen Wüste 127 Elite – Soldaten herum – bis Ende des Jahres lässt Verteidigungsminister Darabos (...) die Truppen im Tschad.“ (Siehe Tageszeitung „Heute“ vom 10.9.2009, 4) Im Artikel ist weiters die Rede davon, dass die Elitesoldaten „als bessere LKW – Fahrer eingesetzt (...)“ werden. (Siehe Tageszeitung „Heute“ vom 10.9.2009, 4) Das Verteidigungsministerium meinte dazu: „Eine Verlängerung des Blauhelm – Einsatzes ist nicht angedacht. Das Bundesheer hat im Tschad bisher einen ausgezeichneten Job gemacht.“ (Siehe Tageszeitung „Heute“ vom 10.9.2009, 4) Die offizielle Seite steht also weiterhin hinter dem Engagement, die Frage der Verlängerung – die dringend nötig wäre, und von AU und UNO im Herbst 2009 bis mindestens 2010 bereits beschlossen wurde – sehe ich hier auch im Sinne einer Beeinflussung durch die Medien als vorerst negativ beantwortet.

In der Ausgabe vom 11.9.2009 geht es weiter: 10 Millionen Euro würde der Einsatz im Tschad kosten, man macht einen Vergleich mit der Kriminalität in Wien und meint, dass es im Tschad weniger Kriminalität als in Wien gäbe. (Vgl. Tageszeitung „Heute“ vom 11.9.2009, 5) Ein weiterer Kritikpunkt, der durchaus Berechtigung hat, ist folgender: man „erledigt die Logistik der Ex – Kolonialherren. Haben die Franzosen durchaus politische sowie wirtschaftliche Interessen im Tschad, hat Österreich aufgrund dieser UNO – Mission lediglich eins: enorme Kosten.“ (Siehe Tageszeitung „Heute“ vom 11.9.2009, 5) Es ist auch in der akademischen, wissenschaftlichen Bearbeitung klar, dass die Interessen Frankreichs sehr gut vordergründig sichtbar sind. Hier fehlt nur der Weitblick, neben offensichtlichen Interessen, auch das Interesse Österreichs an internationalem Engagement zu erkennen. „Heute“ ist aber dennoch einer Repräsentation Österreichs im Ausland nicht abgeneigt: diese darf eben nur nicht zuviel kosten: „Wenn´s sein muss – sollen eben noch ein, zwei Offiziere bei dieser glorreichen Friedensmission das Rot – Weiß – Rot weiter hochhalten.“ (Vgl. Tageszeitung „Heute“ vom 11.9.2009, 5) Diese Feigenblatt – Taktik, man lobt sich zwar für sein Engagement, schickt aber nur wenige Personen, die sehr wenig bewirken, ist im Fall von Österreich einerseits als tatsächliche Feigenblatt – Taktik zu sehen, andererseits hat Österreich vor allem als Spezialist Chancen.

Dabei genügen oft wenige Elitekräfte, die in bestimmten Bereichen viel bewirken und so österreichisches Know – How bei internationalen Interventionen als gefragtes Nischenprodukt etablieren. Der Boulevard – Diskurs geht dann am 15.9.2009 zu Ende: FPÖ – Chef H. C. Strache nimmt den Faden auf: „Die Soldaten sollten lieber zum Grenzschutz ihrer Heimat eingesetzt werden. Strache: „Sie sollen für uns Kriminelle abfangen, nicht in der Wüste ´rumsitzen.“ (Siehe: Tageszeitung „Heute“ vom 15.9.2009, 5) Es wird auch wieder der Faktor Frankreich erwähnt: So habe Frankreich als früherer Kolonialherr „vermutlich ein massives wirtschaftliches Interesse an einer Stabilisierung des Regimes im Tschad (...)“ (Siehe: Tageszeitung „Heute“ vom 15.9.2009, 5) Hier zeigt sich sehr gut, wie im Sinne eines CNN – Effektes die Medien den politischen Diskurs bestimmen: Zuerst nimmt ein Boulevardblatt das Thema auf und vertritt massiv negative Meinungen dazu, dann folgt ein populistischer Politiker, der laut „Heute“ den „Druck auf Darabos“ (Siehe: Tageszeitung „Heute“ vom 15.9.2009, 5) erhöht.

In einer kurzsichtigen, populistischen Debatte meint man hier, dass man einfach Soldaten an die Grenze stellen muss, um Österreich sicherer zu machen. Das ist kurzfristig sicher auch erfolgreich: Nur würden die Soldaten, die als (sehr gut bezahlte) Spezialkräfte in den Tschad gehen, meiner Ansicht nach nie relativ primitive und zudem schlecht bezahlte, unter ihren Fähigkeiten stehende Tätigkeiten durchführen. Das direkte Aufrechnen der Situation in Österreich mit den zur Verfügung stehenden Kräften im Tschad funktioniert also nicht. Natürlich kann das Geld anders verwendet werden, indem man einfache Soldaten (keine Spezialkräfte) an die Grenze stellt. Hier müssen wir uns aber im Sinne von nachhaltiger Sicherheitspolitik (die durch einen CNN – Effekt meistens zunichte gemacht wird) fragen, ob die Spezialisten im Tschad nicht sicherheitspolitisch im Rahmen der EU mehr bewirken können als die direkte Sicherung in Österreich.

Es wurde bereits aufgezeigt, dass die Motivation der EU und damit auch von Österreich, ja die ist, durch eine Stabilisierung sicherheitspolitischer Natur durch Interventionen vor Ort in Afrika die eigene Sicherheit durch ein Verhindern von steigender Migration nach Österreich zu garantieren. Und damit könnte dieses, vom Boulevard als unnötig betrachtete Engagement in tiefer gehender Bearbeitung und im Sinne eines akademischen Hinterfragens, langfristig Österreich sicherer machen, als es eine kurzfristige Bewachung der Ostgrenze Österreichs nach Straches Wunsch machen kann.

Hier sollte nur aufgezeigt werden, dass ein CNN – Effekt in leichter Form durchaus festzustellen ist, der weitsichtige Sicherheitspolitik durch Interventionen negativ beeinflusst. Die Motivationen Österreichs, im Tschad zu intervenieren, müssen also um die Motivation der innenpolitischen Interessen erweitert werden: Darabos, ein SPÖ – Minister, ist mit seiner Partei derzeit in einer katastrophalen Situation, man verliert – aktuell im Herbst 2009- jede anstehende Wahl. Meiner Ansicht nach würde Darabos, wenn er – was nachhaltig sicher die beste Lösung wäre – das Engagement im Tschad ausbaut und (wie auch seine anderen europäischen Partner) verlängert, direkt Strache in die Hände spielen.

Dieser, als Chef der neuen Arbeiterpartei FPÖ, sein direkter Gegenspieler um Wählerstimmen, hätte noch mehr Zulauf als bisher: Darabos wird also sicher keine Verlängerung befürworten. Damit ist es nötig, auch innenpolitische Aspekte zu berücksichtigen: Besonders in Österreich ist dies wichtig, da man auf keine offensichtlichen Interessen in Afrika hinweisen kann und damit für den nicht mitdenkenden und hinterfragenden Wähler kein Argument hat, das ihn direkt von einem Nutzen eines Engagements in Afrika überzeugt. Dass es dabei hintergründig um sicherheitspolitische Interessen Österreichs geht, um wirtschaftliche Motivationen (die OMV ist in der Region aktiv) und um – doch auch – humanitäre Motivationen, weiß nur, wer sich mit der Thematik auseinandersetzt: Hier wäre langfristig eine bessere Informationspolitik der Öffentlichkeit gegenüber erforderlich, um die Bevölkerung als Unterstützer der globalen Interessen Österreichs zu gewinnen: die an den Grenzen Österreichs nicht aufhören, sondern erst beginnen.

3.4.2 Die koloniale Frage – historische Hintergründe der österreichischen Motivation

Die koloniale Frage ist ein wichtiger Hintergrund der österreichischen Motivationen. Hier soll versucht werden, die These zu belegen, dass die österreichischen, historischen Interessen in Afrika zwar vorhanden waren, inzwischen aber durch aktuellere Einwirkungen für die konkrete heutige Motivation weniger wichtig sind. In diesem Kapitel gehe ich vom Sammelband Walter Sauers aus, der viele Phänomene um 1850 erfasst. Generell wurden die kolonialen Interessen eher als unwichtig betrachtet: Es habe sich „als eine höchst glückliche Fügung erwiesen“ dass sich Österreich nicht am kolonialen Wettlauf beteiligt hätte: „„mit Genugtuung“ könne es sich (...) seiner eigentlichen Aufgabe, der „kolonialisatorischen Tätigkeit“ in Südosteuropa widmen.“ (Sauer 2002: 7)

Dem widerspricht aber die Tatsache, dass es fünf Versuche gab, tatsächlich Kolonien zu beanspruchen: Südostanatolien 1913, die Westsahara 1899, die Salomonen 1895/96, die Nikobaren 1858 und Suqutra 1857/58; zudem gelang es auch kurzfristig tatsächlich Kolonien zu erwerben: 1777 – 1781 durch Handelsstationen auf den Nikobaren und 1901 – 1914 in China (Tientsin). (Vgl. Sauer (1) 2002: 17) Österreich als dem Kolonialgedanken abgeneigt zu bezeichnen ist also falsch. Wir müssen hier einen anderen Zugang erkennen: „An multilateralen Entscheidungen in Kolonialangelegenheiten mindestens teilzunehmen, auch wenn sie dabei keine eigenen Interessen einzubringen hatte, war für die Monarchie außenpolitisch von zentraler Bedeutung.“ (Sauer (1) 2002: 19)

Man konnte es sich als europäische Großmacht nicht leisten, hier nicht teilzunehmen. In einem anderen Sinn war dies ebenso nicht möglich: Die österreichischen, kolonialen Interessen waren zumeist wirtschaftlicher Natur. Das Einwirken damals könnte vom Prinzip her mit dem Versuch Chinas heute, durch wirtschaftlichen Einfluss Märkte und Rohstoffe zu gewinnen, und nebenbei global Macht aufzubauen, verglichen werden. Konkret: „Im Durchschnitt der Jahre 1839 – 1847 scheint Ägypten als der sechstgrößte Exportpartner des Triestiner Hafens auf.“ (Sauer (1) 2002: 23) Sauer spricht dann von den „Konturen eines entstehenden „Clusters“ von Übersee – Interessen wirtschaftlicher Natur (und damit einer potentiellen „Kolonial – Lobby“) auf österreichischer Seite.“ (Sauer (1) 2002: 23) Konkret wirkt sich dieses ökonomische Interesse dann auch im Sudan aus: Hier ist Österreich mit seinem Vizekonsulat die einzige europäische Vertretung, unter deren Schutz der Nil um 1849 kommerziell geöffnet wurde; damit hatte Österreich hier eine Vorreiterrolle. (Vgl. Sauer (1) 2002: 33)

Zusammenfassend beschreibt Sauer die Entwicklung der österreichischen Interessen so: „Hatte sich die koloniale Rolle der Monarchie im Vormärz im wesentlichen auf politische und militärische Aktivitäten zur Durchsetzung eines „informellen Imperialismus“ beschränkt, so kamen unter dem nach 1848 etablierten neoabsolutistischen System aggressivere, auf die Anmaßung staatlicher Hoheitsrechte über afrikanische oder asiatische Territorien ausgerichtete Tendenzen immer stärker zum Tragen.“ (Sauer (1) 2002: 37) Einige Pläne zur Schaffung von Kolonien in Afrika entstanden, deren Konsens in etwa so gesehen werden kann: „Gegenüber den Kolonialmächten Westeuropas müsse die Position Österreichs als Großmacht unterstrichen werden, dies könne nur durch einen kolonialstaatlichen Ausbau des am oberen Weißen Nil bereits errungenen Ansehens geschehen, wobei notfalls die

bewaffnete Macht (...) zum Einsatz kommen müsse.“ (Sauer (1) 2002: 38) Weiters gab es konkrete Ideen für einen katholischen Jesuitenstaat unter österreichischer Patronanz südlich von Ägypten.(Vgl. Sauer (1) 2002: 38) Im Kampf gegen den Sklavenhandel agierte dann die Mission durch die Verschiffung von Sklavenkindern nach Europa im Sinne von Menschenschleppern; die Gegenwehr – generell – vor Ort wurde stärker und „schon nach wenigen Jahren waren die Träume von einem (...) „katholischen“ oder „österreichischen“ Sudan ohnehin vorbei.“ (Sauer (1) 2002: 43) Wir sehen also, dass Österreich damals besonders im Sudan eine wichtige Rolle im Sinne seiner hier aufgezeigten kolonialen Interessen spielte. Ein anderer wichtiger Akteur war die Kriegsmarine: Diese vertrat globale, auch koloniale Interessen, und sprach von der globalen Aufgabe österreichische Schiffe auf den Weltmeeren zu schützen. (Siehe: Sauer (1) 2002: 44)

Hier sehen wir österreichische Interessen, die nicht lokal fixiert waren, sondern global die Meere umfassten. Man sprach von „Österreich (...) welches zur „Ordnungsmacht“ im Mittelmeerraum sowie „auf der wichtigsten künftigen Handelslinie der Welt...von Ostindien durch den Kanal von Suez nach dem Mittelmeere“ berufen sei.“ (Sauer (1) 2002: 47) Österreich war vor allem auch in der Frage des Suez – Kanals aktiv: Damit zeigt sich ein Schema, das wir in den heutigen Motivationen globalpolitischer Natur erneut erkennen können: Afrika (in diesem Fall Ägypten und die Küste des roten Meeres) ist extrem wichtiger globaler Schauplatz für die Interessen anderer Mächte, die sich etablieren wollen. Afrika aber an sich ist relativ nebensächlich. Der erhoffte wirtschaftliche Erfolg des Suezkanals für Österreich wurde nicht erreicht, zu Beginn stieg die Anzahl der österreichischen Schiffe hier an, sie sank später aber (relativ betrachtet) wieder. (Siehe: Sauer (1) 2002: 57)

Neben den grundlegenden Interessen Österreichs im Sudan muss meiner Ansicht nach die Frage des Suez – Kanals als zweites Gebiet der österreichischen Interessen betrachtet werden. Die kolonialen Interessen in Afrika waren aber generell auch außerhalb von Afrika selbst wichtig: In der multilateralen europäischen Politik der Großmächte wurde „eine Zustimmung zu imperialistischen Aktionen einzelner Mächte nicht selten von Garantien für den Besitzstand der Monarchie auf dem Balkan oder von wirtschaftlichen Konzessionen abhängig gemacht.“ (Sauer (1) 2002: 67) Österreich holte also das Beste aus dem Kampf um Afrika heraus – indem es die Politik der realen Kolonialmächte billigte und dafür eigene Vorteile in seinen Gebieten erzielte. „Schon als Teilnehmer an allen europäischen Kolonialkonferenzen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts (...) war Österreich an dieser

internationalen Legitimierung von Imperialismus in Afrika beteiligt (und hat damit in nicht ungeschickter Weise eigene Vorteile verknüpft. (...) Eine Mit – Täterschaft der Donaumonarchie an der imperialistischen Aufteilung, am „kollektiven Imperialismus“ Europas, bestand daher ungeachtet des fehlenden Kolonialengagements.“ (Sauer (1) 2002: 67 – 68) Konkret bestand aber kein allgemeines Interesse an Kolonien in Afrika, man war eher „für eine Substituierung von Übersee – Kolonialismus durch die „Colonisation“ des Balkans.“ (Sauer (1) 2002: 69) Sauer erklärt dies so: „„Kolonialismus“ wurde in diesem Diskurs zunehmend nicht mehr als „Errichtung staatlicher Herrschaft in Übersee“, sondern als „Urbarmachung“, als „Zivilisierung“ verstanden (...)“ (Sauer (1) 2002: 70) Wir haben also einerseits in der konkreten Realisierung kolonialer Ideen in Afrika eine Beschränkung und einen Fokus auf die eigenen Gebiete am Balkan, und andererseits das Mitwirken der Monarchie im generellen imperialistischen Diskurs Europas: Sauer hebt diesen Aspekt besonders hervor : „Auch als „Großmacht ohne Kolonien“ fühlte sich die Habsburgermonarchie dem imperialistischen Grundkonsens der europäischen Mächte verpflichtet.“ (Sauer (1) 2002: 78)

Eine weitere historische Motivation ist die humanitäre Motivation: „„Als „imperialistische Massendemagogie“ erwies sich vor allem der angeblich zu führende „Kampf gegen den Sklavenhandel“, ein geeignetes Instrument, um die im Gefolge der Berliner Kongokonferenz beschleunigt vor sich gehende Kolonialintervention vor Parlamenten und Wählern zu legitimieren. Gleichzeitig jedoch bot dieser Rückgriff auf humanitäre Werte auch eine Plattform zur Artikulierung widersprüchlicher ideologischer und politischer Interessen – und in einzelnen Fällen sogar die Möglichkeit, koloniale Ausbeutungsverhältnisse mittels humanitärer Rücksichtnahmen zu mäßigen.“ (Sauer (1) 2002: 74)

In weniger starkem Ausdruck könnte man diese Bewertung der damaligen „humanitären“ Interessen (auch Österreichs – das in Europa mitbestimmte) auch für die kritische Anwendung des Menschenrechtsparadigmas heute übernehmen. Damit zeigt Sauer, dass bereits damals humanitäre Interessen (in diesem Fall der Kampf gegen den Sklavenhandel) Mittel und Werkzeuge waren, um andere Motivationen im Hintergrund durchzusetzen und zu legitimieren: das ist also als ein historisch universell zu betrachtendes Prinzip zu sehen, das bis heute gültig ist.

Pallme bringt diese Problematik der vorgeschobenen humanitären Motivationen in seinem Kolonialplan für Nordostafrika 1851 besonders gut auf den Punkt: „Mein großer Plan für Österreich Kolonien zu erringen ist das Ziel meiner Wünsche, und ich hoffe diese Freude noch erleben zu können. Für Humanität und mein Vaterland hatte ich meine Pflicht getreulich erfüllt. (Sic !)“ (Zach 2002: 108) Für Pallme ist es also auch eine humanitäre Pflicht für Österreich Kolonien zu erlangen; kritisch betrachtet ist der Erwerb von Kolonien heute aber in keinem Fall eine humanitäre Pflicht. Hier zeigt sich der Zivilisationsgedanke in Österreich – Konsens: Fremde Gebiete müssen zivilisiert werden, das wäre die Pflicht des entwickelten Westens.

Konkret auf den Sudan bezogen – und auf Darfur – gab es damals, beispielhaft von Zach hervorgehoben, durchaus Pläne Kolonien zu errichten: So „...verfasste Pallme 1851, wohl im Zusammenhang mit seiner Bewerbung um den Konsulatsposten von Khartoum, einen Entwurf zur kolonialen Inbesitznahme Nordostafrikas unter dem Titel „Pläne und Vorarbeiten zur Eroberung von Abissinien, Darfur und Tripolis für Österreich (...)“ (Zach 2002: 89 – 90) Natürlich muss dies als Einzelfall und keinesfalls als Grundkonsens in Österreich gesehen werden, es zeigt aber sehr gut, dass damals doch wichtige Motivationen da waren, um im Bereich von Darfur aktiv zu werden. So „sollte Äthiopien als Siedlerkolonie, Darfur als Stützpunkt an einer der Schnittstellen der transsaharanischen Handelsrouten sowie Tripolis als Deportationsplatz genutzt werden.“ (Zach 2002: 100) Konkret erkennt Zach wirtschaftliche Hintergründe: So wäre es darum gegangen, „der österreichischen Wirtschaft Zugang zu den natürlichen Ressourcen dieser Gebiete sowie neue Absatzmärkte zu erschließen, die (...) auch der böhmischen Glasindustrie und damit der von ihm (Anm.: von Pallme) vertretenen Lobby enorme Profite beschere würden.“ (Zach 2002: 100)

Das Muster der wirtschaftlichen Motivation, die im Hintergrund vorherrscht, ist also auch damals schon, so wie heute im Fall von China, bestimmend. Während hier schon einmal erwähnt wurde, wie Österreich früher durch offensichtliche wirtschaftliche Interessen versuchte seine Macht (in Bezug auf die Kontrolle des Handels) auch politisch auszubauen, so zeigt sich im Fall von Pallme auch die umgekehrte Vorgehensweise. Pallme will politische Macht durch seinen Konsulatsposten erhalten, er verfasst daher einen realpolitischen Plan, der machtpolitisch dominiert ist, Kolonien zu gründen – mit dem Ziel im Hintergrund, dadurch wirtschaftlichen Erfolg zu erzielen.

Die damaligen Interessen und Motivationen Österreichs müssen daher als multidimensional vernetzt betrachtet werden, im – wie oben angeführt – Spannungsfeld politischer – und wirtschaftlicher Interessen. Kommen wir zurück zu Pallme: Er wird in seinem Plan sehr konkret, so spricht er - hier als Beispiel angeführt - davon die Insel Dahlak (Anm.: eine Insel vor Eritrea zwischen Sudan und Äthiopien) im roten Meer zu besitzen und so die Eroberung von Habesch (Anm.: die Gegend von Äthiopien und Eritrea) einzuleiten, die Insel sollte zum Schein mit Kolonisten bevölkert werden. (Vgl. Zach 2002: 104) In Bezug auf Darfur meint Pallme, dass man den dortigen Herrscher auszahlen könnte und so den Thron von Darfur übernehmen würde; Darfur würde mit Gummi und Elfenbein eine sehr ertragreiche Kolonie sein. (Vgl. Zach 2002: 108)

Tripolis als Deportationskolonie wird von Pallme als von Österreich benötigt dargestellt, weil ja auch England, Spanien, Frankreich und Russland ihre jeweiligen Orte zur Verbannung hätten. Er meint, dass es die effektivste Lösung wäre, die Verbrecher der Monarchie zu einer entfernten Oase bei Tripolis zu schicken, wo sie sich selbst versorgen könnten (Vgl. Zach 2002: 109) „Eine solche Oase ohne Kamelen (Sic!) ist gleich einer Insel im Ozean, welche keine Fahrzeuge hat.“ (Zach 2002: 109) Im europäischen Kontext hat Österreich also durchaus in den kolonialen Fragen Afrikas eine wichtige Rolle gespielt, diese hat sich für Afrika selbst aber kaum gezeigt. Natürlich kann das Vorgehen anderer Mächte in Afrika auch durch die politischen Ausgleichsleistungen Österreich gegenüber in Europa erklärt und gerechtfertigt werden. Aus afrikanischer Sichtweise sehe ich aber keine langfristigen Einflüsse, außer lokal – im Sudan, am Nil und am Suezkanal in Ägypten – im wirtschaftlichen Bereich, die festzustellen sind. So ist diese ältere, historische Belastung zwar da, spielt aber meiner Ansicht nach im heutigen Afrika – und hier konkret in der aktuellen Intervention in der Region von Darfur – keine bestimmende Rolle mehr. Damit kann Österreich als „antikoloniale“ Macht gesehen (die es ja, wie hier aufgezeigt wurde, nie war) in der Sichtweise der Menschen vor Ort im Sudan und in Darfur als relativ objektiver Akteur punkten – und ist beliebter als lokal wichtigere und historisch aktuellere Kolonialmächte wie vor allem Frankreich.

3.4.3 Zusammenfassend: die Motivation Österreichs in Interviews

In den verschiedenen Statements sollen die Motivationen Österreichs von kompetenter Seite aus beleuchtet werden.

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungsakademie Wien)

- Inwieweit spielt die historische Rolle Österreichs in Afrika in der Region Darfur eine Rolle ?
Es gab Einzelpersonen aus Österreich im Sudan, in Afrika. Diese standen oft in fremden Diensten, generell war aber kein großer Einfluss vorhanden. Konkret war Österreich – Ungarn z.B. bei der Berliner Afrika – Konferenz 1884 dabei.

- Inwieweit gibt es Widersprüche zwischen der Neutralität Österreichs und dem Eingreifen im Ausland; welche verschiedenen Positionen gibt es dazu ?

Die Petersberg – Aufgaben der EU (Anm.: humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen und friedenserhaltende Aufgaben) sind in der österreichischen Verfassung verankert (Artikel 23f). Österreich wirkt an der gemeinsamen Außen – und Sicherheitspolitik der EU mit (GASP) und es gibt eine gemeinsame europäische Verteidigung. Demnach ist eine Intervention von Österreich, im Rahmen der EU kein Widerspruch zur Neutralität und in der Verfassung verankert.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Sehen Sie Österreich als Nicht – Kolonialmacht oder doch als Staat, der sehr wohl versuchte, kolonialen Einfluss in Afrika auszuüben, es aber nicht schaffte ?

Es gab schon Interessen im Handel und Einzelpersonen, Pelinka meint dazu, dass Österreich und Deutschland als verspätete Kolonialmächte bezeichnet werden könnten. In der Linie der österreichischen Außenpolitik ist Österreich aber keine Kolonialmacht. Das ist die Basis. Wir sind ohne nationale Interessen dabei. Auch im aktuellen Sicherheitsrat ist die österreichische Arbeitsweise Entwicklungszusammenarbeit und Politik mit der AU – ohne hidden Agenda. Afrikaner meinen allerdings oft, dass es ein Nachteil Österreichs sei, weil man sich nicht so

gut wie die ehemaligen Kolonialmächte auskennen würde. Die koloniale Vergangenheit Österreichs spielt in der aktuellen Außenpolitik keine Rolle, man versucht sich aber prinzipiell als Nicht – Kolonialmacht Vorteile zu verschaffen.

- Inwieweit gibt es Widersprüche zwischen der Neutralität Österreichs und dem Eingreifen im Ausland; welche verschiedenen Positionen gibt es dazu ?

Österreich hat eine lange Tradition des Peace – keepings, und verlangt immer ein UN – Mandat. Dieses hat auch die EUFOR im Tschad. Bereits seit 1960 im Kongo greift Österreich so ein. Der generelle Auftrag zur Friedenserhaltung und zum Schutz der Zivilisten ist kein Widerspruch zur Neutralität. Es ist nötig, von den Operationen am Mittelmeer wegzugehen und hin zu den neuen Konflikten (vor allem in Afrika) zu gehen. Weiters gibt es erhöhten Druck auf Österreich, in Afghanistan einzugreifen. Hier muss man sagen, dass ein Weggehen vom Intervenieren generell einer Vertretung österreichischer Interessen schadet und diese einschränkt. Seit 2008 wird das politische und militärische Engagement in Afrika verstärkt. Politisch sinnvoll ist nur eine Steigerung des Engagements möglich. (Anm.: das – siehe oben – nicht der Neutralität Österreichs widerspricht.)

- Verfolgt Österreich durch die Intervention in Afrika eine eigenständige Außenpolitik, ist man Teil eines gemeinsamen Ziels der EU oder ist man Vollstrecker für mächtigere EU – Staaten (Frankreich etc.) ?

Österreich orientiert sich am Konsens der EU, der EU – Afrika – Strategie. Da setzen sich nicht immer die alten Kolonialmächte durch. Aber Frankreich und GB haben vor allem ein akademisches Umfeld für ihre kolonialen Interessen: Es gibt Think Tanks und NGOs, man kann also seine Interessen auf vielen Ebenen vertreten. NGOs sind hier vor allem in Darfur wichtig. Damit haben diese Mächte doch großen Einfluss auf die EU – Strategie und bringen ihre Interessen ein. Zweimal pro Woche trifft sich die Afrika – Gruppe der EU in Brüssel, in der alle 27 Länder der EU vertreten sind. Wenn man sich dort nicht engagiert, dann segnet man die Interessen der Großmächte ab. Wer sich aber – wie Österreich verstärkt- vor Ort engagiert (Anm.: in Afrika) kann seine Expertise erhöhen. Dadurch wird man dann in der EU in diesen Fragen ernst genommen und kann damit seinen Einfluss in der EU hier erhöhen. (Anm.: und damit natürlich auch besser eigene Interessen in die EU – Strategie einbringen).

Univ - Prof. Dr. Walter Sauer:

(Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik in der SPÖ, Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB und Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC) in Wien.)

- Sehen Sie Österreich als Nicht – Kolonialmacht oder doch als Staat, der sehr wohl versuchte kolonialen Einfluss in Afrika auszuüben, es aber nicht schaffte ?

Österreich wollte, schaffte es aber nicht, hier Erfolg zu haben. Es ist eine Lebenslüge von Österreich, zu behaupten dass man kolonial nicht belastet sei. (Siehe dazu generell Sauer's Buch „k.u.k. in Afrika“, das auch in dieser Diplomarbeit zitiert wird.) Es gab in Österreich nie eine antikoloniale Gesinnung, es war immer ein Wille da, Kolonien zu erwerben.

- Inwieweit spielt die historische Rolle Österreichs (siehe vorhergehende Frage) im Eingreifen in Darfur eine Rolle; in der Reaktion der Menschen auf die Österreicher ?

Früher war Österreichs Einfluss merkbar, heute ist er das nicht mehr. In einigen Köpfen im Außenministerium gibt es noch koloniale Restgedanken. Österreich engagiert sich ja nicht viel im Sudan (Anm.: wo Österreich früher relativ viel Einfluss hatte), sondern eher in Mali – wo wir früher kolonial nie tätig waren. Man denkt aber auf allgemeiner Ebene in Bezug auf Afrika immer noch kolonial, das Afrikabild Österreichs ist europabezogen: Im Sinne eines kolonialen Bewusstseins wird Afrika als eigenständiger Akteur nicht wahrgenommen.

- Österreicher als Spezialkräfte in humanitären Interventionen: Wie sehen Sie die Chancen, sich global zu etablieren und die Risiken dabei ?

Beide Aspekte sind da. Ich bin kritisch gegenüber dem Konzept der humanitären Intervention. In der internationalen Politik und in der EU gibt es die Tendenz der Militarisierung, wobei die humanitäre Intervention ein Element davon ist. Die Vorhut, oft Sanitäter, sind wirklich humanitär zu sehen, dann kommen aber normale Soldaten. Es ist in Frage zu stellen, ob internationale Stabilität durch das Militär nachhaltig möglich ist. In Jugoslawien wurde auch militärisch eingegriffen, heute brechen genau dort neue Probleme aus: Das zeigt keinen nachhaltigen Erfolg. Im 19. Jhd. waren humanitäre Interventionen ein Vorwand für aggressives koloniales Vorgehen; so war das brutale Eingreifen der belgischen Kolonialmacht im Kongo ursprünglich als humanitäre Absicht verkauft worden.

Heute ist die EU ein militärischer Player der Weltpolitik, die EU (Anm.: Als Österreich beigetreten ist, hat der ÖGB zum Beitritt aufgerufen, unter der Voraussetzung, dass die EU damals als Friedensprojekt gesehen wurde – nicht als militarisierter Global Player) ist kein Friedensprojekt mehr.

- Verfolgt Österreich durch die Intervention in Afrika eigenständige Außenpolitik, ist man Teil eines gemeinsamen Ziels der EU oder ist man Vollstrecker für mächtigere EU – Staaten (Frankreich etc.) ?

Hier muss man den Aspekt der wirtschaftlichen Interessen der Konzerne dazufügen; so das Interesse der OMV nach Öl im Sudan. Wahrscheinlich versucht Österreich, eigenständig zu agieren, real geht das nicht, da alles international eingebettet ist. Es gibt aber eine Eigenständigkeit in der Entscheidung für eine Intervention. Als es in Mali eine Geiselnahme von Österreichern gab (Anm.: zwei Österreicher wurden während einer Sahara – Rundfahrt als Geiseln genommen und dann befreit) stieg das Interesse in Österreich an Mali und dem Tschad. Darabos (Anm.: der Verteidigungsminister) pushte dieses Interesse – und das führte dann zum Militäreinsatz im Tschad. Das Interesse des Bundesheeres ist da. Bis jetzt war man nicht gefordert, man war neutral und hatte wenig Geld: die Soldaten wollten wirklich kämpfen. Dem wurde durch UNO – Einsätze etwas Rechnung getragen: 1960 im Kongo, dann im Nahen Osten. 1989/90 gab es einen Polizeieinsatz in Namibia (Anm.: bei dem Dr. Sauer Ausbilder der Beteiligten war).

Das war sinnvoll, Budget und Freiwilligkeit waren vorhanden. Es folgten Katastrophenhilfeeinsätze wie etwa in Mozambique. Ab dann war das Thema der Wasserversorgung wichtig, worin Österreich sich etablieren konnte. Das alles muss aber als Testlauf gesehen werden. Im Tschad, in Mali und im Sudan tritt jetzt der erste Fall ein, wo man über das Katastrophenschutzparadigma hinausgehen kann. Man darf Schützen, Schießen und Gefechte bestreiten. Ein Aspekt in der österreichischen Politik ist auch der getarnte NATO – Beitritt Österreichs. Wir sind in der NATO integriert und bei allen Übungen dabei. Für dieses Engagement ist eine Qualifikation im militärischen Sinne nötig. Im Tschad will man sich für die NATO beweisen – deswegen steigert sich die Rolle Österreichs dort weiter, mehr als eigentlich nötig wäre.

3.5 Die Afrikanische Union

Die Motivationen der Afrikanischen Union lassen sich sehr gut in der Behandlung der konkreten afrikanischen Perspektive in dieser Arbeit feststellen, sie müssen hier nicht speziell noch einmal erwähnt werden.

3.6 Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur zweiten Forschungsfrage

In den verschiedenen Statements sollen die verschiedenen Sichtweisen zur Forschungsfrage zum Ausdruck gebracht werden:

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungsakademie Wien)

- Warum sind Sie für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur ?

Es wird bereits eingegriffen. Ein Eingreifen wäre aber zu vermeiden gewesen. Bis 2003 gab es alte Konflikte um Land und Wasser, die lokal lösbar gewesen wären. Der Bruch erfolgte durch die internationale Diplomatie, die aufgrund von Eigeninteressen Druck auf die Situation vor Ort ausübte. So gab es Eigeninteressen innerhalb der AU: Nigeria wollte sich gegen Südafrika etablieren, die AU war generell frisch gegründet und wollte sich an sich etablieren. Daraus entstand dann AMIS. Das Problem waren die geringen Mittel dafür: So finanzierte die EU die Mission und es kam zur neuen, hybriden Mission UNAMID. Dabei war ein Grund, in dieser Form zu intervenieren, der multiple use durch einen Wissensaustausch von UNO und AU. Man muss in verschiedenen Dimensionen vorgehen: So wollte z.B. der Sudan keine skandinavischen Kräfte akzeptieren, weil der Skandal der Mohammed – Karikaturen noch immer Wirkung zeigte. In der Entscheidung ging es generell eher um technische Aspekte (Anm.: den multiple – use – Vorteil) als um die Konflikte selbst, die nebensächlicher wurden. Das Prinzip kann mit der Medizin verglichen werden: Zuerst müsse eine Anamnese (Anm: das ist die im gemeinsamen Gespräch ermittelte Vorgeschichte eines Patienten mit Bezug auf seine aktuelle Krankheit) kommen, dann eine Diagnose und dann die medizinische Behandlung. In der Interventionsfrage beginnt man oft erst bei der Diagnose und lässt die Anamnese weg. (Anm: damit ist eine nachhaltige Intervention von Beginn an erschwert.)

DI Paul Slatin:

(Präsident der österreichisch – sudanesischen Gesellschaft)

- Warum sind Sie für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur; welche historischen Hintergründe spielen für die verschiedenen Motivationen eine Rolle ?

Generell wird kein Souverän ein Eingreifen in seinem Land begrüßen. Im Sudan besteht das interne Problem mit Rebellen, eine Form von Stammeskonflikten wie schon vor 200 Jahren. Im Westen geht es uns gut, woanders haben die Menschen eben andere Blickwinkel. Konkrete Kriterien für ein Eingreifen kann ich nicht nennen.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Warum sind Sie für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur; welche historischen Hintergründe spielen für die verschiedenen Motivationen eine Rolle ?

Da muss man unterscheiden. In Darfur: Laut der UNO gibt es dort nur mehr einen LIC (Anm.: Low Intensity Conflict), die humanitäre Katastrophe ist vorbei. Das sagt auch die UNO vor Ort, dies wird gerade aktuell berichtet. Es ist also relativ ruhig, und damit muss die internationale Gemeinschaft von der Nothilfe weggehen und hin zu einer Entwicklungsstrategie kommen. Die Camps der Vertriebenen müssen geräumt werden, da die Menschen zu lange dort sind. Deswegen geht das landwirtschaftliche Wissen verloren, und es ist zu hinterfragen, ob die Menschen überhaupt zurück wollen. Im Sudan ist es anders: da ist man am Weg zur Eskalation, im Südsudan entwickelt sich ein ethnischer und sozialer Konflikt. Hier ist ein intensives Engagement nötig.

- Wird der Schauplatz Darfur im Zuge der globalen Interessen / Motivationen an sich nebensächlich ?

Das könnte sein. Öl ist generell eine Katastrophe für afrikanische Länder. In den USA hat die Öffentlichkeit großen Einfluss; man muss sagen, dass keine Großmacht rein humanitär bedingt eingreift. In der Frage des Öls in der Region ist China besonders wichtig. Im Nord – Süd – Konflikt spielen definitiv Interessen eine große Rolle. Das hat den Vorteil, dass neue Konflikte in wichtigen Regionen nicht gewünscht sind. China fördert im Süden des Sudans Öl und braucht Schutz für seine Pipeline nach Norden.

Das erklärt das Interesse, keine weiteren Kämpfe zuzulassen. Bis jetzt war China nur wirtschaftlich involviert, jetzt könnte es auch außenpolitisch agieren. Im Sudan könnte sich so derzeit zum ersten Mal zeigen, wie China auch außenpolitisch vorgeht, um sich Rohstoffe zu sichern. Das Interesse der drei Mächte (EU, USA und China) ist also vorhanden, die Kämpfe in Darfur nicht weitergehen zu lassen.

4 Akteure im Spannungsfeld ihrer Entwicklungsperspektiven

Welche Entwicklungsperspektive haben die verschiedenen Akteure für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

In der Studie der International Commission on Intervention and State Security (ICISS) geht es um drei Aspekte der responsibility to protect: es geht von der Verantwortung zu verhüten über die Verantwortung zu reagieren hin zur Verantwortung zum Wiederaufbau. (Vgl. Knab 2006: 11) Ich sehe darin bereits im Endstadium der humanitären Intervention einen klaren Auftrag zu weiterer Entwicklung: In Form eines nachhaltigen Wiederaufbaues liegt die Basis für eine zukünftige positive Entwicklung. Die „responsibility to rebuild“ (Knab 2006: 11) ist demnach als Bindeglied zwischen akuter Nothilfe und weiterführender Entwicklung zu sehen. Aktuell versucht bereits die UNO – Mission in Darfur einen grundlegenden Wiederaufbau zu beginnen – und damit eine Entwicklung voran zu treiben. Generell erkennen wir in Darfur derzeit einen Umbruch, ein Nachdenken und Überdenken vergangener Aktivitäten um zukünftige Aktivitäten – auch im erweiterten Entwicklungsbereich – effizienter zu machen: „The evolution of the crisis does not in any way diminish the tragedy of Darfur (...), but it does require that our analysis and actions correspond to realities on the ground. The United Nations will have to adapt to be effective.“ (Siehe: Briefing für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24. Juli 2009) Ein stärkerer Einbezug der Situation vor Ort soll die weitere, zukünftige Entwicklung also nachhaltiger machen.

Wenn wir die verschiedenen Stadien der Intervention vom Reagieren und Intervenieren bis hin zum Wiederaufbau betrachten, dann zeigt sich in Darfur – wie auch anderswo, – dass sich internationale Organisationen in der nötigen Interventionsphase oft zurückhalten und die dortigen Forderungen nicht erfüllen, und ihre „responsibility to protect“ erst in der Wiederaufbauphase“ (Knab 2006: 122) zur Genüge wahrnehmen. Die meisten Erfolge werden nicht in den schwierigen ersten Phasen der Intervention erzielt, sondern am Ende in der responsibility to rebuild. (Vgl. Knab 2006: 122) Das ist einerseits schön, weil dann durchaus gute Entwicklungsperspektiven gegeben sind. Andererseits wäre die Situation in Darfur um vieles besser, wenn von Anfang an schnell eingegriffen worden wäre, vernetzt gearbeitet worden wäre und so der Wiederaufbau eine Fortsetzung einer guten Entwicklung wäre – und kein Ausgleich für frühere Versäumnisse.

Die besten Entwicklungsperspektiven mit der besten Konfliktnachbearbeitung können nicht nachhaltig wirken, wenn der Konflikt davor nur unzureichend beigelegt wurde. Weiters ist es um einiges schwerer, positive Entwicklung zu beginnen, wenn man zuerst noch das davor Geschehene überwinden und aufarbeiten muss: Es ist nicht unmöglich, ich sehe es aber als Ursache einer Verzögerung an. Ein effektives Handeln von Anfang an, vom Militär ausgehend, würde hier spätere Versuche Entwicklung zu fördern von Anfang ab beschleunigen. „The responsibility to react – with military coercion – can only be justified when the responsibility to prevent has been fully discharged.“ (Hilger 2004: 38) Das belegt unsere These, dass jede Phase einer Intervention gut ausgeführt werden muss: Besonders wichtig ist hier, dass man – wie oben erwähnt – zuerst versucht, Schlimmeres zu verhindern und dann erst direkt reagiert. Damit zeigt sich der Spagat zwischen einem vorschnellen und einem zu späten Eingreifen: Entweder man ist zu früh und verhindert eine nachhaltige Vorgehensweise durch überschnelle Intervention, oder man ist zu spät und die Situation ist bereits eskaliert. Eine vorsichtige Beobachtung und Einschätzung der Situation bleibt damit von Anfang an – bis hin zu den Entwicklungsperspektiven nach der Intervention – durchgehend wichtig.

„Eine verstärkte internationale Kooperation im Bereich der Entwicklungshilfe und der Demokratisierung“ ist „für den Weltfrieden bedeutend.“ (Hilger 2004: 156) „Eine verstärkte Kooperation auf dieser Ebene kann als eine vorbeugende Maßnahme für die Bewahrung der internationalen Sicherheit und des Friedens betrachtet werden.“ (Hilger 2004: 156) Damit wird Entwicklung strategisch wichtig: Sie wird als Mittel verwendet, um Sicherheit zu garantieren. „Die Schaffung langfristiger gerechter Verhältnisse ist eine Investition in die sichere Zukunft, die die Anwendung militärischer Gewalt zu einem Minimum reduziert.“ (Hilger 2004: 156) Damit schließt sich ein Gedankengang: Man interveniert militärisch, um den Rahmen für positive Entwicklungsperspektiven zu schaffen, zieht sich dann zurück und ermöglicht weitergehende Entwicklung vor Ort.

Dadurch hat man eine Basis für eine sichere Zukunft geschaffen, die eventuell zukünftig nötige militärische Gewalt auf ein Minimum beschränkt bzw. überflüssig macht. Es ist sicher auch in Darfur ein Ziel, durch positive Entwicklung zukünftige Interventionen in der Region zu vermeiden.

Generell muss dazu aber der Ansatz bereits jetzt erfolgen: so ist die Situation in der Region aktuell nicht sehr positiv zu betrachten: “KHARTOUM, Aug 6 (Reuters) - Survivors of a tribal massacre that killed 185 people in southern Sudan are desperately short of food, a senior U.N. officer said on Thursday.” (Siehe: News Highlights 07-08-2009).

Auf den Punkt gebracht zeigen sich so zwei Problemfelder in der aktuellen Entwicklungsarbeit: ““Food assistance is the number one humanitarian need in Akobo, besides protection,” said Iseminger.” (Siehe: News Highlights 07-08-2009) Die allgemeine Situation der Versorgung mit Lebensmitteln muss also verbessert - und noch dazu muss die Sicherheit vor Ort als Grundlage dafür erhöht werden. Dazu kommen neue Herausforderungen: “The 2005 peace accord that ended Sudan's civil war promised national elections, due in April next year, and a referendum on southern secession in 2011. But many in the south are frustrated by the continuing lack of development and economic stagnation.” (Siehe: News Highlights 07-08-2009) Hier ist also ein Entwicklungsdefizit im Süden des Sudans festzustellen, das sicherlich – noch zusätzlich zu bereits bestehenden Spannungen – die Differenzen zwischen Nord – und Südsudan verstärkt und durch neue Unruhen bereits erreichte Fortschritte zunichte machen könnte.

“11 August 2009 – Thousands of former fighters have taken part in the first phase of the disarmament, demobilization and reintegration (DDR) programme, marking a key milestone for the 2005 agreement that ended Sudan’s north-south civil war, the United Nations peacekeeping mission in the country reported today.” (Siehe: News+Highlights+12-08-2009) Es gibt diese Fortschritte, hier im Bereich der Entwaffnung, also tatsächlich – eine gute weitere Entwicklungsbasis. Konkret: ““The progress made in the past year on DDR has become one of the success stories of CPA implementation,” UNDP Country Director Jorgen Lissner said at a ceremony in the capital, Khartoum.” (Siehe: News+Highlights+12-08-2009) Andererseits zeigt sich das neue Problemfeld, abseits der Weltöffentlichkeit, im Süden des Sudan: “KHARTOUM, August 12, 2009 (AFP) - South Sudan, a vast under-developed region in a grip of renewed tribal violence, is facing a massive food shortage, a UN official said on Wednesday, appealing for donor countries to boost aid.

"The southern Sudan is faced with a massive food deficit caused by a combination of late rains, high levels of insecurity and displacement, disruptions of trade and high food prices," said Lise Grande, who coordinates UN humanitarian efforts in the region.” (Siehe:

News+Highlights+13-08-2009) Entwicklungsperspektiven dürfen also nicht nur Darfur umfassen, sondern – wie bereits öfters erwähnt – müssen nachhaltig auf die Region bezogen sein, um Erfolge zu erzielen und zu verankern.

Demnach müssten wir in den aktuellen Berichten aus dem Süden des Sudans Alarmzeichen sehen, die breitere Entwicklungsperspektiven abseits von Darfur erfordern: mit Hilfe für den Süden und einem Ausgleich der Entwicklungsdefizite wäre dann auch die Lage in Darfur selbst indirekt stabiler: “A spike in tribal conflict has killed about 2,000 people this year, the United Nations says, and displaced thousands.” (Siehe: News+Highlights+13-08-2009), weiters: “JUBA, 13 August 2009: Concern is growing at the likely humanitarian impact of poor rains and high levels of insecurity in Southern Sudan, with aid workers and officials warning of a major hunger gap in coming months.” (Siehe: News+Highlights+14-08-2009).

Besonders im Süden muss mit wirtschaftlichen Ansätzen gearbeitet werden – denn: “Almost all of the confrontations between these successive regimes and the southern opposition are as much resource wars as they are ideological. The southern resources, whether assumed or real, are the main reason for northern insistence on keeping the country united, a policy in the interests of the country but not in the humanity of the people who inhabit it.” (Madut Jok, Jok 2008: 280) Der Süden als Gebiet mit strategischen Rohstoffen ist also einerseits als Chance für weitere (technische) Entwicklung zu sehen, bietet aber – siehe oben – in der aktuellen Konfliktsituation – das größte Risiko und die größte Gefahr für die direkt dort lebenden – und nicht von den Vorteilen der Ölfelder im Süden profitierenden – Bevölkerung. “Having received huge petrodollars from oil concessions in south Sudan, Khartoum has the economic power to buy protection in the form of commercial contracts, many with European countries that refuse to criticize the regime’s worst offenses against its own citizens.” (Madut Jok, Jok 2008: 193)

Dieser Einfluss – hier vor allem auf die europäische Entwicklungsperspektive bezogen – muss von uns berücksichtigt werden: Solange sich Khartoum, als Zentrum der herrschenden Elite im Sudan, rein wirtschaftliche Entwicklung durch seinen Rohstoffreichtum erkaufen kann, (siehe oben) wird es im direkt betroffenen Süden keine, für alle positive, nachhaltige Entwicklung geben. Die Differenzen zwischen Norden und Süden werden sich vertiefen und damit ist auch die Entwicklungsperspektive für Darfur durch diese so bedingte Instabilität im Land nicht langfristig positiv zu sehen.

Der Ansatz für jede Entwicklungsperspektive muss also weitreichend sein und nicht nur lokal Darfur – sondern die gesamte Region berücksichtigen. Generell ist die Entwicklungsperspektive, vor allem wenn man sie auch auf den Süden des Sudan ausdehnt, von einem Faktor bedroht, dem der sicherheitspolitischen Instabilität: “The UN has warned that WFP's ability to deliver much-needed supplies was being hampered by the violence. "WFP and its partners have called on the government to put an end to inter-tribal fighting, which is endangering the delivery of humanitarian aid," UN spokeswoman Marie Okabe said following an attack on 2 August.” (Siehe: News+Highlights+14-08-2009) Ohne grundlegende Sicherheit kann also auch keine Hilfe erfolgen, und weitergehend, keine langfristige positive Entwicklung möglich sein. Diese Tendenz, hier am Beispiel von Darfur und des Süd – Sudan aufgezeigt, wird sich in vielen Entwicklungsperspektiven zeigen.

Welche im Hintergrund wirksamen Motive zur aktuellen Lage in der Region von den Entwicklungsperspektiven der einzelnen Akteure ausgehend erkannt werden können, welche Ansätze dahinter liegen und welche Erfolgsaussichten diese in den verschiedenen Dimensionen haben, zeigt die konkrete Bearbeitung der Forschungsfrage. Die wie diese gesamte Arbeit vernetzt mit allen drei Ebenen arbeitet, lokal, regional und global – um die gesamte Problematik der Entwicklungsperspektiven, die bis zur globalen Seite, Darfur betreffen, hintergründig diskutieren zu können.

4.1 Die USA

„Die Außenpolitik der USA hingegen wird noch längere Zeit vom Kampf gegen den transnationalen Terrorismus bestimmt werden und diesem Ziel auch entwicklungspolitische Ansätze unterwerfen.“ (Feichtinger 2009: 24) Konkret bedeutet das, dass die USA Entwicklung dort fördern, wo sie ihnen in ihrem Sicherheitsdenken nützt. Theoretisch steht damit die USA auf einer Stufe mit China: dort ist das Ziel, dem alles untergeordnet wird, vor allem geopolitischer und wirtschaftspolitischer Natur. Im Vordergrund sind die USA mit ihrem Zivilisationsdenken aber doch nicht rein eigennützig zu sehen. Entwicklungsperspektiven der USA sind damit sicher positiv, sie werden aber nur dort zu spüren sein, wo auch sicherheitspolitisches Interesse vorhanden ist.

Auf lokaler Ebene im Sudan zeigt sich im wirtschaftlichen Bereich globaler Interessen (auch der USA) vor allem in der Frage der reichen Ölvorräte im Süden des Landes eine Auswirkung auf die lokale Ebene: „...oil is being looked on as a blessing, but independent (...) reports on the role of oil in destruction and genocide have all proved (...) that oil revenues have brought more evil than good to Sudan.“ (Madut Jok, Jok 2008: 189)

Weiters berichtet ein Report konkret von militärischen Eingriffen gegen Zivilpersonen im Sinne der Ölförderung: “The soldiers said they had been instructed to kill civilians and any persons believed not to be loyal to the government. This, they stated, was for the purpose of securing the oil fields for development.” (Madut Jok, Jok 2008: 189) Wie in dieser Arbeit bereits erwähnt, unterstützen die USA vor allem die Entwicklung des (vielleicht bald unabhängigen) Südens des Sudans. Entwicklung bedeutet hier eine Einflussnahme auf die Gebiete der neuen Ölvorräte: Bis jetzt betonen die USA vor allem humanitäre Aspekte, es wird eine andere Frage sein, was die entwicklungspolitischen Schwerpunkte der USA in einem relativ schwachen Süd – Sudan sein könnten, der in den USA seine Schutzmacht findet. Meine These hier wäre, dass dann – da hinter humanitärem Deckmantel ja bereits das Ziel der Einflussnahme erreicht wurde – die rein technische Entwicklung der Ölfelder wichtiger wird, und der positive humanitäre Entwicklungseffekt der USA verschwindet. Längerfristig muss die US – Entwicklungsperspektive vor allem im Sudan auch im Brennpunkt von Öl – und Ressourcenerwerbsmöglichkeiten betrachtet werden. Hier zeigt sich erneut eine technische Ähnlichkeit mit den Entwicklungsprinzipien Chinas: nur unter – bis jetzt – humanitärem Deckmantel.

4.2 Die EU

„Die EU hat auf Dauer betrachtet vermutlich das bessere Angebot für Afrika, da dieses v.a. ein ernsthaftes Interesse an nachhaltiger Entwicklung, Umweltbelangen sowie guten Regierungsformen und der Einhaltung der Menschenrechte hat.“ (Feichtinger 2009: 23) Dieses Angebot der EU geht also über reine humanitäre Interventionen hinaus, und scheint eine reale positive Entwicklungsperspektive zu ermöglichen – ob dies auch in der Praxis durchzusetzen ist, wird sich weisen. „Um erfolgreich zu sein, muss die EU den Spagat zwischen realpolitischen Erfordernissen und dem Beharren auf Werten wie den Menschenrechten, Demokratie und Medienfreiheit schaffen.

Denn bislang vernachlässigte Staaten und Regierungen, haben nunmehr die Möglichkeit, ihnen genehme Partner zu wählen. (...) Dabei drängt sich allerdings oft der Verdacht auf, dass viele politische Machthaber weniger an einer raschen Demokratisierung und an einer nachhaltigen Entwicklung ihres Landes als vielmehr am Erhalt und Ausbau ihrer Macht interessiert sind.“ (Feichtinger 2009: 24) Es ist also nicht so einfach wie es scheint: China (siehe Kapitel 4.3) setzt keine Standards und mischt sich nicht ein, Europa muss also wirklich auf eine richtige Balance setzen – um nicht zweite Wahl zu werden. Dabei dürfen aber die von Europa vertretenen Werte nicht vergessen werden – denn diese ermöglichen ja, siehe oben, erst eine nachhaltige Entwicklung, nachhaltige Partnerschaft und sichern damit einen zukünftig langfristigen Einfluss Europas in Afrika. „Eine Fortsetzung des Afrikaengagements auf derzeitigem Niveau würde bedeuten, die Zusammenarbeit sukzessive weiter auszubauen, die politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen nachhaltig zu festigen und Afrika ständige, umfassende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. (...) Eine gewisse Flexibilität und Öffnung der EU müsste auch im wirtschaftlichen Bereich erfolgen, um die „Überlebensfähigkeit“ in Afrika zu erhöhen und den Auswanderungsdruck zu senken.“ (Feichtinger 2009: 26)

Wir sehen hier, dass die im Vergleich zur USA und zu China sehr nachhaltige Entwicklungsperspektive im Hintergrund von dem Ziel geprägt wird, die Auswanderung nach Europa einzudämmen – wie in Kapitel 3.2 bereits erwähnt. Das Eigeninteresse der europäischen Entwicklungsperspektive ist also sehr wohl vorhanden, dennoch kann sie als nachhaltig und in vielen Dimensionen für die Betroffenen positiv betrachtet werden: „Strategisch und somit langfristig betrachtet ist nämlich Afrika wesentlich mehr gedient, wenn der Reformdruck aufrecht erhalten und nicht etwa durch China mit seiner expliziten

„Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ wieder von den politischen Verantwortlichen genommen wird. Dazu gehört nicht nur partnerschaftliches Verhalten, sondern auch, die primäre Verantwortung der anderen Seite anzuerkennen und sie gegebenenfalls auch einzufordern.“ (Feichtinger 2009: 28)

Zusammenfassend auf den Punkt gebracht: „Es wird für die Europäer nicht allzu schwer sein nachzuweisen, dass ihr Ansatz erfolgreich ist, also vielen Menschen vor Ort aus der Misere hilft und gute Entwicklungsperspektiven schafft.“ (Rummel 2009: 71) Das Prinzip dabei ist der sehr gute Weg des „wirksamen Multilateralismus“ (Rummel 2009: 72) : „Brüssel würde sich also dem Wettbewerb auf der Basis der Stärkung der internationalen Institutionen und Regime stellen und wüsste damit die Afrikaner ebenso wie die anderen aufstrebenden Mächte des Südens an seiner Seite.“ (Rummel 2009: 72) Damit bringt diese Entwicklungsperspektive nicht nur nachhaltige Ergebnisse für Afrika, sondern etabliert auch die EU als neue Weltmacht – wenn diese dazu steht und das Problem der Heterogenität ihrer nationalen Interessen lösen kann. Dazu meint Rummel: „Die Union spielt also in der Liga der Weltmächte mit und hat damit die Berechtigung, ihre spezifische Note in die Agenda einzubringen.“ (Rummel 2009: 72) Ob dies auch real so zu sehen ist, wird sich im zukünftigen Verhalten der EU zeigen.

Wir erkennen in der Perspektive der EU auch zunehmend ein Zusammenspielen von Sicherheit und Entwicklung, das ähnlich wie bei den USA, seit 9/11 immer wichtiger wird: „Der organische Zusammenhang von Entwicklung und Sicherheit kommt hier voll zum Tragen.“ (Rummel 2009: 57) So wurden vom „europäischen Entwicklungsfonds Mittel für sicherheitspolitische Aufgaben abgezweigt (...) – ein für Entwicklungspolitiker und – praktiker in der EU ungewohnter Schritt.“ (Rummel 2009: 61 – 62) Das muss nicht negativ sein, man muss aber bedenken, dass der Sicherheitsgedanke an sich als Eigeninteresse der EU zu gelten hat – auch wenn er durch seine Folgen in stärkeren Entwicklungsbemühungen auch für Afrika positive Folgen haben kann. Auf den Punkt gebracht werden kann der neue Sicherheitsaspekt im Entwicklungsdiskurs, der eine wichtige Rolle als Vorraussetzung für – und als Folge von Entwicklung darstellt, in folgender strategischer Aussage der EU: Sie meint: „Sicherheit ist eine notwendige Vorbedingung für Entwicklung.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm, letzter Zugriff am 16.9.2009)

4.2.1 Aktueller Stand der EU – Entwicklungsperspektiven in offiziellen Dokumenten der EU

In der Schaffung eines Instruments zur Stabilität zeigt sich besonders schön der hybride Gedanken der Union, der humanitäre Interventionen mit Entwicklungsperspektiven verbindet. So geht es in diesem Instrument um Entwicklungszusammenarbeit und um „Hilfe, die eine Reaktion auf folgende Situationen ermöglicht: Notsituationen, Krisen oder sich abzeichnende Krisen, Situationen, die eine Bedrohung der Demokratie, von Recht und Ordnung, des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder der Sicherheit und des Schutzes von Einzelpersonen darstellen, oder Situationen, die in einen bewaffneten Konflikt zu eskalieren drohen oder das betreffende Drittland oder die betreffenden Drittländer erheblich destabilisieren könnten.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/114171_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009)

Ziele der eigentlichen Sicherheitspolitik Europas werden so, in leicht adaptierter Form, zu Zielen der Entwicklungszusammenarbeit. So trägt diese Verordnung des Instruments „gemäß dem "Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik" von 2006 zu einem umfassenden Konzept bei, das verhindern soll, dass fragile Staaten, Konflikte, Naturkatastrophen und andere Arten von Krisen entstehen.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/114171_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009)

Aus den offiziellen Dokumenten der EU können beide Argumentationen herausgelesen werden: Einerseits ist Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von Krisenprävention ein Werkzeug der Sicherheitspolitik, andererseits ist die Sicherheitspolitik der EU bestimmender Konsens im Hintergrund der Entwicklungspolitik Europas. Das zeigt sich in der Gewichtung der konkreten Mittel: „Die Mittelausstattung für die Krisenreaktionskomponente - 91 Millionen Euro für 2007 - wurde 2007 fast vollständig aufgebraucht.

Was die geografisch ausgerichteten Maßnahmen anbelangt, so floss der Großteil der Mittel in afrikanische Länder südlich der Sahara (38,9 Mio. EUR bzw. 43 % des Gesamtbetrags).“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/114171_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Es ist meiner Ansicht nach damit eine rein theoretische Frage, ob nun Krisenreaktion als Teil der Entwicklungszusammenarbeit gesehen wird oder nicht – in der Praxis zeigt sich klar, dass Sicherheits – und Entwicklungspolitik Hand in Hand gehen und so die EU hier vor allem dort investiert, wo sie eigene Interessen hat und zwar in Afrika.

In diesem Sinne wird eine Entwicklungsperspektive der EU für Afrika im Versuch objektiv – und humanitär zu handeln zwar mehrdimensional sein, in einer tieferen Analyse aber wird sich zeigen, dass die Bereiche, die eigene Interessen abdecken – Rohstoffe und Sicherheit – doch wichtiger werden.

Zusammenfassend kann die bereits angesprochene Diskussion so beschrieben werden: „Politisch instabile Verhältnisse erschweren eine nachhaltige Entwicklung. Außerdem sind sie eine Belastung für die regionale Stabilität und die weltweite Sicherheitslage. Für die Entstehung solcher Situationen kommen mehrere Faktoren in Frage, wie die strukturbedingte Schwäche der Wirtschaft, Lücken in der demokratischen Staatsführung, Umweltzerstörungen oder der Zugang zu den Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen. In diesen Fällen ist der Staat unfähig oder unwillig, seinen Pflichten bei der Sicherung grundlegender Versorgungsleistungen, der Ressourcenbewirtschaftung, der Rechtsstaatlichkeit, der inneren Sicherheit sowie dem Schutz und der Förderung der Rechte und Freiheiten der Bürger nachzukommen.

Als wichtigster Träger für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe und durch ihre führende Rolle in welt- und sicherheitspolitischen Fragen hat die EU eine besondere Verantwortung, wenn es darum geht, auf instabile Situationen zu reagieren.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r13019_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Besonders interessant ist hier der direkte Zusammenhang von regionaler Stabilität und globaler Sicherheit: wenn es also darum geht, eigene globale Sicherheit zu garantieren, dann muss man demnach regional überall auf der Welt stabile Verhältnisse schaffen – durch eine nachhaltige (oben ausgeführt) und multidimensionale Entwicklungsperspektive. So „setzt die Entwicklungszusammenarbeit bei den tieferen Ursachen der Unsicherheit an.“ (Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r13019_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Auch wenn man es vielleicht will: Man wird in der aktuellen Diskussion dem hybriden Gedanken von Sicherheit durch Entwicklungsperspektiven nicht entkommen.

Ein weiteres Dokument der EU zeigt den sich erweiternden humanitären Bereich auf und dass sich der Sicherheitsgedanke noch viel tiefer als bisher aufgezeigt in den Entwicklungsdiskurs integriert hat : „ Konfliktverhütung muss in die Kooperationsprogramme einbezogen werden, denn Konflikte entstehen selten spontan, sondern spitzen sich in einem sich allmählich verschlechternden Prozess zu.

Daher sind Entwicklungspolitik und Kooperationsprogramme wirksame Instrumente zur Bekämpfung der tief liegenden Konfliktursachen. Sie stellen die Armutsverringerung in den Mittelpunkt.“ (Siehe:

http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12700_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Diese weitergehende Argumentation geht davon aus, dass Armutsbekämpfung im Zuge von Entwicklungspolitik und Kooperation als direktes Werkzeug zu sehen ist, um Konflikte, die die Sicherheit in jedem Bereich global bis lokal gefährden könnten, präventiv zu bekämpfen.

Interessant ist hier auch eine theoretische Übereinstimmung politischer Art und Weise im Bereich von Sicherheit und Entwicklung, die sich aber nicht unbedingt in den konkreten Werkzeugen vor Ort zeigt. So wird der Krisenreaktionsmechanismus wie folgt beschrieben: „Dieser Mechanismus löst Aktionen ziviler Natur aus, mit denen in bestehenden oder aufkeimenden Krisensituationen die für die ordnungsgemäße Ausführung und den Erfolg der Hilfe-, Unterstützungs- und Kooperationsstrategien und -programme erforderlichen Stabilitätsvoraussetzungen erhalten oder wiederhergestellt werden sollen.“

(Siehe: http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12701_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009) Es kann also von einer Aufteilung der Kompetenzen gesprochen werden: Schnelle Reaktionen stellen den sicheren Rahmen dar, in dem dann bereits länger durchgeführte Programme Erfolg haben können. Das zeigt eine Differenzierung der Werkzeuge bei den Entwicklungsperspektiven. Hier müssen wir im Fall der EU nicht nur humanitäre Perspektiven und das Eigeninteresse berücksichtigen, sondern in einer anderen Analyseebene Entwicklungsmaßnahmen von lokaler bis globaler Ebene, von kurzfristig – militärischem bis hin zu langfristig zivilem Charakter, vernetzt betrachten: Genau dies könnte eine Chance der gesamten EU - Entwicklungsperspektive sein, die in ihrer vielseitigen Differenzierung durchaus nachhaltig einwirken kann.

Wichtig ist auch, dass die EU – Entwicklungsperspektive für die Region Sudan/ Darfur nicht erst mit der humanitären Intervention zur Eindämmung der Krise begonnen hat. Bereits länger davor gab es umfangreiche Bemühungen der EU, hier Entwicklungshilfe im Sinne von humanitärer Assistenz anzubieten. Das zeigt sich in folgendem Bericht: „Since 1994, ECHO (Anm.: das European Community Humanitarian Office) has allocated close to €230 million in humanitarian assistance to both the north (Government-controlled areas) and the south (opposition-controlled). The main objective of ECHO's interventions has consistently been to save lives and relieve the suffering of the most vulnerable populations affected by

conflict and natural disasters.” (Siehe: http://www.eu-un.europa.eu/articles/en/article_3549_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009) Hier gibt es also ein humanitäres Einwirken der EU, lange bevor es zu einer offiziellen militärischen Intervention kommt. Damit zeigt sich die Notwendigkeit humanitäre Interventionen und humanitäre Entwicklungshilfe als integriertes, ineinandergreifendes System zu betrachten. Man kann durchaus behaupten, dass die ECHO – Bemühungen Vorbereitungen für die spätere Intervention waren. Interessant ist weiters die zu erkennende Aufteilung der Aufgaben: die ECHO – Hilfe soll die Situation für die Betroffenen verbessern; ist das auf diese Weise nicht mehr möglich, versucht man mittels einer (militärischen) Intervention das Ziel dennoch zu erreichen. Hier muss dann ein gleichzeitiges Wirken von Entwicklungsmaßnahmen und direkten Interventionsmaßnahmen gesehen werden. In diesem Sinne könnte man meinen, dass die Intervention an sich nur die Entwicklungsbemühungen unterstützen soll und dass nach dem Ende der Intervention das Einwirken im Entwicklungsbereich fortgesetzt wird.

Damit könnte die Intervention als Teil der Entwicklungsperspektive betrachtet werden. Konkret zeigt sich das in den Maßnahmen von ECHO, die bis heute kontinuierlich fortgeführt werden: “ECHO funds have been used to provide integrated emergency assistance to the affected populations, as follows: Protection activities (including awareness-raising among warring parties) aimed at preventing human rights violations and ensuring respect for international humanitarian law; Shelter; Non-food items such as clothing, blankets, soap, cooking utensils, water containers, sleeping mats and mosquito nets; Targeted therapeutic and supplementary feeding programmes as well as general food distributions; Provision of clean drinking water and improvements to sanitation installations; Primary health care services (including mobile medical teams).” (Siehe: http://www.eu-un.europa.eu/articles/en/article_3549_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009)

Damit zeigt sich eine langfristige, multidimensionale Entwicklungsperspektive der Union. Diese wurde aber in Bezug auf die flexible Konfliktdynamik in der Region, kurzfristig modifiziert um effektiver einzuwirken: „In close collaboration with its implementing partners, ECHO in Sudan has adopted a flexible programming approach which allows for the provision of a timely and effective response to the changing humanitarian circumstances due to conflict or disasters, such as population movements, including displacements or returns, or sudden disease outbreaks. ECHO has offices in Khartoum, Nyala in south Darfur and Juba in south Sudan.” (Siehe: http://ec.europa.eu/delegations/delsdn/en/eu_and_sudan/10.htm, letzter

Zugriff am 22.9.2009) Die Entwicklungsperspektive der EU ist also nicht statisch, sondern als flexible und dynamische Maßnahme zu betrachten, die versucht auf die Situation vor Ort möglichst gut einzugehen. ECHO ist so als Entwicklungsinstrument für kurzfristige Hilfe zu sehen, längerfristige Zusammenarbeit geschieht – vernetzt mit ECHO – vor allem durch andere Partner und Instrumente der EU: „The European Union’s mandate to ECHO [Regulation (CE) n° 1257/96] is to provide emergency assistance and relief to the victims of natural disasters or armed conflict outside the European Union. The aid is intended to go directly to those in distress, irrespective of race, religion or political convictions. ECHO’s task is to ensure goods and services get to crisis zones fast. Goods may include essential supplies, specific foodstuffs, medical equipment, medicines and fuel. Services may include medical teams, water purification teams and logistical support.” (Siehe: http://ec.europa.eu/echo/about/what/history_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009)

In obigem Dokument bezeichnet die EU ECHO als weltweit größte Institution für humanitäre Hilfe und behauptet zudem, dass seit der Gründung von ECHO 1992 die Verbesserung der humanitären Zustände in Krisengebieten außerhalb Europas in der EU einen wichtigen Stellenwert bekommen habe. Wir müssen also in der konkreten Betrachtung der Entwicklungsperspektive der EU drei Bereiche, die zusammenspielen, beachten: Die rasche militärische Intervention im humanitären Auftrag, ECHO als Agentur, die kurzfristig humanitäre Hilfe im zivilen Entwicklungsbereich ermöglicht, und dann die langfristigen Kooperationsprogramme der Union. Damit sehen wir, dass durch die Vielfalt der Werkzeuge der EU in diesem Bereich eine (oben konkret für ECHO erwähnt) global wichtige, multidimensionale Entwicklungsperspektive ermöglicht wird.

Die Dimension der Sicherheit durch Entwicklung und umgekehrt zeigt sich hier erneut: „Mit Hilfe eines einzigartigen Instrumentariums trägt die EU bereits jetzt zu mehr Sicherheit in der Welt bei. Wir haben uns dafür eingesetzt, Sicherheit für die Menschen zu schaffen, indem Armut und Ungleichheit verringert, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte gefördert, die Entwicklung unterstützt und die Ursachen für Konflikte und Unsicherheit angegangen werden. Die EU ist weiterhin der größte Geber für bedürftige Länder. Dauerhafte Stabilität erfordert ein langfristiges Engagement.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Datadocs_pressdataDEReports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009) Weitergehend: „Wie in der ESS und im Konsens zur Entwicklung (2005) anerkannt wird, ist eine nachhaltige Entwicklung ohne Frieden und Sicherheit nicht möglich und wird es ohne Entwicklung und Beseitigung der Armut keinen dauerhaften

Frieden geben.“ (Siehe: http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Datadocs_pressdataDEReports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009) Damit ist die Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeit beider Faktoren für eine Verbesserung vor Ort erneut offiziell belegt.

4.3 China

„Chinas Interesse an Afrika beschränkt sich dagegen mehr auf den Ausbau seiner eigenen geopolitischen Position und den erzielbaren wirtschaftlichen Nutzen.“ (Feichtinger 2009: 23 – 24) Damit können wir die chinesische Entwicklungsperspektive für Afrika und die Region Darfur so beschreiben: Wenn die Interessen Chinas berücksichtigt werden, dann wird es vordergründig auch Entwicklung geben – die aber rein wirtschaftlich orientiert ist und sich am chinesischen Prinzip der Nichteinmischung orientiert. Hier ist also keine positive Entwicklung im Bereich von Menschenrechten und Demokratie zu erwarten. Positiv zu sehen ist aber sicherlich, dass modernisierungstheoretisch und technisch mit den Chinesen eine Entwicklung im rein wirtschaftlichen Sinne am schnellsten und am wenigsten umständlich möglich ist. Wie schon in der zweiten Forschungsfrage über die Motivationen der Interventionen angeschnitten wurde, baut China auf eine fortschreitende Entwicklung des Südens und vor allem Afrikas – dazu muss hier wiederholt werden, was in der Bearbeitung der zweiten Forschungsfrage bereits gesagt wurde: „Die Entwicklungsländer verfügen über riesige Entwicklungspotentiale und sind daher eine wichtige Kraft in der internationalen Arena, um die Bildung einer neuen, gerechten und vernünftigen internationalen Ordnung zu fördern und den Frieden und die Entwicklung der Welt voranzutreiben.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009)

Eine bisher falsche, aktuell auch durch westliche Interventionen geprägte, Entwicklung soll also durch eine Süd – Süd – Kooperation mit China als bestimmender Macht, gegen den Norden gerichtet, ersetzt werden. Dieses Ziel sehe ich als eine der Hauptmotivationen Chinas für Interventionen an, besonders in Afrika, wo man aktuell noch am meisten Einfluss ausüben kann. Dieser Einfluss erfolgt noch nachhaltiger als durch Interventionen durch Entwicklungshilfe vonstatten – und in der Tat ist China auch in diesem Bereich, in Bezug auf unkomplizierte technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr aktiv.

In offiziellen Dokumenten klingt alles sehr freundlich: „Das chinesische Volk ist bereit, gemeinsam mit den friedliebenden Völkern der Welt zum Frieden und zur Entwicklung der Welt und zu einer noch glänzenderen Zukunft der Menschheit seine Intelligenz und Kraft beizutragen.“ (Siehe: <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009)

China will also durch seine Entwicklungsperspektive (aktuell besonders für Afrika) die weltweite, fortschreitende Entwicklung unterstützen. Hier kommen Ähnlichkeiten mit der Situation während des kalten Krieges hervor: Auch dort war man Freund und Unterstützer aller friedliebender Völker und unterstützte diese, solange diese Völker nicht kommunistisch – bzw. kapitalistisch waren.

Mit der Einteilung der Völker in friedliebende Völker und Andere, werden die Anderen automatisch als negative Akteure bewertet und die eigene Position wird als (einzige) positive Entwicklungsmöglichkeit betrachtet. Das ist dann allerdings kritisch zu hinterfragen. Auch haben die chinesischen Aktivitäten im Entwicklungsbereich nicht nur positive Folgen: “Mr. Anyidoho inspected progress on work carried out by the UNAMID Chinese engineering company – including the construction of two water dams – following recent heavy flooding in the makeshift camp.” (Siehe: News Highlights 04-08-2009) Damit zeigt sich ein sehr technischer Entwicklungsweg, der – typisch für Dammbauten – auch Opfer für diese Perspektive erfordert, die als typisch chinesische Perspektive gesehen werden muss. Die Sichtweise der chinesischen Kooperation in der Region ist aber relativ oft – durchaus aus den bereits angeführten kurzfristigen Vorteilen für die Betroffenen – positiv: „Während westliche SR-MS die Entscheidung der sudanesischen Regierung über die Ausweisung der NGOs kritisierten und auf gewisse Mängel bei der Zusammenarbeit mit der sudanesischen Regierung verwiesen, wurde die Kooperation von China und Libyen weit positiver gesehen.“ (Siehe: Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009)

4.4 Österreich

Die Entwicklungsperspektive Österreichs für Darfur ist schwer ersichtlich und nur indirekt zu beschreiben. Es muss festgehalten werden, dass Österreich auch in der Frage der Entwicklungsperspektive im Rahmen der EU betrachtet werden muss. Zur Entwicklungsperspektive der EU gibt es in dieser Arbeit eine umfangreiche Analyse. Kommen wir jetzt konkret zu Österreich: „Die Konzentration der OEZA liegt in Ostafrika auf den Schwerpunktländern Äthiopien und Uganda.“ (Siehe: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/ostafrika.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009) Derzeit (im Herbst 2009) ist eine konkrete Perspektive im Bereich der offiziellen EZA Österreichs für den Sudan bzw. für Darfur also nicht vorgesehen. Dennoch können prinzipiell die Leitlinien der österreichischen EZA auch auf Darfur übertragen werden: „Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) verfolgt ihre Ziele - Armut zu vermindern, Frieden zu sichern und die Umwelt zu erhalten - im internationalen Kontext.“ (Siehe: <http://www.entwicklung.at/entwicklungspolitik.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009)

Weiter: „Wichtige Grundlagen für die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit sind die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG)...“ (Siehe: <http://www.entwicklung.at/entwicklungspolitik.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009) Hier zeigt sich die österreichische Perspektive als dem Mainstream der UNO sehr ähnliche Sicht, mit den MDGs als Rahmen. Kommen wir jetzt in die Region Ostafrika: Hier vermerkt die ADA (Austrian Development Agency) drei Aspekte: „Österreichisches Know-How in den Bereichen Wasserversorgung und Siedlungshygiene ist in Ostafrika ein Begriff.“ (Siehe: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/ostafrika.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009)

Neben dieser technischen Perspektive gibt es eine weitere: „Weitere OEZA-Schwerpunkte in der Sub-Sahara-Region sind Programme und Projekte zu Versöhnung, Friedenssicherung und Demokratieentwicklung.“ (Siehe: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/ostafrika.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009) Das kann als besonders wichtig für die Region betrachtet werden, da Friedenssicherung und damit eine Erhöhung der Sicherheit der Menschen vor Ort eine Basis für jedwede weitere Entwicklungsperspektive sind. Generell hat die österreichische Perspektive in der Region folgendes Prinzip: „Hilfe zur Selbsthilfe (...) Durch Beratung und Begleitung beim Aufbau von Fachkapazitäten zur Distriktverwaltung und -entwicklung werden funktionierende Strukturen auf bezirks- oder gemeindeähnlichen

Ebenen geschaffen, um langfristig Eigenständigkeit zu erreichen.“ (Siehe: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/ostafrika.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009). Ownership ist demnach wichtiges Element der österreichischen Entwicklungsperspektive.

In bilateraler – und multilateraler EZA gibt es dann sehr wohl österreichische Beiträge (den österreichischen Leitlinien folgend) im Sudan: Ein Beispiel: “EMERGENCY AID PROGRAMME FOR SUDANESE REFUGEES FROM DARFUR - This contribution supports the UNHCR emergency aid programme in Sudan in providing humanitarian aid to refugees affected by the conflict in the Darfur region. The programme aims above all to protect refugees, particularly children, at the border with Chad and to provide refugees with drinking water.” (Siehe: http://www.entwicklung.at/uploads/media/Three-Year-Programme_06-08.pdf, letzter Zugriff am 17.10.2009)

Allerdings gibt es neben diesen allgemeinen Bemerkungen zur österreichischen Entwicklungsperspektive, hier von globaler hin zu lokaler Ebene angeführt, durchaus spezielle Aspekte für Darfur.

Der Konnex Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit als Werkzeug für diese tritt massiv in Erscheinung; so meinte man in Bezug auf die militärische Beteiligung Österreichs im Tschad: „Kritik gab es neuerlich an den Kosten des Einsatzes sowie von den Grünen daran, dass Teile davon der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zugerechnet werden. Darabos bezifferte die Kosten des Einsatzes wie schon zuvor mit 10 Millionen Euro, Spindelegger meinte, die Anrechnung auf die EZA sei nichts Neues, dafür gebe es genaue Richtlinien der OECD. Es würden Kosten für den humanitären Aspekt und jene, die mit der Verlegung der Truppen in den Tschad unmittelbar in Zusammenhang stehen, angerechnet.“ (Siehe: <http://derstandard.at/fs/1234508063627/Oesterreich-verlaengert-TschadEinsatz>, letzter Zugriff am 17.10.2009)

So könnte man auf den Punkt gebracht durchaus behaupten, dass eine humanitäre umfassende Entwicklungsperspektive Österreichs in der Region von Darfur nicht mittels klassischer EZA vertreten wird, sondern durch die militärisch – humanitäre – Beteiligung am internationalen Einsatz der EUFOR im Tschad.

Damit liegt Österreich im aktuellen internationalen Trend: Wie im obigen Zitat von Außenminister Spindelegger betont, ist es durchaus üblich militärische – humanitäre Interventionen als EZA zu betrachten. Damit akzeptiert man bewusst, dass einerseits durch eine militärische Vertretung einer Entwicklungsperspektive mehr Mittel da sind (man kann anfallende Kosten besser als EZA – statt als Militärausgabe verkaufen) und mehr gemacht werden kann. Andererseits akzeptiert man, dass Aspekte, die bisher eher der Zivilgesellschaft, NGOs, zuzuordnen waren, jetzt militärisch betrachtet werden – was für die Akzeptanz der Empfängerländer ein großer Unterschied ist. Österreichs Entwicklungsperspektive ist so nicht viel anders beschaffen als die der EU und der UNO – von den Rahmenbedingungen ausgehend, den MDGs bis hin zum neuen Problemfeld Sicherheit und Entwicklung.

Es ist allerdings zu beachten, dass Österreich als Spezialist – z.B. in der Wasseraufbereitung – durchaus Chancen hat, sich durch entwicklungspolitisches Engagement weiterhin global zu etablieren. Man vertritt einerseits eine breite, multidimensionale nachhaltige Entwicklungsperspektive, vertieft sich dann aber nur in bestimmten Regionen und in bestimmten Bereichen.

4.5 Die Afrikanische Union

„Die Afrikaner selbst haben spätestens seit der Jahrtausendwende mit einer Reihe von Initiativen die Perspektive auf dem Kontinent signifikant verändert, wie sich an wenigen Stichworten (Millenniumsziele, New Partnership for African Development, Afrikanische Union, African Peer Review Mechanism) belegen lässt. Sie wird genährt durch einige regionale Führungsstaaten, durch ausländische Investitionen und afrikanische Beteiligung an weltweiten Aufgaben.“ (Rummel 2009: 52) Diese Aufbruchsstimmung muss als Basis für die afrikanische Entwicklungsperspektive an sich gesehen werden. Darfur ist hier ein Brennpunkt, da in diesem Krisenfall die Möglichkeit besteht, durch ein eigenes Eingreifen zu zeigen, dass Afrika nicht mehr Empfänger fremder Entwicklungsperspektiven ist, sondern selbst aktiv wird. In Darfur versucht damit Afrika weltweite Aufgaben der Friedenssicherung zu übernehmen, was zeigt, dass es eine neue, umfassende Entwicklungsperspektive aus Afrika selbst gibt. In der Doktrin der ASF, der African Standby Forces (siehe Kapitel 7.2), „übernimmt etwa die Southern African Development Community (SADC) die Verantwortung für den Entwicklungsbereich.“ (Cilliers 2009: 133) Damit wird die Entwicklungsperspektive, wie auch im globalen Diskurs, vernetzt mit der sicherheitspolitischen Ebene gesehen. Das ist in der Frage der Wirksamkeit der afrikanischen Akteure nicht negativ zu sehen: Nach meiner Einschätzung ist das vernetzte Vorgehen der ASF mit zivilen und militärischen Komponenten ein Weg um sich schnell durchsetzen zu können, und damit zuerst kurzfristig – und dann langfristig positive Entwicklung zu betreiben.

In der Art und Weise, wie dann Entwicklung von Afrika selbst geschieht, würden die Afrikaner dann frühere Verhaltensmuster wiederholen und aus ihren Wohltätern den größten Nutzen ziehen. (Vgl. Cilliers 2009: 155) So würden bewusst wenig Ressourcen zur Verfügung gestellt, um dann darauf zu spekulieren, dass „ein durch die Verzögerungen frustrierter Geldgeber einspringt und die Mittel einbringt. Des weiteren besteht eine beachtliche Konkurrenz unter den internationalen Partnern Afrikas um herzeigbare Ergebnisse in der Hoffnung, damit an Einfluss gewinnen zu können.“ (Cilliers 2009: 155) Auch dieses Ausnutzen der vorhandenen Situation muss als Teil der afrikanischen Entwicklungsperspektive gesehen werden. Vom Prinzip her dreht sich hier alles um: Ist normalerweise eine Intervention in Afrika Werkzeug für westliche Mächte, um ihre Interessen zu vertreten, so ist in diesem Fall der westliche Geldgeber Werkzeug für Afrika, das geschickt vorgeht um den besten Entwicklungsweg für sich zu ermöglichen.

4.5.1 Entwicklungsperspektiven der Afrikanischen Union in offiziellen Dokumenten

Die Afrikanische Union betreibt Entwicklung parallel und gleichzeitig mit ihrem Intervenieren und ist in dieser Hinsicht ähnlich wie die anderen Akteure zu sehen, die Entwicklung und (sicherheitspolitisches-) humanitäres Intervenieren als ein in einander übergehendes Feld betrachten. Konkret wird von folgenden Aktivitäten der Mission berichtet: “African Union-UN mission in Darfur present funding for construction projects - 3 August 2009 – The African Union-United Nations peacekeeping operation in Darfur has provided a financial boost of almost \$250,000 for the construction of classrooms, toilets and water pumps in the violence-ridden region of Sudan. Henry Anyidoho, Deputy Joint Special Representative of the AU-UN mission (UNAMID), presented the Quick Impact Projects (QIPs) funding, which will also cover the construction of an x-ray wing for a local hospital, to non-governmental organizations (NGOs) yesterday on his visit to South Darfur.” (Siehe: News Highlights 04-08-2009) Die afrikanische Entwicklungsperspektive geht hier also multidimensional vor, von Bildung bis hin zur Gesundheitsversorgung.

4.6 Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur dritten Forschungsfrage

In den verschiedenen Statements sollen die verschiedenen Sichtweisen zur Forschungsfrage zum Ausdruck gebracht werden:

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungakademie Wien)

- Welche Entwicklungsperspektive haben Sie für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

Entwicklung ist nötig, um die Flüchtlinge zurückzuholen. Es gibt immer noch das nicht sehr gut funktionierende europäische - und dazu parallel das afrikanische System. Die Entwicklungsperspektive ist zwischen diesen beiden Polen zu sehen. Eine generelle Spannung aufgrund der kolonialen Vergangenheit ist immer noch zu sehen. Das ist in der politischen Dimension von Entwicklung zu berücksichtigen. Man müsste mit den Menschen kommunizieren, das würde lange dauern, hätte dann aber Chancen.

Man muss politisch und ökonomisch gemeinsam entwickeln. Wenn es Sicherheit und medizinische Versorgung nur im Flüchtlingslager gibt, wird man dort bleiben. Die Entwicklung einer sicheren Situation ist die Basis für das weitere Leben. Dann kann Entwicklung stattfinden, mit neuen Chancen. Dazu ist zudem lokale Ownership nötig.

DI Slatin:

(Präsident der österreichisch – sudanesischen Gesellschaft)

- Welche Entwicklungsperspektive haben Sie für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

Die Situation ist folgende: Es gibt den von der Regierung des Sudan angebotenen Vertrag für Darfur, der aber nur teilweise (eine von drei Parteien aus Darfur hat unterschrieben) unterzeichnet wurde. Seit damals leistet Darfur aktiven Widerstand gegen den Frieden. Es ist auch nicht in Ordnung, dass die sudanesische Regierung die Janjaweed gegen die Rebellen einsetzt, im Sudan hat man aber sonst keine Möglichkeit, sich zu wehren. Ich war vor kurzem in Darfur und habe mich nicht unsicher gefühlt, es gibt dort keinen Krieg, sondern nur Scharmützel. Die dort lebenden Stämme sind Selbstversorger und es geht ihnen gut. Die kleinen Überfälle sind nicht besonders – so etwas gibt es schon seit 200 Jahren. Es gibt wahrscheinlich auch neue Öl – Lagerstätten in Darfur, das erklärt, warum die Rebellen die Verträge nicht akzeptieren. Die USA stehen hinter den Rebellen, um durch das neue, zu erwartende Öl aus Darfur die Situation vor Ort mit China auszugleichen: Damit hätten dann beide Großmächte Einfluss auf bestimmte Ölreserven im Sudan. Der sudanesische Staat will natürlich den Gewinn aus den Ölfeldern um Entwicklung voranzutreiben. Unterirdisch gibt es in Darfur auch genügend Wasser, das müsste genutzt werden. In diesem Sinne sollte Entwicklung durch konkrete Projekte mit Hilfe zur Selbsthilfe (Wasserversorgung sichern etc.) geschehen und nicht reine, uneigenständige Hilfe. Mir ist hier nicht klar, worum in der aktuellen Situation in Darfur in der Entwicklungsfrage gestritten wird: In Darfur sehe ich das radikale Prinzip, dass sich Überbevölkerung wieder dezimiert, solange bis eine ausreichende Nutzung der bestehenden Ressourcen wieder gegeben ist.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Welche Entwicklungsperspektive haben Sie für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

Die landwirtschaftliche Entwicklung muss vorangetrieben werden. Das frühere System bestand aus Bauern und Nomaden. Dies ist aber zerstört. Falls es möglich ist, müssen die Bauern zurückkommen und wieder die Felder bestellen. Das ist schwer, weil die jungen Leute nicht zurückkommen wollen: sie kennen seit ihrer Vertreibung die Städte und bleiben lieber dort. Der UNAMID wird oft erzählt dass die Dörfer von den Janjaweed besetzt wären und dass man deswegen nicht zurück kommen könne. Das ist aber bei Überprüfung nicht der Fall und falsch, da die Janjaweed überwiegend als Nomaden leben und kein Interesse an den Bauerndörfern haben. Einerseits ist es wichtig vor Ort Sicherheit zu garantieren, um eine Rückkehr und Entwicklung zu ermöglichen. Ein zweiter Aspekt ist aber auch die Versorgungsmentalität: Man will oft nicht zurück, da Lebensmittel und Wasser in den Flüchtlingslagern ausreichend vorhanden sind. Es ist also nötig, die Nothilfe zu beenden um eine Rückkehr zu initiieren. Das wird allerdings auch von der sehr schlechten Zusammenarbeit mit dem Sudan behindert.

Univ. - Prof. Dr. Walter Sauer:

(Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik in der SPÖ, Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB und Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC) in Wien.)

- Welche Entwicklungsperspektive haben Sie für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

Der ÖGB hat keine konkrete Entwicklungsperspektive für Darfur. Man ist im internationalen Gewerkschaftsbund tätig. Die Partner dort, andere Gewerkschaften, sind im formellen Bereich tätig, im Sudan bei der Eisenbahn. Generell gibt es in der Region nicht viel in diesem Bereich, in Khartum und in den Zentren wird es wohl Gewerkschaften geben, in Darfur eher nicht. Damit ist Darfur kein großes Thema, allerdings bezogen auf allgemeine menschenrechtliche Sichtweisen schon. Afrika generell ist für den ÖGB schon wichtig – es gibt Kooperationen mit dem Bergbau, mit Landarbeitern und dem öffentlichen Dienst. Heute steigt Kinderarbeit in Afrika wieder an, das ist ein aktueller Aspekt. Das Thema der Entwicklungspolitik des ÖGB ist generell eine neue Weltwirtschaftsordnung, mit gerechten Rohstoffpreisen und Auswegen aus der Schuldenfalle. (Anm.: und das betrifft Afrika natürlich massiv.) Man macht keine konkreten Projekte, sondern kooperiert dort, wo es Gewerkschaften gibt.

5 Vergleichende Einschätzungen und Resultate

5.1 zur 1. Forschungsfrage

Welche Kriterien braucht man um international einzugreifen: wann und wie ist ein Eingreifen gerechtfertigt bzw. unbedingt erforderlich ?

Kriterien spiegeln immer die Interessen der jeweiligen Akteure wieder. Um dennoch gute Kriterien – unter Beachtung der Menschenrechtsproblematik und des Eurozentrismus – zu erstellen, sind gewisse Richtlinien zu beachten. „Die Beschäftigung mit der Bevölkerung im Interventionsgebiet ist notwendig. (...) Die Intervenierenden glauben, dass sie den Konflikt für die Betroffenen lösen können und müssen. Internationales Krisenmanagement kann diese Leistung allerdings kaum erbringen, sondern „nur“ ein Umfeld schaffen, in dem eine gewaltfreie Konfliktaustragung durch Zusammenarbeit der Betroffenen mit oder ohne Unterstützung vonseiten Dritter ermöglicht wird.“ (Hainzl 2009: 182) Weiters: „Auch die Intervenierenden sind von ihren jeweiligen Gesellschaften geprägt. Da Interventionen in der Regel nicht von einem Akteur alleine durchgeführt werden, mischen sich aufseiten der Intervenierenden die unterschiedlichsten Kulturen und Verhaltensweisen.“ (Hainzl 2009: 182) „Im Interventionsgebiet prallen soziale Felder aufeinander, die bisher nicht oder kaum miteinander interagierten und weitgehend autonom funktionierten. Es wäre daher erforderlich, ein Bewusstsein darüber zu entwickeln, dass durch Interventionen ein neues, zusätzliches Feld, das Feld der Intervention entsteht.“ (Hainzl 2009: 189)

Damit sind Kriterien nicht mehr als rein objektiv – idealistischer Versuch einer internationalen Regelung für die konkrete Interventionsentscheidung zu sehen, sondern müssen dynamisch auf dieses neue Feld eingehen. Sie sind zu Beginn eine Basis dieses Feldes, vermischen sich dann mit der Empirie vor Ort und den aktuellen und historischen Kräfteverhältnissen und spiegeln in dieser Sichtweise am Ende der Intervention im Idealfall eine dynamische Weiterentwicklung der Situation und der ursprünglichen Kriterien wieder. Konkret könnte folgendes Grundlage einer aktuellen Diskussion über neue Richtlinien sein : „Die Intervenierenden der internationalen Gemeinschaft und die Bevölkerung im Interventionsgebiet bilden wiederum ein eigenes, gemeinsames soziales Feld. (...) Intervenierende werden Teil einer Struktur. Sie können nicht abstrakt, sondern sollten konkret als Akteure in diesem Feld wahrgenommen werden, die lokale Machtverhältnisse, aber auch sich selbst verändern.“ (Hainzl 2009: 182) Diese Sichtweise zeigt uns, dass Kriterien immer insofern subjektiv sind, dass sie durch die dahinter stehende Kultur des Akteurs geprägt sind.

Damit muss klar sein, dass diese Subjektivität immer beachtet werden muss und dass das Ideal von rein humanitären, objektiven Kriterien nur dann erreicht werden kann, wenn es irgendwann einen globalen Konsens im Sinne einer Leitkultur, die ein gemeinsames Wertesystem mit sich bringt, geben sollte. Die Diskussion, ob man ein globales Menschenrechtsregime als solche Leitkultur sehen kann, wurde in dieser Arbeit bereits geführt und muss als eurozentristisches Problemfeld bewertet werden. „Sich als Interventionsgesellschaft zu verstehen, die alle Akteure als ein soziales Feld erfasst, wäre ein erster Schritt“ (Hainzl 2009: 190) hin zu einem Konsens über Ziel – und Erfolgsvorstellungen. - „Bisherige Versuche, Krisenmanagement ohne die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung zu betreiben, vor allem aber ohne jene Personen, die sich als „kapitalstarke“ Akteure präsentieren, hat nach bisherigen Erfahrungen eher dazu geführt, dass internationale Kräfte Teil des Konflikts und nicht notwendigerweise Teil einer Lösung werden. Beispiele dafür finden sich in Afrika – man denke an Somalia (...) – genauso wie im Irak oder in Afghanistan.“ (Hainzl 2009: 187)

Hainzl zeigt hier einen sehr wichtigen Aspekt, der sich durch fast alle Kriterienkataloge zieht: Die Einbeziehung der Betroffenen, ohne die ein nachhaltiges Eingreifen nicht möglich ist. In der Tat müssen die erwähnten Beispiele, die Hainzl als Misserfolge bewertet, als Desaster gesehen werden: Besonders das Versagen in Somalia hat in Bezug auf die Entwicklung neuer Kriterien eine wichtige Rolle gespielt und das Verhalten der USA hier besonders geprägt. Damit kommen wir zum nächsten Punkt: Kriterien sind bis jetzt nicht statische Bestimmungen, sondern sie werden dynamisch in jeder Situation anders gesehen, verändern sich und folgen den Interessen der Kriterien erstellenden Akteure. Es geht hier um eine Wechselbeziehung: einerseits wirken diese dynamischen Veränderungen auf die Anwendung und Weiterentwicklung der bestehenden Kriterien ein, andererseits wirken auch Kriterien selbst wiederum auf die Situation vor Ort ein, man kann von einem sich abwechselnden System von Empirie und Theorie sprechen.

Diese beiden Aspekte sind die treibenden Kräfte in der dynamischen Entwicklung der Interventionskriterien. Man darf also weder rein theoretisch, völkerrechtlich, noch rein situationsbezogen, historisch ableitend arbeiten. Das Feld der Interventionskriterien erstreckt sich zwischen diesen beiden Polen, die beide zu beachten sind.

Feichtinger und Hainzl fassen sehr gut zusammen, welche grundlegenden Gedanken bei der Erstellung und Bewertung der Kriterien für eine positive Intervention eine Rolle spielen müssten; sie gehen dabei – wie zum Großteil auch diese Arbeit – vom analytischen Konsens der EUFOR Tchad/ RCA – Mission aus.

- „Die Konflikte in der Region dürfen nicht als einzelne, isolierte Auseinandersetzungen betrachtet werden, da eine grenzüberschreitende Konfliktdynamik wesentlichen Einfluss auf die Entwicklungen hat.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 192) So seien die Konfliktsysteme historisch gewachsen – was die Integration der Hintergründe nötig macht. Weiters führt die Stabilisierung eines Gebietes im Sinne eines Pull – Effektes zu Veränderungen in der Nachbarregion: Flüchtlingslager im sicheren Bereich ziehen so auch Menschen von woanders an. Damit muss es ein Ziel sein, alle betroffenen Regionen möglichst gleichzeitig zu stabilisieren. (Vgl. Feichtinger/ Hainzl 2009: 192 – 193)
- „Rein humanitäre Missionen können bestenfalls in Teilbereichen zu einer Linderung der Leiden führen, greifen aber generell zu kurz.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 193) In der Bearbeitung der Kriterienfrage kommt dieser Aspekt heraus: so wird fast immer als Basis des humanitären Intervenierens eine bereits gesicherte Ausgangslage gesehen. Also müsste zuerst ein militärischer Einsatz kommen, auf den dann der humanitäre Aspekt aufbauen kann.
- Negative Mandate für Interventionen sind Symptom – Mandate, die nur einzelne Folgen des Konfliktes bekämpfen und Feigenblatt – Mandate, die „humanitäre Gründe den eigentlichen politischen Zielsetzungen“ vorschieben. (Feichtinger/ Hainzl 2009: 193) Diese Mandate sind in ihrer Form sicher unzureichend, in einer realpolitischen Sichtweise müssen aber auch sie als Weg zu einer zumindest teilweisen Verbesserung der Situation gesehen werden. Feigenblatt – Mandate wird es immer geben, solange die Eigeninteressen der Akteure so vital wie bisher bleiben; dazu mehr in Kapitel 3 bzw. 5.2.
- Eine klare Arbeitsteilung ist nötig, die Ziele sind oft zu breit und zu ambitioniert. „Es wäre oft besser, sich auf kleinere, vermutlich medial weniger gut vermarktbar Ziele und Projekte zu konzentrieren, die auch langfristig verfolgt werden können.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 194) Dass das durch die wichtige Rolle der Medien und den Druck der Öffentlichkeit Ergebnisse zu erzielen sehr schwer sein wird, erklärt sich von selbst.

- „Regionale Konfliktlösungsmechanismen sollten grundsätzlich Vorrang (...) haben.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 194) Wenn es keine starke regionale Organisation gibt, dann muss die UNO diese unterstützen oder ersetzen; ein komplementäres Zusammenwirken kann hier zum Erfolg führen: „In der Region Sudan – Tschad – Zentralafrikanische Republik scheint das Akteursdreieck UNO – EU – AU (...) in der Lage zu sein, zielgerichtetes Konfliktmanagement in strukturierter Form zu betreiben. Diese Kooperation könnte zum Modellfall zukünftiger Einsätze werden.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 194)
- Die Bemühungen um Frieden werden von zu vielen Akteuren durchgeführt. Ein straffes Vorgehen wäre besser; dazu braucht es eine, alle Aktivitäten koordinierende Kerngruppe. „Für die Europäische Union könnte es durchaus attraktiv sein, sich in diesem Bereich vermehrt zu engagieren und zu versuchen, einzelne Initiativen zu bündeln.“ (Vgl. bzw. direkt zitiert: Feichtinger/ Hainzl 2009: 194)
- „Ein umfassendes Konfliktmanagement sollte (...) auch den Einsatz erfahrener Mediatoren vorsehen, um in einer Post – Konflikt – Situation die Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft zu verringern.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 196) Das zeigt die Notwendigkeit einer langfristigen Interventionsperspektive, die umfassend auch die Gesellschaft von innen heraus betreffen muss, um nachhaltig Erfolge zu erzielen und nicht nur kurzfristig Frieden zu schaffen.
- Es „sollte eine gemeinsame (Re-) Konstruktion der Lage durch alle Beteiligten stattfinden, um zu einer gemeinsamen Sichtweise der Situation zu kommen.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 198) Damit können Fehler vermieden werden, die auftreten, wenn übereilt und nur aus der eigenen, oft westlich geprägten Weltsicht heraus, interveniert wird.
- „Bereits vor jeder Intervention sollte (...) kritisch untersucht werden, was unter den gegebenen Umständen mit den real erwartbaren Mitteln tatsächlich erreichbar scheint. Das Resultat sollte (...) auch zu einer (...) Ablehnung einer Mission führen.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 198) „Bei teilweiser Zielerreichung“ überwiegt die Enttäuschung „und die entscheidende Unterstützung durch die lokale Bevölkerung“ geht verloren. (Feichtinger/ Hainzl 2009: 198) Man sollte also lieber nicht als nur halbherzig eingreifen; das spricht gegen eine idealistische Sichtweise und wird sicherlich durch den von den Medien oft aufgebauten Interventionsdruck nicht einfach gemacht. Wird dieses Prinzip aber durchgezogen, so wird das Ergebnis langfristig sicher nachhaltiger und für alle Beteiligten besser sein.

5.2 zur 2. Forschungsfrage

Warum ist man für/ gegen ein internationales Eingreifen in der Region Darfur; welche historischen Hintergründe spielen für die verschiedenen Motivationen eine Rolle ?

Als Zusammenfassung der Thematik der Motivationen der Akteure möchte ich, Feichtinger zitierend, die strategischen Interessen der wichtigsten hier bereits bearbeiteten Mächte anführen. Diese Interessen müssen wir als Basis der Motivation erkennen, die dann zu einer Intervention oder Nicht – Intervention in Afrika generell und in Darfur im Speziellen führen.

	Ökonomie	Sicherheitspolitik	Geopolitik	Ökologie
China	hoch	gering	hoch	gering
USA	hoch	hoch	hoch	gering
EU	mittel	hoch	mittel	mittel

(Siehe: Feichtinger 2009: 22)

Wie in der konkreten Bearbeitung der Forschungsfrage schon erwähnt, zeigen sich hier die Interessen im Hintergrund: Wir sehen anhand der Tabelle sofort, dass die USA und Europa einen sicherheitspolitischen Schwerpunkt aufweisen, während China die Wirtschaft und die Geopolitik wichtig ist. Generell zeigt sich, dass die EU vermehrt „sanfte“ Themen als wichtig betrachtet, etwa die Ökologie. Wie schon früher angeführt, bezieht sich das auch auf die humanitären Grundsätze selbst, auf Menschenrechte und Demokratie, die sowohl die USA als auch die EU als wichtig erachten, die EU vertritt diese jedoch vehementer. Generell muss es die Motivation jeder Macht sein, die sich global etablieren will, in Afrika mitzuspielen: „Denn im Zeitalter der Globalisierung und geopolitischen Neuordnung führt an Afrika kein Weg mehr vorbei. Europäisches Engagement in Afrika ist daher keine Prestigeangelegenheit, sondern ein zwingendes Erfordernis, wenn die EU ein globaler Akteur von Bestand sein will.“ (Feichtinger 2009: 28)

Damit wäre es nötig, dass die EU auch im Bereich der Geopolitik hohes – und nicht nur mittleres Interesse an Afrika zeigt: Hier zeigt sich das Problem der unterschiedlichen Strömungen in Europa selbst. Während die offizielle Linie der EU die Politik des vorhergehenden Zitates vertreten möchte, um global zu agieren und sich zu etablieren, ist die Zustimmung dazu in den Nationalstaaten Europas und vor allem in der Bevölkerung nicht immer vorhanden. „Ein Vergleich zwischen Frankreich, Irland, Polen, Schweden und Österreich macht das sehr deutlich. Völlig unterschiedliche Erfahrungen sowohl im Krisenmanagement als auch mit der Region, innenpolitische Diskurse und nationales politisches Selbstverständnis hatten zum Ergebnis, dass das EU – Engagement in den

jeweiligen Staaten völlig unterschiedlich wahrgenommen und ein und dieselbe Mission ebenso dargestellt wurde. (...) Über Medien wird ein Bild, das im Herkunftsland vom Missionsraum gezeichnet wird, wieder in den Einsatzraum zurückgetragen und bestimmt damit wiederum Sichtweisen und Handlungen der Intervenierenden.“ (Hainzl 2009: 183) Diese Problematik spielt besonders in der EU eine Rolle, die homogen auftreten will, mit homogenen, globalpolitischen Motivationen, die das bis jetzt aber nicht überzeugend kann, weil die Motive und die Sichtweisen ihrer Mitglieder nicht übereinstimmen. Hier geht es um eine historische Prägung, vor allem im Sinne früherer Kolonialgeschichte, die bis heute in Bezug auf realpolitische Motivationen bestimmend – vor allem in der Öffentlichkeit – einwirkt.

5.3 zur 3. Forschungsfrage

Welche Entwicklungsperspektive haben die verschiedenen Akteure für die Region Darfur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Dimension ?

Wir müssen in der Frage der Entwicklungsperspektiven von zwei Seiten ausgehen: Einerseits spielt die Entwicklungsgeschichte bereits für die Intervention selbst eine wichtige Rolle: „Besonders bedeutend sind dabei die Entwicklungsgeschichte der jeweiligen Konflikte sowie regionale kulturspezifische Fragestellungen, deren Kenntnis den Schlüssel zum Erfolg internationaler Friedensbemühungen darstellen kann.“ (Feichtinger / Hainzl 2009: 191) Die Entwicklungsfrage an sich muss demnach bereits in der Interventionsentscheidung eingebunden und beachtet werden, um erfolgreich einzugreifen. Dann ist eine Überleitung von der kurzfristigen Intervention hin zu langfristiger Zusammenarbeit nötig, um Entwicklungsperspektiven für die Zeit nach der Intervention zu ermöglichen. Die Entwicklungsfrage steht also in der gesamten Thematik der Interventionen im Hintergrund und ist Schlüsselement eines nachhaltigen Intervenierens. Im besten Fall lernt man aus der Entwicklungsgeschichte und setzt sein Vorgehen dann mit einer Entwicklungsperspektive fort, die negative Aspekte vergangener Entwicklung (die eventuell auch zum Ausbruch des Konflikts, der dann die Intervention nötig macht, geführt haben könnte) berücksichtigt.

„Entscheidend kann (...) sein, ob durch das internationale Krisenmanagement nur Momentaneffekte erzielt werden oder ob dadurch auch Fähigkeiten und Kapazitäten vor Ort geschaffen werden. Denn nur dann, wenn Friedensbereitschaft gegeben und das entsprechende Know – how für die Gesamtentwicklung der Gesellschaft vorhanden ist, können Rückfälle vermieden und eigenständige Stabilität erzielt werden.“ (Feichtinger/

Hainzl 2009: 199) Damit ist eine langfristige Entwicklungsperspektive mit lokaler Ownership nötig um Erfolge längerfristig zu bewahren. Das braucht viel Geduld: Krisen – und Konfliktmanagement stellt „meist eine sehr aufwendige und langwierige Verpflichtung“ dar. (Feichtinger/ Hainzl 2009: 199) „Das sollte allen Akteuren bewusst sein, sie aber auch nicht entmutigen. Denn erstens können damit Rückfälle in bewaffnete Auseinandersetzungen vermieden werden, und zweitens ist es ja durchaus möglich, den Aufwand sukzessive zu reduzieren. Ein langfristiges Engagement meint aber keinesfalls das „Einfrieren“ eines Konfliktes, sondern dessen stufenweise Lösung und den nachhaltigen Aufbau stabiler Verhältnisse.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 199) Das zeigt uns, dass Entwicklung und kurzfristige Intervention Hand in Hand gehen. Im besten Fall ist bereits in den Grundsätzen der Intervention eine dynamische Entwicklungsperspektive inkludiert. Diese sollte vor Ort dann konkretisiert werden und kann, wenn sie langfristig unterstützt und lokal verankert ist, den Erfolg der Intervention festigen und eine stabile Situation ermöglichen.

In den aktuellen Ansätzen zu humanitären Interventionen ist diese Verflechtung mit Entwicklungsaspekten meistens bereits berücksichtigt. In diesem Sinne ist der oft gesehene Widerspruch von Sicherheits – und Entwicklungspolitik bzw. der Streit um die Verwendung von EZA – Geldern für sicherheitspolitische Zwecke nicht als Widerspruch an sich zu sehen. In einer fortlaufenden Entwicklung greifen beide Aspekte ineinander und ermöglichen einander gegenseitig – durch das Schaffen sicherer Voraussetzungen wird Entwicklungshilfe möglich und durch Entwicklungshilfe wird ein nachhaltiger Erfolg einer sicherheitspolitischen Intervention erst vor Ort verankert. Problematisch ist es nur, wenn die EZA – Gelder für sicherheitspolitische Aspekte verwendet werden, die offensichtlich nur westlichen Interessen dienen und die Situation vor Ort nicht längerfristig verbessern; dann würde man von einem Feigenblatt – Mandat sprechen, über das bereits in Kapitel 5.1 geschrieben wurde, und das nicht als positiver Weg zu sehen ist.

6 Exkurs : Analyse von NGOs in Darfur

Hintergründe und Probleme bei Interventionen von NGOs.

„Ist die politische Intervention klar definiert, dann ist es für humanitäre Organisationen nicht schwer, eine Position dazu einzunehmen, mitzuarbeiten oder sich entgegenzustellen. (...) Gefährlich sind Einsätze ohne festes Ziel, bei welchem das Bestreben, die humanitären Organisationen zu schützen (die das gar nicht verlangen) an die Stelle einer gründlichen Reflexion über die Ziele der bewaffneten Intervention tritt.“ (Herrmann 1997: 299) Das zeigt meiner Ansicht nach das Hauptproblem humanitärer Organisationen in Krisengebieten auf: ich sehe hier die Notwendigkeit einer multidimensionalen Vernetzung von Politik, Militär und NGOs, damit die Strukturen und Ziele klar sind und damit eindeutig zu sehen ist, woran man ist. In der Frage dieser Vernetzung spielt das Militär eine wichtige Rolle: „In den frühen Planungsphasen muss das Militär unter Umständen eine führende Rolle als Schnittstelle zwischen den UN – Organen und den NGOs, die bereits vor Ort sind, übernehmen.“ (Cilliers 2009: 139)

Es ist also für NGOs wichtig, das richtige Verhältnis zum Militär vor Ort aufzubauen. Ist dieses zu schwach, werden die Chancen auf Erfolg gering sein, ist dieses zu stark auf das Militär hin orientiert, ist der Erfolg zwar schneller zu erzielen. Dafür könnte man zum Feindbild für die Parteien vor Ort werden, die gegen eine Intervention sind und dies in einer Abwehr der militärischen Komponenten zum Ausdruck bringen. Konkret: “Some links between humanitarians and the military are essential as military logistics are often needed for large and rapid humanitarian interventions. However, this should not be regarded as the norm, and where links do exist, the respective roles should be clearly defined and in line with their respective mandates. “(Siehe: http://ec.europa.eu/echo/aid/humanitarian-space_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009) Klare Rollenaufteilungen sind also unbedingt nötig.

Die Konfliktparteien vor Ort verbinden, wenn dies nicht klar ist, im Extremfall die NGO direkt mit den militärischen Interessen. Das erhöht dadurch das in Krisengebieten ohnehin hohe Risiko für die Mitarbeiter vor Ort – beispielhaft durch einen aktuellen Bericht von Ärzte ohne Grenzen unterstrichen: „Nach einem bewaffneten Überfall auf einen Compound von Ärzte ohne Grenzen in der Nacht vom 4. August (Anm.: 2009) in Adé im Osten des Tschad, nahe der Grenze zum Sudan, wurden zunächst ein internationaler und ein nationaler Mitarbeiter vermisst. Während der tschadische Mitarbeiter am Freitag sicher zurückkehrte, ist Ärzte ohne Grenzen nach wie vor tief besorgt über den noch immer vermissten internationalen Mitarbeiter. Wie von verschiedenen Quellen im Sudan und im Tschad

bestätigt wurde, wird er von einer unbekanntem bewaffneten Gruppe festgehalten.“ (Siehe <http://www.aerzte-ohne-grenzen.at/hilfeinsaetze/artikel/details/tschad-mitarbeiter-von-aerzte-ohne-grenzen-nach-ueberfall-von-unbekannter-gruppe-festgehalten/>, letzter Zugriff am 15.9.2009)

Die Tatsache, dass in diesem Fall der tschadische Mitarbeiter schnell wieder frei kam, während der internationale Mitarbeiter weiterhin festgehalten wurde, ist bezeichnend für das Dilemma von NGOs mit internationalen Helfern im Krisengebiet. Sie sind nicht immer gut geschützt und werden damit beim Versuch zu helfen zu begehrten Opfern der Konfliktparteien. Diesen ist klar, dass sie bei der Entführung eines internationalen Helfers mehr Aufmerksamkeit bekommen als wenn sie einheimische Helfer überfallen würden. In der Interventionsentscheidung von NGOs muss dieses Risiko bedacht werden. Oft müsste es klüger sein, mit wenigen internationalen und hauptsächlich einheimischen Helfern zu arbeiten.

Das mindert einerseits das Risiko vor Ort und erhöht zudem die Verankerung der Hilfsmaßnahmen in der lokalen Bevölkerung, dies ist sicherlich nachhaltiger. Versucht man seine notwendigen internationalen Mitarbeiter durch gute Kontakte zum intervenierenden Militär zu schützen, kommt es wiederum zum oben beschriebenen Problem des Interessenskonfliktes, indem lokale Akteure dann die NGO als Werkzeug des Militärs sehen und als Feindbild betrachten: „Humanity; independence, neutrality and impartiality – these principles are sacrosanct. They are the foundations of humanitarian aid and should protect relief workers, enabling them to operate freely. The reality is very different, for various reasons. One is ethnic and religious division and radicalisation, exacerbated by the globalisation of information. This sadly has led many people to think that the American volunteer in Afghanistan or the French doctor in Chad is no longer "neutral". (...)To those perpetrating the attacks, it has become increasingly difficult to identify what constitutes a genuine "humanitarian".“ (Siehe: http://ec.europa.eu/echo/aid/humanitarian-space_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009)

Das zeigt uns die große Differenz zwischen Theorie und Praxis und die zunehmende Schwierigkeit, humanitäre Absichten wirklich zu erkennen. Dazu gibt es einen Konsens der EU zur Rolle des humanitären Raums: “The Consensus was established to defend the principles of humanitarian intervention and the rights of the victims. It focuses on ways of

enabling humanitarian professionals to carry out their work around the world, assisting the millions of people who rely on European solidarity in times of need. It also highlighted the importance of protecting the humanitarian space. With the adoption of this important document, a key aim is to roll back the tide of violence that engulfs so many people in crisis zones, as well as those trying to come to their assistance.

The clear message is that everyone must respect the humanitarian space: this is vital to the survival of millions of innocent civilians.” (Siehe: http://ec.europa.eu/echo/aid/humanitarian-space_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009) In der Theorie zeigt sich sehr schön der Versuch, den humanitären Raum abzugrenzen und zu respektieren – damit könnten, wenn dies auch in der Praxis gut funktionieren würde, auch die NGOs besser und abgesicherter agieren. Nun kann aber ein von Europa geschaffener humanitärer Raum durchaus als Raum für die Absicherung europäischer Interessen mit dem Menschenrechtsregime im Vordergrund kritisiert werden: Damit zeigt sich für uns das Problem der Objektivität, das immer bestehen wird.

Konkret zeigt sich das oben diskutierte Problem auch im Sudan und in Darfur: “Despite the 2004 ceasefire and the Darfur Peace Agreement signed in May 2006, many areas of Darfur have become increasingly insecure. Growing violence is reported against civilians and entire villages are still being emptied. Reaching the millions of vulnerable people has become increasingly difficult. More and more ‘no go’ areas are springing up and, in January, access was down to 64% across the region as a whole. (...)The European Commissioner for Development and Humanitarian Aid, Louis Michel, has expressed his "grave concern over the continuing violence against civilians in Darfur, as well as about the deteriorating security conditions for humanitarian organisations". On 23 February he launched "a new appeal to all parties involved in the conflict to guarantee the integrity of humanitarian organisations and respect for their personnel.” (Siehe: http://ec.europa.eu/echo/aid/stories/africa17_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009)

Real funktionieren die Prinzipien des humanitären Raumes, der zu respektieren ist, also zumindest im Sudan (noch) nicht. Das zeigt sich auch in aktuellen Berichten der Afrikanischen Union: im COMMUNIQUE OF THE 198TH MEETING OF THE PEACE AND SECURITY COUNCIL – das Security Council “Notes that the security situation on the ground has generally been calm over the past few months. Nevertheless, Council expresses concern at the occasional armed clashes that have taken place between various armed parties,

including the incidents that took place in Muhajirya and around Karnoi and Um Buru, in January and May 2009 respectively, inter-tribal fighting among Arab communities, kidnapping of humanitarian workers and the prevailing insecurity in and around the IDP camps, as well as tensions along the Chad-Sudan border;” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Die Situation wäre also generell ruhiger geworden, aber noch nicht nachhaltig sicherer. Konkret gibt es wieder negative Meldungen: “KHARTOUM, August 17, 2009 (AFP) - The recent wave of kidnappings of aid workers in Darfur has added yet another problem to the many already facing humanitarian agencies that operate in the war-torn province in western Sudan. "The worst has happened, we are closing down," said Erwan Le Grand, general representative of France's Aide Medicale Internationale (AMI), which is shutting its Sudan office in the wake of a series of incidents this year.” (Siehe: News+Highlights+18-08-2009) Humanitäre Hilfe von internationalen Organisationen wird also bereits reduziert und eingestellt.

Der Schutz von humanitären Organisationen war grundlegend in der Entwicklung des Rechts auf humanitäre Intervention: „Humanitäre Hilfsorganisationen sollten, ohne ihre Mitarbeiter in Lebensgefahr zu bringen, freien Zugang zu den Verwundeten erhalten.“(Ebock 2000: 300) Damit spielten humanitäre Organisationen von Anfang an eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Rechts auf humanitäre Intervention. So wurde „die Anerkennung des Rechts auf humanitäre Intervention in neuerer Zeit“ (Ebock 2000: 300) von den „Ärzten ohne Grenzen“ gefordert. Sie empfanden „das bestehende humanitäre Recht als hinderlich für ihre Tätigkeit“ (Ebock 2000: 300). Durch dieses Recht wurde ihnen davor bei Naturkatastrophen und in Kriegen „der Zugang zu Hilfsbedürftigen erschwert oder gänzlich untersagt.“ (Ebock 2000: 301) Die Weiterentwicklung ging dann hin zur Frage, ob das „Recht auf humanitäre Intervention auf den Zugang zu Verwundeten beschränkt sei, oder ob auch die Unterbindung von massiven Menschenrechtsverletzungen darunter falle.“ (Ebock 2000: 301)

Wir sehen also humanitäre Organisationen quasi an der Wurzel der Diskussion über humanitäre Interventionen. Aktuell in der Region Darfur wirkt die Politik des Sudan zusammen mit der schlechter werdenden Sicherheitslage negativ: „The Government’s decision in March to expel a number of Non-Governmental Organisations has hampered the ability to provide humanitarian assistance to the population in need in Darfur.” (Siehe: Originaltext des Beitrages der EU für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24.Juli 2009)

Konkret zeigt sich die Situation in folgender Weise: “Every single time Khartoum tells us not to fly to specific locations, it is always an indication that they will attack that place (...) They do not want expatriate aid workers to witness their evil...nor do they want to risk a diplomatic nightmare that could ensue should foreign aid workers get killed. (...) MEDAIR” (Madut Jok, Jok 2008: 203) Medair will also helfen, darf aber nicht – und soll von militärischen Operationen im Sudan ferngehalten werden: Dieser Umstand bringt die aktuelle Zwangslage für internationale, humanitäre Hilfsorganisationen im Sudan auf den Punkt.

In der Studie der International Commission on Intervention and State Security (ICISS) ist ein interessanter Aspekt zur Rolle der humanitären Organisationen zu finden. Dieser besagt in den operationellen Prinzipien dass es „eine größtmögliche Kooperation mit humanitären Organisationen und NGOs“ geben sollte. (Knab 2006: 15) Die Rolle der Organisationen ist also so wichtig für ein erfolgreiches Intervenieren, dass die militärische Komponente auf sie eingeht und mit ihnen kooperieren will. Das wird nur dann zum Problem, wenn die Gegner der eingreifenden militärischen Macht dann die Organisation als Handlanger ihrer Feinde sehen und dementsprechend die Organisation selbst angreifen – das führt uns zum schon erwähnten Problem der kaum machbaren optimalen objektiven Rolle im Konfliktfall.

Generell gibt es in Bezug auf humanitäre Organisationen auch Kritik: „Bei allen höchst schätzenswerten Leistungen sind diese nämlich nicht immer ausschließlich am Wohl der betroffenen Gesellschaft orientiert. Neben humanitären und altruistischen Motiven schwingen oft auch handfeste wirtschaftliche Interessen der „humanitären Industrie“ mit, die in einer überzeichneten oder falschen Darstellung der Verhältnisse ihren Niederschlag finden können.“ (Feichtinger/ Hainzl 2009: 197) So zeigen sich auch bei humanitären Organisationen die allgemeinen Probleme der Interventionsmotivation. Damit müssen humanitäre Organisationen genauso kritisch bearbeitet werden wie staatliche Akteure. Beide haben ihre, den Erfolg oft nicht nachhaltig gewährleistenden, Motive einzugreifen.

7 Afrikanische Perspektiven: Einschätzung der Position der afrikanischen Union

Die afrikanische Union hat einerseits das Ziel der „Wahrung des Friedens und der Stabilität am afrikanischen Kontinent“ (Knab 2006: 48) und will andererseits aber auch die „nationale Souveränität und Integrität“ (Knab 2006: 49) garantieren. Zwischen diesen beiden Polen und dem Nord – Süd – Konflikt als drittem Pol sehe ich das Spannungsfeld und die Probleme einer effektiven afrikanischen Perspektive. Besonders wichtig ist auch der regionale Einfluss der einzelnen Länder innerhalb der AU: so meint Madut Jok konkret auf den Sudan bezogen, hier beispielhaft zu sehen: “One major factor that complicated the resolution of this crisis was the interest of neighboring countries. For example Egypt (...) has (...) maintained that Sudan’s inherited colonial boundaries must be kept unaltered.” (Madut Jok, Jok 2008: 238) Wir werden in dieser Bearbeitung der afrikanischen Perspektive in vielen Aspekten erkennen, dass diese regionalen Einflüsse in Afrika selbst einerseits eine große Chance darstellen (man greift schneller ein, kennt lokale Eigenheiten und hat größere Chancen auf ein Erreichen von Ownership für die Betroffenen) – und andererseits, wie erwähnt, das größte Risiko in den aktuellen Konflikten sind: genauso wie die Motivation der EU zu intervenieren sehr von den regionalen Motivationen ihrer Mitglieder bestimmt ist, so muss auch in der AU der bestimmende regionale Einfluss berücksichtigt werden. Nur so kann dieser als positives Werkzeug einer zukünftigen afrikanischen Perspektive genutzt und positiv gesehen werden.

Die afrikanische Union hätte in ihrer Strategie zwei Ziele: „...to protect the civilian population (...) and (...) to find an inclusive political solution“ (Mamdani 2009: 38 – 39) Das sind große Vorgaben, die dann von der UNO nicht immer übernommen werden – so: „...the United Nations claimed to share the former objective but not quite the latter.“ (Mamdani 2009: 39) Weiters, das zieht sich durch dieses Kapitel in einem durch, muss die prinzipielle Schwäche der AU beachtet werden: so sieht Mamdani die AU eher als größte NGO vor Ort in Afrika an – und nicht als politisch schlagkräftigen Akteur: „The African Union’s weak financial and resource capacity has been evident to one and all, making it heavily dependent on external material support, functioning more as a nongovernmental than an intergovernmental organization- as if it were the biggest African NGO on the ground.“ (Mamdani 2009: 38) Alle diese Chancen und Risiken, Stärken und Schwächen, einer afrikanischen Perspektive, vertreten durch die AU, müssen beachtet werden um die aktuelle Position einer sich entwickelnden eigenständigen Zukunft Afrikas einschätzen zu können.

7.1 Basis: die Intervention der afrikanischen Union in Darfur von 2004 - 2006

Die Mission der afrikanischen Union soll als Fallbeispiel dienen, einen Überblick über das Wirken in Darfur geben und Argumente für eine spätere Analyse der afrikanischen Perspektive liefern. Während in Darfur die Waffenstillstandskommission für die Überwachung der getroffenen Vereinbarungen von 2003 zuständig war, wurde die reale Überwachung vor Ort an die Afrikanische Union, konkret an die African Union Monitoring Mission in Sudan (AMIS) übertragen. (Vgl. Knab 2006: 63) Militärbeobachter sollten in sechs Sektoren eingesetzt werden „und absolute Bewegungsfreiheit haben“. (Knab 2006: 63) Die AMIS sollte das Bindeglied zwischen dem Roten Kreuz, NGOs und den Behörden der Vereinten Nationen sein. Im Agreement on the Implementation wurde 2004 festgeschrieben, dass sowohl USA als auch EU finanzielle Unterstützung bieten würden. (Vgl. Knab 2006: 64) Zu diesem Zeitpunkt wurde die Lage der afrikanischen Union als so gut eingeschätzt, dass man ihr vertraue, in Darfur vieles zu überwachen, ohne sich als ausländische, nicht - afrikanische Macht direkt einzumischen.

Leider geschahen trotz der Beobachtermision weitere Verbrechen gegen die Bevölkerung, von Seiten der Regierung und der Rebellen, der Zugang für Hilfsorganisationen war trotz anderslautender Vereinbarung nur schwer möglich. (Vgl. Knab 2006: 64)

„AMIS was understaffed and under – resourced and it soon became clear that the AU was unable to muster the resources necessary to deploy the 3000 troops envisaged. By December (Anm.: 2004) Kofi Annan reported that AMIS was “not working”” (Hehir 2008: 67)

Es folgten neue internationale Verhandlungen 2004 und das Mandat der AMIS wurde ausgeweitet: Bis dahin gab es in Darfur nur 66 Beobachter und 310 Soldaten, deren Zweck der Schutz der Beobachter war (finanziert zum Großteil von EU und USA); es gab 1,5 Millionen intern Vertriebene und 200 000 Flüchtlinge im Tschad, 40 internationale Organisationen mit 700 Mitarbeitern. (Vgl. Knab 2006: 65) Damit war klar, dass die AMIS in 1,5 Jahren keine weitergehende Verbesserung erreicht hatte. Mit der Ausweitung des Mandats sollte die AMIS schnell auf 3320 Soldaten ansteigen; bis April 2005 bestand AMIS schon aus 2372 Soldaten und nur 245 Polizisten. (Vgl. Knab 2006: 65 – 66)

Es gab aber eine ausreichenden Untersuchungen in den Flüchtlingslagern, zudem verschlechterte sich die Sicherheitslage und die humanitäre Situation: So gab es 2005 2,45 Millionen Betroffene und Hilfsorganisationen hatten immer noch Schwierigkeiten. (Vgl. Knab 2006: 66) Bis zum Jahresende 2005 sollten 5887 Soldaten und 1560 Polizisten unter dem Kommando der AMIS stehen, was immer noch viel zu wenig Einsatzkräfte sind, um den Einsatzraum abzudecken. Zudem fehlte ein Mandat, das Zwangsmaßnahmen gegen die Übertreter der Abkommen ermöglichte. (Vgl. Knab 2006: 66 – 67) Im Mandat ist generell festgeschrieben, dass der Schutz der Zivilbevölkerung in der Verantwortung der Regierung des Sudan liegt; es bleibt das Recht auf Selbstverteidigung der Truppen, die zum Großteil – da es sich um eine Beobachtermission handelt – für den Schutz der eigenen Beobachter zuständig sind. (Vgl. Knab 2006: 67) Generell: „Angesichts dieser kontinuierlichen Instabilität kam man zur Einsicht, dass AMIS (...) weder über ein ausreichend starkes Mandat noch über geeignete Ressourcen verfügte, um die herrschende Gewalt kontrollieren und Frieden nach Darfur bringen zu können.“ (Gebrewold 2009: 35)

2006 wurde das Darfur Peace Agreement (DPA) unterzeichnet, nicht von allen Parteien, sondern nur von der Regierung des Sudans und einem Teil der SLM /A: das zeigt das aktuelle Problem der Zersplitterung der Hauptgruppen, die sich nicht mehr unter Kontrolle haben. (Vgl. Knab 2006: 67)

Das DPA ist 2006 die Grundlage für den Friedensprozess, der durch die Afrikanische Union überwacht und umgesetzt werden sollte: Wichtige Elemente darin waren die Teilung der Macht und des Wohlstandes, weitergehende Sicherheitsabkommen und ein Darfur – Darfur – Dialog. (Vgl. Knab 2006: 67 – 68) Dennoch: „Trotz aller Bemühungen hat sich die Situation in den vergangenen fünf Jahren weder für die Bevölkerung noch für die humanitären Einsatzkräfte gebessert.“ (Gebrewold 2009: 33) Allgemein ist eine Tendenz zur afrikanischen Perspektive festzustellen: „Eine vierte Entwicklungsstufe in den sicherheitspolitischen EU – Afrika – Beziehungen steht unter der Losung „African Ownership“, die von beiden Seiten gefördert wird.“ (Rummel 2009: 61) Die EU sieht dies sehr positiv: „In Zukunft wird auch die afrikanische Seite mit ihrer Ortskenntnis und ihrer Regionalexpertise den Wirkungsgrad der EU – Interventionen bereichern können.“ (Rummel 2009: 67)

Es gibt also sogar eine Tendenz zur Bereitschaft, von Afrika zu lernen, auf Afrika als aktiven Akteur zu hören. Diese Art der Kooperation ist bereits in Form der Friedensmission

UNAMID verwirklicht: Diese ist „die erste Hybridmission von UNO sowie Afrikanischer Union (AU) und verfügt über gemeinsame Führungsstrukturen. Afrikanische Staaten stellen die Kampftruppen, Führungs – und Kampfunterstützungstruppen kommen aus nichtafrikanischen Ländern, vorwiegend aus Asien.“ (Pabst 2009: 85) Wenn wir weiter in die Zukunft schauen, kommen wir zu folgender Ansicht: „Die anlaufende Kooperation zwischen UNO, AU und EU könnte sich zu einem festen „Sicherheitsdreieck“ für das Konfliktmanagement in Subsahara – Afrika entwickeln, fallweise ergänzt durch weitere Akteure.“ (Pabst 2009: 85) Dabei hätte die UNO die größte Erfahrung und beste Legitimität, ihre Schwäche wäre Überlastung und langsame Reaktion; die AU ist zwar schnell und hat hohe Legitimität und Ortskenntnis, ihr Nachteil ist finanziell und logistisch zu sehen; und die EU hätte schnelle Battle Groups für kurze Einsätze, gute Ausrüstung und ein gutes ziviles System – ihre Schwäche wären die Sonderinteressen ehemaliger Kolonialmächte. (Vgl. Pabst 2009: 85)

Damit zeigt Pabst auf, dass jeder Partner die anderen ergänzen kann – und dass damit die afrikanische Perspektive mit der AU gleichberechtigt möglich ist und ihren Teil zu einer erfolgreichen Zukunft des Intervenierens beitragen kann und muss. Im Sinne unserer drei Konfliktebenen könnte man argumentieren, dass durch diese Kooperation mit afrikanischer Perspektive alle drei Ebenen abgedeckt werden: Die AU könnte für die lokale – die EU für die regionale und die UNO für die globale Sichtweise stehen.

Damit wird klar, dass alle drei Ebenen und alle drei Partner unbedingt erforderlich sind, um einen Erfolg zu erzielen – und dass dadurch die afrikanische Perspektive an sich systemisch verankert ist bzw. sein wird. Das wird sich in der Realität erst weisen – Pabst spricht auf Grund der Tatsache, dass die Führungsgrundsätze von UNAMID UN – Standards, etablierte UN – Verfahren und UN – Prinzipien sind, von der UNO als Senior – und der AU als Juniorpartner. Es muss aber generell schon jetzt als Fortschritt für eine weitere Entwicklung gesehen werden, dass die AU überhaupt Juniorpartner wurde.

Die afrikanische Perspektive in Darfur ist also vorhanden, und seit 2004 immer da gewesen – ihr Erfolg ist aber unklar, und die Gründe für ihr unergiebiges Einwirken sollen im nächsten Punkt erläutert werden. Es wird dann ein Versuch sein, von Darfur ausgehend, in der Analyse der Schwachstellen der AMIS Chancen und Risiken bzw. Kriterien für eine erfolgreiche afrikanische Perspektive auszuarbeiten.

Dabei darf auch die Akzeptanz der AU vor Ort nicht ausgelassen werden, diese ist oft nicht vorhanden – so meint Mamdani in Bezug auf das El Fasher Meeting im Juli 2007: „Most participants identified the African Union as the root cause of their problems and the United Nations as the most likely source of an effective solution.“ (Mamdani 2009: 295) Bis eine solche afrikanische Perspektive vor Ort auch nachhaltig möglich wird, dauert es also noch länger.

In der Frage der afrikanischen Perspektive geht es um mehr als nur um regionalpolitische Aspekte in Darfur. So konkretisiert Mamdani die aktuell sehr kritische Situation: „At stake is also the independence of Africa. The Save Darfur lobby demands, above all else, justice, the right of the international community- really the big powers in the Security Council- to punish „failed“ or „rogue“ states, even if it be at the cost of more bloodshed and a diminished possibility of reconciliation. More than anything else, “the responsibility to protect” is a right to punish but without being held accountable- a clarion call for the recolonization of “failed” states in Africa. In its present form, the call for justice is really a slogan that masks a big power agenda to recolonize Africa.” (Mamdani 2009: 300) Aktuell müssen die Möglichkeiten einer genuinen afrikanischen Perspektive, die diesen hier angeführten Interessen prinzipiell entgegenwirken müssten, als generell noch nicht weit genug fortgeschritten betrachtet werden. Im Vergleich mit der Vergangenheit sind die konkreten Fortschritte aber bereits beachtlich.

7.1.1 Die Analyse der Intervention der Afrikanischen Union 2004 – 2006 als Aspekt afrikanischer Perspektiven

Die Intervention soll hier analysiert werden, um dann von den Ergebnissen ausgehend Schlüsse für eine afrikanische Perspektive ziehen zu können. Die Intervention in Darfur erfolgte zu spät und mit solchen geringen Mitteln, dass ihr Einfluss zu gering war, um die Lage deutlich zu verändern. Wäre die Intervention entschlossener und früher, nämlich zu Beginn des Konfliktes in Darfur im Februar 2003, geschehen, wäre vieles verhindert worden. Die Anforderungen und Maßnahmen der International Commission on Intervention and State Security (ICISS) wären nie erfüllt worden. Das lag am mangelnden Mandat, das keinen dezidierten Schutz der Bevölkerung umfasste, an mangelndem Gerät und an zuwenig Soldaten vor Ort. (Vgl. Knab 2006: 68)

Weil es sogar zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage gekommen ist und die Situation die Interessen der Regierung des Sudan bevorzugen würde bzw. weil es durch die Spaltung der Rebellengruppen zunehmend schwieriger wurde, klare Gesprächspartner zu finden, ist die Rede von einer grundlegenden Notwendigkeit einer Änderung der Mission. Es sei die letzte Möglichkeit durch Druck von den USA, der EU und der Nato, die Übergabe von AMIS an UNMIS (United Nations Mission in Sudan) zu erreichen.

Nur so könnte positiver Einfluss ausgeübt werden: Die Afrikanische Union verwies auf die local ownership und gestand ihr Versagen nicht ein, sie war gegen eine Übernahme durch die UNMIS. Es bestehe aber Hoffnung dass die afrikanische Seite einem breiten, internationalen militärischen Engagement in Darfur mit Übernahme der Mission durch die UNO zustimmen würde. (Vgl. Knab 2006: 69) Der Sudan sträubt sich dagegen: Dahinter liegt der Auftrag des Sicherheitsrates, der den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag 2005 beauftragt hatte, die Kriegsverbrechen in Darfur aufzuklären – und davor schreckt der Sudan zurück. (Vgl. Knab 2006: 70)

Um unsere Analyse zu objektivieren, müssen wir festhalten, dass mit dem Scheitern in Darfur nicht generell eine afrikanische Perspektive gescheitert ist, sondern konkret der afrikanische Versuch in Darfur. Es ist nicht Inhalt dieser Arbeit – aber wichtig für die Einschätzung der Situation: Es gab und gibt einige erfolglose Interventionen, von allen Seiten ausgehend. Die Schwächen der afrikanischen Intervention in Darfur sind aber zumindest teilweise symptomatisch für die Umstände in Afrika und die Beziehung Afrikas zum Rest der Welt. Zum ersten sehe ich es als problematisch an, dass der Sudan, der selbst Konfliktpartei ist, eine so wichtige Rolle in der Mission hatte: Knab spricht sogar davon, dass es die Afrikanische Union 2006 gerade noch verhindern konnte, dass der Sudan den Vorsitz der Union übernommen hätte – was alles noch schwerer gemacht hätte. (Vgl. Knab 2006: 68)

Zweitens sehe ich das späte Beginnen der Intervention als typische Situation in Afrika: die Weltöffentlichkeit bzw. die westlichen Mächte hatten keine vitalen Interessen einzugreifen, der Sudan war de facto egal für sie. Erst als die Situation eskalierte, startete man eine halbherzige Intervention. Afrika spielt für die Welt eine untergeordnete Rolle und demnach ist das Interesse, schnell und effektiv einzugreifen nicht da – außer es geht um eigene Interessen, wie die der USA in Somalia (bereits zuvor angeführt).

Durch die Finanzierung der Mission durch die EU und die USA sehe ich die afrikanische Intervention als nur bedingt afrikanisch an: Sie wird zwar durch afrikanische Kräfte durchgeführt, dahinter steht aber das Geld des Westens. Und das fließt nur, wenn es der Westen auch will – und auch nur in einer Dimension, die dem Westen recht ist. Das zeigt uns der Schwachpunkt der schlechten Ausstattung und der wenigen Soldaten der Mission. Das mangelnde Mandat der UNO für die Mission ist ein Schwachpunkt der bestimmenden Kräfte der UNO und kein Fehler Afrikas: Hätte Afrika im Sicherheitsrat eine wichtigere Rolle gespielt bzw. wäre Darfur für die westlichen Mächte wichtiger gewesen, dann wäre auch das Mandat für die Mission anders und effektiver ausgefallen. Für mich ist das zögernde Intervenieren in Darfur eine Bestätigung einer globalen Änderung der Interventionspolitik nach Somalia (siehe Kapitel 2.1): Man greift sorgfältiger und seltener ein und rein humanitäre Gründe führen erst zur Interventionsentscheidung, wenn bereits der Druck durch die Weltöffentlichkeit da ist. Das Versagen der afrikanischen Perspektive in Darfur ist also ein Spiegelbild der globalen Interessen und Machtverhältnisse.

Risiken, die in Darfur zum Versagen führten, könnten aber auch Chancen zukünftiger afrikanischer Perspektiven werden. Da wäre zum Beispiel die lokale Ownership und der regionale Aspekt: Das schlug in Darfur fehl, weil eine Konfliktpartei in der Mission, der Sudan, viel Einfluss hatte. Unter effektiver Führung anderer, lokaler Staaten vor Ort – die nicht Konfliktparteien sein dürfen - sehe ich den regionalen Aspekt aber als Chance für Afrika. Afrikanisches Eingreifen durch afrikanische Staaten kann sicherlich nachhaltiger wirken als ein europäisches – oder amerikanisches Eingreifen, die Mission wäre in der Bevölkerung besser verankert und erfolgreicher. Man muss aber sehr aufpassen, dass es durch regionale Akteure nicht zu Verzögerungen und Verschlechterungen kommt.

Derzeit sehe ich keine Möglichkeit, dass die Afrikanische Union alleine eine solche effektive Führung in einer Intervention durchsetzt, dass die regionale Chance wirklich positiv einwirken kann. Unter einer Kontrolle der UNO – für die Rahmenbedingungen – könnte aber in Darfur mit der Afrikanischen Union für die Arbeit vor Ort viel erreicht werden; je weiter die Afrikanische Union hier ist, desto mehr Autonomie könnte ihr von der UNO zugesprochen werden. Dementsprechend sehe ich die Entwicklung 2006 mit der Forderung der Übertragung der Mission an die UNO positiv – wenn in dem Sinne gearbeitet wird, den ich versucht habe aufzuzeigen.

Afrikanische Perspektiven haben also sehr gute Chancen, aber gleichzeitig ein hohes Risiko: Es liegt so wohl an der UNO als auch an der Afrikanischen Union, diese Chancen zu nützen und diese Risiken zu minimieren.

7.2 Die aktuelle Situation der afrikanischen Perspektive

Wenn wir uns mit der aktuellen Situation beschäftigen, dann müssen wir vor allem die ASF, die African Standby Force, beachten, die an Bedeutung zunimmt: „Der Zweck der ASF besteht darin, die Afrikanische Union (AU) mit Fähigkeiten auszustatten, um auf Konflikte mit der Entsendung von Friedenstruppen reagieren und (...) Interventionen durchzuführen zu können. Die ASF ist als Krisenreaktionskraft für ein breites Spektrum von Friedensoperationen vorgesehen, etwa präventive Einsätze, Friedenserhaltung, Friedenskonsolidierung, Entwaffnung nach Konflikten, Demobilisierung, Reintegration und humanitäre Hilfe.“ (Cilliers 2009: 127) Damit deckt die ASF ein breites Feld ab, das bis vor kurzem noch eher von ausländischen intervenierenden Kräften und vor allem von der UNO bestimmt wurde. Die fünf Brigaden der ASF „werden in ihren jeweiligen Heimatländern stationiert und sollen für rasche Einsätze innerhalb Afrikas, möglicherweise sogar außerhalb des Kontinents zur Verfügung stehen.“ (Cilliers 2009: 128) Das zeigt uns die große Chance der afrikanischen Perspektive auf: So wird es als möglich betrachtet, dass Afrika selbst global interveniert. Damit ist das alte Bild Afrikas als Region, wo andere intervenieren müssen, in Veränderung begriffen. In ihrer Art sind die ASF den heutigen Erfordernissen von Interventionstruppen (siehe dazu Kapitel 2 dieser Arbeit) durchaus gewachsen: Sie würden aus „aus bereitstehenden multidisziplinären Kontingenten bestehen, die sowohl zivile als auch militärische Komponenten beinhalten.“ (Cilliers 2009: 128)

Damit besteht eine Chance, dass die ASF bei weiterem Erfolg zu Vorreitern der Interventionskräfte werden: Ihre oben beschriebene, weit gefächerte Struktur, die tiefgehend multidimensional eingreifen kann, entspricht der aktuellen Sichtweise, wie erfolgreich und nachhaltig interveniert werden kann. In einem Szenario für Interventionen der AU kann man bereits die Tendenz erkennen, die anderen internationalen Kräfte ersetzen zu wollen: So müsste in Fällen von Genozid, „in denen die internationale Gemeinschaft nicht unverzüglich reagiert“ eingegriffen werden, weiters ist es „in diesem Fall (...) vorgesehen dass die AU die Fähigkeit hat, robuste militärische Kräfte innerhalb von 14 Tagen zu verlegen.“ (beide Zitate: Cilliers 2009: 131)

Sollte diese schnelle Reaktion auch in der Realität möglich sein, dann ist die afrikanische Perspektive der ASF die bessere und schnellere Lösung für Afrika. Allerdings muss das Hauptquartier in der Interventionsregion „von der betreffenden Region nach der Verlegung zur Verfügung gestellt werden (...).“ (Cilliers 2009: 132)

Damit ist die AU aber „in Bezug auf Aufstellung und kurzfristige Verlegung eines Hauptquartiers von den Regionen abhängig.“ (Cilliers 2009: 132) Das sehe ich als Risiko dieser neuen Perspektive: Es kann in einer Interventionsregion durchaus der Fall sein, dass die bestimmende Macht in der Region mit der Intervention nicht einverstanden ist (bzw. diese die Intervention selbst verursacht hat). Dann wirkt der regionale Faktor, der sonst die schnelle Verlegung in Afrika erleichtert, in die andere Richtung und verzögert die Reaktion.

Wir haben in dieser Arbeit bereits aufgezeigt, dass der Sudan in Bezug auf die Intervention in der Region Tschad und Darfur eine Intervention behindert hat – dies soll das regionale Risiko exemplarisch aufzeigen. Generell ist die Gliederung in die verschiedenen Ebenen (siehe Kapitel 8.1) ein guter Weg, um nachhaltig zu intervenieren. Konkret zeigt sich diese Gliederung in den Aktivitäten der ASF: „Die AU plant für das Jahr 2009 eine Gefechtsübung der regionalen Kräfte, um die Abläufe für die ASF zu validieren, und für 2010 eine Stabsrahmenübung.“ (Cilliers 2009: 134) Ein Problem der ASF, symptomatisch für die afrikanische Perspektive, bleibt die Logistik. Die Lösung wäre ein Auslagern dieser Agenda, wie dies die UNO bereits tut: So „hat die UNO die meisten ihrer logistischen Aufgaben an kommerzielle Firmen übergeben. Pacific Architects & Engineers (mittlerweile ein Teil von Lockheed Martin) stellt z.B. das logistische Rückgrat für die Mission im Sudan (AMIS).“ (Cilliers 2009: 135) Aufgrund der regionalen und differenzierten Struktur der ASF wären logistische Abkommen für die ASF besonders schwierig. (Vgl. Cilliers 2009: 135)

Neben diesen technischen Problemen tritt dadurch das Problem der Einflussnahme durch fremde Firmen ein: Auch könnten staatliche Interessen westlicher Länder durch deren (Rüstungs) – Konzerne vertreten werden. Eine afrikanische Perspektive, die zentral auf (in unserem Fall ist Lockheed Martin ein US – Rüstungskonzern) einen Konzern angewiesen ist, der im Hintergrund wahrscheinlich westliche Interessen vertritt, ist zu hinterfragen. Natürlich muss es Kooperationen geben – generell muss bei diesen aber immer das Eigeninteresse dahinter gesehen werden. Kommen wir zurück zu den Vorteilen der ASF.

So wurde „durch einen Umdenkprozess auf internationaler Ebene (...) akzeptiert, dass die AU vor der UNO verlegen kann und soll – was sowohl durch AMIS in Darfur als auch durch die AU – Mission in Somalia demonstriert wurde.“ (Cilliers 2009: 136) So gibt es den „Bedarf nach raschen Reaktionsfähigkeiten und der Fähigkeit, eine Mission während der ersten Tage durchführen zu können, bis das schwerfällige UN – System zur Friedenssicherung anläuft. Heute ist akzeptiert, dass zuerst die AU verlegt und die Möglichkeit für eine multidimensionale Folgeoperation der UNO eröffnet. (...) Sie sollen dabei mithelfen, ein sicheres Umfeld zu schaffen, das zu einem umfassenden Friedensabkommen und der Verlegung von UN – Kräften führen kann. (...) Die Exit – Strategie der ASF ist daher eine Überleitung in eine UNO – Mission – was die Umwandlung von wesentlichen ASF – Ressourcen als UN – Kontingente beinhalten könnte.“ (Cilliers 2009: 137)

Es kann also zum nachhaltigen Erfolg führen, wenn dieses Prinzip der Aufgabenteilung zwischen AU und UNO durchgeführt wird. Kritikpunkt dazu wäre der Ansatz, ob sich die westlichen Staaten der UNO nicht dabei der riskanten ersten Einsatzphase entledigen und diese von Afrika durchführen lassen, um danach – wenn die Lage sicher ist – den Erfolg für sich zu beanspruchen. Weiters lässt sich hinterfragen, ob die eigenständige afrikanische Perspektive der ASF im ersten Teil der Mission nicht durch eine Übernahme der ASF durch die UNO danach zum Werkzeug für die UNO gemacht wird. Und damit nicht mehr eigenständig zu sehen ist, sondern die Interessen der mächtigen UNO – Mitgliedsstaaten, besonders der Sicherheitsratsmitglieder vertritt.

„Letzten Endes wird afrikanisches Peacekeeping auf eine nachhaltigere Basis gestellt werden müssen. Der weitere Weg in all diesen Belangen wird wohl dazu führen, ein stärker integriertes Friedens – und Sicherheitskonzept von AU und UNO zu entwickeln. In der Tat war die Hilfe und Unterstützung der UNO an die ASF bis jetzt enttäuschend. Statt eine Führungsrolle zu übernehmen, ist die UNO bloß gefolgt. (...) Indeed (...) the time is now ripe for a decisive move forward: the establishment of an interlocking system of peacekeeping capacities that will enable the UN to work with relevant regional organizations in predictable and reliable partnerships.“ (UN – Generalsekretariat zitiert nach Cilliers 2009: 156) Der weitere Weg einer erfolgreichen afrikanischen Perspektive wird demnach immer noch durch eine enge Kooperation mit der UNO geprägt sein.

Der Stellenwert der AU aber, das damit als geschätzte und glaubwürdige regionale Organisation gesehen wird, mit der man in einer Partnerschaft konstruktiv zusammenarbeiten kann, steigt. Die nicht führende Rolle der UNO ist vielleicht durchaus bewusst so angelegt: Man will der afrikanischen Perspektive Freiraum geben, hier ist nur zu überlegen, ob das in manchen Fällen noch zu früh sein könnte. Zusammenfassend ausgedrückt: Die UNO bietet damit der afrikanischen Perspektive an, als gleichwertiger Partner mitzuarbeiten. Wenn die AU durch die ASF diese Chance nützt, dann wird die afrikanische Perspektive in Zukunft eigenständiger werden und sich im Rahmen der UNO etablieren können. Wobei die Herausforderung des richtigen Weges zwischen Eigenständigkeit und fremder Unterstützung beide Partner betrifft, Afrika und die UNO.

Dazu meint Cilliers: „Vielleicht ist es an der Zeit, dass die UNO eine energischere und bedeutendere Rolle in der ASF spielt. (...)“ – Es „kann und muss noch viel mehr getan werden, wenn wir uns in Richtung eines integrierten Systems bewegen wollen, das eine bedeutende Rolle bei der Aufrechterhaltung des Friedens auf dem afrikanischen Kontinent spielt.“ (Cilliers 2009: 157) Ich sehe die afrikanische Perspektive in dieser Entwicklung als durchaus positiv, auch wenn der zukünftige Weg, wie von Cilliers beschrieben, noch weiter geht. Die afrikanische Perspektive hat also gute Chancen sich im System des integrierten Intervenierens in Afrika zu etablieren und damit vielleicht auch die globale Möglichkeit das System der UNO nachhaltig zu beeinflussen.

7.2.1 Die aktuelle Situation der afrikanischen Perspektive in offiziellen Dokumenten

Hier möchte ich vom COMMUNIQUE OF THE 198TH MEETING OF THE PEACE AND SECURITY COUNCIL der AU ausgehen. Dieses Papier des Security Councils der Afrikanischen Union zeigt viele Aspekte in aktueller Sichtweise, die bereits grundlegend – aus weiterführender Literatur heraus – bearbeitet wurden. Das Council **“Welcomes** the existing cooperation between UNAMID and the Government of the Sudan. In this respect, Council **notes** the regular consultative meetings of the Tripartite Coordination Committee comprising the Government of the Sudan, the AU and the United Nations, which has been an effective mechanism in addressing all matters relating to the deployment and operations of UNAMID. Council **welcomes** the agreed outcome of the last” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Die afrikanische Perspektive sieht sich also als regionaler Akteur, der zwischen den

einzelnen Staaten und der globalen Ebene steht und mit beiden verhandelt. Das ist meiner Ansicht nach auch ihre Chance: Hier ein Bindeglied von regionaler und globaler Ebene darzustellen, und so Afrika auch global zu etablieren ohne den Vorteil der lokalen Kenntnisse aufzugeben. Weiters: Das Council **“Notes** that, in spite of the progress made, UNAMID still faces critical gaps in the area of aviation and force enablers. In this respect, Council **reiterates its call** on all the countries having the necessary capabilities to provide UNAMID with the required military enablers, to enhance the capacity of the Mission, and allow it to carry out its mandate more effectively. Council **reiterates its appreciation** to the Government of Ethiopia for agreeing” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Hier zeigt sich das schon angesprochene Problem der Ausstattung der Missionen der AU im Sinne der afrikanischen Perspektive: Man hat immer noch zuwenig Mittel, um das erforderliche Mandat auch durchsetzen zu können und wirkt damit durchaus als zahnloser Akteur im Vergleich zu mächtigen lokalen Interessen.

Der besondere Brennpunkt der afrikanischen Perspektive im Sinne des Problems lokale Aspekte objektiv zu erfassen, zeigt sich hier: Das Council **“Stresses** the need for speedy progress in the search for peace, security, justice and reconciliation in Darfur, bearing in mind that civilians in that region continue to be exposed to an unacceptable risk of violence, millions of people continue to live in IDP camps or as refugees in neighboring Chad and the increasing frustration in the IDP camps, as well as the need to create inclusive and broad-based conditions conducive for the successful holding in Darfur of the April 2010 national elections, provided for by the Comprehensive Peace Agreement (CPA), and the fact that some provisions of the Darfur Peace Agreement (DPA) of 5 May 2006 will expire in 2010, with the elections and the scheduled referendum on whether Darfur should be one region or remain as constituted presently with three regional States;” (Siehe: News Highlights 24-07-2009)

Sollte die AU im Sinne einer afrikanischen Entscheidung nach einer Abstimmung darüber wirklich durchsetzen wollen, dass Darfur eine eigene Region darstellen müsste, dann wird der Widerstand vor allem des Sudan als lokales Interesse hier massiv dagegen sprechen. Ob sich dann eine afrikanische Perspektive über die lokalen Interessen afrikanischer Staaten hinwegsetzt kann bezweifelt werden. Sicherlich gut ist es, dass auch eine afrikanische Perspektive auf schnelles Handeln drängt, um die Situation zu verbessern. Kann sie das jedoch mit ihren Mitteln auch erreichen ?

Ein weiteres Beispiel für den Interessenskonflikt innerhalb der afrikanischen Perspektive: das Council “**Urges, once again** the UN Security Council to heed the AU’s call for the deferral of the process initiated by the International Criminal Court (ICC) against President Omar Hassan Al Bashir in the interest of peace, justice and reconciliation. In the meantime, Council **reiterates** earlier AU decisions on the ICC process, in particular the non cooperation of AU member States with the arrest and surrender of President Al Bashir. In this respect, Council **requests** all AU member States to respect decision Assembly/AU/Dec.245 (XIII) adopted by the Assembly of the Union at its 13th ordinary session held in Sirte, Libya, from 1st to 3 July 2009;” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Dass der Sudan Bashir ausliefert um hier wirklich Fortschritte zu erzielen, wird nicht geschehen.

Dazu werden auch in der Afrikanischen Union verschiedene Ansichten vertreten: So meint etwa Ägypten: “In his comments, Sharif said Cairo “rejects foreign interference” into the Sudanese issue that the West has invented and which is “artificial.” The party leader stressed that Cairo will continue to support Bashir in what Sharif described as a confrontation with the International Criminal Court (ICC), which has issued an international arrest warrant for the Sudanese president over war crimes in Darfur. “President Omar al-Bashir is the elected official from the Sudanese people and therefore has the full legitimacy,” Al Sharif said.” (Siehe: News+Highlights+03-08-2009) Hier wird also von Ägypten eine eher chinesische Position in Bezug auf die Souveränität des Sudan vertreten, man erkennt ihn – und Bashir – in voller Stärke an.

Der Afrikanischen Union ist der afrikanische Charakter der Mission wichtig – damit also auch die real afrikanische Perspektive. Das Council “**Stresses** the importance of the full respect for the hybrid nature and African character of UNAMID, in line with the relevant decisions and resolutions of the Peace and Security Council and the UN Security Council, for the successful implementation of its mandate. In this respect, Council **requests** the Commission to conduct an assessment of the Mission, with the view of making recommendations on how to strengthen the partnership between the AU and the UN and draw lessons for future operations.” (Siehe: News Highlights 24-07-2009) Der hybride Charakter der Mission mit afrikanischer Perspektive ist also wichtig, die AU will weiter mit der UNO zusammenarbeiten und aus aktuellen Fällen Lehren für die Zukunft ziehen. Die Afrikanische Perspektive hat also, wenn die UNO mitspielt, hier in partnerschaftlicher Kooperation, durchaus Zukunft.

Dass die Afrikanische Union hier ihren Beitrag leisten will, zeigt sich sehr gut: “Today’s arrival means UNAMID now has 13,651 military personnel deployed across the region, or nearly 70 per cent of the authorized number of staff under the 2007 Security Council resolution setting up the force. The mission also reported today that more troops from Ethiopia, Tanzania and Egypt are expected to be deployed in Darfur later this month, further boosting its strength.” (Siehe: News+Highlights+05-08-2009) Die Mission wird also stärker und Afrika bemüht sich sehr, hier die Vorgaben zu erfüllen: “The remaining members of the infantry battalion – totalling some 800 soldiers – are expected to be deployed in September or October, helping UNAMID to advance toward its goal of 97 per cent deployment by the end of this year. Established by the Security Council in 2007, the mission is expected to have a total of 19,555 military personnel at full deployment. In a related development, the Joint Chief Mediator for Darfur, Djibril Bassolé, is in Tripoli, Libya, where he is meeting a number of Darfur rebel movements willing to engage in peace talks with the Sudanese Government. (UN NEWS CENTRE)” (Siehe: News+Highlights+06-08-2009)

Sowohl im Bereich der konkreten Mission vor Ort als auch in den Friedensgesprächen zeigt sich hier das Bemühen der afrikanischen Perspektive – durchaus mit Erfolgsaussichten. Das Risiko ist aber auch vor allem in der lokalen Ebene zu sehen: **„Addis Ababa, 11 July 2009:** The African Union High Level Panel on Darfur (AUPD) has noted a Reuters news report which claims that the former South African President, Thabo Mbeki, Chairperson of the Panel, has called on the three Sudanese personalities, including President Omer Hassan Al-Bashir to present themselves before the International Criminal Court to stand trial. This report is completely false and highly irresponsible. No member of the Panel has made any such pronouncement. Indeed, no member of the Panel could make any such pronouncement as the Panel has not yet completed its work.” (Siehe: AFRICAN UNION HIGH LEVEL PANEL ON DARFUR Press Statement vom 11. Juli 2009)

Die Widersprüche zwischen den allgemeinen Interessen der AU und der lokalen Machthaber zeigen sich sehr gut an der Frage des Kriegsverbrechertribunals für sudanesisches Kriegsverbrechen: Hier ist man sich, wie auch schon früher in dieser Arbeit aufgezeigt, nicht einig. So muss es als Stärke der afrikanischen Perspektive gelten, wenn man trotz dieser großen Differenzen in vielen Dingen weiterhin zusammenarbeiten kann und lokale – und globale Dimensionen zu vereinen schafft.

“18 August 2009: The police component of the joint African Union-United Nations peacekeeping operation in Darfur has established a special investigations unit to monitor and report on crimes involving sexual and gender-based violence, a prevalent problem in the western Sudanese region.” (Siehe: News+Highlights+19-08-2009) Die Dimension der afrikanischen Perspektive reicht also weit: und spart auch vielfältige Bereiche wie die oben angeschnittene Gender – Problematik nicht aus. Das zeigt den eigenen Anspruch der AU, hier als kompetente Kraft in allen Bereichen eigenständig zu wirken. “Presently, almost 100 nationals of the European Union are awaiting their visas to work with UNAMID. It is the responsibility of the Government of Sudan to remove these obstacles and to ensure that agreements are implemented at the local level.” (Siehe: Originaltext des Beitrages der EU für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24.Juli 2009)

Auf lokaler Ebene zeigt die afrikanische Perspektive noch Mängel; sie hat hier große Chancen, aber durch den Einfluss der regionalen Kräfte, der sich auf andere intervenierende Mächte (siehe oben) auswirkt, sind auch die Risiken in Form von Verzögerungen zu sehen.

“On 14 July, the Austrian Federal Minister for European and International Affairs, Michael Spindelegger, held talks with the AUC (Mwencha, Ibrahim), not least in view of Austria's current membership in the UNSC. Also, I hosted a lunch for him and Commissioner Lamamra. The following comments by Lamamra seem worth retaining: Sudan: The AU is following a strategic and forward-looking approach (and no micro-management). Darfur has been the front burner, but the CPA was clearly the main issue in a holistic approach.

Only 18 months are left until the referendum, so far nothing has been undertaken to make a unified Sudan attractive. If the referendum was held today, the country would split up – with all possible implications for the region (Sudan neighbouring 7 unstable countries) and the continent (separatist movements in DRC, Nigeria, etc.).” (Siehe: Gesprächsnotizen vom Mittagessen des österreichischen Außenministers Spindelegger mit Vertretern der AU im Rahmen seines Besuches in Äthiopien am 14. Juli 2009) Die AU betont also den strategischen Charakter der afrikanischen Perspektive und die Notwendigkeit einer umfassenden Zugangsweise. Sie weiß auch, dass es große Risiken gibt – etwa durch regionale Zersplitterung durch zu frühe Wahlen.

Hier scheint die afrikanische Perspektive in ihrer Ansicht, dass lieber erst gewählt werden soll, wenn durch die Wahl nicht noch mehr Schaden angerichtet wird, besser zu funktionieren als eine eher technische US – oder EU – Perspektive, die Demokratie oft sehr früh implementieren will: Was dann oft nicht funktionieren kann.

So zeigt sich, dass in einigen Aspekten durchaus ein Potential der afrikanischen Perspektive da ist, von dem die Anderen etwas lernen können. Genauso wie die aktuelle Mission der AU zusammen mit der UNO (UNAMID) hybriden Charakter hat, so kann auch die afrikanische Perspektive an sich als hybrid bezeichnet werden: Im Spannungsfeld zwischen genuinen afrikanischen Interessen und immer noch erforderlicher internationaler Hilfe und Unterstützung. Beispielhaft zeigt sich das in der Bestellung des neuen Kommandeurs der UNAMID 2009: „As you are aware, in its presidential statement (...), the Security Council endorsed the communique of the 66th meeting of the Peace and Security Council of the African Union which states that the Force Commander of UNAMID shall be appointed by the chairperson of the African Union Commission in consultation with the United Nations Secretary – General.” (Siehe: Brief von Ban Ki - Moon am 22.Juli 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrates) Afrika entscheidet hier zusammen mit der UNO und nicht für sich alleine.

7.2.2 Zusammenfassend: Statements aus Interviews zur afrikanischen Perspektive

In den verschiedenen Statements sollen die verschiedenen Sichtweisen zur Forschungsfrage zum Ausdruck gebracht werden:

Dr. Gerald Hainzl:

(Tätig am Institut für Friedenssicherung und Konfliktforschung, in der Landesverteidigungsakademie Wien)

- Ist ein Eingreifen durch andere afrikanische Staaten möglich und sehen Sie das als positiven Aspekt (Afrika ist selbst aktiv) oder nicht ?

Es ist grundsätzlich positiv. Es gibt eigene politische Ziele, aber zuwenig Mittel – das erfordert Unterstützung von außen. In Krisenfällen kommen jetzt afrikanische Soldaten zum Einsatz und weniger Europäer. Blair sprach in dem Sinne von afrikanischen Lösungen.

Es geht um Arbeitsteilung in Form von hybriden Missionen. Diese sind gut für die Zukunft und ein Modell für weitere Missionen. Alleine hat Afrika aber keine Chance.

- Ist eine afrikanische Lösung für Darfur machbar und wie könnte diese für Sie aussehen ?

Es muss eine weitere, hybride, Mission geben (Anm.: diese wurde sowohl von der AU als auch von der UNO im Sommer 2009 für die kommenden 12 Monate bestätigt). Afrika versucht sich so einzubringen, der Einfluss der Geber wird aber weiterhin da sein.

DI Paul Slatin:

(Präsident der österreichisch – sudanesischen Gesellschaft)

- Ist ein Eingreifen durch andere afrikanische Staaten möglich und sehen Sie das als positiven Aspekt (Afrika ist selbst aktiv) oder nicht ?

Ein afrikanisches Eingreifen wird im Sudan viel positiver gesehen als ein Eingreifen durch den Westen. In der afrikanischen Perspektive gibt es eine andere Sichtweise der Situation und ein Einfühlvermögen in regionale Eigenheiten.

Die Unterstützung durch die AU ist gut, es gibt aber auch andere nicht – westlichen Aspekte: So ist Gaddafi auch ein wichtiger Sponsor für den Sudan. Generell ist im Sudan das Verständnis für die afrikanischen Helfer und Intervenierenden sehr groß: Man muss sich das umgekehrt vorstellen: Ein Eingriff durch den Westen im Sudan ist so zu sehen, wie wenn China im Balkankrieg in Europa hätte eingreifen wollen.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

(Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union - im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien)

- Ist ein Eingreifen durch andere afrikanische Staaten möglich und sehen Sie das als positiven Aspekt (Afrika ist selbst aktiv) oder nicht ?; Ist eine afrikanische Lösung für Darfur machbar und wie könnte diese für Sie aussehen ?

Nigeria ist der viert – bis fünftgrößte Truppensteller für Peacekeeping – Einsätze, es gibt also bereits eine Expertise. In Somalia gibt es ein afrikanisches militärisches Intervenieren mit den Rapid Response Forces (RRF), es gibt also ein afrikanisches, von der AU gelenktes Eingreifen im afrikanischen Konflikt. Das wird von der EU als Hoffnung gesehen.

Die Perspektive entsteht aber gerade erst, die Beziehung von UNO und AU entwickelt sich auch gerade weiter. Deswegen muss mit Anfangsproblemen gerechnet werden, das Ziel Afrika in eigene Hände zu geben, ist aber gut und wird vorangetrieben, bis man dieses Ziel aber erreicht wird es noch länger dauern.

Univ. - Prof. Dr. Walter Sauer:

(Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik in der SPÖ, Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB und Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC) in Wien.)

- Ist ein Eingreifen durch andere afrikanische Staaten möglich und sehen Sie das als positiven Aspekt (Afrika ist selbst aktiv) oder nicht ?

Botschafter Lennkh versuchte jahrelang Afrika zum eigenen Eingreifen zu überreden, Österreich versuchte so afrikanische Truppen zu stärken. Das muss aber als von außen aufgedrängt betrachtet werden. Die AU ist nur militärisch wirkend funktionierend.

Das erklärt sich aus der Ansicht heraus, dass Afrika ein Sicherheitsrisiko sei, das von Afrika selbst bearbeitet werden müsse. Die EU positioniert sich so gegen afrikanische Flüchtlinge: Im Zuge der Sicherheitspolitik sollte es ein EU – Flüchtlingszentrum in Tansania geben. Damit fließt viel Geld in sicherheitspolitische Aspekte, das in sozialen Bereichen ausgegeben, die prinzipielle Notwendigkeit zu flüchten längst verringert hätte.

8 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

„Conflict in Africa poses a major challenge to United Nations efforts designed to ensure global peace, prosperity and human rights for all.“ (Kofi Annan nach Knab 2006: 123) Gerade diese wichtige Rolle der Konflikte in Afrika macht es zur größten Herausforderung, diese als globales Problem in globaler Kooperation zu lösen und dort einzugreifen, wo es nötig ist. Es darf dennoch nicht vergessen werden, dass Afrika in diesem Fall nicht nur passiv zu sehen ist, sondern dass wirkliche Lösungen nur nachhaltig durch eine afrikanische Intervention an sich möglich sein werden.

In Bezug auf eine Lösung einer der Kernproblematiken – der Menschenrechtsfrage als Kriterium für ein Intervenieren – gibt es Versuche hier ein neues System aufzuzeigen. Die weite Auslegung der Menschenrechte würden dazu führen, dass überall – da die Menschenrechte in geringer Weise überall verletzt werden – interveniert werden müsste. Das eröffnet die Möglichkeit andere Kriterien und Eigeninteressen einzubringen, da die Situation mit den Menschenrechten alleine sowieso zu weit gefasst und unklar wäre und es würde zudem keiner intervenieren, da die Erfolgsaussichten zu gering wären bzw. der Aufwand etwas zu bewirken zu groß werden würde. Die Lösung dazu wäre ein Interventionsbund, für den zwei Faktoren sprechen würden.

Einerseits könnte so ein breiter Konsens eine Hierarchie der Menschenrechtsverletzungen als Beschränkung der Intervention (anstatt einer Willkür in der Auswahl) definieren und andererseits könnten dann alle Staaten, die bereit sind zu intervenieren, diese Streitkräfte koordinieren, damit man in vielen Fällen mit guten Erfolgsaussichten eingreifen könnte. (Vgl. Merle 2003: 69) Der Interventionsbund sollte aus mehreren Kreisen bestehen, ein Kernbereich an Mitgliedern würde in fast allen Fällen intervenieren und ein zweiter Kreis nur in den schwersten Fällen von Menschenrechtsverletzungen.

Eine gemeinsame Justizbehörde würde prüfen, ob eingegriffen werden muss: Sie wäre zuständig, um das Bestehen und den begründeten Verdacht von eventuellen Rechtsverletzungen festzustellen und hätte nicht die Aufgabe, Schuldzuschreibungen zu machen. (Vgl. Merle 2003: 69) Dieser Ansatz ist sehr gut, es muss nur hinterfragt werden, ob es eine solche Struktur prinzipiell im Rahmen der UNO und dem Sicherheitsrat bereits gibt.

Weiters muss klar sein, dass jede neue Struktur nur arbeiten kann, wenn sie akzeptiert wird und wenn sie dazu von den mächtigen Staaten autorisiert wird. Hier bezweifle ich, dass eine solche Struktur im Spannungsfeld der individuellen Interessen der mächtigen Staaten, insbesondere der Mitglieder des Sicherheitsrates, ihre hier idealisiert beschriebenen Zwecke erfüllen kann. Sei ja der Sicherheitsrat „nichts weniger als eine Kollektivhegemonie von fünf Großmächten“ (Beestermöller 2003: 165), von denen jede einzelne etwas aushebeln könne: „Man braucht sich daher nicht zu wundern, dass der Sicherheitsrat selbst auf massive Menschenrechtsverletzungen parteilich reagiert.“ (Beestermöller 2003: 165) Der Ansatz an sich ist allerdings sicher gut und kann – mit einem Einbezug der realen Politik und der anderen Interessen der handelnden Akteure im Hintergrund als Modell gesehen werden, das Zukunftschancen haben könnte.

Ein UN – Militärbeobachter im Jugoslawienkrieg der 1990er meinte: „Obwohl Greuelthaten (besonders gegen die Zivilbevölkerung) gang und gäbe waren und wir UN – Militärbeobachter praktisch nichts dagegen tun konnten, bin ich davon überzeugt, dass unsere bloße Präsenz noch größeres Unheil verhinderte.“ (Husum 1998: 172) Diese Aussage sollte uns Mut machen: Wenn vordergründig wenig bewirkt werden kann, sei es durch Beobachter oder komplette humanitäre Interventionen, dann sehe ich im Hintergrund dennoch eine gewisse Hoffnung, dass durch eine Präsenz zumindest Schlimmeres verhindert wurde. Optimal ist natürlich eine humanitäre Intervention mit nachhaltigem Erfolg zu sehen – doch auch scheinbar erfolglose Operationen haben eine Wirkung, die meistens (außer wenn die Operation komplett daneben gegriffen hat) positiv sein sollte.

Humanitäre Interventionen als neue Möglichkeiten würden zudem die Chance bieten, die Politik militärischer Verteidigung und Abschreckung durch eine Sicherheitspolitik, die auf internationaler Kooperation beruht und auf globale Ungleichheiten bezogen ist, zu ersetzen. (Vgl. Hehir 2008: 33) Diese Sichtweise beschreibt die Chancen einer Politik der humanitären Interventionen, die Risiken dazu – in dieser Arbeit ausführlich angeführt – liegen an dem Faktum, dass eine rein uneigennützig humanitäre Absicht der Intervenierenden diese Politik kaum dominieren wird. „If there is a solution to the perennial problem posed by humanitarian intervention it must be sought beyond the blandishment of global civil society and the moral character of Western states.“ (Hehir 2008: 154)

Dieses Zitat zeigt uns die größten Hindernisse am Weg zu einer Lösung der Probleme humanitärer Interventionen: Sowohl die schmeichelnde globale Zivilgesellschaft als auch der moralisierende Charakter der westlichen Staaten bietet nur wenig konstruktive Hilfe an. Es sollte unter anderem in dieser Arbeit versucht werden, diese beiden Faktoren zu analysieren – und bei der Diskussion um Kriterien der Intervention – hinter sie zu schauen, tiefer zu gehen und ihre Risiken zu entlarven. Wenn Hehir vom immerwährenden Problem spricht, das sich durch humanitäre Interventionen ergibt, dann hat er Recht: Eine ideale Lösung kann wahrscheinlich nicht gefunden werden. Diese Arbeit soll trotzdem ein Versuch sein, einer Verbesserung näherzukommen und einen Teil zu einer Gesamtlösung der Problematik beisteuern, die nur in globaler Zusammenarbeit gemeinsam erarbeitet und ausverhandelt werden kann.

„Preventing such wars is no longer a matter of defending States or protecting allies. It is a matter of defending humanity itself.” (Kofi Annan nach Knab 2006: 123) Es muss klar sein, dass das Verhindern solcher grausamer Kriege und Konflikte wie im Zitat erwähnt ein Verteidigen der Humanität an sich ist. Demnach muss es eigentlich Ziel aller sein, im Sinne der Humanität Anderen gegenüber, objektiv einzugreifen und eigene Interessen in der Interventionsentscheidung weniger wichtig zu nehmen. Ob diese Vision in der aktuellen Politik möglich ist und ob es wieder einen Umschwung in der Interventionspolitik wie nach Somalia geben wird, ist unklar. Es wäre zu hoffen, dass der Fokus hin zu globaler Humanität gehen würde – mit Berücksichtigung der regionalen Aspekte, die erst globale – lokale Lösungen in zukünftigen Interventionen wirklich nachhaltig ermöglichen können.

8.1 Die systemische Vernetzung der Konfliktebenen als Chance für neue Kriterien

Es sei so, „dass kein Konflikt gelöst bzw. keine Krise nachhaltig bewältigt werden kann, solange die systemischen Vernetzungen (= Komplexität) der Konflikte nicht gleichzeitig und gleichwertig auf innerstaatlicher, regionaler und globaler Ebene in Angriff genommen werden. Die Krisen innerhalb der drei Staaten Tschad, Sudan und Zentralafrikanischer Republik sowie in der Region sind gleichzeitig globale Krisen mit regionaler Manifestation.“ (Gebrewold 2009: 30) Im Fall von Darfur fragt man sich in der Analyse der Bemühungen der AMIS, wobei die politischen Prozesse nur im innerstaatlichen Bereich stattfanden, wo die regionale Dimension geblieben sei. Weiters: „Was ist mit der globalen Ebene, die strukturell den Konflikt in Darfur, im Tschad oder in der Zentralafrikanischen Republik schürt ? Wie kann Frieden in Darfur erreicht werden, wenn die Konflikte in den beiden anderen Staaten nicht gleichzeitig und gleichwertig behandelt werden ?“ (Gebrewold 2009: 35 – 36)

Als Antwort auf diese Fragen können wir nur erwidern, dass es vor allem in Bezug auf humanitäre Interventionen, in Zukunft weiter verstärkt dieses geforderte vernetzte Vorgehen auf allen erwähnten Ebenen geben muss. Dass damit auch das Erstellen von Kriterien für eine Intervention komplexer wird, ist die logische Folge davon: So „hängt der Erfolg einer Intervention und des Krisenmanagements davon ab, ob Konflikte als System verstanden und systemische Lösungen gesucht werden oder nicht.“ (Gebrewold 2009: 43) Und der Erfolg einer Intervention beginnt schon grundlegend bei einer richtigen Interventionsentscheidung, die aufgrund von komplexen Interventionskriterien gefällt werden muss. Wieder konkret auf Darfur eingehend: Da „geht es nicht nur um den Sudan. Durch die Verwobenheit mit den Unruhen und Kämpfen im Tschad erhält der Konflikt eine regionale Dimension.“ (Gebrewold 2009: 45)

Weitergehend : „Interventionen im Zuge des internationalen Krisenmanagements fokussieren nur auf die innerstaatliche und regionale Ebene eines Konflikts – nicht nur, weil es den intervenierenden Kräften an Wissen über die Komplexität, Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit der einzelnen Ebenen mangelt, sondern auch, weil sie zumeist gar nicht die nötige Macht und den Willen haben, auch auf der so wichtigen dritten, globalen Ebene zu intervenieren. Interventionen auf der ersten und zweiten Ebene lenken von der dritten Ebene ab.“ (Gebrewold 2009: 47)

Dieses Problem muss zu einem grundlegenden Überdenken von Interventionskriterien und der Sichtweise humanitärer Interventionen führen, damit zumindest teilweise auch vertiefend mit der dritten Ebene, der globalen Ebene, die am meisten Eigeninteressen beinhaltet, gearbeitet werden kann. Konkret auf den Tschad, den Sudan und die Zentralafrikanische Republik bezogen, kann man Faktoren erkennen, „die einen transnationalen Charakter aufweisen. Gewaltakteure wechseln sich zwischen den Ländern aus, Waffen zirkulieren über die Grenzen hinweg und Land – und Wasserknappheit führen zu einer ökologisch bedingten Migration, die die örtlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen verändert.

Auch wenn die Konflikte in diesen drei Ländern völlig unterschiedliche Ursprünge, Entwicklungslinien und politische Austragungsformen aufweisen, so haben sie sich doch über die Jahrzehnte zu einem Kriegs – und Konfliktsystem entwickelt.“ (Handy 2009: 75) Im speziellen Fall der Konfliktregion Darfur spricht Handy vom „Nomadismus militärischer Dienstleister“ (Handy 2009: 77), von tschadischen Soldaten, die auch Teil von Rebellengruppen in Zentralafrika sind. Man sei „mit einer Reihe von ursprünglich lokalen Konflikten konfrontiert, deren komplexe Interdependenzen zu einer Transnationalisierung geführt haben.“ (Handy 2009: 75) Daraus kann man folgern, dass man zu Beginn eines Konfliktes die regionale Ebene besonders behandeln muss, zu späteren Zeitpunkten aber – und das sind meistens die Zeitpunkte, wenn eine humanitäre Intervention real stattfindet – muss man vor allem die regionale Ebene mit der globalen Ebene im Hintergrund berücksichtigen, ohne konkrete Aspekte auf lokaler Ebene zu übersehen.

Das System der drei Ebenen ist also elementar – auf den Punkt gebracht: „Der Erfolg internationalen oder regionalen Krisenmanagements hängt davon ab, ob die drei Ebenen der systemischen Interaktion richtig identifiziert und verstanden werden oder nicht. Dies verlangt ein umfassendes Verständnis der Konfliktstrukturen und politischen Strukturen. Das Erkennen der Interdependenz der Akteure und Faktoren auf innerstaatlicher, regionaler und globaler Ebene ist entscheidend für einen nachhaltigen Frieden. Wenn für die systemische Komplexität eines Konflikts umfassende Maßnahmen gleichzeitig und gleichwertig auf allen diesen Ebenen entwickelt und umgesetzt werden, können unerwünschte Nebenwirkungen vermieden und realistische Ziele erreicht werden. Nur wenn dieser Umstand erkannt wird, besteht die Chance auf eine Erfüllung des sicherheitspolitischen Auftrags.

Langfristiger Friede in der Region hängt nicht nur davon ab, wie gut das Krisenmanagement geplant, organisiert oder umgesetzt wird, sondern auch davon, ob und wie die innerstaatlichen, regionalen und globalen Konfliktsysteme erkannt und bearbeitet werden.“ (Gebrewold 2009: 49) Dazu weiterführend Behrends: „Um sich aber den aktuellen Konfliktstrukturen in ihrer Gesamtheit anzunähern, ist (...) eher eine Sichtweise gefragt, die die Komplexität politischer, wirtschaftlicher, ökologischer und kultureller Faktoren miteinander in Beziehung setzt und in einen spezifischen lokalen Kontext einbettet.“ (Behrends 2009: 167)

Gebrewold drückt im Resümee seiner Arbeit auf den Punkt gebracht das aus, was exemplarisch auch in dieser Arbeit sichtbar wurde und Behrends geht dazu weiter: Er konkretisiert, wie zukünftige Kriterien humanitären Interventions geschaffen werden können, was dabei berücksichtigt werden muss um im heutigen globalen politischen System erfolgreich und nachhaltig sicherheitspolitische Aufträge durch humanitäre Interventionen erfüllen zu können. Und insbesondere Behrends zeigt auf wie sich eine Sichtweise, die die Komplexität vor Ort mit globalem Hintergrund berücksichtigt, als erfolgreiche Methode erweisen kann. In der Diskussion um zukünftige Kriterien des Interventions müsste nach diesen Grundlagen vorgegangen werden, um nachhaltiges Interventions, das vor Ort verankert ist, zu ermöglichen. Konkret beschreibt dazu Mamdani solche multidimensionalen Lösungsansätze auf allen auch hier bearbeiteten Ebenen für die Situation in Darfur: „In the final analysis, the problem of Darfur calls for a triple solution: a regionally negotiated peace, reform of power in the nation – state of Sudan, and reform of land and governance systems within Darfur.“ (Mamdani 2009: 16)

8.2 Von der Motivation hin zur Entwicklungsperspektive: eine neue Interventionssystematik: der Interventionsvulkan

In der kurzen Zusammenschau der Ergebnisse dieser Arbeit soll vor allem die Komplexität aller hier behandelten Aspekte und ihr gegenseitiger Einfluss zum Ausdruck gebracht werden. Konkrete Motivationen und Perspektiven findet man in der Zusammenschau der Ergebnisse der drei Forschungsfragen in Kapitel 5. Heute müssen wir den systemischen Ansatz, der bereits erwähnt wurde, überall miteinbeziehen, um alle Aspekte und Entwicklungen in ihrer Dynamik und ihren Auswirkungen erfassen zu können. Es ist also unmöglich, den Aspekt der Kriterien von Intervention ohne die dahinter stehenden Motivationen zu betrachten: Es ist genauso sinnlos, die Auswirkungen und den Charakter einer Intervention ohne die bereits integrierten Entwicklungsperspektiven zu sehen. Der allgemeine, systemische Zusammenhang ist also nicht nur in den verschiedenen Ebenen der Analyse – von global über lokal bis hin zu regional – gegeben, sondern auch in der Thematik an sich.

Dazu habe ich, um einen prägnanten kurzen Überblick über die gesamte Arbeit zu ermöglichen, ein Diagramm entwickelt. Zu Beginn meiner Beschäftigung mit der Interventionsthematik erschien es mir als wichtigstes Ziel, ein Instrumentarium für neue, nachhaltige Interventionskriterien zu entwickeln. Im Zuge der vertiefenden Bearbeitung des Themas ergab sich dann eine andere Sichtweise, nämlich die hier schon angeschnittene systemische Betrachtung der Materie an sich. Ich habe bei den Recherchen für diese Arbeit viel Literatur zu einzelnen Aspekten – zu Interventionskriterien, zu Entwicklungsperspektiven und zu Interventionsmotivationen – gefunden. Ein durchgängiger, systemischer Ansatz in vollem Umfang der Thematik, kam dabei nicht vor.

Ich sehe es daher – neben den auf Darfur und Afrika bezogenen Erkenntnissen zu den einzelnen Forschungsfragen (dazu: siehe Kapitel 5) – als wichtigstes Ergebnis dieser Arbeit, einen neuen Aspekt der prinzipiellen Behandlung der Thematik zu ermöglichen. Meiner Ansicht nach ist diese neue Interventionssystematik, die ich aus den Erkenntnissen zu den einzelnen Forschungsfragen heraus gewonnen habe, sehr wichtig um den komplexen Zusammenhang der Thematik zeitgemäß und erneuert zu erfassen. Aus dem ersten Ziel der Arbeit, der Erstellung neuer Kriterien, wird damit dann doch etwas: denn auch Kriterien für eine Intervention können als Teil der neuen Systematik angepasst und hinterfragt werden.

Die neue Systematik des Interventionsmechanismus: Der Interventionsvulkan:

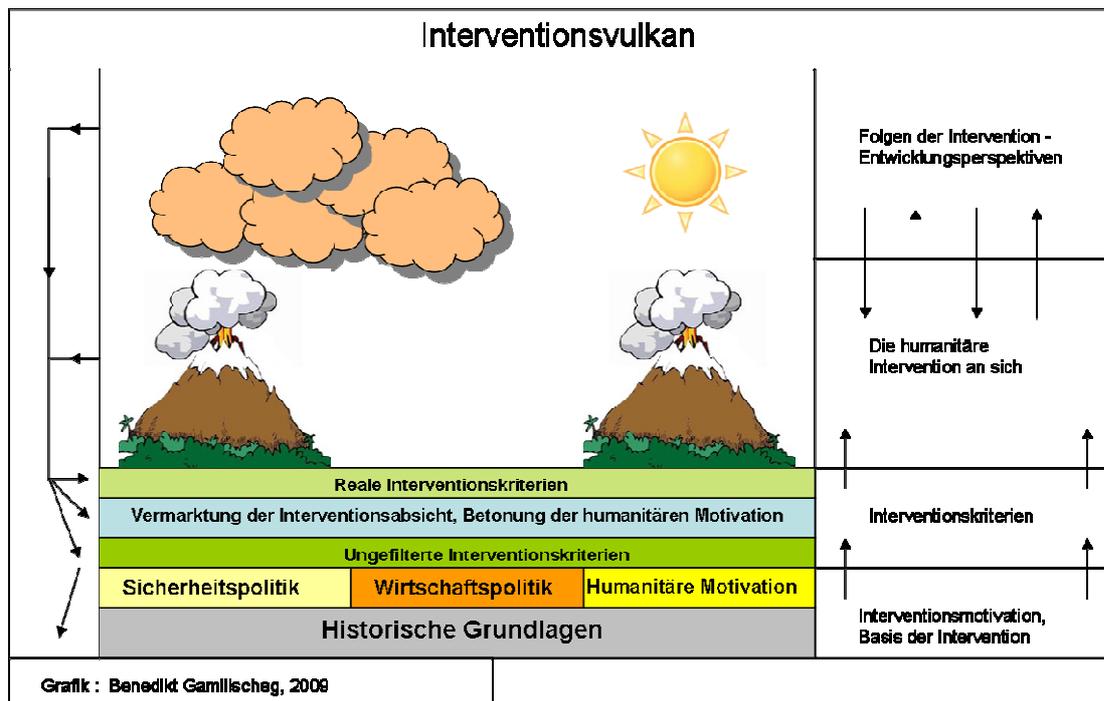


Abbildung 1

Die neue, aus dieser Diplomarbeit hervorgehende Systematik der Intervention, habe ich an das naturwissenschaftliche System der vulkanischen Aktivitäten der Erdoberfläche angelehnt. Beginnen wir den Kreislauf der Thematik mit den historischen Grundlagen: diese Grundlagen – wir haben es hier konkret vor allem mit der kolonialen Vergangenheit zu tun – sind eine Basis für aktuelle Sicherheits – und Wirtschaftspolitik. Wie in einem Bodenprofil sind wir so schon bei den Motivationen angekommen. Diese basieren auf den historischen Grundlagen und umfassen in der Grafik beispielhaft Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik – und auch eine ursprünglich, originale humanitäre Motivation. Aus diesem Mix an Motivationen kann man erste Interventionskriterien herauslesen.

Es folgt aber noch eine Schicht: ein Filter. Kaum ein Akteur stellt seine ursprüngliche Interventionsmotivation offen zur Schau, oft wird diese verschleiert und oft werden humanitäre Aspekte überbetont und in den Vordergrund gestellt. Wir müssen diesen Filter immer beachten und alle offiziellen Interventionskriterien (Reale Kriterien) dahingehend hinterfragen: indem wir uns die Motivationen des Akteurs genau ansehen. Auf diesen realen Kriterien basiert dann die tatsächliche (humanitäre) Intervention. Diese wird von mir als Vulkan dargestellt, dessen Ausbruch eine tiefgehende Wirkung auf seine Umgebung hat.

Im Rahmen der Intervention müssen wir auch die Entwicklungsperspektiven beachten: diese bilden mit der Intervention an sich eine andauernde Wechselwirkung. Der Kreislauf geht weiter: der Niederschlag, der Erfolg einer humanitären Intervention ist oft verschieden: genauso, wie Vulkane durch ihr Ausbrechen reine Zerstörung bewirken – oder durch fruchtbare Asche blühende Landwirtschaft ermöglichen. In jedem Fall, wenn die Intervention nachhaltigen Erfolg hatte – oder wenn sie fehlschlug – schlägt sie sich auf die Kriterien und die Einschätzung der ursprünglichen Motivationen nieder. Hier wirkt also die Intervention (im Wechselspiel mit den Entwicklungsperspektiven) auf Kriterien und Motivationen ein.

Im Sinne eines Versickerns dringen dann die Folgen der Intervention durch Kriterien und Motivationen tiefer in die Erde ein, bis sie sich als Teil der historischen Basis ablagern. Aus dieser erneuerten historischen Basis entwickelt sich dann ein neuer Kreislauf, der über Motivationen und Kriterien zu neuerlicher Intervention führt. In der Grafik muss auch klar erkannt werden, dass humanitäre Interventionen oftmals das Werkzeug realpolitischer Interessen und Motivationen sind: wie ein Vulkan vom Boden unter ihm genährt wird, so verursachen die wahren Motivationen – globalpolitische Interessen, Wirtschaftspolitik oder Sicherheitspolitik – auch zum Großteil die Intervention an sich.

Den Kreislauf, der hier klar werden sollte, zeigt eine zweite Grafik in vereinfachter Form:

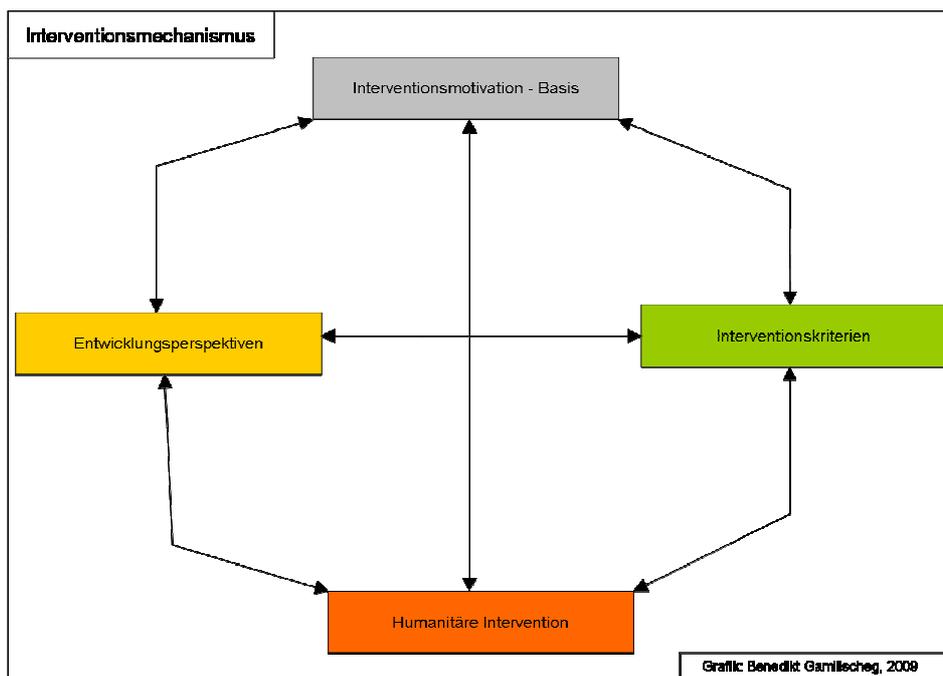


Abbildung 2

Der Kreislauf Basis – Kriterien – Intervention und Entwicklungsperspektiven – Basis muss durchaus wechselwirksam betrachtet werden, d.h. dass jedes Element auch in die rückläufige Richtung einwirkt. Weitergehend müssen wir (durch die Direktverbindungen dargestellt) den Einfluss der Basis auf die Intervention und den der Entwicklungsperspektiven auf die Kriterien erkennen. Das war auch in der ersten Grafik bereits zu sehen: die Basis (gefolgt von Motivationen und Kriterien) bestimmt die spätere Intervention. Das geschieht auch umgekehrt: so habe ich in der Bearbeitung der Motivation der USA in Darfur aufgezeigt, dass hier Somalia (und teilweise Ruanda) mit früheren Interventionen (bzw. nicht geschehenen Interventionen) viel Einfluss auf die heutige Interventionsmotivation haben und erst durch eine Neuausrichtung unter Obama ab Herbst 2009 überwunden werden müssen.

Ein gutes Beispiel für den Einfluss der historischen Basis ist Frankreich im Rahmen der EU: hier – das wurde auch konkret im Rahmen der Forschungsfragen bearbeitet - wirkt ein koloniales Erbe jüngerer Vergangenheit bis in die EU – Politik weiter auf die Motivation und die Kriterien zur Intervention ein. China dagegen zeigt in Darfur vor allem den Aspekt des Verschleierns, des Filterns von wahren Kriterien bzw. Motivationen: indem man bis jetzt offiziell friedlich ist, nicht eingreift – aber in wirtschaftlicher Sicht durchaus massiv interveniert. Ich hoffe durch diese neue Systematik eine Möglichkeit geschaffen zu haben, das Themenfeld humanitäre Intervention umfassend erfassen und verstehen zu können.

In der neuen Interventionspolitik in Kooperation mit der AU (siehe das Kapitel zur afrikanischen Perspektive) sehe ich diesen umfassenden Ansatz, der durch den Interventionsvulkan zum Ausdruck gebracht werden sollte, bereits grundlegend berücksichtigt. Es muss, und das wird auch von offizieller Seite aus in Österreich vertreten, in Zukunft vernetzt und umfassend gearbeitet werden. Nur so – und das System dazu könnte hier der Interventionsvulkan sein – können sinnvolle Kriterien und Motivationen zur Intervention erarbeitet und erkannt werden bzw. humanitäre Interventionen mit weitreichenden Entwicklungsperspektiven langfristig Erfolg haben.

9 Literaturverzeichnis

9.1 Monographien und Sammelbände

Beck, Ulrich (2004): Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden, Frankfurt am Main, 2004

Beestermöller, Gerhard (2003): Die humanitäre Intervention – Kreuzzug im neuen Gewand ? Ein Blick auf die gegenwärtige Diskussion im Spiegel der thomanischen Lehre vom gerechten Krieg. In: Beestermöller, Gerhard (Hg.) (2003): Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee ? – Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo - Krieges, Stuttgart 2003; Seite 141 - 169

Berg, Patrick (2009): Internationales Krisenmanagement in komplexen Krisen: Demokratische Republik Kongo und Tschad. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 111- 126

Behrends, Andrea; Schlee Günther (2009): Lokale Konfliktstrukturen in Darfur und dem Osten des Tschad oder: Was ist ethnisch an ethnischen Konflikten ?. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 159 - 178

Biermann, Wolfgang (1998): „Wider Peacekeeping oder Wilder Peacekeeping“ – Ist der Schutz der Menschenrechte durch mehr Macht machbar ? – Möglichkeiten der Durchsetzung des Rechts durch Organisationen kollektiver Sicherheit. In: Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): Einmischung erwünscht ?: Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege (Menschenrechte und bewaffnete Intervention), Frankfurt am Main 1998; Seite 143 - 160

Brunkhorst, Hauke (1998): Einleitung: Weltbürgerrecht in einer Welt der Bürgerkriege. In: Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): Einmischung erwünscht ?: Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege (Menschenrechte und bewaffnete Intervention), Frankfurt am Main 1998; Seite 7 - 14

Chomsky, Noam (2001): Der neue militärische Humanismus: Lektionen aus dem Kosovo, Zürich 2001

Cilliers, Jakkie (2009): Afrikanische Friedenstruppen – eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 127 - 158

Ebock, Kerstin (2000): Der Schutz grundlegender Menschenrechte durch kollektive Zwangsmaßnahmen der Staatengemeinschaft: Vom Interventionsverbot zur Pflicht zur humanitären Intervention ?; Studien und Materialien zum öffentlichen Recht; 12, Frankfurt/Main, Wien 2000

Endemann, Harald (1997): Kollektive Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung humanitärer Normen: ein Beitrag zum Recht der humanitären Intervention; Schriften zum internationalen und zum öffentlichen Recht; 16; Frankfurt/Main, Wien 1997

Feichtinger, Walter (2009): Warum Afrika ? Bedingungen, Ziele und Optionen der Afrikapolitik der Europäischen Union. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 9 - 28

Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerald (2009): Ziele, Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Krisen – und Konfliktmanagements. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 191 - 200

Gebrewold, Belachew (2009): Eine kritisch – analytische Einführung ins internationale Krisenmanagement in der Region Sudan, Tschad und Zentralafrikanische Republik. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 29 – 50

Greenwood, Christopher (1998): Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention ? In: Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): Einmischung erwünscht ?: Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege (Menschenrechte und bewaffnete Intervention), Frankfurt am Main 1998; Seite 15 - 36

Hainzl, Gerald (2009): Anregungen zum internationalen Krisenmanagement. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; 179 - 190

Handy, Paul – Simon (2009): Tschad – Sudan – Zentralafrikanische Republik: Innen – und regionalpolitische Perspektiven eines Konfliktsystems. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 73 – 84

Hehir, Aidan (2008): Humanitarian Intervention after Kosovo: Iraq, Darfur and the record of global civil society, Basingstoke 2008

Herrmann, Ron H. (1997): Der kriegsrische Konflikt in Somalia und die internationale Intervention 1992 bis 1995: eine entwicklungsgenetische und multidimensionale Analyse; Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaften: 331; Frankfurt/ Main, Wien 1997

Hilger, Ewelina (2004): Gerechter Krieg: humanitäre Intervention und Präemption im Vergleich, Diplomarbeit an der Universität Wien 2004

Hoppe, Thomas (Hg.) (2004): Schutz der Menschenrechte: zivile Einmischung und militärische Intervention; Analysen und Empfehlungen, Berlin 2004

Höffe, Otfried (2003): Humanitäre Intervention ? Rechtsethische Überlegungen. In: Beestermöller, Gerhard (Hg.) (2003): Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee ? – Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo - Krieges, Stuttgart 2003; Seite 11 - 28

Husum, Soren Bo (1998): Der Alltag der UN – Militärbeobachter im ehemaligen Jugoslawien. In: Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): Einmischung erwünscht?: Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege (Menschenrechte und bewaffnete Intervention), Frankfurt am Main 1998; Seite 161 – 175

Madut Jok, Jok (2008): Sudan – Race, religion, and violence. Oxford 2008

Knab, Thomas (2006): The responsibility to protect – Humanitäre Intervention in Afrika: gerechtfertigtes Eingreifen oder versäumte Pflichten, Diplomarbeit an der Universität Wien 2006

Koskenniemi, Martti (1998): Die Polizei im Tempel. Ordnung, Recht und die Vereinten Nationen: Eine dialektische Betrachtung. In: Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): Einmischung erwünscht?: Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege (Menschenrechte und bewaffnete Intervention), Frankfurt am Main 1998; Seite 63 - 87

Köhler, Michael (2003): Zur völkerrechtlichen Frage der „humanitären Intervention“. In: Beestermöller, Gerhard (Hg.) (2003): Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? – Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo - Krieges, Stuttgart 2003; Seite 75 - 100

Mamdani, Mahmood (2009): Saviors and Survivors. Darfur, Politics, and the War on Terror. New York 2009

Merkel, Reinhard (2003): Können Menschenrechtsverletzungen militärische Interventionen rechtfertigen? Rechtsethische Grundlagen und Grenzen der „humanitären Intervention“ am Beispiel des Kosovo – Kriegs. In: Beestermöller, Gerhard (Hg.) (2003): Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? – Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo - Krieges, Stuttgart 2003; Seite 29 - 52

Merle, Jean – Christophe (2003): Neue Beweislast und neue Prinzipien für militärische humanitäre Interventionen. In: Beestermöller, Gerhard (Hg.) (2003): Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? – Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo - Krieges, Stuttgart 2003; Seite 53 - 74

Oeter, Stefan (1998): Humanitäre Intervention und Gewaltverbot: wie handlungsfähig ist die Staatengemeinschaft ? In: Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1998): Einmischung erwünscht ?: Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege (Menschenrechte und bewaffnete Intervention), Frankfurt am Main 1998; Seite 37 - 62

Pabst, Martin (2009): UNAMID, MINURCAT und EUFOR Tchad/RCA: Vorgeschichte, Ziele, Mandate, Strukturen und aktueller Stand. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; 85 - 110

Rummel, Reinhardt (2009): Die EU in Afrika – Regionale Stabilisierungsinterventionen im lokalen und globalen Kontext. In: Feichtinger, Walter; Hainzl, Gerhard (Hg.): Krisenmanagement in Afrika. Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen, Wien 2009; Seite 51 – 72

Sauer, Walter (2002): Jenseits der „Entdeckungsgeschichte“: Forschungsergebnisse und Perspektiven. In: Sauer, Walter (Hg.): k.u.k. kolonial – Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika, Wien 2002; Seite 7 – 16

Sauer, Walter (1) (2002): Schwarz – Gelb in Afrika. Habsburgermonarchie und koloniale Frage. In: Sauer, Walter (Hg.): k.u.k. kolonial – Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika, Wien 2002; Seite 17 - 78

Zach, H. Michael (2002): Ignaz Pallme. Ein unbekannter Kolonialentwurf für Nordostafrika aus dem Jahr 1851. In: Sauer, Walter (Hg.): k.u.k. kolonial – Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika, Wien 2002; Seite 79 – 110

9.2 Internetquellen und offizielle Dokumente

Abbildungen:

- Abbildung 1 und 2 in dieser Arbeit wurden vom Verfasser selbst erarbeitet, in Abbildung 1 wurde folgende Bildvorlage aus dem Internet eingearbeitet:

<http://www.vskrems-lerchenfeld.ac.at/arbeitsmaterialien/anlautbilder/vulkan.jpg>, letzter Zugriff am 18.10.2009

- Abbildung 3 im Anhang:

<http://www.nato.int/shape/graphics/2005/10/16/b051016b.jpg>, letzter Zugriff am 14.11.2009

Internetquellen:

- <http://www.chinaembassy.at/det/js/t104685.htm>, letzter Zugriff am 15.9.2009

- <http://www.aerzte-ohne-grenzen.at/hilfseinsaetze/artikel/details/tschad-mitarbeiter-von-aerzte-ohne-grenzen-nach-ueberfall-von-unbekannter-gruppe-festgehalten/>, letzter Zugriff am 15.9.2009

- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/r00004_de.htm, letzter Zugriff am 16.9.2009

- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/l33233_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009

- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12104_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009

- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/l14171_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009

- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r13019_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009

- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12700_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009
- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/r12701_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009
- http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/conflict_prevention/133239_de.htm, letzter Zugriff am 17.9.2009
- http://www.eu-un.europa.eu/articles/en/article_3549_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009
- http://ec.europa.eu/delegations/delsdn/en/eu_and_sudan/10.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009
- http://ec.europa.eu/echo/about/what/history_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009
- http://ec.europa.eu/echo/aid/humanitarian-space_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009
- http://ec.europa.eu/echo/aid/stories/africa17_en.htm, letzter Zugriff am 22.9.2009
- http://www.consilium.europa.eu/Docscms_Data/docspressdata/DEreports104634.pdf, letzter Zugriff am 27.9.2009
- <http://derstandard.at/fs/1234508063627/Oesterreich-verlaengert-TschadEinsatz>, letzter Zugriff am 17.10.2009
- http://www.entwicklung.at/uploads/media/Three-Year-Programme_06-08.pdf, letzter Zugriff am 17.10.2009
- <http://www.entwicklung.at/entwicklungspolitik.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009
- <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/ostafrika.html>, letzter Zugriff am 17.10.2009

Dokumente aus dem Situation Room der Afrikanischen Union in Addis Abeba

(Beispiel):

AFRICAN UNION

الاتحاد الأفريقي



UNION AFRICAINE

UNIÃO AFRICANA

Addis Ababa, ETHIOPIA P. O. Box: 3243 Tel.: (251-11) 551 38 22/ ext. 615 Fax: (251-11) 551 93 21/ 5514227

Email: oau-ews@ethionet.et / situationroom@africa-union.org

AU SITUATION ROOM, CMD

Daily News Highlights

Sunday, 02 August 2009

As of 08:00 HRS

News – Highlights aus dem SITUATION ROOM - Peace and Security Department - CMD - African Union. Erhalten über die österreichische Botschaft in Äthiopien, in Addis Abeba. Diese kurzen Meldungen werden täglich per Email an diplomatische Kontakte, die in Kontakt mit der AU stehen, versandt. In dieser Arbeit belegen die täglichen, aktuellen diplomatischen und sicherheitspolitischen Mitteilungen aus der Region grundsätzliche Annahmen, die die Basis der Bearbeitung der Forschungsfragen darstellen.

News Highlights 04-08-2009

News Highlights 07-08-2009

News Highlights 24-07-2009

News+Highlights+02-08-2009

News+Highlights+03-08-2009

News+Highlights+05-08-2009

News+Highlights+06-08-2009

News+Highlights+11-08-2009

News+Highlights+12-08-2009

News+Highlights+13-08-2009

News+Highlights+14-08-2009

News+Highlights+16-08-2009

News+Highlights+18-08-2009

News+Highlights+19-08-2009

News+Highlights+22-07-2009

News+Highlights+25-07-2009

News+Highlights+28-07-2009

News+Highlights+29-07-2009

News+Highlights+30-07-2009

News+Highlights+31-07-2009

Weitere offizielle diplomatische Dokumente:

Protokoll vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; Sudan/Darfur, UNAMID, von der Debatte am 24. Juli 2009, verfasst von der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, erhalten per Email über die österreichische Botschaft in Äthiopien am 28. Juli 2009.

Gesprächsnotizen vom Mittagessen des österreichischen Außenministers Spindelegger mit Vertretern der AU im Rahmen seines Besuches in Äthiopien am 14. Juli 2009. Erhalten per Email am 28. Juli 2009 über die österreichische Botschaft in Äthiopien.

Originaltext des Beitrages der EU für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24. Juli 2009. Erhalten per Email am 28. Juli 2009 über die österreichische Botschaft in Äthiopien.

AFRICAN UNION HIGH LEVEL PANEL ON DARFUR Press Statement vom 11. Juli 2009. Erhalten über die österreichische Botschaft in Äthiopien.

Brief von Ban Ki - Moon am 22. Juli 2009 an den Präsidenten des Sicherheitsrates, betreffend die Bestellung des neuen Kommandeurs von UNAMID. Erhalten über die österreichische Botschaft in Äthiopien.

Briefing für die Debatte im UN – Sicherheitsrat am 24. Juli 2009, zur persönlichen Vorbereitung von Alain Le Roy, stellvertretender UN-Generalsekretär und Beauftragter für die Friedenserhaltungseinsätze. Erhalten über die österreichische Botschaft in Äthiopien.

9.3 Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Tageszeitung „Heute“ vom 10.9.2009, Seite 4
- Tageszeitung „Heute“ vom 11.9.2009, Seite 5
- Tageszeitung „Heute“ vom 15.9.2009, Seite 5

Goldberg, Jonah (2009): Spread freedom ? Not so much. In: USA Today; 07/07/2009

Lubold, Gordon (2009): The emerging Obama doctrine. In: Christian Science Monitor; 03/11/2009, Vol. 101, Issue 72, Seite 1 - 2

Lusane, Clarence (2008): “We Must Lead the World:” The Obama Doctrine and the Re – branding of U.S. Hegemony. In: Black Scholar; Spring 2008, Vol. 38, Issue 1, Seite 34 - 43

Reeves, Eric (2008): We must stand up to Sudan´s shocking threats. In: Christian Science Monitor, 11/24/2008, Vol. 100 Issue 252, Seite 9

Walsh, Kenneth T. (2008): How Obama sees the World´s Challenges. In: U.S. News & Report; 09/15/2008, Vol. 145, Issue 6, Seite 14

9.4 Interviewpartner und Interviewpartnerin

Dr. Gerald Hainzl:

Interview in der Landesverteidigungsakademie Wien am 28.9.2009

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Er ist zusammen mit Brigadier Dr. Walter Feichtinger (Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement) Herausgeber des Sammelbandes „Krisenmanagement in Afrika; Erwartungen – Möglichkeiten – Grenzen“, der auch in dieser Diplomarbeit zitiert wird.

DI Paul Slatin:

Telefonisches Interview am 8.10.2009

DI Slatin ist Präsident der österreichisch – sudanesischen Gesellschaft in Wien. Im Dezember 2009 wird er mit einer Delegation auf Einladung der sudanesischen Regierung wieder in den Sudan fliegen. Im Interview mit DI Slatin kamen die Sichtweisen des offiziellen Sudan sehr gut zur Geltung.

Legationsrätin Mag. Doris Danler:

Interview im Außenministerium in Wien am 13.10.2009

Stellvertretende Leiterin der Abteilung II. 11 - Afrika südlich der Sahara; Afrikanische Union
- im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wien

Univ. – Prof. Dr. Walter Sauer:

Interview im ÖGB in Wien am 20.10.2009

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungspolitik in der SPÖ, Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB und Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC) in Wien. Er lehrt am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien.

Anhang 1

Landkarte der Region Darfur:



Abbildung 3

Zusammenfassung

In dieser Diplomarbeit erkennen wir ein großes Forschungsfeld. Es ist nicht möglich, Kriterien für humanitäre Interventionen zu bearbeiten ohne über den historischen Hintergrund nachzudenken und ohne die tiefergehende Motivation dahinter zu berücksichtigen. Im Hauptteil der Arbeit werden drei Fragestellungen diskutiert: Kriterien humanitärer Interventionen, Motivationen für oder gegen eine Intervention und weitergehende Entwicklungsperspektiven nach der Intervention. Als konkretes Beispiel für diese Fragen wird die Situation in Darfur, in der Region des Sudan und Zentralafrikas, herangezogen. Ein anderer Aspekt der Arbeit ist die afrikanische Perspektive: hier werden neue Aspekte von afrikanischen Friedenstruppen im Bereich von Peacekeeping und humanitärer Intervention an sich untersucht. Um die Fragestellungen der Arbeit konkret zu diskutieren werden einige Mächte in der Region von Zentralafrika dargestellt. Zum Beispiel wird im Fall der USA diskutiert, ob der Einfluss von Somalia in der heutigen Intervention immer noch vorhanden ist und ob – bzw. wie – Obama die US – Politik hin zu einer neuen Öffnung hin zu humanitären Aspekten und zur UNO generell verändern kann. Im Fall von Frankreich und der EU wird aufgezeigt, dass immer noch ein starker historischer, kolonialer Einfluss zu sehen ist. China ist ein gutes Beispiel für eine versteckte Agenda internationaler Politik: es interveniert nicht offiziell, aber sehr stark inoffiziell: in ökonomischer Weise. Hier hat China wirklich großen Einfluss in der Region und könnte ein neuer Partner Afrikas werden, gegen die westlichen Mächten gerichtet.

Alle diese Aspekte zeigen uns eine sehr komplexe Situation, die ein komplexes System benötigt um analysiert zu werden. So habe ich ein neues System im Feld der humanitären Intervention entwickelt, dass ich den „Interventionsvulkan“ genannt habe. In diesem System sind historische Hintergründe ein Grund für aktuelle Motivationen, Kriterien – mit einem Filter der Vermarktung der Intervention – folgen. Danach geschieht die reale Intervention, mit einem Vulkanausbruch vergleichbar: sie bringt Nachteile (Zerstörung) und (oder) Verbesserungen (fruchtbares Erdreich). Es besteht eine enge Verbindung zu weiterführenden Entwicklungsperspektiven. Intervention und Entwicklungsperspektiven beeinflussen nun neue Kriterien und neue Motivationen. Wie Wasser, das versickert, sinkt der Effekt der Intervention ab und wird zu einer neuen Schicht des historischen Hintergrundes. Im Fall von Darfur sehen wir, dass humanitäre Interventionen ein gutes Werkzeug für reale Sicherheits – und Wirtschaftspolitik sind, seit 9/11 spielt der Sicherheitsgedanke eine dominierende Rolle. Wir erkennen auch dass Afrika aktuell die letzte Region der Erde ist, wo alle Mächte versuchen den größtmöglichen Einfluss auszuüben. Damit ist Afrika eine Schlüsselregion für eine neue, multipolare Weltordnung – mit neuen Mächten wie Indien oder China. Deswegen ist diese neue Systematik der Intervention, als politisches Werkzeug zu sehen, notwendig: Für die Analyse älterer Fälle und in aktuellen Diskussionen über vielleicht neue Interventionen; veränderter Sicherheitspolitik - und für nachhaltige Entwicklungsdiskurse in der nahen Zukunft.

Abstract

In this master – thesis you will recognise one big field: it is not possible to work about some criteria of humanitarian intervention without thinking about the historical background, without discussing the deeper motivation for intervention. In the main part of this work we can read about the answers for three main questions: criteria of humanitarian intervention, motivation for (or against) humanitarian intervention and about perspectives of development. As a concrete example, all these questions will be targeting the situation in Darfur, in the region of Sudan and Central Africa. Another aspect of this work is the possibility of a new African perspective: there we will analyze new aspects of African UN – Forces, in the fields of peacekeeping and humanitarian intervention itself.

For answering our three main questions, there will be some powers which are analyzed in these cases in the region of Central Africa. So in case of the U.S. there will be discussed if there is still an influence of the Somalia – intervention today and how – or even if – Obama could change the U.S.-policy in direction of an re – opening for humanitarian reasons, for the UN. In the case of France and the European Union there will be shown that there is still a strong historical influence of France’s colonial past. China will be a good example for a hidden agenda of international policy: they – officially – don’t intervene, but unofficially – in an economic way – they have a really big influence on the region and may be a new partner for Africa directed against the western powers.

All these different aspects show us a really complex situation – which also needs a complex system to be analyzed. So I have developed a new system in the field of intervention. I called it the “volcano of intervention”. In this system historical backgrounds are one reason for new motivations, criteria – with a filter for a better marketing of the intervention – follow. After that the real intervention happens, compared with a bursting volcano, which brings bad things (destruction) – and (or) good things (good soil for agriculture) - combined in a very tight way with the perspectives of further development. Both, the intervention and the further development, influence now new criteria and new motivations. Like water, which sinks down in the earth, the effect of intervention goes down and can be seen as a new part of a (new) historical background.

In our special case Darfur we see that humanitarian intervention often is a good tool for real politics, for economic – and security – interests (especially since 9/11 the security topic has grown more important than before). And we see that Africa as one last region where all powers try to have the biggest influence is one keystone to a new, multi – polar world order with new powers like China and India. Because of that the new system regarding the principles of humanitarian intervention (seen as a political tool) is necessary - for the analysis of old cases and in new discussions of – maybe – new interventions, new politics in security – and development aspects in our near future.

Lebenslauf

Ich wurde am 29.1.1983 geboren, als Sohn von Diplom – Fürsorgerin Hemma Gamillscheg und Univ. Prof. Hofrat Dr. Ernst Gamillscheg, Byzantinist in der österreichischen Nationalbibliothek.

- Besuch der Volksschule Scheibenbergstraße 63, 1180 Wien und des wirtschaftskundlichen Realgymnasiums Haizingergasse 37, 1180 Wien.
- Matura mit gutem Erfolg am 12.6.2001.
- Oktober 2001 bis Mai 2002: Ableistung des Grundwehrdienstes als Sanitäter der Stabskompanie des Fliegerregiments 1 in Langenlebarn, Niederösterreich. Im Mai 2002: Abrüstung als Gefreiter der Reserve.
- Oktober 2002 bis Oktober 2004: Studium an der Universität für Bodenkultur, Studienrichtung Kulturtechnik und Wasserwirtschaft.
- Freiberufliche Tätigkeiten im Bereich der Gastronomie während des Studiums und hauptberuflich von 2004 bis 2006; Auslandsaufenthalte in Nordindien (Kaschmirregion) und Ostjerusalem.
- Oktober 2006: Umstieg von der Universität für Bodenkultur auf die Universität Wien, dort: Beginn des individuellen Diplomstudiums „Internationale Entwicklung“
- Jänner 2010: Abschluss des Diplomstudiums an der Universität Wien in 7 Semestern (Ein Semester unter Mindeststudiendauer.) und Beginn des Doktoratsstudiums an der Universität Wien am Institut für Geografie im Bereich der politischen Geografie im Kontext der zukünftigen österreichischen Sicherheitspolitik.